

Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

Wirtschaft und Statistik im Urteil seiner Leserinnen und Leser ▪
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke ▪
Wohnsituation der Haushalte ▪ Der deutsche Außenhandel ▪
Wohngeld in Deutschland ▪ Öffentliche Finanzen ▪ Beschäftigte
der öffentlichen Arbeitgeber ▪ Neuberechnung der Indizes
der Seefrachtraten auf Basis 1995 ▪ Bericht zu den
Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ▪

10

Oktober

1999

— METZLER —
POESCHEL

Ab Jahrgang 2000 ändern sich die Preise wie folgt
Einzelheft: DM 21,10; EUR 10,79
Jahresbezugspreis (für einen geschlossenen Jahrgang)
DM 216,-, EUR 110,44

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Großen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a n g	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
.	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt
Brigitte Reimann
65180 Wiesbaden

Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 4343
72774 Reutlingen
Telefon. 0 70 71 / 93 53 50
Telefax 0 70 71 / 93 53 35
Internet: [http //www.s-f-g.com](http://www.s-f-g.com)
E-Mail. staba@s-f-g.com

Druck:

Rhein Main Druck, Mainz

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im November 1999.

Einzelpreis: DM 20,30, EUR 10,38
Jahresbezugspreis: DM 207,-; EUR 105,84
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer 1010200–99110

ISSN 0043–6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie

• im Internet: [http //www statistik-bund.de](http://www.statistik-bund.de)

oder bei unserem Informationsservice

65180 Wiesbaden

• Telefon. 06 11 / 75 24 05

• Telefax: 06 11 / 75 33 30

• E-Mail: info@statistik-bund.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1999

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten

Kurznachrichten 757

Textteil

Wirtschaft und Statistik im Urteil seiner Leserinnen
und Leser 767

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grund-
stücke 1998 773

Wohnsituation der Haushalte 1998 780

Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1999 787

Wohngeld in Deutschland 1997 793

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 1999 800

Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am
30. Juni 1998 805

Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf
Basis 1995 812

Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamt-
rechnungen 1999 820

Preise im September 1999 832

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen
Textbeiträge 837

Tabellenteil

Übersicht 551*

Statistische Monatszahlen 552*

Ausgewählte Tabellen 580*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Ge-
bietsstand seit dem 3.10.1990

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf
die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis
zum 3.10.1990, sie schließen Berlin-West ein

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen
sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Contents

	Page
News in brief	757
Texts	
<i>Wirtschaft und Statistik</i> judged by its readers	767
Purchasing values of agriculturally used real estate, 1998	773
Housing situation of households, 1998	780
German foreign trade in the first half of 1999	787
Housing allowances in Germany, 1997	793
Public finance in the first half of 1999	800
Employees of the public employers on 30 June 1998	805
New computation of the indices of sea freight rates on base 1995	812
Report on the environmental-economic accounts, 1999	820
Prices in September 1999	832
List of the contributions published in the current year	837

Tables

Summary	551*
Monthly statistical figures	552*
Selected tables	580*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990, they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Table des matières

	Pages
Informations sommaires	757
Textes	
<i>Wirtschaft und Statistik</i> jugée par ses lecteurs	767
Valeurs d'acquisition des surfaces agricoles utilisées en 1998	773
Situation de logement des ménages en 1998	780
Commerce extérieur de l'Allemagne au premier semestre de 1999	787
Allocations de logement en Allemagne en 1997	793
Finances publiques au premier semestre de 1999	800
Employés du secteur public et des entreprises publiques au 30 juin 1998	805
Nouveau calcul des indices des taux de frets maritimes sur base 1995	812
Rapport relatif aux comptes économiques de l'environnement, 1999	820
Prix en septembre 1999	832
Liste des contributions publiées dans l'année en cours	837

Tableaux

Résumé	551*
Chiffres statistiques mensuels	552*
Quelques tableaux sélectionnés	580*

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est

Kurznachrichten

In eigener Sache

Statistisches Jahrbuch 1999 erschienen

Im Rahmen einer Pressekonferenz stellte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, am 12. Oktober 1999 in Berlin die beiden Bände des Statistischen Jahrbuchs 1999 der Öffentlichkeit vor. In einer Zeit, in der intensiv über den Wirtschaftsstandort Deutschland, über die notwendigen Konsequenzen aus den sich wandelnden demographischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnissen sowie über den Umbruch von der Industrie- zur Informationsgesellschaft diskutiert wird, ist das Statistische Jahrbuch mit seinem Datenangebot als Informationsquelle unverzichtbar. Die darin enthaltenen Indikatoren können auch eine gute Ausgangsbasis für den Bericht zum Wirtschafts- und Sozialstandort Deutschland bilden, den das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit erarbeiten will.

Das Statistische Jahrbuch informiert umfassend über das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in Deutschland und im Ausland. Es enthält nicht nur die wichtigsten Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik, sondern darüber hinaus vielfältiges Datenmaterial von nationalen und internationalen Organisationen, Institutionen und Verbänden. Damit ist das Statistische Jahrbuch das umfassendste statistische Nachschlagewerk, das auf dem deutschen Markt zu finden ist.

Die Neuausgabe 1999 des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland bietet auf 763 Seiten mit 37 vierfarbigen Schaubildern eine zuverlässige und aktuelle Orientierung über die Verhältnisse in Deutschland. Gegenüber der Ausgabe 1998 wurde die Berichterstattung in einigen Kapiteln verändert bzw. erweitert. Beispielsweise sind die Tabelle mit den Ergebnissen der Europawahl 1999 und der Index der Arbeitsproduktivität für das Verarbeitende Gewerbe genannt. Wesentlich erweitert wurde die Berichterstattung in Kapitel 22 „Löhne und Gehälter“. So enthält dieses Jahrbuch einen Nachweis über den Ost-West-Verdienstabstand, wichtige Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung sowie der Arbeitskostenerhebung. Ferner enthalten die Tabellen zu den durchschnittlichen Arbeitsverdiensten und -zeiten erstmals auch gesamtdeutsche Angaben. Die Tabellen zum Kapitel 24 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ wurden vollständig – bis auf die Ergebnisse der Input-Output-Rechnung – auf das revidierte Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) umgestellt.

Das neue Statistische Jahrbuch für das Ausland 1999 informiert auf 396 Seiten mit 21 vierfarbigen Schaubildern über Strukturen und Entwicklungen fast aller Länder der Erde. Es berücksichtigt auch die jüngsten geopolitischen und weltwirtschaftlichen Veränderungen, wie das Entstehen neuer unabhängiger Staaten bzw. die Aufnahme neuer Nationen in bestehende Staatengemeinschaften und internationale Organisationen.

Im ersten Teil liegt der Schwerpunkt auf dem Vergleich Deutschlands mit den Partnerstaaten der Europäischen Union. Mit Blick auf die im Frühjahr 1998 erfolgte Festlegung der Teilnehmerländer an der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der zum 1. Januar 1999 erfolgten Einführung der gemeinsamen Währung „Euro“ in elf der 15 EU-Staaten wurden in diesem Jahrbuchteil – dort, wo dies bereits möglich war – Informationen zur „Eurozone“ eingearbeitet.

Der zweite Teil („Internationale Übersichten“) befaßt sich mit den politischen, soziodemographischen, kulturellen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und ökologischen Aspekten im weltweiten Maßstab auf der Grundlage aktueller Ländervergleichstabellen. Dem gegenwärtig wichtigsten internationalen Wirtschaftsaspekt, der Globalisierung, trägt dieser Jahrbuchteil Rechnung, indem er eine Reihe von Tabellen u.a. zu den weltweiten Handelsverflechtungen, zum Bestand und zur Zielrichtung ausländischer Direktinvestitionen, zur internationalen Entwicklungshilfe sowie zur globalen Verschuldungssituation präsentiert. Weitere Schwerpunkte bilden die Weltbevölkerungsentwicklung, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Länder der Erde sowie globale Umweltaspekte.

Außer in der gedruckten Version wird das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit dem für das Ausland wiederum als CD-ROM angeboten. Die Inhalte lassen sich für Nutzer von Windows 95, 98 oder NT 4 mit einer speziellen Software erschließen, die eine komfortable Bildschirmdarstellung und vielfältige Suchfunktionen bietet. Für den Apple Macintosh und andere Betriebssysteme werden alle Inhalte auf der CD auch im HTML-Format angeboten. Die Daten können immer problemlos zur Weiterverarbeitung in gängige Tabellenkalkulationsprogramme exportiert werden.

Das zweibändige Statistische Jahrbuch 1999 ist in einem Schuber zum Vorzugspreis von DM 158,- (Bestell-Nr. 1010100-99700, ISBN 3-8246-0602-X) im Buchhandel oder über den Metzler-Poeschel-Verlag zu beziehen (nähere Angaben siehe Impressum). Einzelne kostet das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland DM 128,- (Bestell-Nr.

Kurznachrichten

1010110-99700, ISBN 3-8246-0600-3), das Statistische Jahrbuch 1999 für das Ausland DM 57,- (Bestell-Nr. 1010120-99700, ISBN 3-8246-0601-1), jeweils zuzüglich Versandkosten. Das Statistische Jahrbuch 1999 auf CD-ROM (Bestell-Nr. 1010130-99700, ISBN 3-8246-0603-8) kostet als Einzelplatzversion DM 98,-.

Zahlenkompaß 1999

Der Zahlenkompaß des Statistischen Bundesamtes – soeben in der 7. Auflage erschienen – liefert knapp und übersichtlich aktuelle Grundinformationen zu allen Bereichen unserer Gesellschaft. Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialdaten sowie Vergleiche mit den Ländern der Europäischen Union und anderen ausgewählten Staaten ergänzen sich zu einem umfassenden Überblick über Deutschland 1999.

In 29 Kapiteln werden die vier großen Themenbereiche „Land und Leute“, „Lebensbedingungen“, „Wirtschaft“ sowie „Deutschland und die Welt“ dargestellt. Jedes Kapitel beginnt mit einem Textbeitrag, der die wichtigsten Ergebnisse und Entwicklungen, die in Graphiken und Tabellen dargestellt sind, erläutert.

Neu aufgenommen wurde das Kapitel „Ausstattung der privaten Haushalte“. Das Kapitel „Europäische Währungsunion“ wurde um interessante Aspekte erweitert.

Der Zahlenkompaß 1999 umfaßt 164 Seiten und ist zum Preis von 9,80 DM zuzüglich Versandkosten über den Buchhandel oder die Verlagsauslieferung des Verlages Metzler-Poeschel (nähere Angaben siehe Impressum) zu beziehen.

Aus Europa

Ausschuß für das Statistische Programm/23. EWR-Konferenz und Sitzung des Europäischen Beratenden Ausschusses für Statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich

In der 34. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) am 16. September 1999 in Brüssel wurden im Rahmen des Komitologieverfahrens zwei Kommissions-Verordnungen und eine Kommissions-Entscheidung verabschiedet. Zur Umsetzung der Verordnung des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten

wurde in einer Kommissionsverordnung der Inhalt der Qualitätsberichte zur Arbeitskostenstatistik geregelt. Die zweite vom ASP verabschiedete Kommissionsverordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten, vierteljährliche Angaben zu den Kategorien Steuern, tatsächliche Sozialbeiträge und Sozialleistungen in der Abgrenzung des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zu liefern. Die Entscheidung der Kommission, der der ASP bei Stimmenthaltung Deutschlands zustimmte, betrifft den Maßnahmen- und Zeitplan für die Implementierung der Entscheidung des Rates zur Errichtung einer gemeinschaftlichen Infrastruktur für statistische Informationen über die audiovisuelle Industrie, die audiovisuellen Märkte und verbundene Branchen.

Eine befürwortende Stellungnahme gab der ASP zum Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union zur Klarstellung der Verordnung zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) im Hinblick auf die Grundsätze für die Verbuchung von Steuern und Sozialbeiträgen ab. Der Verordnungsentwurf sieht vor, daß Steuern und Sozialbeiträge, die aufgrund von Erklärungen und Veranlagungen ermittelt werden, um nicht gezahlte Beträge zu bereinigen sind, und erlaubt, die genannten Kategorien auch anhand von Angaben über die Kasseneinnahmen zu ermitteln. Der Entwurf einer Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union zur Erstellung eines Mehrjahresprogramms zur Produktion und Entwicklung von Gemeinschaftsstatistiken über Wissenschaft und Technologie fand zwar die grundsätzliche Zustimmung des ASP, wurde aber trotzdem an die zuständige Arbeitsgruppe mit dem Auftrag zurückverwiesen, einen überarbeiteten Text vorzulegen, der stärker den Charakter einer Rahmenentscheidung hat. Positiv äußerte sich der ASP zu dem Datenbankprodukt EURO-SICS, das wichtige Konjunkturindikatoren für ausgewählte Nutzer bereithalten soll. Allerdings gibt es noch eine Reihe offener Fragen, die in weiteren Gesprächen geklärt werden müssen.

Gegen das Votum Deutschlands stimmte der ASP dem von Eurostat im Mai 1999 erstmals vorgelegten und danach aufgrund von Anregungen der Mitgliedstaaten nochmals überarbeiteten Jahresprogramm 2000 zu. Trotz dieser Zustimmung äußerte sich der ASP sehr kritisch zu den Umsetzungsmöglichkeiten des Programms aufgrund fehlender Ressourcen auf europäischer und auf nationaler Ebene. Der ASP forderte die Europäische Kommission auf, sich mit diesem Problem intensiv auseinanderzusetzen.

Kurznachrichten

Die einmal im Jahr stattfindende Plenarsitzung des Europäischen beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) dient in erster Linie der Unterrichtung der Mitglieder dieses Gremiums über die Arbeit der Unterausschüsse im abgelaufenen und deren Pläne für das kommende Jahr sowie über wichtige Entwicklungen im Europäischen Statistischen System. Derzeit gibt es drei Unterausschüsse für die Bereiche Wirtschafts- und Währungsstatistik, Sozialstatistik sowie Innovationen bei der Bereitstellung, Produktion und Verbreitung von Statistiken. Mit der Untersuchung der Frage, ob ein weiterer Unterausschuß eingesetzt werden soll, der sich mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex befaßt, hat der CEIES eine Studiengruppe beauftragt.

Aus dem Inland

Gesprächskreis zwischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten und dem Statistischen Bundesamt

Das Statistische Bundesamt ist bestrebt, das Zusammenwirken von amtlicher Statistik und empirischer Wirtschafts- und Sozialforschung zu verbessern sowie verstärkt Fachwissen auszutauschen. Vor diesem Hintergrund fand in Wiesbaden am 20. September 1999 die erste Sitzung eines Gesprächskreises zwischen Mitgliedsinstituten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (ARGE) und dem Statistischen Bundesamt statt. Präsident Johann Hahlen konnte Vertreter von 13 Instituten begrüßen, unter ihnen Professor Paul Klemmer, Vorsitzender der ARGE und Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. Hahlen und Klemmer unterstrichen übereinstimmend, daß sie sich von den regelmäßigen Treffen einen beiderseitigen Nutzen erwarten.

Der Gesprächskreis soll als Forum dienen, in dem Fragen erörtert werden, die das Verhältnis von empirischer Wirtschaftsforschung und amtlicher Statistik betreffen und bestehende Kooperationen diskutiert sowie neue angestoßen werden können. Im Verlauf der Sitzung betonten zahlreiche Teilnehmer die Notwendigkeit eines solchen Forums. Die Institutsvertreter artikulierten einen umfangreichen Gesprächsbedarf und stellten ihre Anliegen an die amtliche Statistik dar. Ausführlich wurden die gegenwärtigen Nutzungsmöglichkeiten von Mikrodaten sowie die Rückrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem revidierten Europäischen

System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995) diskutiert.

Es wurde vereinbart, in kleineren Arbeitsgruppen einzelne Aspekte der Zusammenarbeit detaillierter zu behandeln. Zunächst wurden drei Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit folgenden Themen befassen sollen:

- Möglichkeiten der Nutzung von Mikrodaten,
- Rückrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem ESGV 1995,
- Beschäftigten- /Erwerbstätigenstatistik.

Außerdem sollen Workshops zu einzelnen thematischen Schwerpunkten durchgeführt werden.

Der Gesprächskreis wird jährlich in der ersten Septemberhälfte zusammenkommen.

Nähere Auskünfte zum Gesprächskreis und zu den Arbeitsgruppen erhalten Sie im Statistischen Bundesamt bei Felix Gertkemper, Telefon (06 11) 75 37 80, E-Mail: felix.gertkemper@statistik-bund.de.

Elektronische Anmeldung zur Außenhandelsstatistik im IT-Verfahren ATLAS angelaufen

Im September 1999 ist das IT-Verfahren ATLAS (Automatisiertes Tarif- und Lokales Zoll-Abwicklungssystem) angelaufen. ATLAS ermöglicht den Informationsaustausch auf elektronischem Wege und soll Schritt für Schritt in Deutschland die schriftlich zu erledigenden Zollförmlichkeiten bei der Einfuhr und Ausfuhr im Handel mit Drittländern (Länder außerhalb der Europäischen Union) ersetzen.

Der ATLAS-Start konzentriert sich zunächst auf die Einfuhren, und hier auf den Verfahrensteil „Freier Verkehr“. Seit der 37. Kalenderwoche werden bei derzeit sechs Zollstellen im Wege der sogenannten „Benutzereingabe“ Einfuhrdaten in das System ATLAS eingegeben. Bis zum Jahresende 2000 sollen sämtliche Abfertigungszollstellen mit der ATLAS-Technik ausgestattet werden. Voraussichtlich mit Beginn des Jahres 2000 wird in der Einfuhr auch die sogenannte „Teilnehmereingabe“ in den Echtbetrieb gehen. Dann können die Zollbeteiligten die geforderten Einfuhrdaten den zuständigen Zollstellen unmittelbar elektronisch übermitteln.

Von dieser Umstellung ist auch die Aufbereitung der Außenhandelsstatistik berührt, da die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs mit Drittländern (Extrahandel) auf der Grundlage der Zollverfahren erstellt wird. Derzeit werden monatlich nahezu

Kurznachrichten

eine Million bei der Zollabfertigung anfallende Einfuhr- und Ausfuhranmeldungen ausgewertet. Diese Papiere werden nun im Rahmen von ATLAS nach und nach durch elektronische Meldungen ersetzt werden und die Angaben online über das Rechenzentrum der Bundesfinanzverwaltung in Frankfurt dem Statistischen Bundesamt übermittelt. Die Datenübertragung basiert auf dem Standardnachrichtenformat der Vereinten Nationen, EDIFACT.

Zwar ist das Volumen dieser Übertragungen im Augenblick noch gering, aber mit der sukzessiven Einbeziehung weiterer Zollstellen wird die Anzahl der zu übermittelnden ATLAS-Datensätze an das Statistische Bundesamt deutlich steigen. Allerdings wird es noch einige Jahre dauern, bis sämtliche Zollverfahren in das ATLAS-Verfahren implementiert sind. Auch danach wird es wohl noch Papieranmeldungen geben, weil die Einführer bzw. Ausführer nicht verpflichtet sind, das ATLAS-Verfahren anzuwenden.

Änderungen des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik zum 1. Januar 2000

Auch zum 1. Januar 2000 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften entsprechend der Stellungnahme des zuständigen Verwaltungsausschusses wiederum eine Reihe von Änderungen in der Kombinierten Nomenklatur (KN) beschlossen. (Die KN 2000 wird voraussichtlich am 28. Oktober 1999 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden) Diese Änderungen werden in der Ausgabe 2000 des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (WA), die am 1. Januar 2000 in Kraft tritt und damit die Ausgabe 1999 ablöst, berücksichtigt.

Bei den Änderungen handelt es sich überwiegend um Zusammenfassungen von Warennummern infolge des Wegfalls von Zollsatzunterschieden und die Streichung von zolltariflich nicht mehr benötigten Unterpositionen, die in den letzten beiden Jahren im Zusammenhang mit dem Informationstechnologieabkommen in die KN aufgenommen wurden, aber für die Außenhandelsstatistik wegen des geringen Volumens nie von besonderem Interesse waren. Außerdem verzichtet die Europäische Kommission in den Kapiteln 03, 06, 07 und 08 auf die Differenzierung der Waren nach Zeiträumen. Diese Unterteilungen waren für die Außenhandelsstatistik nur soweit von Interesse, wie sie der Kontrolle von Vorschriften durch die Europäische Kommission dienen. Für die eigentliche Klassifikation waren sie eher hinderlich. Auf dieses Konto geht allein eine Reduzierung um fast 50 Warennummern. Lediglich 13 Warennum-

mern wurden tiefer untergliedert, allein sieben davon aus dem Kapitel 44 (Holz und Holzwaren; Holzkohle). Zum 1. Januar 2000 verlieren insgesamt 223 Warennummern aus dem WA 1999 infolge von Zusammenfassungen und Unterteilen von Warennummern ihre Gültigkeit. An ihre Stelle treten 109 neue Warennummern. Das WA 2000 wird damit insgesamt 10314 Warennummern in den Kapiteln 01 bis 97 haben. Das sind 114 weniger als im Vorjahr. Von den Änderungen sind 15 Kapitel bzw. 50 vierstellige Positionen betroffen, zu denen detaillierte Angaben der nachstehenden Übersicht zu entnehmen sind:

Abgang und Zugang von Warennummern je Kapitel des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik zum 1. Januar 2000

Kapitel	Abgang	Zugang	Saldo
03 Fische und Krebstiere, Weichtiere und andere wirbellose Wassertiere	29	13	- 16
06 Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	12	6	- 6
07 Gemüse Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden	17	6	- 11
08 Geneßbare Früchte und Nusse, Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen	18	6	- 12
25 Salz, Schwefel, Steine und Erden, Gips, Kalk und Zement	4	2	- 2
39 Kunststoffe und Waren daraus	1	2	1
44 Holz und Holzwaren, Holzkohle	59	34	- 25
70 Glas und Glaswaren	4	2	- 2
71 Echte Perlen oder Zuchtperlen, Edelsteine oder Schmucksteine, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen und Waren daraus, Phantasieschmuck, Münzen	9	4	- 5
74 Kupfer und Waren daraus	4	2	- 2
80 Zinn und Waren daraus	2	1	- 1
84 Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte, Teile davon	22	9	- 13
85 Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und andere elektrotechnische Waren, Teile davon, Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte, Bild- und Tonaufzeichnungs- oder -wiedergabegeräte, für das Fernsehen, Teile und Zubehör für diese Geräte	24	13	- 11
87 Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafttrader, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge, Teile davon und Zubehör	10	5	- 5
90 Optische, photographische oder kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte, Meß-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte, medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte, Teile und Zubehör für diese Instrumente, Apparate und Geräte	8	4	- 4
Insgesamt	223	109	-114

Eine Zusammenstellung aller wesentlichen Änderungen und eine ausführliche Gegenüberstellung der Warennummern 2000/1999 kann unentgeltlich beim Statistischen Bundesamt, Gruppe V B, angefordert oder im Internet (<http://www.statistik-bund.de/allg/d/klassif/wa.htm>) abgerufen werden.

Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 2000) kann voraussichtlich ab Januar 2000 über den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart (nähere Angaben siehe Impressum) bezogen werden.

Zusätzlich steht das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik auch als Diskettenpaket zur Verfügung. Es kann direkt über das Statistische Bundesamt, ZB/PVM (Telefax: 06 11/75 25 55), bezogen werden. Das Diskettenpaket enthält das Warenver-

Kurznachrichten

zeichnis für die Außenhandelsstatistik in Form einer großen Zahl von Textdateien (*.doc). Der Aufbau der Dateien (Druckvorlagen für die Buchausgabe) ermöglicht kein Einlesen der Tabellen in Datenbanken.

Weitere Auskünfte über die Änderungen des Warenverzeichnisses zum 1. Januar 2000 erteilt Elke Hansmann, Telefon (06 11) 75 24 27.

Kompakt

Bevölkerungswachstum in Deutschland durch Zuwanderungen

Der 12. Oktober ist vom Weltbevölkerungsfonds der Vereinten Nationen zu dem Tag erklärt worden, an dem die Weltbevölkerung 6 Milliarden Menschen erreicht hat. Da es weltweit mehr Geburten als Sterbefälle gibt, wird die Zahl der Menschen weiter zunehmen. Für den Zeitraum 1995 bis 2000 wird damit gerechnet, daß die Weltbevölkerung im Durchschnitt jedes Jahr um 78 Mill. Menschen anwächst, also fast so viel, wie die Bevölkerung Deutschlands (Ende 1998: 82 Mill.).

In Deutschland sind dagegen seit Ende 1995 pro Jahr durchschnittlich etwa 67 000 mehr Menschen gestorben als Kinder geboren wurden. Nach Deutschland zugewandert sind seit 1995 im Jahresdurchschnitt 141 000 Menschen. Der Bevölkerungsanstieg in Deutschland (74 000 Menschen pro Jahr) geht damit allein auf die Wanderungen zurück.

Weitere Auskünfte erteilt Bettina Sommer, Telefon (06 11) 75 27 08.

Starker Anstieg der Übernachtungskapazitäten im deutschen Beherbergungsgewerbe von 1993 bis 1999

Die deutsche Hotellerie (Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garni) verfügte am 1. Januar 1999 über eine Übernachtungskapazität von 1,57 Mill. Betten. Sie verteilten sich auf 38 800 Betriebe mit 851 100 Gästezimmern. Dies sind erste, vorläufige Ergebnisse aus der Kapazitätserhebung, die in Deutschland zum Stichtag 1. Januar 1999 bei allen Beherbergungsbetrieben mit neun oder mehr Betten durchgeführt wurde. Diese Erhebung findet im Abstand von jeweils sechs Jahren statt.

Gegenüber 1993 hat sich die Zahl der Betten in der deutschen Hotellerie um 16,5% erhöht, die der Be-

triebe um 4,1%. Die Hotellerie in den neuen Ländern und Berlin-Ost erweiterte ihre Kapazitäten zwischen 1993 und 1999 überdurchschnittlich: 1999 standen dort den Gästen in 6 100 Betrieben (128,0% mehr als 1993) rund 300 000 Betten zur Verfügung, doppelt so viele wie 1993 (+ 102,2%). Im früheren Bundesgebiet gab es 1999 1,27 Mill. Gästebetten (+ 5,9%) in 32 700 Betrieben (-5,5%).

Auch im sonstigen Beherbergungsgewerbe (Ferienhäuser, -wohnungen, Jugendherbergen, Erholungs-, Ferienheime u. a.) wurden die Übernachtungskapazitäten von 1993 bis 1999 in Deutschland deutlich ausgeweitet: 14 300 Betriebe (+ 24,2% gegenüber 1993) verfügten über 691 000 Betten (+ 19,5%). Die Bettenzahl nahm auch in diesem Bereich in den neuen Ländern und Berlin-Ost (+ 70,9%) deutlich stärker zu als im früheren Bundesgebiet (+ 11,8%).

Weitere Auskünfte erteilt Ulrich Spörel, Telefon (06 11) 75 22 79.

228 000 Hochschulabsolventen bestanden Abschlußprüfung

1998 haben in Deutschland insgesamt 227 525 Prüfungsteilnehmer ihr Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen. Darunter waren 96 087 (42,2%) Frauen. Annähernd die Hälfte (103 072 oder 45,3%) der Hochschulabsolventen erwarb ein Universitätsdiplom, knapp ein Drittel (71 307 oder 31,3%) ein Fachhochschuldiplom. Weitere 28 256 (12,4%) Studierende haben ein Lehramtsstudium, 24 890 (10,9%) ein Promotionsstudium mit Erfolg beendet.

Die meisten Absolventen sind Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaftler (74 765 oder 32,9%), Ingenieurwissenschaftler (44 441 oder 19,5%), Sprach- und Kulturwissenschaftler (35 833 oder 15,7%) oder Mathematiker/Naturwissenschaftler (34 209 oder 15,0%). 19 632 oder 8,6% haben Humanmedizin studiert. 18 645 (8,2%) erwarben ihren Hochschulabschluß in anderen Fächern.

Die Zahl der bestandenen Abschlußprüfungen an Hochschulen ging 1998 im Vorjahresvergleich erstmals zurück, und zwar um 9 619 oder 4,1%. Weniger Hochschulabsolventen gab es insbesondere in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (-4,0%) und in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen (-5,7%)

Die Zahl der Absolventen in den Ingenieurwissenschaften nahm um 9,4% ab. Die seit Anfang der neunziger Jahre rückläufigen Studienanfängerzahlen führten somit 1998 zu einem weiteren deutlichen Rückgang bei den Absolventen eines Ingenieurstudiums.

Kurznachrichten

Mehr Patienten, weniger Betten, kürzere Verweildauer

Nach vorläufigen Ergebnissen der Krankenhausstatistik wurden 1998 insgesamt 15,95 Mill. Patienten vollstationär in den Krankenhäusern Deutschlands behandelt. Das waren 440 000 Patienten oder 2,8% mehr als im Vorjahr. Damit setzte sich der Anstieg der Patientenzahl fort. Die durchschnittliche Dauer eines Krankenhausaufenthaltes reduzierte sich hingegen 1998 auf 10,7 Tage und lag damit um 0,3 Tage unter dem Vorjahreswert.

1998 gab es in Deutschland 2 263 Krankenhäuser, 5 mehr als 1997. Hinzu kamen vor allem kleinere Spezialeinrichtungen. Die Krankenhäuser verfügten 1998 über 572 000 Krankenhausbetten; das waren 9 000 oder 1,5% weniger als 1997. Der Bettenabbau im Krankenhausbereich hat sich damit fortgesetzt. Die Auslastung der Krankenhausbetten erhöhte sich gegenüber 1997 um 1,2 Prozentpunkte auf 81,9%.

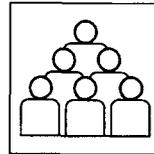
Wie schon in den beiden Vorjahren wurde auch 1998 Personal in den deutschen Krankenhäusern abgebaut. Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 6 000 Personen, was einer Verminderung um 0,6% entspricht. Allerdings lassen sich zwei unterschiedliche Entwicklungen feststellen: Die Zahl der hauptamtlichen Ärzte erhöhte sich 1998 um 1,9% auf 108 000; auch schon in den Jahren zuvor war ein Anstieg zu verzeichnen. Beim nichtärztlichen Personal verminderte sich die Zahl der Beschäftigten 1998 um 0,8% auf 911 000 und damit zum dritten Mal in Folge.

Für je 10 000 Einwohner standen 1998 durchschnittlich 69,7 Krankenhausbetten zur Verfügung. Das waren 1,0 Betten je 10 000 Einwohner weniger als 1997. Die meisten Betten je 10 000 Einwohner gab es in Bremen (96,3), Hamburg (80,7) und Nordrhein-Westfalen (77,1). Die niedrigsten Versorgungsquoten wiesen 1998 Schleswig-Holstein (59,5), Niedersachsen (62,7) und Baden-Württemberg (62,8) auf.

Weitere Auskünfte erteilt Matthias Reister, Telefon (02 28) 6 81 81 08.

Aus diesem Heft

Wirtschaft und Statistik im Urteil seiner Leserinnen und Leser

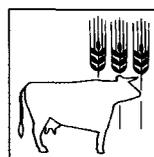


Um Ihren Ansprüchen und Erwartungen an Wirtschaft und Statistik noch besser gerecht zu werden, hatten wir dem Februar-Heft eine Antwortkarte zu einer Leserumfrage beigelegt. Darin haben wir Sie gebeten, uns Ihre

Meinung zum Informationsangebot von Wirtschaft und Statistik mitzuteilen sowie Verbesserungsvorschläge und Kritik zu äußern. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön allen 139 Leserinnen und Lesern, die diese Mühe auf sich genommen und uns viele Anregungen für die künftige Gestaltung von Wirtschaft und Statistik gegeben haben.

Welche Wünsche und Vorschläge unsere Leserinnen und Leser im einzelnen geäußert haben und was auf ihre Kritik gestoßen ist sowie für welche Zwecke und von wem Wirtschaft und Statistik genutzt wird, ist in dem Beitrag dargestellt. Abschließend sind wir darauf eingegangen, wie wir die Wünsche unserer Leserinnen und Leser berücksichtigen wollen und wo wir den dringendsten Handlungsbedarf sehen.

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1998



Seit 1974 werden jährlich die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke ermittelt, seit 1991 auch in den neuen Bundesländern. Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse dieser Statistik für das Jahr 1998 dargestellt und die gegenüber den Vorjahren eingetretenen Veränderungen kommentiert.

Ebenso wie 1997 wird – entsprechend geltender gesetzlicher Grundlagen – zwischen Verkäufen zum Verkehrswert und preisbegünstigten Verkäufen von Landwirtschaftsflächen unterschieden.

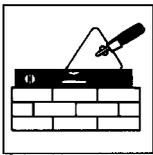
Im Jahr 1998 wurden in Deutschland rund 37 800 Veräußerungsfälle zum Verkehrswert registriert, bei denen Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) ohne Gebäude und ohne Inventar zum Verkauf kamen. Der durchschnittliche Kaufwert je Hektar FdIN betrug 18 581 DM. Wie in den Vorjahren waren auch 1998 die Verkaufsergebnisse zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern

Kurznachrichten

recht unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 33 629 DM je ha FdIN bezahlt wurden, waren es in den neuen Ländern 6 365 DM.

Bei 742 preisbegünstigten Verkäufen wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 3 382 DM je ha FdIN erzielt.

Wohnsituation der Haushalte 1998

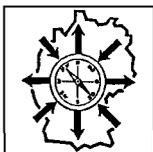


Im Rahmen des jährlich in Form einer 1%-Haushaltsstichprobe durchgeführten Mikrozensus wurden im April 1998 die Befragten um Auskunft über ihre Wohnsituation gebeten. Diese Zusatzerhebung „Wohnsituation der

Haushalte“ findet gemäß Mikrozensusgesetz alle vier Jahre statt – die nächste also im Jahr 2002 – und liefert Informationen über die Art und Größe der Gebäude, in denen die Haushalte wohnen, über die Nutzung der Wohneinheit als Eigentümer, Haupt- oder Mieter, über Fläche und Baualter der Wohneinheit, Einzugsjahr, Heizungs- und Energieart, Warmwasserversorgung sowie über die Miete. Gefragt wird auch, ob es sich um eine Eigentumswohnung handelt und ob die Wohneinheit kostenlos oder ermäßigt überlassen worden ist.

Vorgestellt wird in diesem Heft die Wohnsituation von Haushalten, differenziert nach der Zahl der Personen, dem Alter der Bezugsperson und dem Haushaltsnettoeinkommen. Untersucht wird, welche Haushalte im Eigentum, welche eher zur Miete wohnen, ob immer noch große Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost beim Anteil der in Einfamilienhäusern lebenden Haushalte bestehen, welche Fläche die Wohneinheiten aufweisen und wann die Haushalte dort eingezogen sind. Zusammenfassend wird das „Wohnen“ unterschiedlicher Haushaltstypen in einigen wichtigen, die Lebensqualität und das Lebensgefühl beeinflussenden Aspekten beleuchtet

Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1999



Im ersten Halbjahr 1999 wurden Waren im Wert von 474,3 Mrd. DM aus Deutschland ausgeführt und im Wert von 411,6 Mrd. DM eingeführt. Gegenüber dem hohen Niveau im ersten Halbjahr 1998 bedeutet dies

einen Rückgang um 0,9 bzw. 1,2%. Da die Importe etwas stärker nachließen als die Exporte, liegt der bislang im Jahr 1999 erzielte Ausfuhrüberschuß in

Höhe von 62,7 Mrd. DM um 1,0% über dem Vergleichswert des Vorjahres (62,1 Mrd. DM).

Nachdem die Wachstumsdynamik im Außenhandel im zweiten Quartal 1998 zum Erliegen gekommen war, scheint sie zur Jahresmitte 1999 wieder in Schwung zu kommen. So sind kalender- und saisonbereinigt bereits seit Beginn dieses Jahres wieder leichte Zuwächse zu verzeichnen. Diesen Werten zufolge haben die Ausfuhren im Juni ihren bisherigen Höchstwert vom April 1998 fast wieder erreicht.

Positive Impulse erhielten die Exporte zuletzt vor allem durch die nach wie vor boomende Wirtschaft der Vereinigten Staaten und die langsam erstarkende Wirtschaft in der Eurozone. Hinzu kommen Erholungstendenzen in einigen ost- und südostasiatischen Volkswirtschaften sowie die – verglichen mit dem Startertermin – deutlich niedrigere Bewertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Frühindikatoren, wie die Auftragseingänge aus dem Ausland und die Exporterwartungen von Unternehmen, lassen ein weiteres Ansteigen der Exporte für das zweite Halbjahr 1999 erwarten.

Auf der Importseite dürfte neben Wechselkurseffekten auch der gestiegene Rohölpreis zu einer wertmäßigen Erhöhung der Importe beitragen. In den Zahlen für das erste Halbjahr 1999 ist dieser Effekt noch nicht deutlich zu erkennen, da der Preisaufrtrieb erst im zweiten Quartal 1999 von einem sehr niedrigen Niveau aus einsetzte.

Wohngeld in Deutschland 1997



Im Dezember 1997 bezogen knapp 2,9 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 7,6% aller Privathaushalte. Damit ist im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Empfängerhaushalte um 5,2% gestiegen.

Im früheren Bundesgebiet bezogen 2,1 Mill. Haushalte Wohngeld, dies war im Vergleich zu 1996 ein Zuwachs von 2,4%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es 720 000 Haushalte von Wohngeldempfängern; damit ist hier die Zahl der Empfängerhaushalte um 14,6% gestiegen.

Seit 1991 wird für die Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsofopferfürsorge das vereinfachte Verfahren der pauschalierten Wohngeldgewährung angewandt. Seitdem ist der Anteil der Empfänger von Wohngeld nach dem herkömmlichen Berechnungsverfahren, dem sogenannten Tabellenwohngeld, von 85% Ende 1991 auf 55% Ende 1997 zurückgegangen, während der Anteil der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld im gleichen Zeitraum von 15 auf 45% gestiegen ist. Im früheren Bundesgebiet ist schon seit 1995 ein

Kurznachrichten

Übergewicht der Empfänger von pauschalitem Wohngeld festzustellen, in den neuen Ländern wurde Ende 1997 nach wie vor größtenteils Tabellenwohngeld bezogen. Insgesamt gab es in Deutschland Ende 1997 1,6 Mill. Empfänger von Tabellenwohngeld und 1,3 Mill. Empfänger von pauschalitem Wohngeld.

Die Ausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 1997 auf 6,7 Mrd. DM und stiegen damit im Vergleich zum Vorjahr (+9,6%) stärker als die Zahl der Empfängerhaushalte.

Im Durchschnitt hatte ein Empfängerhaushalt Ende 1997 einen monatlichen Wohngeldanspruch von 212 DM sowie eine monatliche Wohnkostenbelastung von 604 DM. Bei den Empfängern von pauschalitem Wohngeld wurden sowohl höhere Wohngeldansprüche als auch höhere Wohnkostenbelastungen festgestellt als bei den Empfängern von Tabellenwohngeld.

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 1999



Die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik ermöglichen einen aktuellen Überblick über die Entwicklung der Ausgaben, Einnahmen und Schulden der öffentlichen Haushalte (Bund einschl. seiner Sondervermögen, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Sozialversicherung, Ausgaben- und Einnahmenanteile der Europäischen Union).

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte betragen im ersten Halbjahr 1999 905,0 Mrd. DM und waren damit um 1,6% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der gewichtigste Ausgabenposten, die Ausgaben für soziale Leistungen, nahmen um 1,0% auf 319,6 Mrd. DM zu. Die Personalausgaben stiegen um 1,5% auf 169,4 Mrd. DM. Am kräftigsten erhöhten sich die Zinsausgaben (+4,5% auf 69,2 Mrd. DM). Einen überdurchschnittlichen Anstieg verzeichneten auch die laufenden Sachausgaben (+3,0% auf 193,9 Mrd. DM).

Die Einnahmen flossen den öffentlichen Haushalten mit 848,0 Mrd. DM 1,5% mehr zu als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Besonders stark erhöhten sich die Steuereinnahmen (+3,7% auf 739,3 Mrd. DM).

Aus der Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen (einschl. interner Verrechnungen) ergibt sich in finanzstatistischer Abgrenzung ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 56,9 Mrd. DM. Es fiel damit um gut 2 Mrd. DM höher aus als im ersten Halbjahr 1998. Zur Finanzierung des Defizites wurden neben Kredit-

marktmitteln in Höhe von 2,1 Mrd. DM Rücklagen und vornehmlich Kassenkredite in Anspruch genommen.

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte belief sich zum 30. Juni 1999 auf 2.249,2 Mrd. DM und war damit um 2,6% höher als am 30. Juni 1998.

Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 1998

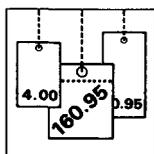


Die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber werden jährlich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst erhoben. Der Begriff öffentliche Arbeitgeber umfaßt die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in ihrem gesamten verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Handeln. Dieses erstreckt sich von der Hoheits- und Leistungsverwaltung der Behörden, Gerichte und Einrichtungen im Bereich der kameral geführten Kernhaushalte über die kaufmännisch geführten Sonderrechnungen bis zu den rechtlich selbständigen Einrichtungen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. In der dargestellten Reihenfolge vollzieht sich auch der Ausgliederungsprozeß aus den Kernhaushalten, der das Ziel hat, die Organisation der öffentlichen Verwaltung zunehmend nach wirtschaftlichen Kriterien auszurichten.

Nach dem Ergebnis der Personalstandstatistik waren Mitte 1998 bei den öffentlichen Arbeitgebern 6,4 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Damit hatte im Durchschnitt jede(r) fünfte *Erwerbstätige ein unmittelbares oder mittelbares Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis* mit den Gebietskörperschaften Bund, Länder oder Kommunen. Die Beschäftigtenzahlen der öffentlichen Arbeitgeber weisen weiterhin eine rückläufige Tendenz auf. Insgesamt wurden im Vergleich zu 1997 117.000 Beschäftigte weniger gezählt (-1,8%). Im Bereich der Kernhaushalte wurden 4,27 Mill., bei den Sonderrechnungen 0,8 Mill. und bei den rechtlich selbständigen Einrichtungen 1,36 Mill. Beschäftigte erfaßt.

Das Statistische Bundesamt berechnet seit Ende der 70er Jahre monatlich Indizes der Seefrachtraten für drei verschiedene Gütertransportmärkte in der Hochseeschifffahrt, und zwar für die Linienfahrt, die Tramp-Trockenfahrt (Zeitcharter) und die

Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1995

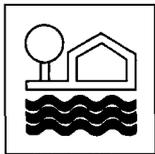


Das Statistische Bundesamt berechnet seit Ende der 70er Jahre monatlich Indizes der Seefrachtraten für drei verschiedene Gütertransportmärkte in der Hochseeschifffahrt, und zwar für die Linienfahrt, die Tramp-Trockenfahrt (Zeitcharter) und die

Kurznachrichten

Tramp-Tankerfahrt (Reisecharter). In diesem Beitrag werden die Berechnungsmethode und die Datengrundlage der einzelnen Indizes auf der neuen allgemeinen Preisbasis 1995 beschrieben und die Ergebnisse der Neuberechnung dargestellt. Im Vordergrund stehen dabei die Neuerungen, die im Rahmen der turnusmäßigen Indexreform durchgeführt wurden, um die Indizes an die aktuellen Marktverhältnisse anzupassen. Eine wichtige Änderung betrifft den Nachweis in der Linienfahrt, der nunmehr in der Gliederung nach Fahrtregionen erfolgt und damit Nutzerwünsche besser als bisher erfüllt.

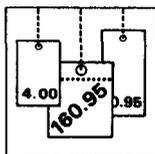
Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 1999



Der vorliegende Beitrag basiert auf dem Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 1999, der vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, auf einer Pressekonferenz in Frankfurt

am Main am 29. September 1999 vorgestellt wurde. Ausgewählte Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen werden in den einzelnen Kapiteln dargestellt und in Beziehung zu Fragestellungen im Schnittbereich zwischen Ökonomie und Umwelt erläutert. Themenschwerpunkte sind Ausführungen zur Produktivität der Naturnutzung, zum Material als Basis der Wirtschaft, zur Energie als Motor der Wirtschaft, zur Nutzung der Bodenfläche, zu Umweltschutzmaßnahmen und umweltbezogenen Steuern. Weitere Ergebnisse und Informationen hierzu stehen als download-Angebot im Internet zur Verfügung bzw. können bei den Autoren angefordert werden.

Preise im September 1999



Im September 1999 sorgten weiter steigende Importpreise für Erdöl und Mineralölprodukte für Preisauftriebstendenzen auf allen Wirtschaftsstufen, die allerdings im Bereich des privaten Verbrauchs durch Verbilligungen bei anderen Gütern mehr als kompensiert wurden. Auf der Erzeuger- und Großhandelsstufe setzte sich der Preisanstieg der letzten Monate fort. Die Einzelhandelspreise zogen ebenfalls etwas an.

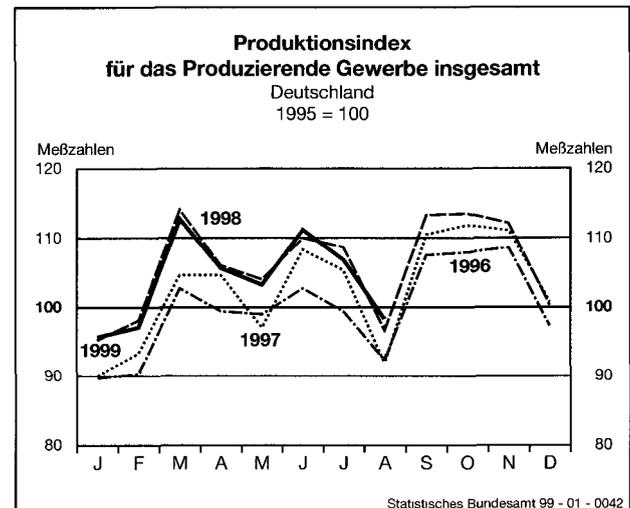
Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Großhandelspreise (+1,2%) am stärksten verteuert. Die Jahresteuersatzrate beim Preisindex für die Lebenshaltung verharrte mit +0,7% auf dem Niveau des Vormonats. Die Einzelhandelspreise lagen im September 1999 – wie bereits im August 1999 – um 0,2% über dem Vorjahresstand. Die Erzeugerpreise ge-

werblicher Produkte wiesen mit -0,5% auch im September 1999 noch eine negative Jahresveränderungsrate auf.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im August 1999 mit einem Stand von 98,3 (1995 = 100) um 1,5% höher als im August 1998.



Einzelhandel

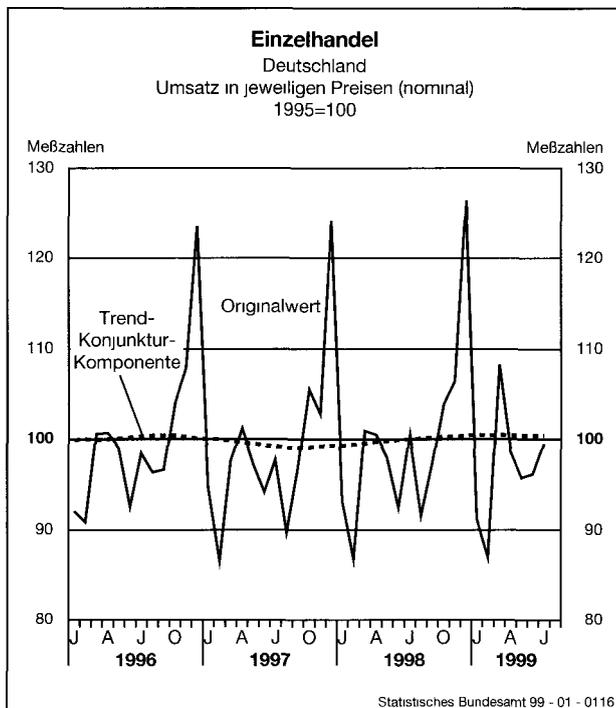
Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im August 1999 nominal 1,1% und real 0,7% mehr als im August 1998 um. In den ersten acht Monaten 1999 wurde nominal und real 0,8% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Im August 1999 verzeichneten der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem auch der Versandhandel zählt (nominal +9,6%, real +0,1%), der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal und real +8,5%) und der sonstige Facheinzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter anbietet (nominal +1,9%, real +1,8%) höhere Umsätze als im August 1998. In den anderen Einzelhandelsbranchen lagen die Umsätze unter dem Niveau des Vorjahresmonats: im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal -2,4, real -1,2%) und im Facheinzel-

Kurznachrichten

handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal $-8,1\%$, real $-7,1\%$).

Im August 1999 wurde im Vergleich zum Juli 1999 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal und real $1,0\%$ mehr abgesetzt.

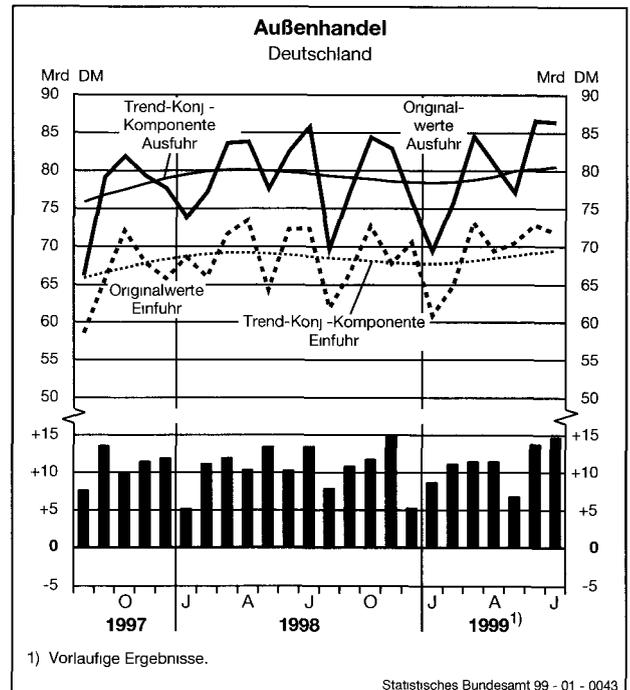


Außenhandel

Im Juli 1999 wurden von Deutschland Waren im Wert von 86,4 Mrd. DM ausgeführt und im Wert von 71,8 Mrd. DM eingeführt. Damit lagen die deutschen Ausfuhren im Juli 1999 um $0,7\%$ höher und die Einfuhren um $0,8\%$ niedriger als im Juli 1998. Die Außenhandelspreise, die 1998 deutlich zurückgegangen waren und im Januar 1999 einen Tiefpunkt erreichten, haben im Juli 1999 ihr Vorjahresniveau fast wieder erreicht. Der Index der Ausfuhrpreise lag im Juli 1999 noch um $0,7\%$, der der Einfuhrpreise noch um $0,4\%$ unter dem im Juli 1998 gemessenen Niveau.

Trotz des relativ hohen Ausfuhrüberschusses von 14,6 Mrd. DM ergab sich unter Berücksichtigung der anderen Teilbilanzen – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – in der Leistungsbilanz ein Defizit von 3,0 Mrd. DM.

Die Trend-Konjunktur-Komponente (Berliner Verfahren, Version 4) deutet darauf hin, daß die Abschwächung im Außenhandel im zweiten Halbjahr 1998 inzwischen überwunden ist. Im Juli 1999 wies die Trend-Konjunktur-Komponente sowohl ausfuhr- als



auch einführseitig einen Zuwachs von $0,5\%$ gegenüber dem Wert des Vormonats auf. Damit scheinen sich die positiven Signale, die die Auftragseingänge in den vorangegangenen Monaten gegeben hatten, zu bestätigen

Gegenüber dem Vormonat fiel die Ausfuhr im Juli 1999 nominal um $0,2\%$ und die Einfuhr um $1,4\%$. Die kalender- und saisonbereinigten Werte zeigen, daß der Rückgang bei den Einfuhren nur saisonal bedingt ist. So sind die Einfuhren dieser um typische saisonale und kalendarische Einflüsse bereinigten Werte zufolge um $0,9\%$ gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Ausfuhren hingegen sind diesen Werten zufolge gegenüber dem Vormonat um $0,6\%$ gefallen.

Wirtschaft und Statistik im Urteil seiner Leserinnen und Leser

Vorbemerkung

Einem Teil der Auflage von Wirtschaft und Statistik hatten wir im Februar-Heft 1999 eine Antwortkarte zu einer Leserumfrage beigelegt. Darin haben wir unsere Leserinnen und Leser gebeten, uns ihre Meinung zum Informationsangebot von Wirtschaft und Statistik mitzuteilen. Neben Fragen nach der bisherigen Nutzung der verschiedenen Teile von Wirtschaft und Statistik und einer eventuell wünschenswerten Erweiterung sowie dem Übergang auf neue Medien an Stelle des hergebrachten Zahlenteils, die durch Ankreuzen zu beantworten waren, konnten Verbesserungsvorschläge gemacht und Kritik geäußert werden. Als kleines Dankeschön erhielten alle Teilnehmer, deren Antwort bis zum 31. Mai 1999 abgesandt worden war, eine CD-ROM vom zweiten Flaggschiff unserer Veröffentlichungen, dem Statistischen Jahrbuch 1998.

Wirtschaft und Statistik, die wissenschaftliche Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes, soll regelmäßig die neuesten Informationen der amtlichen Statistik über die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation in Deutschland und über deren Entwicklung bereitstellen sowie die statistischen Methoden erläutern. Im Textteil werden neue statistische Ergebnisse kommentiert sowie grundlegende Fragen des statistischen Programms, der Methoden und Organisation der Bundesstatistik und der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes erörtert. Wesentlicher Inhalt des Textteils von Wirtschaft und Statistik sind also Ergebnis- und Methodenaufsätze. Im Tabellenteil informiert Wirtschaft und Statistik mit den Statistischen Monatszahlen über wichtige Eckdaten aus ausgewählten Bereichen des statistischen Arbeitsprogramms und über deren Veränderungen im Zeitablauf. Hinzu kommen – jeweils wechselnde – ausführliche Tabellen mit den Ergebnissen von Erhebungen, die nur in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, oder zu den Aufsätzen im Textteil.

Systematisch erfaßt und seit der ersten Auflage 1949 dokumentiert, bietet Wirtschaft und Statistik so ein umfassendes Kompendium und Nachschlagewerk über die Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt der Bundesrepublik Deutschland sowie über Methoden, Aufgaben und Organisation der Bundesstatistik.

Allgemeines Profil der Leserinnen und Leser von Wirtschaft und Statistik

Derzeit wird Wirtschaft und Statistik mit einer monatlichen Auflage von 3800 Exemplaren gedruckt. Rund 2800 Exemplare gehen an Dauerkunden. Von den restlichen 1000 Exemplaren ist ein Teil für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bibliotheken des Statistischen Bundesamtes an seinen drei Standorten (Wiesbaden, Bonn und Berlin)

und die unter dem Dach des Statistischen Bundesamtes „beheimateten“ Institutionen bestimmt. Zu letzteren gehören die Verbindungsstelle zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Geschäftsstelle des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Die verbleibenden Exemplare gehen in den Einzelverkauf bzw. als Vorrat für Nachbestellungen auf Lager

Von den 2800 Dauerkunden erhalten etwa ein Viertel Wirtschaft und Statistik von Amts wegen oder im Austausch gegen eigene Veröffentlichungen. Etwa 270 dieser rund 690 Exemplare gehen an Bundesinstitutionen, wie zum Beispiel Bundespräsidialamt, Bundeskanzleramt, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, die Bundesministerien, die parlamentarischen Körperschaften, die obersten Bundesgerichte, sonstige Bundesbehörden und -einrichtungen, wie Kraftfahrt-Bundesamt, Bundesgesundheitsamt, Bundeskartellamt, Bundesversicherungsamt für Angestellte, Bundesgrenzschutz oder Bundesarchiv, sowie die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland. Rund 100 Exemplare gehen an amtliche europäische und internationale Organisationen, die auf statistischem Gebiet tätig sind, an verschiedene Regierungsstellen im Ausland, an Nationalbibliotheken u.ä. Zu den Beziehern zählen die Europäischen Gemeinschaften (Statistisches Amt und Kommission), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Vereinten Nationen mit ihren Sonderorganisationen [z. B. die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisationen der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), um nur einige zu nennen], die World Trade Organization und das Internationale Statistische Institut (ISI), eine der ältesten wissenschaftlichen Vereinigungen der Welt. Rund 70 Exemplare werden den Statistischen Zentralämtern in aller Welt zur Verfügung gestellt.

Etwa 100 Exemplare beziehen die Landesregierungen und die 16 Statistischen Landesämter, weitere 50 die im Statistischen Beirat vertretenen Verbände der gewerblichen Wirtschaft, Arbeitgeberverbände, Verbände der Landwirtschaft, Gewerkschaften, Kommunalen Spitzenverbände, Vertreter der Hochschulen und die Wirtschaftsforschungsinstitute. Etwa die gleiche Anzahl geht an große Allgemeinbibliotheken und an Zentralbibliotheken in Universitäten; der Rest verteilt sich auf Einzelbezieher.

Während wir die oben genannten Bezieher von Wirtschaft und Statistik genauer kennen, sind jene drei Viertel der Leserinnen und Leser, die Wirtschaft und Statistik aus eigenem Interesse abonniert haben, für uns weitgehend unbekannt. Mehr als die Hälfte (57 %) dieser rund 2100 Exemplare wird über den örtlichen Buchhandel vertrieben, so daß wir zwar noch regionale Absatzschwerpunkte feststellen können, aber nicht wissen, welcher Nutzergruppe (wie Wissenschaft und Forschung, Unternehmen und Freie Berufe, Verbände und ähnliche Organisationen der Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Verwaltung) die Bezieherinnen und Bezieher angehören.

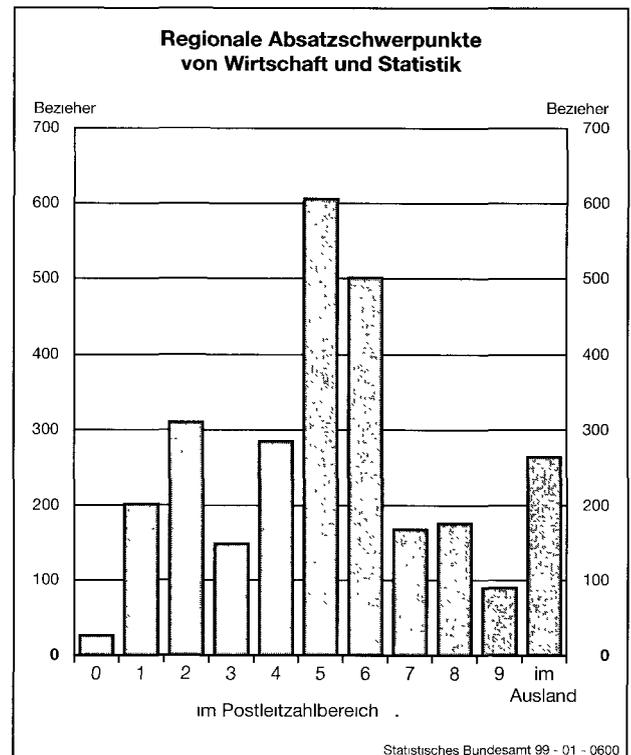
Spitzenreiter unter den Absatzregionen ist – bislang – der Postleitzahlbereich¹⁾ 5, also der Raum Köln/Bonn, in dem gut ein Fünftel aller Leserinnen und Leser von *Wirtschaft und Statistik* wohnen, dicht gefolgt vom Postleitzahlbereich 6, dem Raum Frankfurt, mit rund 18% der Bezieher und Bezieherinnen. Jeweils ein Zehntel der Abonnenten von *Wirtschaft und Statistik* ist in den Postleitzahlbereichen 2 (Raum Hamburg) und 4 (Raum Düsseldorf) zu Hause. Ein ebenso großes Kontingent von *Wirtschaft und Statistik* geht ins Ausland. Bisher ist *Wirtschaft und Statistik* in den neuen Bundesländern kaum eingeführt: Nur eine/r von hundert Leserinnen und Lesern ist im Postleitzahlbereich 0 (Raum Dresden – Leipzig) daheim. Unterdurchschnittlich ist die Bezieherzahl mit 3% auch im Postleitzahlbereich 9, Raum Nürnberg (besonders ausgeprägt wiederum in den Regionen Suhl und Erfurt). Die Bezieher im Postleitzahlbereich 1 stammen fast ausschließlich aus Berlin. Im Postleitzahlbereich 3, das ist der Raum Hannover, ist die Region Magdeburg – Stendal unterrepräsentiert.

Zu einem großen Teil spiegeln sich in dieser regionalen Verteilung die führenden Standorte von *Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung* bzw. die Sitze von Bundes- und Landesregierungen wider. Mit dem Regierungsumzug wird es wohl entsprechende Verschiebungen in den Berliner Raum geben.

Läßt man die Amts- und Austauschbezieher außer Betracht, verlagert sich der regionale Schwerpunkt in den Postleitzahlbereich 6, also den Raum Frankfurt, mit rund 21% der Abonnenten, gefolgt vom Postleitzahlbereich 5 (Raum Köln/Bonn) mit rund 16%. Jeweils um die 13% gehen in die Postleitzahlbereiche 2 (Raum Hamburg) und 4 (Raum Düsseldorf). Schlußlicht ist wieder der Postleitzahlbereich 0 mit nicht einmal 1% der Bezieher; unterdurchschnittlich wiederum der Bezug im Raum Nürnberg (Postleitzahlbereich 9). In allen übrigen Postleitzahlbereichen und im Ausland sind jeweils rund 7% der Leserinnen und Leser ansässig, die *Wirtschaft und Statistik* nicht von Amts wegen erhalten. Signifikante Unterschiede hinsichtlich der regionalen Untergliederung zwischen Direktbezieher und solchen Leserinnen und Lesern, die *Wirtschaft und Statistik* über ihren Buchhändler beziehen, gibt es nur beim Spitzenquartett. Hamburger und Frankfurter tendieren eher zum Buchhandel, Kölner und Düsseldorfer beziehen *Wirtschaft und Statistik* häufiger unmittelbar.

¹⁾ Die hier so genannten Postleitzahlbereiche umfassen folgende Regionen
 0 Dresden – Bautzen – Cottbus – Leipzig – Dessau – Halle – Gera – Zwickau – Chemnitz
 1 Berlin – Potsdam – Frankfurt/Oder – Oranienburg – Neubrandenburg – Rostock – Stralsund – Schwern
 2 Hamburg – Lubeck – Kiel – Flensburg – Elmshorn – Emden – Oldenburg – Bremerhaven – Bremen – Celle
 3 Hannover – Herford – Bielefeld – Kassel – Gießen – Fulda – Göttingen – Braunschweig
 4 Düsseldorf – Monchengladbach – Wuppertal – Dortmund – Essen – Oberhausen – Duisburg
 5 Köln – Aachen – Bonn – Trier – Mainz – Koblenz – Siegen – Hagen – Hamm – Arnsberg
 6 Frankfurt am Main – Aschaffenburg – Darmstadt – Wiesbaden – Saarbrücken – Kaiserslautern – Mannheim – Heidelberg
 7 Stuttgart – Tübingen – Göttingen – Heilbronn – Pforzheim – Karlsruhe – Offenburg – Konstanz – Freiburg
 8 München – Garmisch-Partenkirchen – Rosenheim – Landshut – Ingolstadt – Augsburg – Kempten – Friedrichshafen – Ulm
 9 Nürnberg – Ansbach – Amberg – Regensburg – Passau – Hof – Bamberg – Würzburg – Suhl – Erfurt

Schaubild 1



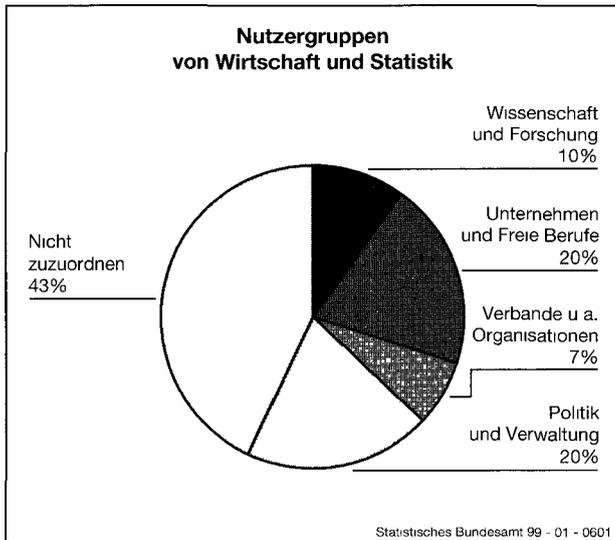
Nimmt man die 900 Exemplare von *Wirtschaft und Statistik*, die direkt, das heißt ohne Einschaltung des Buchhandels, vertrieben werden, und ordnet sie Nutzergruppen zu, so gehen 58% davon an Unternehmen oder an Angehörige der Freien Berufe, 19% an Verbände und ähnliche Organisationen der *Wirtschaft*, 13% an die *Wissenschaft und Forschung*, 9% an Verwaltungseinrichtungen und 1% an diplomatische Vertretungen ausländischer Staaten in der Bundesrepublik Deutschland. Mit anderen Worten: Fast 4 von 5 Direktbezieher von *Wirtschaft und Statistik* stehen der *Wirtschaft* nahe. Für die Abonnements, die über den Buchhandel ausgeliefert werden, ist eine derartige Aufgliederung nicht möglich.

Dabei gibt es beachtliche regionale Unterschiede: *Wissenschaft und Forschung* sind insbesondere in den Postleitzahlbereichen 0 und 1 unter den Beziehern (28%) stark vertreten, Unternehmen und Freiberufler im PLZ-Bereich 6 und im Ausland (72 bzw. 69%), Verbände und ähnliche Organisationen im PLZ-Bereich 5 (32%) und Verwaltungseinrichtungen im PLZ-Bereich 9 (19%).

Von den Amts- und Austauschbeziehern sind – wie zu erwarten – 71% der Nutzergruppe Politik und Verwaltung zuzurechnen, 22% gehören zum Bereich *Wissenschaft und Forschung*, der Rest verteilt sich auf die übrigen Nutzerkategorien.

Insgesamt kommen 20 von 100 Leserinnen und Lesern aus Unternehmen bzw. Freien Berufen, ebenso viele aus dem Bereich Politik und Verwaltung, 10 sind im wissenschaftlichen Bereich tätig, 7 in Verbänden und ähnlichen Organisationen. Welchen Nutzergruppen die restlichen 43% der Abonnenten zuzuordnen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Soviel zum allgemeinen Profil der Leserschaft von *Wirtschaft und Statistik*.

Schaubild 2



schaft und Statistik, wobei die Leserschaft sicher noch größer ist, als in der reinen Auflagenhöhe zum Ausdruck kommt.

Die Ergebnisse der Leserumfrage im einzelnen

Das Statistische Bundesamt mochte seine Informationen möglichst kundengerecht, das heißt den Ansprüchen und Erwartungen der Kunden gemäß, bereitstellen. Diesem Ziel diente die Leserumfrage zu Wirtschaft und Statistik. Das Informationsangebot dieser Zeitschrift soll noch besser auf die Wünsche unserer Kundinnen und Kunden abgestellt werden. Das als kostenfreie Antwortkarte oder als Fax-Vor-

lage zu nutzende Formular enthielt 10 Fragen, von denen sieben durch einfaches Ankreuzen beantwortet werden konnten. Kritik und Verbesserungsvorschläge konnten die Leserinnen und Leser auch explizit äußern, was uns wertvolle Hinweise für die künftige Gestaltung von Wirtschaft und Statistik gab. Ferner hatten wir unsere Leserinnen und Leser gebeten, die Branche, in der sie tätig sind, anzugeben.

Insgesamt haben 139 Leserinnen und Leser auf unsere Umfrage geantwortet. Bei einem Vergleich mit ähnlichen Umfragen der Statistischen Ämter bewegt sich der Rücklauf im üblichen Rahmen, im Vergleich zur Gesamtauflage von Wirtschaft und Statistik ist er dagegen eher gering. Inwieweit eine höhere Rücklaufquote zu anderen Erkenntnissen geführt hätte, läßt sich nicht abschätzen. Ein Fünftel der Rückläufe stammten aus dem Kreis der Leser von Amts wegen, vier Fünftel aus dem Kreis der übrigen Leser. Die Repräsentation dieser Kunden liegt mit 0,53% etwas höher als die der Leser von Amts wegen (0,4%). Ob die geringere Resonanz der letzteren darauf zurückzuführen ist, daß die Leserinnen und Leser, die Wirtschaft und Statistik von Amts wegen beziehen, ihre Informationswünsche unmittelbar vortragen können, oder ob die Leserumfrage viele dieser Leser nicht erreichte, wissen wir nicht.

Bei den meisten Antwortenden handelt es sich augenscheinlich um Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung, die regelmäßig auch andere Veröffentlichungen mit statistischem Inhalt beziehen. Mehr als zwei Drittel beziehen neben Wirtschaft und Statistik auch Fachserien des Statistischen Bundesamtes, drei von fünf Antwortenden die Monatsberichte von Ministerien oder Veröffentlichungen der Wirtschaftsforschungsinstitute, fast die Hälfte Berichte der Statistischen Landesämter oder aus

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ggf. ergänzen

Beziehen/lesen Sie Wirtschaft und Statistik eher aus privatem oder beruflichem Interesse?

In welcher Branche sind Sie tätig? _____

Beziehen/lesen Sie weitere Zeitschriften/Berichte mit statistischem Inhalt?

<input type="checkbox"/> Monatsberichte von Ministerien (z. B. des Bundesministeriums für Wirtschaft) oder der Deutschen Bundesbank	<input type="checkbox"/> Monatszeitschriften der Statistischen Landesämter	<input type="checkbox"/> Statistische Berichte aus der europäischen Statistik oder von internationalen Organisationen
<input type="checkbox"/> Veröffentlichungen der Wirtschaftsforschungsinstitute (z. B. DIW-Wochenbericht, Ifo-Wirtschaftskonjunktur, RWI-Konjunkturberichte)	<input type="checkbox"/> Fachserien des Statistischen Bundesamtes	<input type="checkbox"/> andere, nämlich _____

Welche Teile von Wirtschaft und Statistik interessieren oder nutzen Sie am meisten?

<input type="checkbox"/> Aufsätze mit Ergebnissen statistischer Erhebungen	<input type="checkbox"/> Aufsätze mit methodischen Darstellungen	<input type="checkbox"/> Zahlen-/Tabellenteil darin getrennte Nachweise für neue/alte Bundesländer
----------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------

Welche Teile hätten Sie deshalb gern ausführlicher?

<input type="checkbox"/> Ergebnisaufsätze	<input type="checkbox"/> Methodendarstellungen	<input type="checkbox"/> Zahlen-/Tabellenteil
-------------------------------------------	------------------------------------------------	-----------------------------------------------

Waren Sie daran interessiert, den Zahlenteil von Wirtschaft und Statistik über Internet oder als Diskette zu beziehen?

Worüber würden Sie gern mehr erfahren? _____

Was gefällt Ihnen an Wirtschaft und Statistik nicht? _____

Wirtschaft und Statistik habe ich selbst abonniert beziehe ich über meine Firma, Behörde, Universität o. ä.

F

der europäischen Statistik Jede(r) Siebte gab an, regelmäßig alle diese in Frage stehenden Veröffentlichungen zu nutzen.

Dementsprechend wird Wirtschaft und Statistik überwiegend aus beruflichen Gründen bezogen. Fast 90% der Leserinnen und Leser gaben an, Wirtschaft und Statistik aus beruflichem Interesse zu lesen, 5% darunter verbanden berufliches und privates Interesse. Nur 5% lasen Wirtschaft und Statistik aus rein privatem Interesse, der Rest zeigte sich unentschieden.

Das Schwergewicht des Interesses an Wirtschaft und Statistik bezieht sich auf die Ergebnisaufsätze, die von mehr als vier von fünf Einsendern gelesen werden. An zweiter Stelle der Lesergunst rangiert der Zahlenteil, dem gut jeder zweite Leser seine Aufmerksamkeit schenkt, ein Drittel davon insbesondere den Nachweisen für neue/alte Länder. Für Methodenaufsätze interessierte sich etwa die Hälfte der Leser.

Interessant sind hier auch die Randverteilungen. Von 100 Einsendern lasen 16 das ganze Heft, 29 die Ergebnisaufsätze in Kombination mit dem Zahlenteil, 25 nur die beiden Arten von Aufsätzen, 13 nur die Ergebnisaufsätze, jeweils 6 Antwortende nur die Methodenaufsätze oder nur den Zahlenteil.

Wir hatten unsere Leserinnen und Leser gefragt, welche Teile von Wirtschaft und Statistik ausführlicher gestaltet werden sollten. Vier Fünftel der Antwortenden hielten eine Erweiterung generell für wünschenswert, die restlichen zwanzig Prozent waren mit dem jetzigen Angebot zufrieden. Überdurchschnittlich zufrieden waren insbesondere die Leser, die angegeben hatten, das gesamte Heft zu nutzen; hier waren 40% dieser Meinung. 55% der Antwortenden wünschten sich mehr Ergebnisaufsätze, 38% befürworteten einen Ausbau des Zahlenteils und rund ein Drittel läsen gern mehr Methodenaufsätze. Besonders ausgeprägt ist der Wunsch nach einer Erweiterung bei den Leserinnen und Lesern mit besonderen Interessenlagen, die also ausschließlich Methodenaufsätze, Ergebnisaufsätze oder den Zahlenteil nutzen; hier liegen die entsprechenden Werte zwischen 55 und 89%.

Der Nutzung elektronischer Medien für die Übermittlung von statistischen Ergebnissen stand knapp die Hälfte der Einsender positiv gegenüber; fast vier Fünftel von ihnen gaben dem Internet gegenüber der Diskette den Vorzug. Die Bandbreite der Reaktionen reichte hier allerdings von begeisterter Zustimmung bis zu entschiedener Ablehnung.

Eine Zuordnung nach der Branche, in der unsere Leser und Leserinnen tätig sind, ergab folgendes Bild: 31% der Zuschriften kamen aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung, 29% aus den Bereichen Politik und Verwaltung (davon aus dem Inland jede zweite Zuschrift aus Kommunen, ein Drittel aus dem Bereich der Länder und nicht einmal jede fünfte aus dem Bereich der Bundesverwaltung), 22% von Unternehmen und Freien Berufen, 12% von Verbänden und ähnlichen Organisationen, 6% stammten von Privatpersonen oder waren nicht eindeutig zuzuordnen. Gegenüber der anhand der Abonnements vorgenommenen Zuordnung zu Nutzerkategorien – mit 43% in der Kate-

gorie „Nicht zuzuordnen“ – weisen alle Kategorien höhere Besetzungszahlen auf; besonders auffallend ist der Unterschied im Bereich Wissenschaft und Forschung und bei Verbänden und ähnlichen Organisationen, was entweder auf eine ausgeprägte Antwortfreudigkeit schließen läßt und/oder auf einen großen Anteil unter den Beziehern der Kategorie „Nicht zuzuordnen“ hindeutet.

133 Zuschriften kamen aus dem Inland, 6 erhielten wir aus dem Ausland, das ist etwas weniger als es dem Anteil der Auslandsbezieher an den Gesamtbeziehern entspricht. Die entfernteste Zuschrift erreichte uns aus Japan.

Handlungsbedarf beim Tabellenteil . . .

Von den 110 Leserinnen und Lesern, die sich für einen ausführlicheren Aufsatz- oder Zahlenteil ausgesprochen hatten, machten 64 gleich konkrete Vorschläge hierzu; ferner haben 12 von den 29 Antwortenden, die keine generelle Erweiterung des derzeitigen Angebots für erforderlich hielten, den Wunsch nach zusätzlichen Informationen über bestimmte Themen geäußert.

Ausdrückliches Lob oder zustimmende Kommentare zum Informationsangebot von Wirtschaft und Statistik gab es von 11 Einsendern und Einsenderinnen, was uns besonders freut. Drei davon fanden Wirtschaft und Statistik sehr gut bzw. sehr wichtig, drei gut bzw. ausgewogen, fünf waren zufrieden bzw. fanden Wirtschaft und Statistik, so wie es ist, in Ordnung. Kritik übten 19 Leserinnen und Leser.

Häufigster Kritikpunkt war der Tabellenteil (10 Nennungen), der als zu wenig aktuell (4 Nennungen) und nicht sehr übersichtlich (3 Nennungen) angesehen wurde, mehr absolute statt relativer Zahlen enthalten, zugunsten des Aufsatzteils reduziert oder durch ein entsprechendes Internet-Angebot ersetzt werden sollte (jeweils eine Nennung). Hier besteht offensichtlich erheblicher Handlungsbedarf. Zwei Lesern/ Leserinnen erschien der Preis von Wirtschaft und Statistik zu hoch, ebenfalls zwei wünschten sich das Datenmaterial differenzierter, vor allem in regionaler Hinsicht. Je ein Leser bzw. eine Leserin übte Kritik an Layout und Stil („grau und bürokratisch“), wünschte sich eine durchgehende Seitennumerierung für Text- und Tabellenteil oder weniger detaillierte Graphiken.

Jeweils eine Leserin bzw. ein Leser kritisierte den mangelnden Forschungsbezug (zur empirischen Sozialforschung) bzw. war mit den Zusammenfassungen nicht zufrieden.

Auf der Grenze zwischen Kritik und Erweiterungsvorschlägen anzusiedeln ist der jeweils einmal geäußerte Wunsch nach mehr und tiefer gegliedertem Datenmaterial bzw. nach ausführlicheren Tabellen zu den Aufsätzen (die in der Regel aber nach wie vor im Tabellenteil enthalten sind, was der Aufmerksamkeit des Lesers/der Leserin vielleicht entgegen ist).

. . . und eine Vielzahl zusätzlicher Informationswünsche

Die von den Leserinnen und Lesern, die auf unsere Umfrage geantwortet haben, geäußerten Informationswün-

sche betreffen nahezu die gesamte Breite des Arbeitsgebiets der Bundesstatistik. Vielfach spiegeln sich in ihnen natürlich auch die spezifischen Interessengebiete und Tätigkeitsfelder der Antwortenden wider.

Trotzdem lassen sich bestimmte Schwerpunkte des Leserinteresses feststellen. Am häufigsten war der Wunsch nach Ergebnissen für die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa (OECD) oder zur Weltwirtschaft (rund 13 % der Antworten). Dabei wurde zusätzlich angeregt, auch Quellenhinweise zu den internationalen Statistiken zu veröffentlichen. Umgekehrt wurde – wie oben schon erwähnt – häufig auch eine stärkere regionale Untergliederung der Ergebnisse für Deutschland gewünscht, zum Beispiel Vergleiche für Bundesländer oder Städtevergleiche (rund 9 % der Antworten). Fast ebenso häufig waren die Wünsche nach mehr Informationen über das Gesundheitswesen und über Einrichtungen im sozialen Bereich (rund 8 % der Antworten). Nur knapp dahinter rangieren mit jeweils rund 7 % die Wünsche nach zusätzlichen Informationen über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (insbesondere getrennte Ergebnisse für neue und alte Länder), über demographische Entwicklungen und über die privaten Haushalte (genannt wurden u. a. Einnahmen und Ausgaben, Konsumverhalten, Kaufkraft, möglichst regional tief gegliedert, Ernährung, Mobilität). Mehrfach geäußert wurde der Wunsch nach Ergebnissen der Umweltstatistiken, nach statistischen Informationen über kleine und mittlere Unternehmen und Branchenvergleichen.

Besonders gefragt waren darüber hinaus Informationen über die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, über Schattenwirtschaft und geringfügige Beschäftigung, über den Dienstleistungsbereich und über die Verteilung von Einkommen und Vermögen – allesamt Bereiche, in denen das Datenangebot der amtlichen Statistik bislang noch Lücken aufweist.

Interesse bestand auch an langen Reihen im allgemeinen und an solchen zur Preisentwicklung im besonderen sowie an regionalen und europäischen Preisvergleichen. Mehr Informationen wurden gewünscht über den Bauland- und Wohnungsmarkt und pauschal über Landwirtschaft, Industrie, Handel, insbesondere Außenhandel, Verkehr, Tourismus, öffentliche Haushalte und Finanzlage des Staates sowie aus den Bildungsstatistiken, dem Mikrozensus und über das Unternehmensregister.

Ausführlicher berichtet werden sollte in Wirtschaft und Statistik über geplante Erhebungen, insbesondere auf europäischer Ebene, über die europäische Methodendiskussion und die Haltung der deutschen amtlichen Statistik sowie über neu erschienene Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Ferner wünschten sich die Leserinnen und Leser, über organisatorische und personelle Veränderungen im Statistischen Bundesamt informiert zu werden. Weitere Anregungen der Leserinnen und Leser waren, in Wirtschaft und Statistik mehr analytische Beiträge zu veröffentlichen sowie häufiger externe Autoren zu Wort kommen zu lassen.

Einige Antworten betrafen den Bereich der amtlichen Statistik, in dem andere Stellen als die Statistischen Ämter mit der Durchführung von Bundesstatistiken beauftragt sind. Diese Leser wollen mehr über die Methoden der Ressortstatistiken, insbesondere der Landwirtschaftsverwaltung, erfahren oder wünschen Informationen über Geld- und Kredit- bzw. Kapitalmarktstatistiken.

Wie werden wir Ihre Vorschläge berücksichtigen?

Schriftleitung und Redaktion haben die verschiedenen Anregungen und Vorschläge, insbesondere die kritischen Anmerkungen der Leserinnen und Leser, im einzelnen geprüft und werden sie soweit irgend möglich bei der inhaltlichen und redaktionellen Gestaltung von Wirtschaft und Statistik berücksichtigen.

Vordringlichen Handlungsbedarf sehen wir vor allem beim Tabellenanhang. Hier sind wir dabei, eine Lösung zu entwickeln, die den Forderungen nach einem umfassenden und hinreichend differenzierten Informationsangebot, größtmöglicher Aktualität, Übersichtlichkeit sowie einer alternativen Nutzung neuer Medien entspricht. Da wir den Statistischen Wochendienst in gedruckter Form zum Ende dieses Jahres einstellen wollen – bei dieser kurzfristigen Veröffentlichung wirkt sich die für den Druck und Versand benötigte Zeitspanne besonders nachteilig auf die Aktualität aus – und hierfür ein Internet-Angebot gestalten, haben wir auch den Tabellenanhang von Wirtschaft und Statistik in diese Überlegungen einbezogen. Für beide Veröffentlichungen soll ein gemeinsames Informationsangebot entwickelt werden. Da das Informationsangebot bisher so gestaltet war, daß Statistischer Wochendienst und Wirtschaft und Statistik nebeneinander existieren konnten, werden sich aus dem Wegfall des Wochendienstes einige Erweiterungen für den Zahlenteil von Wirtschaft und Statistik ergeben. Dabei gilt es einen „Königsweg“ zwischen Ausführlichkeit in Form aufwendig gegliederter Tabellen und einem Zahlenfriedhof, zwischen einem Datenangebot auch für Spezialisten und einer größeren Übersichtlichkeit zu finden.

Das gleiche gilt für graphische Darstellungen, wo sachlich korrekte Darstellung oft komplexer Zusammenhänge und plakativ-anschauliche Darstellung einzelner Sachverhalte in einem Spannungsverhältnis stehen. Als Beispiel mag die Darstellung der Vermögenseinkommen privater Haushalte im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost im September-Heft dieses Jahres von Wirtschaft und Statistik dienen, bei der uns die technisch erforderliche Verwendung unterschiedlicher Maßstäbe viel Kopfzerbrechen im Hinblick auf die Objektivität der Darstellung bereitet hat.

Bezüglich der Aktualität der im Tabellenanhang enthaltenen Indikatoren haben wir uns bisher schon am Rande des drucktechnisch noch Möglichen bewegt; so werden zum Beispiel die neuesten Preisindizes oder die aktuellen Daten aus dem Produzierenden Gewerbe erst unmittelbar vor dem Druck aufgenommen.

Daneben geht es uns um die Aktualität der statistischen Ergebnisse als solche bzw. ihre Darstellung in Verbindung zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder

ökologischen Fragestellungen. Erstere hängt zunächst vom Durchführungstermin und der Aufbereitungsdauer der jeweiligen statistischen Erhebung ab; bei der Veröffentlichung der Ergebnisse hat dann eine frühzeitige Unterrichtung der Presse Vorrang vor anderen Darstellungsformen. Beim zweiten bemühen wir uns, solche aktuellen Fragen aufzugreifen, ein gewisser zeitlicher Vorlauf ist jedoch immer erforderlich.

Da Textteil und Tabellenteil auch künftig aus unterschiedlichen Quellen gespeist und unabhängig voneinander erstellt werden sowie keinen feststehenden Umfang haben, ist die unterschiedliche Seitennumerierung auch künftig nötig.

Auch ein attraktiveres Layout hat einen starken Gegenspieler, nämlich die Herstellungskosten, die insbesondere in Zeiten einer angespannten Finanzsituation der öffentlichen Haushalte nicht erhöht werden können, ohne diese Kostensteigerungen in Form von Preissteigerungen auch an unsere Leser weiterzugeben. Wir prüfen aber, ob durch Änderungen im Herstellungsverfahren Mittel eingespart werden können, die für ein ansprechenderes Layout eingesetzt werden können.

Was die zusätzlichen Informationswünsche betrifft, ist zu unterscheiden zwischen solchen, die das Statistische Bundesamt bzw. die Bundesstatistik erfüllen kann, und solchen, bei denen das nicht möglich ist. Wenn zum Beispiel die fehlenden Informationen über den Dienstleistungsbereich, über die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, mangelnde Informationen über Einkommen und Vermögen oder zu anderen wirtschaftlich oder gesellschaftlich relevanten Fragestellungen, etwa auch der Pflegestatistik im Gesundheitswesen, beklagt werden, für die bisher noch keine Statistiken durchgeführt werden, so kann in diesen Fällen Abhilfe nur der Gesetzgeber mit dem Erlaß entsprechender Rechtsgrundlagen schaffen.

Anders liegen die Dinge in den Bereichen, in denen Informationen schon vorliegen und nur statistikübergreifend zusammengefaßt und kommentiert werden müssen, zum Beispiel bei Branchenvergleichen; hier werden wir versuchen, den Anregungen der Leserinnen und Leser von *Wirtschaft und Statistik* bei künftigen Darstellungen Rechnung zu tragen.

In einigen Fällen bestand sicher ein Nachholbedarf an Informationen, weil die Kapazitäten in einigen statistischen Arbeitsbereichen durch schwierige Aufbauarbeiten oder methodische Umstellungen gebunden waren oder noch sind und erst danach wieder für Dokumentation und Analyse zur Verfügung stehen. Das trifft zum Beispiel für die besonders häufig genannten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Gesundheitsberichterstattung, die Umweltberichterstattung oder das Unternehmensregister zu. Ein großer Teil dieses Informationsrückstandes ist, wie unsere Leserinnen und Leser sicher bemerkt haben, im laufenden Jahrgang bereits aufgeholt worden bzw. wird in den nächsten Heften noch abgebaut.

Hinzu kommt, daß Beiträge, insbesondere auch zu methodischen Fragen, in unseren spezifischen Schriftenreihen

oder anderen Veröffentlichungen (wie z. B. dem Allgemeinen Statistischen Archiv) erscheinen. Dies trifft zum Beispiel für die bereits genannten Bereiche der Umwelt- und Gesundheitsstatistik zu und in besonderem Maße für Arbeiten auf dem Gebiet der Bevölkerungsstatistik, die darüber hinaus häufig in der vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung herausgegebenen Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft erscheinen. Ein Kompromiß könnte darin bestehen, die betreffenden Beiträge wenigstens in einer Kurzfassung auch in *Wirtschaft und Statistik* zu veröffentlichen.

Was international und regional vergleichende Darstellungen anbetrifft, so sind uns hier durch den Arbeitsschnitt zum Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) bzw. zu den Statistischen Landesämtern gewisse Grenzen gesetzt. Im Fall Eurostats bemühen wir uns zur Zeit um eine Regelung, die es uns erlaubt, unsere Leserinnen und Leser über aktuelle Ergebnisse der europäischen Statistik zu informieren und auf die entsprechenden Veröffentlichungen hinzuweisen, ohne die Interessen Eurostats an der Vermarktung der europäischen Statistikergebnisse zu beeinträchtigen.

Eine Bitte zum Schluß: Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, weitere Anregungen haben oder Kritik üben wollen – bitte zögern Sie nicht, sich an uns zu wenden. Schriftleitung und Redaktion von *Wirtschaft und Statistik* sind unter den Rufnummern (06 11) 75-2086 bzw. -2341, der E-Mail-Adresse Wirtschaft-und-Statistik@statistik-bund.de oder der Telefax-Nr. (06 11) 72 40 00 für Sie da!

Dipl.-Ökonom Brigitte Reimann

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1998

Vorbemerkung

Auf der Grundlage des Gesetzes über die Preisstatistik¹⁾ wird seit 1974 eine Statistik über die Verkäufe landwirtschaftlich genutzter Grundstücke durchgeführt. Wesentliches Ziel dieser Erhebung ist die Ermittlung durchschnittlicher Kaufwerte für Landwirtschaftsflächen. Die Ergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt jährlich in der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, Reihe 2 4 „Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke“, veröffentlicht.

Seit 1991 wird diese Statistik auch in den neuen Ländern erhoben; dementsprechend gibt es seitdem gesamtdeutsche Ergebnisse. Ihre Darstellung konzentriert sich auf die Flächenländer, das heißt, daß in den Summenergebnissen für Deutschland, das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder Angaben über Berlin, Bremen und Hamburg nicht enthalten sind.

Bis Mitte der 90er Jahre erfolgten die Verkäufe von Landwirtschaftsflächen ausschließlich unter Marktbedingungen (Verkäufe zum Verkehrswert), die Verkaufsbedingungen regelten sich nach Angebot und Nachfrage.

Nachdem die rechtlichen Grundlagen für den Verkauf von ehemals volkseigenen Landwirtschaftsflächen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, die bis dahin Eigentum der Treuhandanstalt bzw. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben waren, Ende 1995 in Kraft getreten sind, begann der Verkauf dieser Flächen. Die Veräußerungen erfolgten 1997 und 1998 zu den in den Rechtsgrundlagen festgelegten besonderen Konditionen bezüglich des berechtigten Erwerberkreises, der Größe der zu erwerbenden Flächen sowie des Kaufpreises (preisbegünstigte Verkäufe).

Damit unterscheiden sich diese Verkäufe insbesondere bezüglich des Preises von denen unter Marktbedingungen. Im folgenden werden daher beide Verkaufsarten getrennt dargestellt.

Ende 1998 hat die Kommission der Europäischen Union nach Abschluß eines Hauptprüfungsverfahrens entschieden, daß der Flächenerwerb zu preisbegünstigten Konditionen teilweise mit dem europäischen Recht nicht vereinbar ist. Daraufhin hat die Bundesregierung festgelegt, ab 1999 den begünstigten Flächenerwerb bis auf weiteres auszusetzen.

¹⁾ Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 720-9, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

1 Verkäufe zum Verkehrswert

1.1 Erhebungsgegenstand

Einbezogen in die Kaufwertestatistik für landwirtschaftliche Grundstücke werden alle Veräußerungsfälle mit mindestens 0,1 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN), wenn diese auch in absehbarer Zeit weiter landwirtschaftlich genutzt wird. Die Kaufwertestatistik umfaßt nur diejenigen Flächen eines Veräußerungsfalles, die nach den Rechtsvorschriften für die Einheitsbewertung²⁾ zur landwirtschaftlichen Nutzung gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen; im wesentlichen sind dies die Flächen des Ackerlandes und des Dauergrünlandes. Die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung deckt sich nicht voll mit der in der Agrarstatistik üblichen landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)³⁾.

Von der Statistik nicht erfaßt werden Eigentumsübertragungen aufgrund von Flurbereinigungsverfahren, Enteignungen, Zwangsversteigerungen sowie Grundstückserwerbungen von Todes wegen, aufgrund von Nachlaßteilungen, Güterstandsänderungen und zwischen Verwandten in gerader Linie. Unberücksichtigt bleiben auch Grundstücksflächen, die planungsrechtlich nicht mehr als landwirtschaftlich genutzte Flächen ausgewiesen sind.

Die Abgrenzung des Verkaufs von Landwirtschaftsflächen vom Verkauf von Bauland und die daraus resultierende Ermittlung der jeweiligen Kaufwerte⁴⁾ stützt sich – da Angaben über die weitere Nutzung der Fläche in den notariellen Kaufverträgen in der Regel nicht enthalten sind – im wesentlichen auf die Belegenheit der betreffenden Flächen innerhalb der Katasterfläche der Gemeinden.

Flächen, die außerhalb der in den genehmigten Flächennutzungs- und Bebauungsplänen als Bauland ausgewiesenen Areale liegen, werden angesichts der vielfältigen Auflagen, die einer Nutzungsänderung entgegenstehen, in der Regel in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke erfaßt.

Die nachgewiesenen durchschnittlichen Kaufwerte sind für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt verwendbar, weil sich die statistischen Massen, aus denen sie ermittelt werden, von Jahr zu Jahr aus anders gearteten Einzelfällen zusammensetzen. Die Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke hat daher mehr den Charakter einer Grundeigentumswechselstatistik als den einer Preisstatistik. Weil sich jedes landwirtschaftlich genutzte Grundstück nach Größe, Bodengüte, Lage in der Feldmark, Nähe zu Verkehrswegen usw. von jedem anderen landwirtschaftlich genutzten Grundstück unterscheidet und sich alle diese auffallspezifischen Eigenschaften auf den jeweiligen Preis auswirken, darüber hinaus die Kaufpreise

²⁾ Bewertungsgesetz (BewG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1991 (BGBl. I S. 230), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2590).

³⁾ Die Zuordnung der Flächenkategorien der Agrarstatistik zu denen der Einheitsbewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ist der Übersicht in Fachserie 3, Reihe 2 4 „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1989“, S. 6 f., zu entnehmen.

⁴⁾ Die Ergebnisse der Statistik „Kaufwerte für Bauland“ werden in der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 5 „Kaufwerte für Bauland“ als Vierteljahres- und Jahreshefte veröffentlicht.

auf dem Grundstücksmarkt dem Angebot und der Nachfrage unterliegen, die örtlich und regional sehr unterschiedlich sein können, werden anhand der vorliegenden Unterlagen aus methodischen Gründen bisher nur durchschnittliche Kaufwerte, nicht jedoch Indizes wie sonst bei Preisstatistiken, errechnet und nachgewiesen. Die Ergebnisse lassen daher nicht die echten Preisveränderungen im Zeitablauf erkennen. Zur Vermeidung von Fehlinterpretationen wird in der genannten Fachserie deshalb auch auf die Berechnung und Veröffentlichung von prozentualen Veränderungen verzichtet. Im Rahmen dieses Aufsatzes erfolgen sie ausschließlich zur Veranschaulichung von Entwicklungen.

Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für das Jahr 1998 dargestellt und kommentiert. Dabei werden sie mit Ergebnissen der Vorjahre verglichen.

Gegenüber vorangegangenen Berichtsjahren haben sich Erhebungsart, Definitionen und Abgrenzungen nicht verändert. Hinsichtlich methodischer und definitorischer Fragen wird daher auf die Darlegungen im Einführungsaufsatz zu diesem Thema verwiesen⁵⁾

Dargestellt werden die Ergebnisse des Verkaufs von Landwirtschaftsflächen ohne Gebäude und ohne Inventar, das heißt, daß bei den Ergebnissen ein direkter Zusammen-

Tabelle 1 Verkäufe von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung zum Verkehrswert 1998 (ohne Gebäude und ohne Inventar)

Land	Veräußerungsfälle	Veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Kaufsumme	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung
	Anzahl	ha	1 000 DM	DM
Deutschland	37 847	100 878	1 874 394	18 581
Baden-Württemberg	5 588	4 420	165 880	37 529
Bayern	5 859	8 714	439 892	50 482
Brandenburg	1 369	9 175	45 710	4 982
Hessen	2 090	1 908	47 597	24 951
Mecklenburg-Vorpommern	2 957	28 286	163 993	5 798
Niedersachsen	6 039	15 258	410 163	26 882
Nordrhein-Westfalen	2 914	5 464	272 807	49 925
Rheinland-Pfalz	4 591	3 226	56 195	17 417
Saarland	521	363	6 191	17 057
Sachsen	506	2 849	24 239	8 506
Sachsen-Anhalt	2 147	10 621	77 194	7 268
Schleswig-Holstein	1 132	5 845	121 263	20 747
Thüringen	2 134	4 748	43 271	9 114
Nachrichtlich				
Früheres Bundesgebiet	28 734	45 198	1 519 987	33 629
Neue Länder	9 113	55 680	354 407	6 365

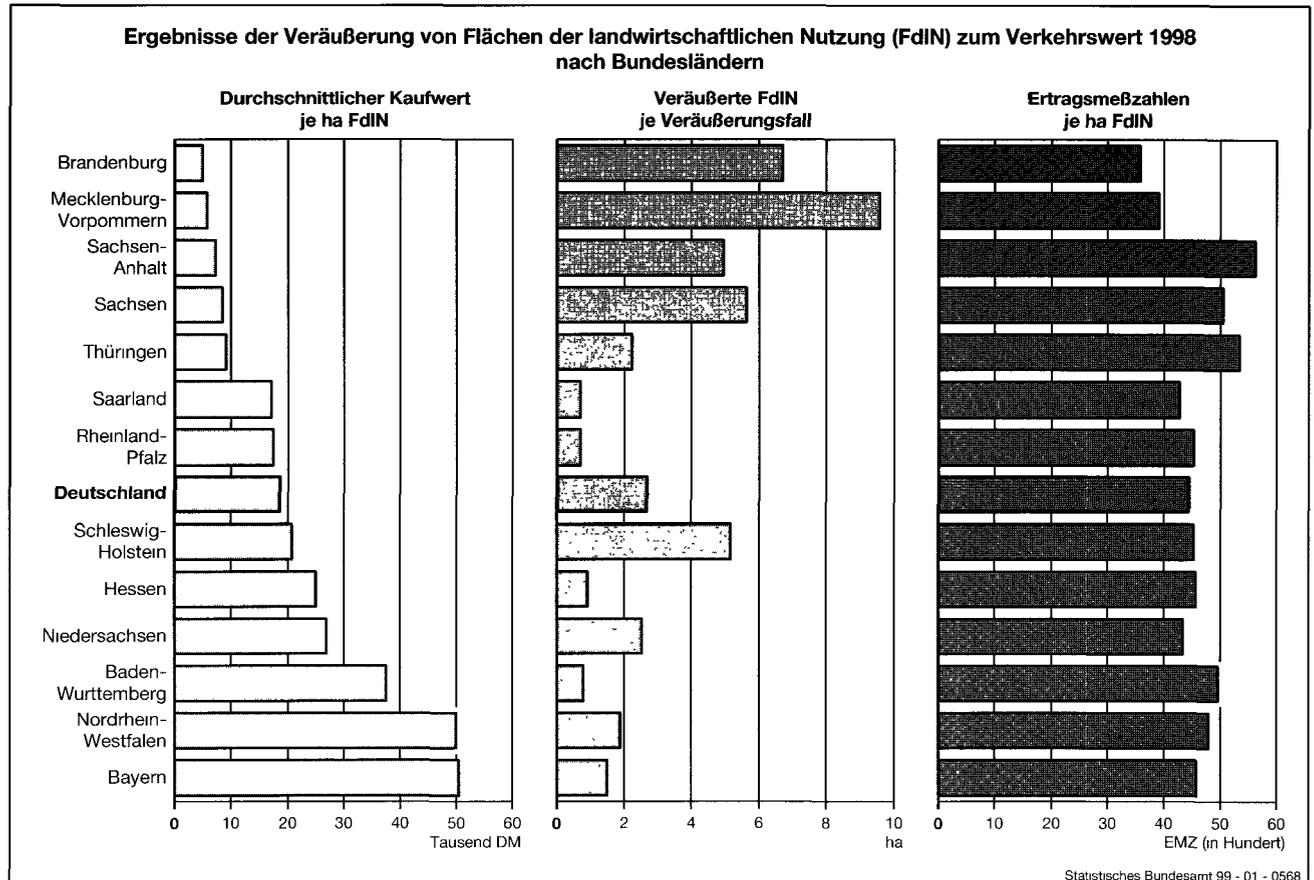
hang zwischen verkaufter Fläche und dem erzielten Preis gegeben ist.

1.2 Ergebnisse für das Jahr 1998

Im Jahr 1998 sind in Deutschland rund 37 800 Veräußerungsfälle von Landwirtschaftsflächen zum Verkehrswert statistisch erfaßt worden. Dabei sind 100 900 ha FdIN mit einem Gesamtwert von rund 1,9 Mrd. DM verkauft worden (siehe Tabelle 1). Daraus resultiert ein durchschnittlicher Kaufwert von 18 581 DM je ha FdIN.

⁵⁾ Siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1974“ in WiSta 7/1976, S. 428 ff.

Schaubild 1



Die Veräußerungsfälle weisen auch 1998 zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern erhebliche Unterschiede auf. Das betrifft sowohl die Anzahl der statistisch erfaßten Kauffälle als auch die Größe der veräußerten Flächen sowie – vor allem – den Kaufwert (siehe Schaubild 1).

Im früheren Bundesgebiet sind 1998 bei rund 28 700 Veräußerungsfällen 45 200 ha FdIN zu einem Gesamtwert von 1,5 Mrd. DM verkauft worden. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher Kaufwert von 33 629 DM je ha; die durchschnittliche Flächengröße je Kauffall lag bei 1,57 ha.

Die ermittelten Kaufwerte werden wesentlich durch die naturale Ertragsfähigkeit des Bodens aufgrund der natürlichen Ertragsbedingungen beeinflusst. Diese wird durch die sogenannte Ertragsmeßzahl (EMZ) charakterisiert, die anhand der amtlichen Bodenschätzung⁶⁾ ermittelt und entsprechend den veränderten Bedingungen fortgeschrieben wird. Die Angabe der EMZ erfolgt üblicherweise in Hundert. Eine Aufgliederung der durchschnittlichen Kaufwerte nach Klassen der Ertragsmeßzahlen (siehe Tabelle 2) zeigt diese Zusammenhänge.

Flächen mit Böden geringerer Ertragsfähigkeit, das heißt mit einer EMZ unter 30 (in Hundert), erzielten mit 26 508 DM je ha FdIN einen Kaufwert, der nur 79 % des Durchschnittswertes aller Bodengüteklassen erreichte. Dagegen wurden für Flächen mit guten bis sehr guten Böden, das heißt mit EMZ von 60 und mehr, durchschnittlich 46 626 DM je ha FdIN aufgewendet, 39 % mehr als der Vergleichswert für alle Bodengüteklassen. Damit waren Böden der obersten Ertragsmeßzahlklasse um 76 % teurer als die in der untersten⁷⁾. Gegenüber dem Jahr 1997 haben sich die Anzahl der Veräußerungsfälle (um 8,4 %) und die veräußerte Fläche (um 6,0 %) erhöht; der durchschnittliche Kaufwert je ha FdIN stieg um 4,5 %.

Regional bestanden auch 1998 deutliche Unterschiede in den Kaufwerten (siehe auch Abschnitt „Regionale Unterschiede der Kaufwerte“).

In den neuen Ländern wurden 1998 rund 9 100 Veräußerungsfälle registriert, das waren 31,7 % mehr als im Vorjahr. Im gleichen Maße (um 33 %) wurde auch mehr Fläche veräußert. Der erzielte durchschnittliche Kaufwert hat demgegenüber aber nur geringfügig zugenommen (um 0,4 %). Er betrug 6 365 DM je ha FdIN. Damit konnte 1998

⁶⁾ Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens (Bodenschätzungsgesetz – BodSchätzG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 610-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250).

⁷⁾ Differenzierte Ergebnisse im Zeitvergleich sind auch der Tabelle im Anhangteil auf S. 580*1 dieses Heftes zu entnehmen.

Tabelle 2: Verkäufe von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung zum Verkehrswert nach Ertragsmeßzahlklassen

Ertragsmeßzahl in Hundert von bis unter je ha veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Jahr	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
		Veräußerungs- fälle	Veräußerte Fläche der landwirtschaft- lichen Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der land- wirtschaftlichen Nutzung	Veräußerungs- fälle	Veräußerte Fläche der landwirtschaft- lichen Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der land- wirtschaftlichen Nutzung	Veräußerungs- fälle	Veräußerte Fläche der landwirtschaft- lichen Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der land- wirtschaftlichen Nutzung
unter 30	1974	—	—	—	2 972	4 409	10 756	—	—	—
	1980	—	—	—	3 006	3 909	27 613	—	—	—
	1990	—	—	—	3 785	6 373	22 613	—	—	—
	1991	4 357	9 613	20 211	3 915	7 149	24 358	442	2 464	8 177
	1997	4 363	10 951	17 206	3 545	6 905	24 601	818	4 046	4 585
	1998	4 941	14 534	15 801	3 748	7 499	26 508	1 193	7 036	4 389
30 – 40	1974	—	—	—	5 450	6 310	11 686	—	—	—
	1980	—	—	—	6 577	7 257	28 417	—	—	—
	1990	—	—	—	7 874	12 223	25 603	—	—	—
	1991	8 148	15 590	20 143	7 370	11 994	24 201	778	3 596	6 607
	1997	9 262	26 314	14 181	7 209	11 982	25 054	2 053	14 332	5 091
	1998	10 548	33 013	13 435	7 737	12 804	26 421	2 811	20 210	5 209
40 – 50	1974	—	—	—	5 235	5 612	16 050	—	—	—
	1980	—	—	—	6 431	5 981	33 825	—	—	—
	1990	—	—	—	7 140	8 907	31 891	—	—	—
	1991	7 420	13 241	23 448	6 732	9 293	31 187	688	3 948	5 235
	1997	8 115	24 128	15 911	6 160	9 230	31 872	1 955	14 898	6 021
	1998	9 082	26 835	15 369	6 598	9 396	32 176	2 484	17 439	6 313
50 – 60	1974	—	—	—	3 432	4 063	19 584	—	—	—
	1980	—	—	—	4 327	3 666	43 125	—	—	—
	1990	—	—	—	4 774	6 080	41 002	—	—	—
	1991	4 729	8 074	31 049	4 394	6 270	37 953	335	1 804	7 054
	1997	4 956	9 708	28 982	4 318	6 646	38 480	638	3 061	8 361
	1998	5 554	11 406	28 015	4 706	6 957	40 576	848	4 448	8 371
60 und mehr	1974	—	—	—	5 267	4 562	27 435	—	—	—
	1980	—	—	—	5 656	4 337	53 432	—	—	—
	1990	—	—	—	6 301	8 151	50 727	—	—	—
	1991	6 944	10 700	40 629	6 100	8 149	49 960	844	2 551	10 819
	1997	6 732	13 413	30 640	5 279	7 872	44 764	1 453	5 541	10 574
	1998	7 722	15 090	31 096	5 945	8 543	46 626	1 777	6 547	10 833
Insgesamt	1974	—	—	—	22 356	24 955	16 668	—	—	—
	1980	—	—	—	25 997	25 151	36 036	—	—	—
	1990	—	—	—	29 874	41 734	33 639	—	—	—
	1991	31 598	57 218	26 289	28 511	42 855	32 652	3 087	14 363	7 304
	1997	33 428	84 514	19 379	26 511	42 636	32 189	6 917	41 878	6 338
	1998	37 847	100 878	18 581	28 734	45 198	33 629	9 113	55 680	6 365

der seit 1992 zu verzeichnende kontinuierliche Rückgang der durchschnittlichen Kaufwerte aufgehoben werden. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet wurde dennoch nur ein Fünftel des Kaufwertniveaus erreicht.

Auch 1998 wurde in den neuen Ländern je Kauffall durchschnittlich deutlich mehr Fläche veräußert als im früheren Bundesgebiet; mit 6,11 ha betrug sie das 3,9fache. Die durchschnittlich größten Flächen je Veräußerungsfall wurden auch 1998 mit 9,57 ha in Mecklenburg-Vorpommern verkauft.

Die in den neuen Ländern erreichte durchschnittliche EMZ betrug 43,6 und war damit niedriger als die im früheren Bundesgebiet (45,5). Die nach wie vor höchste durchschnittliche EMZ wiesen die in Sachsen-Anhalt verkauften Böden mit 56,2 auf

1.3 Langfristige Entwicklung der Kaufwerte im früheren Bundesgebiet

Aus der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke liegen Ergebnisse für die Jahre 1974 bis 1998 vor, die auszugsweise in den Tabellen 2, 3 und 4 wiedergegeben sind

Während des gesamten Zeitraumes verlief die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte recht unterschiedlich, sie läßt sich in drei Abschnitte einteilen:

1 Von 1974 bis 1981 nahmen die Kaufwerte relativ gleichmäßig zu. In dieser Zeitspanne erhöhte sich der durch-

schnittliche Kaufwert für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke von 16668 DM (1974) um 135% auf 39245 DM je ha FdIN (1981).

2. In den Jahren von 1982 bis 1989 waren die Kaufwerte rückläufig, anfangs in geringem Umfang, von 1985 bis 1987 etwas deutlicher

3. Nachdem 1990 erstmals seit 1984 wieder ein Anstieg der durchschnittlichen Kaufwerte eingetreten war, verlief die weitere Entwicklung bis 1998 uneinheitlich. Erst 1998 wurde wieder ein Wert erreicht, der dem von 1990 entsprach. Gegenüber 1981, dem Jahr mit dem höchsten durchschnittlichen Kaufwert, betrug der Rückstand des 1998 erzielten Wertes 14%.

Die nach Größenklassen der veräußerten Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung gegliederten Ergebnisse für den Zeitraum 1974 bis 1998 (siehe Tabelle 3) lassen erkennen, daß die Kaufwerte für kleine Flächen (0,1 bis 0,25 ha) erheblich höher waren als für alle anderen Flächengrößengruppen.

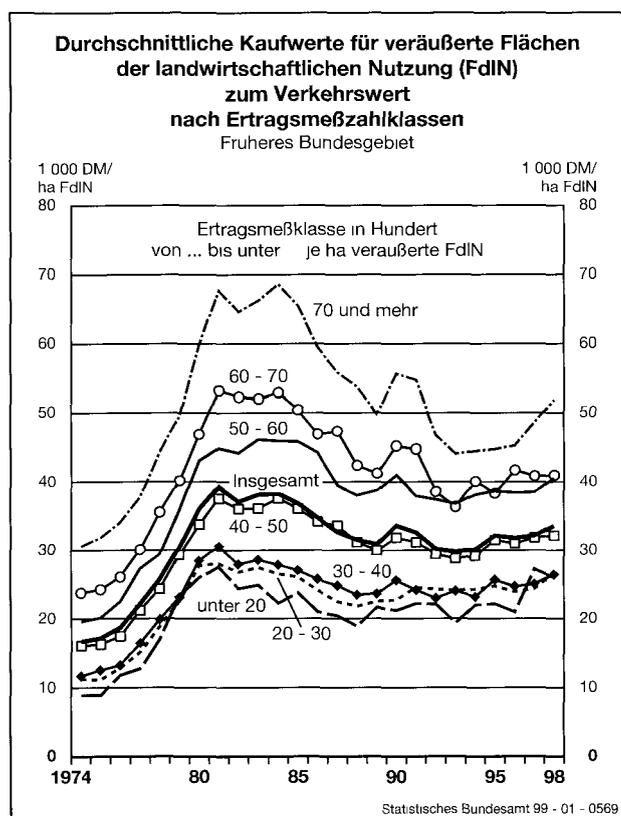
Während die durchschnittlichen Kaufwerte in den Flächengrößengruppen ab 0,25 ha 1998 um maximal 6% schwankten, lagen die Werte in der kleinsten Flächengruppe um 32 bis 40% über den Werten aller anderen Gruppen.

Gegenüber 1974 hat sich 1998 der durchschnittliche Kaufwert je ha FdIN insgesamt verdoppelt. Bei den einzelnen Flächengruppen war die Zunahme unterschiedlich. Während sich in den beiden oberen Flächengrößengruppen

Tabelle 3: Durchschnittliche Kaufwerte je ha veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung zum Verkehrswert nach Flächengrößen- und Ertragsmeßzahlklassen
Früheres Bundesgebiet

Veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von bis unter ha	Jahr	Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung in DM					
		insgesamt	davon mit einer EMZ in Hundert von bis unter je ha veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung				
			unter 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 und mehr
0,1 - 0,25	1974	27 501	16 840	16 172	20 651	31 361	42 751
	1980	38 601	25 935	24 952	32 268	44 119	54 936
	1990	44 273	22 014	25 441	36 031	49 517	73 518
	1991	48 859	25 524	29 803	37 111	50 412	81 857
	1997	45 828	30 595	31 461	38 167	50 900	70 501
	1998	45 352	28 075	30 963	34 491	48 424	61 192
0,25 - 1	1974	19 881	12 358	12 601	16 857	22 495	34 410
	1980	33 833	23 001	23 388	29 991	38 992	53 392
	1990	35 933	22 605	25 466	33 096	42 559	54 914
	1991	36 172	23 592	25 927	33 346	42 710	55 613
	1997	34 098	23 141	25 985	32 194	39 732	49 535
	1998	33 746	24 877	25 424	31 103	39 839	47 738
1 - 2	1974	17 396	12 421	11 762	16 702	21 153	28 268
	1980	34 533	26 735	27 181	32 911	40 933	52 720
	1990	35 796	23 478	27 331	34 492	44 906	53 875
	1991	35 455	25 126	26 237	33 578	45 889	52 619
	1997	33 273	23 226	25 620	33 222	40 973	47 723
	1998	33 841	25 265	26 348	32 473	42 209	48 415
2 - 5	1974	15 519	11 045	12 022	16 155	18 108	23 659
	1980	36 417	28 853	30 399	34 826	43 968	52 561
	1990	33 158	24 497	25 800	33 082	42 452	48 778
	1991	33 551	24 683	26 596	32 293	42 284	50 557
	1997	32 529	25 867	25 999	32 417	42 180	43 198
	1998	34 299	26 393	26 158	33 328	43 864	49 279
5 und mehr	1974	13 800	8 557	10 232	14 405	17 198	20 321
	1980	38 588	29 731	32 070	38 599	48 130	54 791
	1990	31 109	20 622	24 685	27 933	36 149	46 796
	1991	28 432	23 957	20 682	27 623	29 195	43 534
	1997	30 109	24 301	23 304	30 285	33 457	41 409
	1998	32 459	27 368	26 853	31 249	37 036	42 617
Insgesamt	1974	16 668	10 756	11 686	16 050	19 584	27 435
	1980	36 036	27 613	28 417	33 825	43 125	53 432
	1990	33 639	22 613	25 603	31 891	41 002	50 727
	1991	32 652	24 358	24 201	31 187	37 953	49 960
	1997	32 189	24 601	25 054	31 872	38 480	44 764
	1998	33 629	26 508	26 421	32 176	40 576	46 626

Schaubild 2



(ab 2 ha) die durchschnittlichen Kaufwerte mehr als verdoppelt haben, war die Zunahme in der Größengruppe 0,1 bis unter 0,25 ha mit 65 % am geringsten.

Die Entwicklung der Kaufwerte nach Bodengütegruppen verlief im gesamten Zeitraum differenziert (siehe Tabelle 3 sowie Schaubild 2). Während sich die durchschnittlichen Kaufwerte für die Bonitätszahlen bis EMZ 60 in etwa verdoppelten, lagen sie in der Ertragsmeßzahlklasse von 60 und mehr nur um 70 % höher.

Die Häufigkeitsverteilung der nach der Höhe des Kaufwertes je ha FdlN gegliederten Veräußerungsfälle im früheren Bundesgebiet (siehe Tabelle 4) läßt insbesondere zwischen 1974 und 1980 (bzw 1981) eine kräftige Verlagerung der auf die einzelnen Kaufwertklassen entfallenden Besetzungen von den unteren zu den oberen Kaufwertklassen erkennen. Diese Tendenz setzte sich, wenn auch abge-

schwächt, noch bis 1985 fort, wurde dann aber im Zuge des allgemeinen Rückgangs der durchschnittlichen Kaufwerte im früheren Bundesgebiet ins Gegenteil verkehrt. Im Vergleich zu 1985 erhöhte sich der Anteil der Kaufwertklassen unter 40 000 DM je ha FdlN an den Veräußerungsfällen insgesamt von 61 % (1985) auf 68 % im Jahr 1998.

1.4 Regionale Unterschiede der Kaufwerte

Im früheren Bundesgebiet lag der durchschnittliche Kaufwert je ha FdlN 1998 um 4,5 % über dem des Vorjahres. Während in den Ländern Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein höhere durchschnittliche Kaufwerte als 1997 erreicht wurden, gab es in den anderen Ländern Rückgänge. Im Saarland und in Hessen waren sie mit jeweils 16 % am höchsten. Die absolut höchsten durchschnittlichen Kaufwerte wurden im sechzehnten Jahr in Folge in Bayern erreicht. Mit 50 482 DM je ha FdlN wurde ein Wert erreicht, der um 50 % über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes lag. Überdurchschnittliche Kaufwerte ergaben sich auch in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Von den fünf Bundesländern, in denen unterdurchschnittliche Kaufwerte erlöst wurden, waren die im Saarland am geringsten. Mit 17 057 DM je ha FdlN wurden nur 51 % des Niveaus im früheren Bundesgebiet insgesamt erreicht. Der Vergleich des Saarlandes mit Bayern, also der Bundesländer mit dem niedrigsten und höchsten Kaufwert, ergibt für Bayern den dreifachen Kaufwert je Flächeneinheit gegenüber dem Saarland.

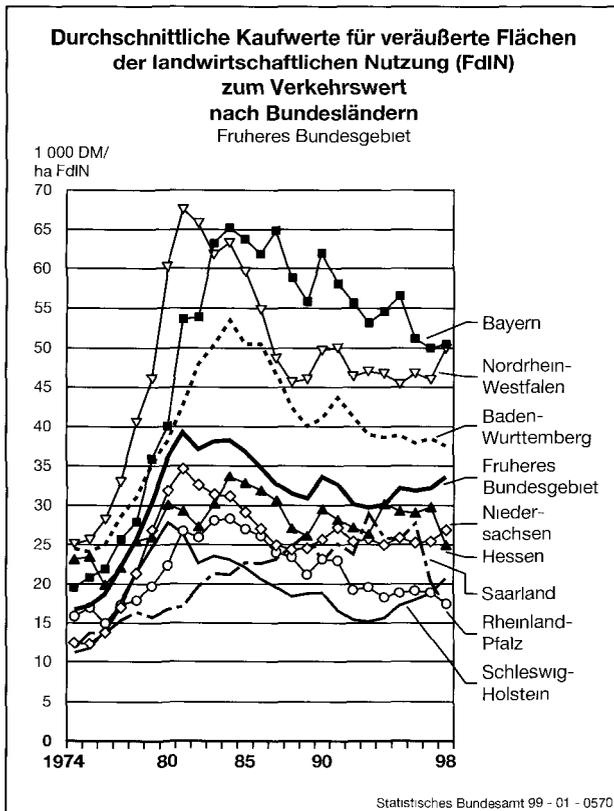
In Schaubild 3 wird die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz nach Bundesländern im Zeitraum von 1974 bis 1998 dargestellt. Aus dem Schaubild werden sowohl die Verschiebungen in der Reihenfolge der Bundesländer nach der Höhe des durchschnittlichen Kaufwertes als auch die im Laufe der Zeit eingetretene Vergrößerung des Abstandes zwischen den Bundesländern mit relativ hohen und mit relativ niedrigen Kaufwerten für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung deutlich.

Aus Tabelle 5 ist die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke für die 26 Regierungsbezirke zu entnehmen. Dabei zeigt sich, daß 1998 die durchschnittlichen Kaufwerte in 16 Regierungs-

Tabelle 4. Verteilung der Verkäufe von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung zum Verkehrswert auf Kaufwertklassen

Kaufwert von ... bis unter DM je ha veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Veräußerungsfälle									
	im früheren Bundesgebiet					in den neuen Ländern				
	1974	1980	1990	1991	1997	1998	1991	1996	1997	1998
	Prozent									
unter 10 000	37,1	15,0	11,4	10,2	10,4	9,8	59,9	74,4	75,7	76,3
10 000 - 20 000	29,2	21,7	24,7	25,3	25,4	25,2	20,2	21,3	21,5	21,4
20 000 - 30 000	14,3	17,8	18,7	19,1	19,0	18,8	6,2	2,3	1,7	1,5
30 000 - 40 000	6,8	13,1	12,5	12,9	14,2	14,4	4,4	1,0	0,7	0,4
40 000 - 50 000	3,8	9,4	9,2	9,6	9,4	9,8	2,0	0,5	0,2	0,2
50 000 - 60 000	2,3	7,0	6,6	6,5	6,8	7,2	2,7	0,2	0,1	0,1
60 000 - 80 000	2,3	7,6	7,5	7,2	7,0	7,2	1,3	0,1	0,1	0,1
80 000 - 100 000	1,4	3,4	3,7	3,5	3,1	3,2	1,2	0,1	-	-
100 000 - 150 000	1,7	3,6	2,7	3,5	3,0	3,1	1,2	-	-	-
150 000 und mehr	1,1	1,4	2,0	2,3	1,7	1,4	0,8	0,1	-	-
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	Anzahl									
Veräußerungsfälle	22 356	25 997	29 874	28 511	26 511	28 734	3 087	5 812	6 917	9 113

Schaubild 3



bezirken zugenommen haben, darunter in der Oberpfalz um 17,6%, in Düsseldorf um 16,7% und Weser-Ems um 10,2%. Erhebliche Kaufwertrückgänge gab es demgegenüber in den Regierungsbezirken Gießen mit 25,9%, Darmstadt mit 19,7%, Unterfranken mit 14,4% und Koblenz mit 14,5%

Auch 1998 wies Oberbayern mit 73 853 DM je ha FdIN den höchsten durchschnittlichen Kaufwert auf. Das – wie seit Jahren – geringste Ergebnis aller Regierungsbezirke im früheren Bundesgebiet wies Trier mit 12 939 DM aus und erreichte damit nur 18% des Kaufwertes von Oberbayern.

Im langfristigen Vergleich zeigt sich, daß gegenüber 1991 die durchschnittlichen Kaufwerte nur in den zwei Regierungsbezirken Oberfranken und Münster zugenommen haben. Rückgänge waren demgegenüber in Oberbayern (um 22%) und Rheinhessen-Pfalz (um 32%) zu verzeichnen

In den neuen Ländern betrug 1998 der realisierte durchschnittliche Kaufwert je ha FdIN 6 365 DM (siehe Tabelle 5)

Die höchsten Kaufwerte wurden in Thüringen mit 9 114 DM erzielt. Sie lagen damit aber noch um 47% unter dem Wert des Saarlandes, desjenigen alten Bundeslandes mit dem geringsten durchschnittlichen Kaufwert. Die nach wie vor niedrigsten Kaufwerte in den neuen Ländern sind in Brandenburg mit 4 982 DM je ha FdIN erlöst worden

Ein Vergleich von Brandenburg mit Thüringen, also der neuen Bundesländer mit dem niedrigsten und dem höchsten durchschnittlichen Kaufwert, ergibt für Thüringen das 1,8fache des Kaufwertes von Brandenburg

Tabelle 5 Durchschnittliche Kaufwerte für veräußerte Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung zum Verkehrswert nach Ländern und Regierungsbezirken

Land Regierungsbezirk	Veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung		Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung		Deutschland = 100
	1997	1998	1997	1998	
	ha		DM		
Deutschland	84 514	100 878	19 379	18 581	100
Baden-Württemberg	4 442	4 420	38 467	37 529	202,0
Stuttgart	1 750	1 522	45 113	44 256	238,2
Karlsruhe	627	625	34 308	36 663	197,3
Freiburg	800	895	28 898	27 524	148,1
Tübingen	1 265	1 378	37 385	36 987	199,1
Bayern	7 534	8 714	50 012	50 482	271,7
Oberbayern	1 403	1 763	70 960	73 853	397,5
Niederbayern	1 407	1 568	60 213	56 369	303,4
Oberpfalz	1 019	1 210	39 717	46 699	251,3
Oberfranken	631	760	34 563	34 859	187,6
Mittelfranken	711	724	35 767	35 958	193,5
Unterfranken	957	1 121	31 697	27 128	146,0
Schwaben	1 405	1 569	52 961	52 219	281,0
Brandenburg	3 095	9 175	4 949	4 982	26,8
Hessen	1 928	1 908	29 812	24 951	134,3
Darmstadt	505	432	57 383	46 071	247,9
Gießen	528	570	21 474	15 917	85,7
Kassel	895	906	19 160	20 553	110,6
Mecklenburg-Vorpommern	25 597	28 286	5 511	5 798	31,2
Niedersachsen	14 475	15 258	25 391	26 882	144,7
Braunschweig	1 801	1 890	25 899	27 261	146,7
Hannover	2 899	3 506	32 262	32 710	176,0
Lüneburg	4 402	4 905	16 694	17 849	96,1
Weser-Ems	5 373	4 958	28 640	31 553	169,6
Nordrhein-Westfalen	4 834	5 464	45 956	49 925	268,7
Düsseldorf	628	810	53 646	62 607	336,9
Köln	825	1 107	42 626	44 750	240,8
Münster	1 544	1 633	52 602	56 294	303,0
Detmold	1 127	1 159	37 281	39 521	212,7
Arnsberg	710	756	42 338	46 102	248,1
Rheinland-Pfalz	3 474	3 226	18 868	17 417	93,7
Koblenz	1 329	1 107	15 684	13 412	72,2
Trier	971	1 049	12 236	12 939	69,6
Rheinhessen-Pfalz	1 175	1 071	27 949	25 944	139,6
Saarland	209	363	20 365	17 057	91,8
Sachsen	1 701	2 849	9 010	8 506	45,8
Chemnitz	350	448	5 877	6 272	33,8
Dresden	818	1 482	9 782	7 554	40,7
Leipzig	534	920	9 883	11 130	59,9
Sachsen-Anhalt	7 679	10 621	7 640	7 268	39,1
Dessau	1 046	2 330	7 234	6 686	36,0
Halle	1 086	1 354	9 201	10 349	55,7
Magdeburg	5 547	6 937	7 411	6 862	36,9
Schleswig-Holstein	5 739	5 845	18 773	20 747	111,7
Thüringen	3 806	4 748	9 204	9 114	49,1
Nachrichtlich					
Früheres Bundesgebiet	42 636	45 198	32 189	33 629	181,0
Neue Länder	41 878	55 680	6 338	6 365	34,3

2 Preisbegünstigte Verkäufe

2.1 Erhebungsgegenstand

Der preisbegünstigte Verkauf von Landwirtschaftsflächen erfolgt auf der Grundlage des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes⁸⁾ (EALG) sowie der für die

⁸⁾ Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz – EALG) vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624)

Durchführung dieser Verkäufe erlassenen Flächenerwerbsverordnung⁹⁾ (FlErwV). Sie regeln u a den Erwerb ehemaliger volkseigener landwirtschaftlicher Flächen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Diese Flächen sind ab 1990 Eigentum der Treuhandanstalt bzw. der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS).

Erhebungsgegenstand sind die Verkäufe dieser Flächen. Alleiniger Veräußerer ist die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) als Privatisierungsstelle. Mögliche Erwerber sind natürliche und juristische Personen, die Treuhandflächen am 1. Oktober 1996 langfristig gepachtet hatten, sowie ehemalige Eigentümer.

In der Flächenerwerbsverordnung sind die zu veräußern- den Grundstücke nach Art und Merkmal und weitere Kon- ditionen für den Erwerb dieser Flächen festgelegt. Damit erfüllt die Verordnung die Anforderungen des Preisstatistikgesetzes und ermöglicht eine statistische Erfassung und Auswertung der Angaben aus den Kaufverträgen.

Für die preisbegünstigten Verkäufe gelten allgemein die gleichen methodischen Festlegungen wie bei den Verkäufen zum Verkehrswert. Die Kaufpreissumme ergibt sich für die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entsprechend EALG durch Multiplikation der Ertragsmeßzahlen der be- treffenden Fläche mit dem Faktor 0,7.

In den ausgewiesenen Kaufpreisen sind Preisbestandteile für eventuell mitveräußerte Gebäude, bauliche Anlagen, Inventar bzw. für sonstige Verkaufsgegenstände nicht ent- halten.

Da die zum Verkauf anstehenden Flächen ausschließlich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gelegen sind, erfolgt der statistische Nachweis über die Verkäufe in den fünf neuen Ländern und in Berlin (für Berlin-Ost). Bedingt durch den Staatsvertrag zur Gebietsänderung zwischen Meck- lenburg-Vorpommern und Niedersachsen vom 24. Juni 1993 liegen zuvor genannte Flächen auch in Niedersachsen, so daß auch für dieses Bundesland ein statistisches Ergebnis vorliegt.

2.2 Ergebnisse für das Jahr 1998

Im Jahr 1998 sind bei 742 Veräußerungsfällen 29 775 ha FdIN verkauft worden (siehe Tabelle 6). Sowohl die Anzahl der Verkaufsfälle als auch die veräußerte Fläche haben ge- genüber 1997 – dem ersten Jahr der preisbegünstigten Verkäufe – auf jeweils etwa das Dreifache zugenommen. Dabei wurde ein Umsatz von 101 Mill. DM erzielt. Das ent- spricht einem durchschnittlichen Kaufwert von 3 382 DM je ha FdIN, etwas mehr als die Hälfte des durchschnittlichen Kaufwertes, der bei den Verkäufen zum Verkehrswert in den neuen Ländern erzielt wurde.

Die durchschnittlichen Kaufwerte schwanken zwischen 5 110 DM je ha in Sachsen-Anhalt und 2 566 DM je ha in Brandenburg. Die zu erwerbende Fläche ist per Gesetz be-

Tabelle 6: Preisbegünstigte Verkäufe von Landwirtschaftsflächen nach Ländern

Land	Veräußerungsfälle		Veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung		Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	
	1998	1997	1998	1997	1998	1997
	Anzahl		ha		DM	
Brandenburg	204	34	7 490	1 008	2 566	2 418
Mecklenburg-Vorpommern	154	68	10 373	5 043	3 006	2 979
Sachsen	199	101	4 967	2 589	3 610	3 940
Sachsen-Anhalt	108	26	5 081	1 103	5 110	5 620
Thüringen	73	26	1 701	595	3 496	3 819
Berlin-Ost	–	–	–	–	–	–
Neue Länder und Berlin-Ost	738	255	29 612	10 339	3 385	3 495
Niedersachsen	4	–	163	–	2 772	–
Insgesamt	742	255	29 775	10 339	3 382	3 495

grenzt. Sie lag im Durchschnitt der Veräußerungsfälle mit 40,1 ha aber dennoch deutlich höher als die bei den Ver- käufen zum Verkehrswert.

Dr. Bernd Petrauschke

⁹⁾ Verordnung über den Erwerb land- und forstwirtschaftlicher Flächen, das Verfahren sowie den Beirat nach dem Ausgleichleistungsgesetz (Flächenerwerbsverordnung – FlErwV) vom 20. Dezember 1995 (BGBl. I S. 2072)

Wohnsituation der Haushalte 1998

Ergebnisse der Mikrozensus-Ergänzungserhebung

Teil 1: Haushalte und ihre Wohneinheiten

Im Rahmen des jährlich in Form einer 1%-Haushaltsstichprobe durchgeführten Mikrozensus wurden im April 1998 die Befragten gebeten, Auskunft über ihre Wohnsituation zu geben. Diese Zusatzerhebung „Wohnsituation der Haushalte“ findet gemäß Mikrozensusgesetz¹⁾ alle vier Jahre statt – die nächste also im Jahr 2002 – und liefert Informationen über die Art und Größe der Gebäude, in denen die Haushalte wohnen, über die Nutzung der Wohneinheit als Eigentümer, Haupt- oder Untermieter, über Fläche und Baualter der Wohneinheit, Einzugsjahr, Heizungs- und Energieart, Warmwasserversorgung sowie über die Miete. Gefragt wird auch, ob es sich um eine Eigentumswohnung handelt und ob die Wohneinheit kostenlos oder ermäßigt überlassen worden ist. Nicht erfaßt – wie in früheren Gebäude- und Wohnungszählungen bzw. -stichproben üblich – werden Angaben zur Zahl der Räume und zur Ausstattung der Wohneinheiten mit Küche/Kochnische, Bad/Dusche und WC. Die Erhebung dieser Merkmale sieht das derzeitige Mikrozensus-Gesetz nicht vor. Das Fehlen der Information, ob eine Wohneinheit über Küche bzw. Kochnische verfügt, macht auch die in der amtlichen Wohnungsstatistik übliche Differenzierung nach „Wohnungen“ (diese besitzen eine Küche oder Kochnische) und „sonstige Wohneinheiten“ (Küche oder Kochnische sind nicht vorhanden) unmöglich. Dargestellt werden kann nur die Gesamtmasse „Wohneinheiten“, wobei die über die letzten Jahrzehnte in allen gebäude- und wohnungsstatistischen Erhebungen festzustellende stetige Verringerung der Zahl der „sonstigen Wohneinheiten“ einen separaten Nachweis dieser immer kleiner werdenden Teilmenge der Wohneinheiten ohnehin zur Diskussion stellt. In der 1%-Gebäude- und Wohnungstichprobe von 1993 machten „sonstige Wohneinheiten“ nur noch weniger als ein halbes Prozent aller Wohneinheiten aus.

Die Erhebung von Wohnungsangaben im Rahmen des Mikrozensus ermöglicht es, diese mit Merkmalen der Grunderhebung zu kombinieren. Für ausgewählte Personengruppen, zum Beispiel für Haushalte oder Familien, kann differenziert nach der Zahl der Personen oder der Kinder, dem Haushaltsnettoeinkommen, der Zahl der Ein-

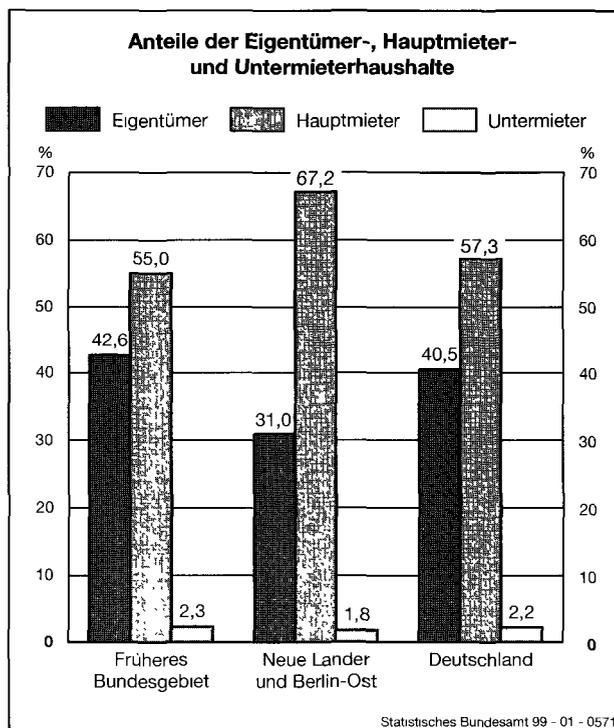
kommensbezieher, der Stellung im Beruf, dem Alter der Bezugsperson oder der Nationalität die Wohnsituation ermittelt und verglichen werden, es lassen sich gegebenenfalls Defizite feststellen und Handlungsbedarfe ableiten. Zu beachten ist dabei allerdings, daß insbesondere die Einkommensangaben, die auf Selbsteinschätzungen der Befragten beruhen, mit gewissen Unsicherheiten behaftet sind. Im folgenden wird zunächst die Wohnsituation bestimmter Haushaltstypen hinsichtlich der Nutzung ihrer Wohneinheit als Eigentümer oder Mieter, der Gebäude- und Wohnungsgröße sowie des Einzugsjahres vorgestellt. In einer der nächsten Ausgaben von „Wirtschaft und Statistik“ folgen dann Analysen zu Wohnungs- und Quadratmetermiete sowie Mietbelastung.

Nutzung der Wohneinheit als Eigentümer, Haupt- und Untermieter

Eine in den letzten Jahren in zunehmendem Maße diskutierte Besonderheit der deutschen Wohnverhältnisse ist der immer noch verhältnismäßig geringe Anteil von Haushalten, die in einer eigenen Wohneinheit (im Sinne von „nicht Mietwohneinheit“) leben. Betrug nach Angaben der Vereinten Nationen die Eigentümerquote (hier definiert als der Anteil der im Eigentum lebenden Haushalte an allen Haushalten) 1991 in Spanien über 78%, 1995/96 in Großbritannien fast 68%, 1995 in den Vereinigten Staaten 65% und 1994 in den Niederlanden etwa 48%, so waren es in Deutschland nach gleicher Quelle²⁾ 1993 lediglich knapp 39%, unterboten nur noch von der Schweiz mit etwas über 31% im Jahr 1990.

²⁾ Economic Commission for Europe: Annual Bulletin of Housing and Building Statistics for Europe and North America 1998

Schaubild 1



¹⁾ Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz) vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34)

Tabelle 1. Haushalte nach Haushaltsstruktur und Art der Nutzung der Wohneinheit¹⁾

Merkmal	Insgesamt		Eigentümer		Hauptmieter		Untermieter	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Früheres Bundesgebiet								
Haushalte insgesamt	28 159,0		12 004,8	42,6	15 499,1	55,0	655,1	2,3
mit 1 Person	10 070,1		2 595,8	25,8	6 965,2	69,2	509,1	5,1
2 Personen	9 337,4		4 634,5	49,6	4 614,9	49,4	88,0	0,9
3 und mehr Personen	8 751,5		4 774,5	54,6	3 919,0	44,8	58,0	0,7
mit Bezugsperson								
unter 30 Jahren	3 039,4		241,6	7,9	2 559,1	84,2	238,7	7,9
30 – 59 Jahren	15 446,4		6 800,0	44,0	8 370,7	54,2	275,7	1,8
60 Jahren und mehr	9 673,2		4 963,1	51,3	4 569,3	47,2	140,7	1,5
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾								
unter 1 000 DM	1 054,1		204,0	19,4	720,0	68,3	130,1	12,3
1 000 – 2 499 DM	8 129,1		2 114,1	26,0	5 701,3	70,1	313,6	3,9
2 500 – 4 999 DM	11 709,5		5 008,7	42,8	6 546,3	55,9	154,4	1,3
5 000 DM und mehr	5 886,5		3 930,7	66,8	1 928,3	32,8	27,5	0,5
Neue Länder und Berlin-Ost								
Haushalte insgesamt	6 432,5		1 993,3	31,0	4 320,3	67,2	118,9	1,8
mit 1 Person	2 039,4		290,3	14,2	1 667,1	81,7	82,0	4,0
2 Personen	2 198,1		708,0	32,2	1 465,8	66,7	24,3	1,1
3 und mehr Personen	2 195,0		995,0	45,3	1 187,4	54,1	12,6	0,6
mit Bezugsperson								
unter 30 Jahren	672,1		49,7	7,4	587,6	87,4	34,8	5,2
30 – 59 Jahren	3 563,1		1 311,1	36,8	2 211,9	62,1	40,1	1,1
60 Jahren und mehr	2 197,4		632,6	28,8	1 520,8	69,2	43,9	2,0
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾								
unter 1 000 DM	273,5		29,4	10,7	221,8	81,1	22,3	8,2
1 000 – 2 499 DM	2 386,3		468,5	19,6	1 853,7	77,7	64,0	2,7
2 500 – 4 999 DM	2 862,1		1 026,4	35,9	1 810,7	63,3	25,0	0,9
5 000 DM und mehr	734,9		395,6	53,8	336,2	45,7	3,1	0,4
Deutschland								
Haushalte insgesamt	34 591,4		13 998,1	40,5	19 819,4	57,3	773,9	2,2
mit 1 Person	12 109,5		2 886,1	23,8	8 632,2	71,3	591,1	4,9
2 Personen	11 535,5		5 342,5	46,3	6 080,8	52,7	112,2	1,0
3 und mehr Personen	10 946,5		5 769,5	52,7	5 106,4	46,6	70,5	0,6
mit Bezugsperson								
unter 30 Jahren	3 711,5		291,3	7,8	3 146,7	84,8	273,5	7,4
30 – 59 Jahren	19 009,4		8 111,1	42,7	10 582,6	55,7	315,8	1,7
60 Jahren und mehr	11 870,5		5 595,7	47,1	6 090,2	51,3	184,6	1,6
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾								
unter 1 000 DM	1 327,7		233,4	17,6	941,8	70,9	152,4	11,5
1 000 – 2 499 DM	10 515,3		2 582,6	24,6	7 555,1	71,8	377,6	3,6
2 500 – 4 999 DM	14 571,3		6 035,0	41,4	8 357,0	57,4	179,3	1,2
5 000 DM und mehr	6 621,5		4 326,4	65,3	2 264,5	34,2	30,6	0,5

¹⁾ In Gebäuden mit Wohnraum, ohne Wohnheime – ²⁾ Nur Haushalte mit Angabe über Einkommen

Für 1998 zeigt nunmehr die Mikrozensus-Zusatzerhebung, daß im April dieses Jahres immerhin fast 41 % aller Haushalte eine Wohneinheit bewohnten, die ihnen gehörte, 57 % waren Hauptmieter, weitere gut 2 % lebten zur Untermiete (siehe Tabelle 1). Große Unterschiede werden immer noch im Ost-West-Vergleich sichtbar: So lag der Anteil der Eigentümer im früheren Bundesgebiet mit fast 43 % um über 10 Prozentpunkte höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost, wo er nur 31 % betrug. Umgekehrt standen dementsprechend 55 % Hauptmietern in den westlichen Bundesländern über 67 % im Osten Deutschlands gegenüber. Zusammen mit den etwa 2 % Untermietern lebten somit über zwei Drittel der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost zur Miete.

Eine Differenzierung der Haushalte nach der Personenzahl zeigt, daß der Eigentümeranteil mit zunehmender Haushaltsgröße ansteigt. Lebten Einpersonenhaushalte nur zu knapp 24 % im Eigentum, waren es bei den Zweipersonenhaushalten schon über 46 % und bei denen mit 3 und mehr Personen knapp 53 %. Diese Tendenz ist – allerdings auf unterschiedlichem Niveau – sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands festzustellen. Als Hauptmieter lebten

deutschlandweit über 71 % der Einpersonenhaushalte, aber nur knapp 47 % der Haushalte mit 3 und mehr Personen. Im früheren Bundesgebiet betragen die entsprechenden Anteile knapp 70 % gegenüber etwas unter 45 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost fast 82 % gegenüber mehr als 54 %. Bei Haushalten mit 2 sowie 3 und mehr Personen im Westen Deutschlands übertreffen die Anteile der Eigentümer die der Hauptmieter.

Insgesamt machen diese Zahlen deutlich, warum im internationalen Vergleich Deutschland auch im April 1998 noch einen weit unterdurchschnittlichen Anteil von im Eigentum lebenden Haushalten aufweist. Die Bildung von Eigentum ist anscheinend erst mit zunehmendem Alter möglich oder gewollt, in der Regel mit oder nach der Familienbildungsphase. Dies macht auch der Blick auf die Miet- und Eigentumsverhältnisse in Relation mit dem Alter der Bezugsperson des Haushalts (früher auch Haushaltsvorstand genannt) deutlich.

Mit unter 8 % ist der Eigentümeranteil der Haushalte, deren Bezugsperson jünger als 30 Jahre ist, weit unterdurchschnittlich. Im früheren Bundesgebiet liegt er bei etwa 8 %,

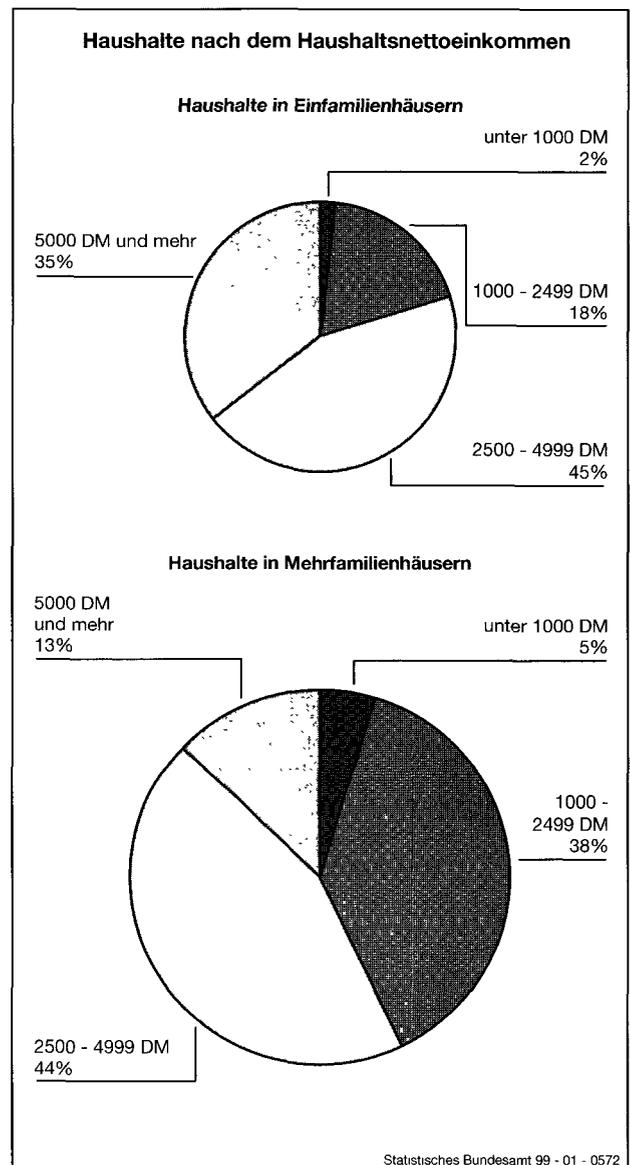
in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost bei etwas über 7%. Mit zunehmendem Alter ist dann aber eine erhebliche Steigerung des Anteils im Eigentum lebender Haushalte bei gleichzeitig sinkenden Hauptmieteranteilen festzustellen. Deutschlandweit lebten knapp 43% der Haushalte mit einem 30- bis unter 60jährigen Haushaltsvorstand und etwas über 47% derjenigen mit einem Haushaltsvorstand von 60 Jahren und mehr in ihrer eigenen Wohneinheit. Festzustellen ist aber auch, daß für Deutschland insgesamt in keiner Altersgruppe der Eigentümeranteil den der Hauptmieter übertrifft. Zurückzuführen ist dieses aber ausschließlich auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Während im früheren Bundesgebiet bei Haushalten mit einer Bezugsperson im Alter von 30 bis unter 60 Jahren 44% im Eigentum lebten, bei denen mit einem Haushaltsvorstand von über 59 Jahren sogar über 51% und damit mehr als zur Miete, sieht die Situation im Osten Deutschlands anders aus. Zwar steigt auch hier in der mittleren Altersgruppe der Anteil der Eigentümer auf fast 37% an, ist aber dann in der höchsten Altersgruppe mit nur knapp 29% wieder um 8 Prozentpunkte niedriger. Diese Ergebnisse lassen sich durch die Entwicklung zu DDR- und Nachwende-Zeiten erklären. Die Bildung von Eigentum ist von keiner DDR-Regierung als Ziel der Wohnungspolitik formuliert worden. Dementsprechend war auch der Anteil der im Eigentum lebenden Haushalte verhältnismäßig gering, wobei allerdings nicht verkannt werden sollte, daß sich ein doch verhältnismäßig großer Teil des DDR-Wohnungsbestands im Privatbesitz befand. Nach 1990 fand die Eigentumsbildung – überwiegend in Form des Baus von Einfamilienhäusern – dann verstärkt durch die mittleren Altersgruppen statt, wogegen bei Haushalten, deren Bezugspersonen 60 Jahre und älter waren, das Interesse, die Notwendigkeit oder auch die finanziellen Möglichkeiten für eine Eigentumsbildung nicht mehr so ausgeprägt waren.

Neben der Haushaltsgröße und dem Alter der Bezugsperson des Haushalts stellt auch das Haushaltsnettoeinkommen eine wesentliche Voraussetzung für das Wohnen im Eigentum dar. Dies ist nicht verwunderlich, da erfahrungsgemäß die finanzielle Belastung bei einer Wohneigentumsbildung zumindest in den ersten Jahren erheblich über der von Mietverhältnissen liegt. Im April 1998 lebten von den Haushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1000 DM nur knapp 18% in einer eigenen Wohneinheit, bei denen mit 1000 bis unter 2500 DM waren es schon knapp 25% und bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2500 bis unter 5000 DM über 41%. Standen monatlich über 5000 DM zur Verfügung, lebten Haushalte sogar zu fast 2/3 im Eigentum. Dieser höhere Eigentümeranteil bei höherem Einkommen ist sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch die neuen Länder und Berlin-Ost festzustellen, wobei die einkommensstärksten Haushalte im Westen zu fast 67%, die im Osten zu immerhin knapp 54% im Eigentum lebten. Für die einkommensschwächsten Haushalte lagen die entsprechenden Eigentümeranteile nur bei etwa 19 bzw. 11%.

Abschließend sei in diesem Abschnitt noch ein Blick auf die Struktur der Untermieterhaushalte geworfen. Mit einem

durchschnittlichen Anteil von etwas über 2% machen sie nur einen geringen Anteil aller Haushalte aus, bezogen auf bestimmte Haushaltstypen ist ihre Bedeutung aber nicht zu vernachlässigen. Es läßt sich eine signifikante Abhängigkeit des Wohnens zur Untermiete in Relation zur Haushaltsgröße, zum Alter der Bezugsperson des Haushalts und insbesondere zum Haushaltsnettoeinkommen feststellen. So ist zu beobachten, daß der Anteil der Untermieter um so höher ausfällt, je kleiner der Haushalt, je jünger die Bezugsperson und je geringer das Haushaltsnettoeinkommen ist. Dies gilt sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für die neuen Länder und Berlin-Ost. Den insgesamt höchsten Untermieteranteil wiesen mit über 12% Haushalte in den westlichen Bundesländern mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1000 DM auf, gefolgt von den entsprechenden Haushalten in den neuen Bundesländern mit gut 8%. Haushalte mit einer Bezugsperson von unter 30 Jahren lebten im Westen Deutschlands zu knapp 8%, im Osten zu immerhin etwas über 5% in einem Untermietverhältnis.

Schaubild 2



Wohnen in Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhäusern

Umfragen, die auf Wohnwünsche abzielen, haben oft gezeigt, daß für große Teile der Bevölkerung das Wohnen in einem freistehenden Einfamilienhaus das Ziel aller Wünsche darstellt. An dieser Haltung konnten auch soziologische und stadtplanerische Untersuchungen nichts ändern, die auf die zahlreichen negativen Folgen bezüglich Zersiedlung der Landschaft, Verkehrsprobleme durch lange Anfahrtswege und Pendelzeiten und zum Teil fehlende Infrastruktureinrichtungen hinwiesen. Haupthindernis für die Verwirklichung dieses Wohnwunsches stellen in der Regel finanzielle Beschränkungen dar, die aufgrund der Knappheit und damit einer erheblichen Verteuerung von Grundstücken den Einfamilienhausbau in größeren Städten sehr erschweren.

Im April 1998 lebten in Deutschland von allen Haushalten knapp 28 % in einem Wohngebäude mit 1 Wohneinheit (i d R ein Einfamilienhaus), knapp 18 % in einem Wohngebäude mit 2 Wohneinheiten (Zweifamilienhaus) und etwas über 53 % in Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohneinheiten (Mehrfamilienhäuser; siehe Tabelle 2) Untermieter-

haushalte bleiben bei dieser Betrachtung unberücksichtigt, desgleichen Haushalte, die nicht in Wohngebäuden, sondern in Wohnheimen, sonstigen Gebäuden mit Wohnraum³⁾ oder bewohnten Unterküften leben. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, daß der Anteil der in Einfamilienhäusern wohnenden Haushalte im früheren Bundesgebiet mit 29 % höher ist als mit knapp 23 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Umgekehrt wohnen im Westen Deutschlands nur knapp 51 % der Haushalte in Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohneinheiten, im Osten sind es über 63 %.

Nahezu gleich im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Tendenz, daß mit zunehmender Personenzahl, steigendem Alter der Bezugsperson des Haushalts und wachsendem Haushaltsnettoeinkommen der Anteil der in Einfamilienhäusern lebenden Haushalte steigt und der in Mehrfamilienhäusern sinkt. Hier zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Eigentümer- bzw.

³⁾ Gebäude, die überwiegend (mehr als die Hälfte der Gesamtnutzfläche) für Nichtwohnzwecke, nämlich für gewerbliche, soziale, kulturelle oder Verwaltungszwecke bestimmt sind oder genutzt werden, aber mindestens eine Wohneinheit enthalten

Tabelle 2 Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum nach Haushaltsstruktur und Wohngebäudegröße¹⁾

Merkmal	Insgesamt	Darunter in Wohngebäuden mit					
		1		2		3 und mehr	
		Wohneinheit(en)					
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Früheres Bundesgebiet							
Haushalte insgesamt	27 503,9	7 973,7	29,0	5 179,8	18,8	13 967,7	50,8
mit 1 Person	9 561,0	1 317,9	13,8	1 717,7	18,0	6 387,0	66,8
2 Personen	9 249,4	2 953,3	31,9	1 800,9	19,5	4 383,6	47,4
3 und mehr Personen	8 693,5	3 702,5	42,6	1 661,2	19,1	3 197,1	36,8
mit Bezugsperson							
unter 30 Jahren	2 800,7	173,8	6,2	420,2	15,0	2 168,8	77,4
30 – 59 Jahren	15 170,7	4 677,0	30,8	2 754,7	18,2	7 516,6	49,5
60 Jahren und mehr	9 532,4	3 122,9	32,8	2 004,9	21,0	4 282,2	44,9
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾							
unter 1 000 DM	924,0	131,7	14,3	160,3	17,3	607,2	65,7
1 000 – 2 499 DM	7 815,5	1 291,0	16,5	1 472,8	18,8	4 948,9	63,3
2 500 – 4 999 DM	11 555,0	3 227,6	27,9	2 241,2	19,4	5 956,1	51,5
5 000 DM und mehr	5 858,9	2 849,0	48,6	1 032,5	17,6	1 899,2	32,4
Neue Länder und Berlin-Ost							
Haushalte insgesamt	6 313,6	1 437,6	22,8	835,7	13,2	3 980,9	63,1
mit 1 Person	1 957,4	207,1	10,6	231,0	11,8	1 499,8	76,6
2 Personen	2 173,8	486,9	22,4	290,2	13,3	1 377,0	63,3
3 und mehr Personen	2 182,4	743,6	34,1	314,5	14,4	1 104,1	50,6
mit Bezugsperson							
unter 30 Jahren	637,3	32,1	5,0	57,5	9,0	541,4	85,0
30 – 59 Jahren	3 522,9	931,0	26,4	449,6	12,8	2 107,4	59,8
60 Jahren und mehr	2 153,4	474,5	22,0	328,6	15,3	1 332,0	61,9
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾							
unter 1 000 DM	251,2	24,4	9,7	25,2	10,0	199,6	79,5
1 000 – 2 499 DM	2 322,3	342,3	14,7	295,2	12,7	1 662,0	71,6
2 500 – 4 999 DM	2 837,0	718,7	25,3	392,3	13,8	1 700,6	59,9
5 000 DM und mehr	731,9	301,1	41,1	92,6	12,7	331,7	45,3
Deutschland							
Haushalte insgesamt	33 817,5	9 411,4	27,8	6 015,5	17,8	17 948,5	53,1
mit 1 Person	11 518,4	1 524,9	13,2	1 948,8	16,9	7 886,7	68,5
2 Personen	11 423,3	3 440,2	30,1	2 091,2	18,3	5 760,6	50,4
3 und mehr Personen	10 875,8	4 446,3	40,9	1 975,5	18,2	4 301,2	39,5
mit Bezugsperson							
unter 30 Jahren	3 438,0	206,0	6,0	477,8	13,9	2 710,2	78,8
30 – 59 Jahren	18 693,7	5 607,9	30,0	3 204,2	17,1	9 624,1	51,5
60 Jahren und mehr	11 685,9	3 597,4	30,8	2 333,5	20,0	5 614,2	48,0
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾							
unter 1 000 DM	1 175,2	156,0	13,3	185,5	15,8	806,9	68,7
1 000 – 2 499 DM	10 137,8	1 633,3	16,1	1 767,8	17,4	6 610,7	65,2
2 500 – 4 999 DM	14 392,0	3 946,3	27,4	2 633,5	18,3	7 656,6	53,2
5 000 DM und mehr	6 590,9	3 150,0	47,8	1 125,1	17,1	2 230,8	33,8

¹⁾ Ohne Haushalte in Wohnheimen, ohne Untermieterhaushalte – ²⁾ Nur Haushalte mit Angabe über Einkommen

Mieteranteilen, was dadurch zu erklären ist, daß Einfamilienhäuser wesentlich öfter von ihren Eigentümern selbst bewohnt werden (Stichwort „Häuslebauer“) als Wohneinheiten in Zwei- oder Mehrfamilienhäusern. Auch die Besonderheit, daß – anders als im Westen Deutschlands – in den neuen Ländern und Berlin-Ost Haushalte mit Bezugspersonen im Alter von 60 Jahren und mehr zu einem geringeren Anteil in Einfamilienhäusern wohnen als solche mit einer Bezugsperson zwischen 30 und 59 Jahren, entspricht der im vorherigen Abschnitt beschriebenen Tendenz bei den Eigentümeranteilen.

Größe der Wohneinheiten

Ein wesentliches Merkmal der Wohnsituation eines Haushalts stellt die Wohnfläche dar, die diesem zur Verfügung steht. Die Größe einer Wohnung wird üblicherweise durch die „Zahl der Räume“ und die „Wohnfläche“ dargestellt, wobei einleitend schon kritisch darauf verwiesen wurde, daß die Mikrozensus-Zusatzerhebung bedauerlicherweise keine Informationen zur Raumzahl bereitstellen kann.

Grundsätzlich eignet sich allerdings die Wohnfläche auch besser zur Darstellung der Wohnraumversorgung, da sich hinter einem Raum in der amtlichen Statistik sowohl eine „Kammer“ von 6 m² als auch ein „Saal“ von 200 m² und mehr verbergen kann.⁴⁾

Im Durchschnitt standen im April 1998 einem Haushalt in Deutschland etwas über 87 m² Wohnfläche zur Verfügung (siehe Tabelle 3). Mit 90,5 m² waren es im früheren Bundesgebiet fast 17 m² oder knapp 20% mehr als in den neuen Ländern und Berlin-Ost, wo die Fläche je Wohneinheit nur bei 73,6 m² lag. Ähnlich wie in den vorangegangenen Abschnitten beschrieben, zeigt sich auch bei der Wohnungsgröße eine klare Abhängigkeit mit der Größe eines Haushalts und dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, nicht dagegen mit dem Alter der Bezugsperson. Deutsch-

⁴⁾ Die Mindestgröße eines Raumes beträgt 6 m². Räume unter 6 m² werden nicht als solche gezählt.

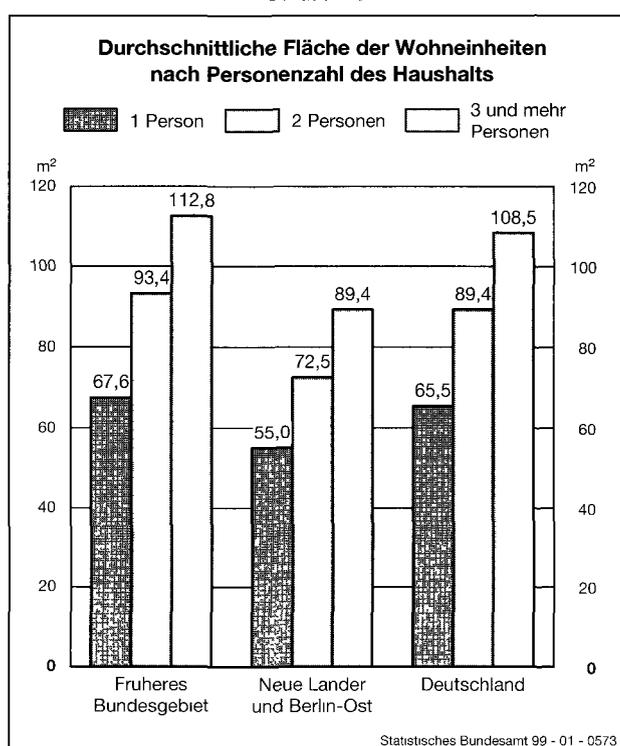
Tabelle 3: Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum nach Haushaltsstruktur und Fläche der Wohneinheit¹⁾

Merkmal	Insgesamt	Davon in Wohneinheiten mit einer Fläche von bis unter m ²						Fläche je Wohneinheit
		unter 40	40–60	60–80	80–100	100–120	120 und mehr	
	1 000	%						m ²
Früheres Bundesgebiet								
Haushalte insgesamt	27 503,9	4,5	15,8	25,3	18,6	13,2	22,7	90,5
mit 1 Person	9 561,0	11,9	31,5	29,3	13,5	6,8	7,1	67,6
2 Personen	9 249,4	0,8	11,1	28,4	22,1	15,4	22,2	93,4
3 und mehr Personen	8 693,5	0,2	3,6	17,6	20,4	17,8	40,3	112,8
mit Bezugsperson								
unter 30 Jahren	2 800,7	16,2	30,7	29,7	12,8	5,4	5,1	63,9
30–59 Jahren	15 170,7	3,5	12,4	22,7	19,0	14,5	27,9	97,0
60 Jahren und mehr	9 532,4	2,6	16,9	28,1	19,7	13,4	19,4	88,1
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾								
unter 1 000 DM	924,0	25,9	31,4	20,5	10,0	5,6	6,6	60,0
1 000–2 499 DM	7 815,5	9,1	29,7	31,4	15,1	7,4	7,3	69,7
2 500–4 999 DM	11 555,0	1,8	12,0	28,5	22,8	15,2	19,8	90,4
5 000 DM und mehr	5 858,9	0,5	3,1	12,2	16,7	18,0	49,4	120,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Haushalte insgesamt	6 313,6	6,6	30,7	29,8	13,2	9,7	9,9	73,6
mit 1 Person	1 957,4	19,8	49,4	19,5	5,8	2,9	2,5	55,0
2 Personen	2 173,8	1,1	33,4	35,9	14,3	8,7	6,5	72,5
3 und mehr Personen	2 182,4	0,3	11,2	33,0	18,7	16,9	19,9	91,4
mit Bezugsperson								
unter 30 Jahren	637,3	16,0	42,5	27,2	7,8	3,4	3,1	59,2
30–59 Jahren	3 522,9	4,3	22,5	31,2	15,2	12,7	14,0	80,9
60 Jahren und mehr	2 153,4	7,6	40,6	28,4	11,5	6,8	5,1	66,0
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾								
unter 1 000 DM	251,2	32,0	42,9	15,6	4,3	2,5	2,6	50,8
1 000–2 499 DM	2 322,3	12,2	44,8	26,0	8,8	4,7	3,6	61,0
2 500–4 999 DM	2 837,0	1,4	24,2	35,9	16,0	11,8	10,7	78,7
5 000 DM und mehr	731,9	0,5	8,2	24,6	19,2	19,6	27,9	100,4
Deutschland								
Haushalte insgesamt	33 817,5	4,9	18,6	26,1	17,6	12,5	20,3	87,4
mit 1 Person	11 518,4	13,2	34,5	27,6	12,2	6,2	6,3	65,5
2 Personen	11 423,3	0,9	15,4	29,8	20,6	14,1	19,2	89,4
3 und mehr Personen	10 875,8	0,2	5,1	20,7	20,1	17,6	36,2	108,5
mit Bezugsperson								
unter 30 Jahren	3 438,0	16,2	32,9	29,3	11,9	5,0	4,8	63,0
30–59 Jahren	18 693,7	3,6	14,3	24,3	18,3	14,1	25,3	93,9
60 Jahren und mehr	11 685,9	3,5	21,2	28,1	18,1	12,2	16,8	84,0
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾								
unter 1 000 DM	1 175,2	27,2	33,9	19,4	8,8	4,9	5,8	58,1
1 000–2 499 DM	10 137,8	9,8	33,2	30,1	13,6	6,8	6,4	67,7
2 500–4 999 DM	14 392,0	1,7	14,4	29,9	21,5	14,5	18,0	88,1
5 000 DM und mehr	6 590,9	0,5	3,7	13,6	16,9	18,2	47,0	118,7

¹⁾ Ohne Haushalte in Wohnheimen, ohne Untermieterhaushalte – ²⁾ Nur Haushalte mit Angabe über Einkommen

landweit ist die durchschnittliche Wohneinheit eines Einpersonenhaushaltes etwa 66 m² groß, knapp 68 m² im Westen und 55 m² im Osten. Bei 3 und mehr Personen im Haushalt beträgt die durchschnittliche Wohnfläche dagegen fast 109 m², wobei diese Haushalte im früheren Bundesgebiet mit etwa 113 m² über 20 m² mehr zur Verfügung haben als die in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit nur gut 91 m². Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß sich die Pro-Kopf-Wohnfläche völlig anders darstellt. In Zweipersonenhaushalten sind es pro Haushaltsmitglied nur knapp 45 m² (im Westen etwa 47 m², im Osten gut 36 m²), verglichen mit knapp 66 m², über die ein Ein-Personen-Haushalt verfügt. In Haushalten mit 3 und mehr Personen stehen deutschlandweit pro Kopf nur weniger als 36 m² zur Verfügung, im früheren Bundesgebiet unter 38 m², in den neuen Ländern und Berlin-Ost weniger als 30 m².

Schaubild 3



Bei einer Differenzierung der Haushalte nach dem monatlichen Nettoeinkommen zeigt sich, daß Haushalte, denen 5000 DM und mehr zur Verfügung stehen, mit fast 119 m² mehr als doppelt so viel Wohnfläche aufweisen als solche mit weniger als 1000 DM. Deren Wohneinheit ist im Durchschnitt nur etwas über 58 m² groß. Es fällt auf, daß das Verhältnis zwischen den „reichen“ und „armen“ Haushalten im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern und Berlin-Ost fast identisch ist. Im Westen beträgt es ca. 120 m² zu 60 m², im Osten 100 m² zu 51 m².

Keine durchgängige Abhängigkeit zeigt sich zwischen der Wohnfläche und dem Alter der Bezugsperson des Haushalts. Hier ist zu beobachten, daß kein kontinuierlicher Anstieg mit zunehmendem Alter stattfindet. Im gesamtdeutschen Durchschnitt ist eine Wohneinheit „jüngerer“ Haushalte 63 m² groß, bei „mittleren“ Haushalten beträgt die Wohnungsgröße fast 94 m², bei „älteren“ Haushalten

liegt sie bei nur 84 m². Erklärt werden kann dies damit, daß es sich bei Haushalten mit einer Bezugsperson mittleren Alters zum großen Teil um solche mit drei und mehr Personen handelt, sehr oft also um Familien mit Kindern, die aufgrund der Zahl ihrer Haushaltsmitglieder größere Wohneinheiten und mehr Wohnfläche benötigen. Haushalte mit älteren Bezugspersonen bestehen dagegen sehr oft nur noch aus einer oder zwei Personen, da hier die Kinder die elterliche Wohneinheit meistens schon verlassen haben oder ein Ehe- bzw. Lebenspartner bereits verstorben ist. Der Bedarf an Wohnfläche ist dementsprechend geringer.

Verdeutlicht werden diese Aussagen auch bei der Betrachtung der Verteilung der Wohneinheiten der unterschiedlichen Haushaltstypen nach Wohnungsgrößenklassen. Im gesamtdeutschen Durchschnitt lebt etwa ein Fünftel aller Haushalte in Wohneinheiten mit 120 m² und mehr Wohnfläche, hierbei dürfte es sich sehr oft um Einfamilienhäuser handeln. Während es aber im früheren Bundesgebiet fast 23% sind, beträgt der Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost weniger als die Hälfte, nämlich nur knapp 10%. Wesentlich geringer sind die Ost-West-Unterschiede in der nächst kleineren Größenklasse. Wohneinheiten zwischen 100 und 120 m² werden in Deutschland von knapp 13% aller Haushalte bewohnt, im Westen sind es etwas über 13%, im Osten etwas unter 10%. Verhältnismäßig geringe Unterschiede sind auch in der untersten Klasse mit weniger als 40 m² Wohnfläche festzustellen. Diese Kleinwohnungen – sehr oft Apartments – bewohnen im früheren Bundesgebiet knapp 5% aller Haushalte, in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 7% und deutschlandweit etwa 5%. Völlig anders dagegen stellt sich die Ost-West-Verteilung hinsichtlich der Wohneinheiten mit 40 bis unter 60 m² dar. Während im Westen nur knapp 16% der Haushalte in Wohneinheiten dieser Größenordnung leben, sind es im Osten mit fast 31% fast doppelt so viele. Zurückzuführen sein dürfte dies auf die zahlreichen „Plattenbauten“ in den neuen Ländern und Berlin-Ost, deren standardisierte Wohneinheiten sehr häufig Wohnflächen bis zu 60 m² aufweisen.⁵⁾

Zusammenfassend läßt sich für die Wohnungsgrößen – gemessen in Quadratmeter Wohnfläche – feststellen, daß mit zunehmender Personenzahl im Haushalt und steigenden Haushaltsnettoeinkommen die Größe der Wohneinheit zunimmt, und daß Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter von 30 bis unter 60 Jahren mehr Wohnfläche in Anspruch nehmen als „jüngere“ und „ältere“ Haushalte. Dieses gilt sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für die neuen Länder und Berlin-Ost, wobei hinsichtlich des Niveaus auch acht Jahre nach der deutschen Vereinigung noch erhebliche Unterschiede festzustellen sind.

Einzugsjahr der Haushalte

Gelten solche Ost-West-Unterschiede auch für die Einzugsjahre der Haushalte in ihre jetzigen Wohneinheiten?

⁵⁾ Siehe hierzu: Statistisches Bundesamt, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 2 „Wohnungsbau und Wohnungsbestand 1970 bis 1990“, Wiesbaden 1993.

Eine Antwort auf diese Frage liefert abschließend die Tabelle 4. Ein Blick auf die Haushalte insgesamt zeigt, daß zwischen dem Osten und Westen Deutschlands nur verhältnismäßig geringfügige Abweichungen bestehen. Am höchsten sind sie für die Einzugsjahre 1996 und später, die im Westen von 19 % der Haushalte, im Osten aber von über 21 % genannt wurden. Während hier also der Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost höher lag als im früheren Bundesgebiet, sieht dies hinsichtlich der Einzugsjahre 1991 bis 1995 umgekehrt aus: 19 % im Westen, aber nur gut 17 % im Osten haben in diesem Zeitraum ihre Wohnheiten bezogen.

Tabelle 4: Haushalte nach Haushaltsstruktur und Einzugsjahr¹⁾

Merkmal	Ins-gesamt 1000	Davon Einzugsjahr				
		vor 1991	1991-1990	1991-1995	1996 und später	ohne Angabe
%						
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte insgesamt	27503,9	40,2	20,3	19,1	19,2	1,2
mit 1 Person	9561,0	39,8	16,8	18,6	23,4	1,5
2 Personen	9249,4	50,8	17,1	15,3	15,9	1,0
3 und mehr Personen	8693,5	29,3	27,7	23,8	18,1	1,0
mit Bezugsperson						
unter 30 Jahren	2800,7	3,7	3,5	29,5	62,4	1,0
30 - 59 Jahren	15170,7	26,9	27,2	24,5	20,3	1,1
60 Jahren und mehr	9632,4	72,1	14,3	7,6	4,7	1,4
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾						
unter 1 000 DM	924,0	30,9	13,3	18,4	35,9	1,6
1 000 - 2 499 DM	7815,5	42,2	16,0	17,5	23,0	1,3
2 500 - 4 999 DM	11 555,0	39,0	20,9	20,3	18,9	0,9
5 000 DM und mehr	5 858,9	38,6	26,5	20,4	13,6	0,9
Neue Länder und Berlin-Ost						
Haushalte insgesamt	6313,6	39,6	20,8	17,4	21,2	1,1
mit 1 Person	1 957,4	37,8	17,4	17,2	26,4	1,2
2 Personen	2 173,8	53,6	14,3	13,4	17,8	0,9
3 und mehr Personen	2 182,4	27,4	30,2	21,4	19,8	1,2
mit Bezugsperson						
unter 30 Jahren	637,3	4,0	5,8	27,4	62,0	0,8
30 - 59 Jahren	3 522,9	30,7	27,7	20,2	20,3	1,1
60 Jahren und mehr	2 153,4	64,9	13,9	9,7	10,4	1,1
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾						
unter 1 000 DM	251,2	24,1	15,5	18,5	41,1	0,9
1 000 - 2 499 DM	2 322,3	40,4	18,1	16,8	23,6	1,1
2 500 - 4 999 DM	2 837,0	42,0	22,5	16,6	18,0	1,0
5 000 DM und mehr	731,9	33,0	24,5	22,1	19,4	1,1
Deutschland						
Haushalte insgesamt	33 817,5	40,1	20,4	18,8	19,6	1,2
mit 1 Person	11 518,4	39,4	16,9	18,3	23,9	1,5
2 Personen	11 423,3	51,3	16,5	14,9	16,2	0,9
3 und mehr Personen	10 875,8	28,9	28,2	23,3	18,4	1,1
mit Bezugsperson						
unter 30 Jahren	3 438,0	3,7	3,9	29,1	62,3	0,9
30 - 59 Jahren	18 693,7	27,6	27,3	23,7	20,3	1,1
60 Jahren und mehr	11 685,9	70,7	14,2	8,0	5,8	1,3
mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ²⁾						
unter 1 000 DM	1 175,2	29,5	13,7	18,4	37,0	1,4
1 000 - 2 499 DM	10 137,8	41,8	16,5	17,3	23,1	1,2
2 500 - 4 999 DM	14 392,0	39,6	21,2	19,5	18,7	0,9
5 000 DM und mehr	6 590,9	38,0	26,2	20,6	14,2	0,9

¹⁾ Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum, ohne Wohnheime. - ²⁾ Nur Haushalte mit Angabe über Einkommen.

Differenziert nach Haushaltstypen zeigen sich klare Abhängigkeiten nur hinsichtlich des Alters der Bezugsperson. Hier weisen die Ergebnisse der Erhebung von 1998 eindeutig nach, daß mit zunehmendem Alter das Einzugsjahr immer weiter zurückliegt, das heißt je älter die Bezugs-

person ist, um so länger lebt sie bereits in ihrer jetzigen Wohnheit. So wohnten in Deutschland insgesamt fast 71 % der Haushalte mit einer Bezugsperson von 60 Jahren und mehr schon seit 1980 oder früher in ihrer heutigen Wohnung, im früheren Bundesgebiet lag der Anteil bei über 72 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei fast 65 %. Ein Einzugsjahr von 1996 und später wiesen von den „älteren“ Haushalten deutschlandweit dagegen nur knapp 6 % auf, im Westen mit knapp 5 % etwas weniger, im Osten mit über 10 % deutlich mehr.

Bei den „jüngeren“ Haushalten zeigt sich erwartungsgemäß ein umgekehrtes Bild. Nur knapp 4 % lebten schon seit 1980 oder früher in ihrer heutigen, wahrscheinlich von den Eltern übernommenen Wohnung, etwa 62 % sind erst nach 1996 eingezogen. Unterschiede zwischen Ost und West sind kaum festzustellen. Der in den neuen Ländern und Berlin-Ost für fast alle Haushaltstypen vorhandene höhere Anteil an Haushalten, die nach 1995 eingezogen sind, kann darauf zurückgeführt werden, daß hier hinsichtlich Wohnqualität und Flächenbedarf noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht, der durch zahlreiche Umzüge in größere und besser ausgestattete Wohnungen befriedigt wird.

Hinsichtlich der Größe und des Einkommens eines Haushalts lassen sich keine eindeutigen Abhängigkeiten mit dem Einzugsjahr feststellen. Es wird aber deutlich, daß Haushalte mit 2 Personen länger in ihren jetzigen Wohnheiten leben als solche mit nur einer oder mit drei und mehr Personen. Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost liegt der Anteil der Haushalte, die schon seit 1980 in ihrer jetzigen Wohnheit leben, bei über 50 %.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung, daß hinsichtlich der Wohnsituation erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Haushaltstypen bestehen, Unterschiede, die zum Teil auf differenzierte Bedürfnisse (z. B. auf Grund der Kinderzahl ein erhöhter Flächenbedarf), zum Teil mit Sicherheit aber auch auf eingeschränkte Möglichkeiten (bedingt z. B. durch ein niedriges Haushaltseinkommen) zurückgeführt werden können. Daneben sind auch acht Jahre nach der deutschen Vereinigung noch erhebliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost festzustellen, über deren Abbau wohl erst nachfolgende Erhebungen – zum Beispiel die nächste Zusatzerhebung zur „Wohnsituation der Haushalte“ – Auskunft geben kann.

Weitere Informationen, die neben den in diesem Beitrag genannten das „Wohnen“ eines Haushaltes stark beeinflussen und die hier nicht abgehandelt werden können, werden in einer der nächsten Ausgaben von „Wirtschaft und Statistik“ im Teil 2 dieses Aufsatzes vorgestellt. Dazu gehören so wichtige Bereiche wie das Einkommen unterschiedlicher Haushaltstypen, die zu zahlende Miete und insbesondere auch die sich aus der Miethöhe ergebende Belastung des Einkommens.

Dipl.-Ing. Horst Winter

Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1999

Vorbemerkung

Nach einer mehrjährigen Wachstumsperiode war Deutschlands Außenhandel im Laufe des Jahres 1998 infolge von Finanzkrisen in Ost- und Südostasien, Rußland und Lateinamerika ins Stocken geraten. Hinzu kam der gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf steigende Wert der DM, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte negativ beeinflusste. Die Nachwirkungen dieser Krisen und die zu Jahresbeginn noch hohe Bewertung des Euro führten dazu, daß Deutschlands Außenhandel im ersten Halbjahr 1999 das hohe Niveau des ersten Halbjahrs 1998 nicht erreichte. Es gab allerdings insbesondere im zweiten Quartal Anzeichen dafür, daß der Außenhandel auf den Wachstumspfad zurückkehrt. Positive Impulse erhielten die Exporte dabei vor allem durch die nach wie vor boomende Wirtschaft der Vereinigten Staaten und die langsam erstarkende Wirtschaft in der Eurozone. Hinzu kommen Erholungstendenzen in einigen ost- und südostasiatischen Volkswirtschaften sowie die verglichen mit dem ersten Quartal deutlich niedrigere Bewertung des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Nachfolgend wird die Entwicklung des Außenhandels im ersten Halbjahr 1999 näher dargestellt. Zunächst wird dabei auf die konjunkturelle Entwicklung am aktuellen Rand eingegangen. Anschließend werden unterschiedliche Entwicklungen in einzelnen Ländern bzw. Regionen und bei verschiedenen Warengruppen beschrieben.

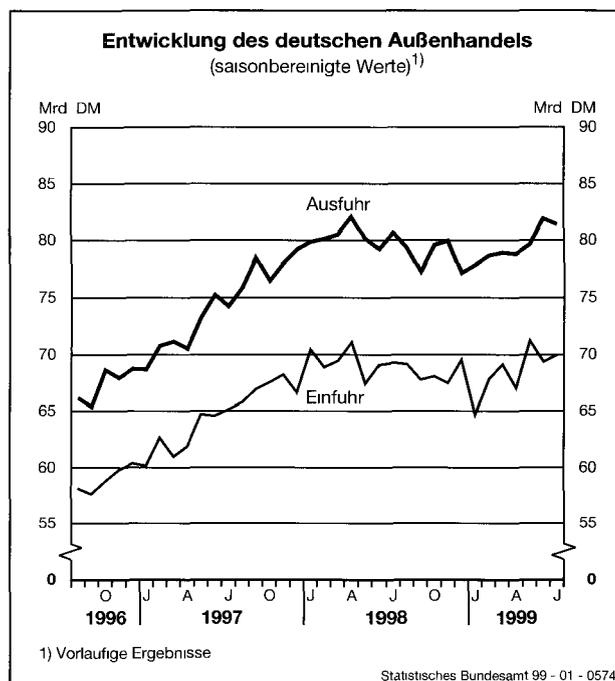
Gesamtentwicklung

Im ersten Halbjahr 1999 wurden – nach vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik¹⁾ – von Deutschland Waren im Wert von 474,3 Mrd. DM ausgeführt und im Wert von 411,6 Mrd. DM eingeführt. Gegenüber dem hohen Niveau im ersten Halbjahr 1998 bedeutet dies einen Rückgang um 0,9 bzw. 1,2%.

Einen besseren Eindruck von der Entwicklung der Außenhandelskonjunktur gewinnt man bei Betrachtung der kalender- und saisonbereinigten Werte²⁾ (siehe Schaubild 1). Der kräftige Anstieg des Außenhandels im Jahr 1997 setzte sich nur noch zu Beginn des Jahres 1998 fort. Im zweiten Quartal 1998 endete die Wachstumsdynamik in beiden Verkehrsrichtungen. Im dritten und vierten Quartal 1998 war der Außenhandel leicht rückläufig. Die Wachstumsschwäche scheint zur Jahresmitte 1999 allerdings überwunden zu sein. Seit Beginn dieses Jahres sind wieder leichte Zuwächse, von dem allerdings etwas niedri-

geren Ausgangsniveau zur Jahreswende aus gesehen, zu verzeichnen. Hierzu trug unter anderem die Wechselkursentwicklung zwischen DM bzw. Euro und US-Dollar bei. Die deutliche Aufwertung der DM im Verlauf des Jahres 1998 wurde durch den Wertverlust des Euro gegenüber dem US-Dollar im ersten Halbjahr 1999 bereits mehr als wettgemacht.³⁾ In Zusammenhang damit steht auch die Entwicklung der Außenhandelspreise. Insbesondere die Einfuhrpreise waren 1998 deutlich zurückgegangen. Sie lagen 1998 um durchschnittlich 3,2% unter dem Niveau von 1997. Seit der Umkehr der Wechselkursentwicklung zu Beginn des Jahres 1999 ziehen auch die Außenhandelspreise wieder an. Im Juni lag der Index der Einfuhrpreise bereits 2,3% über dem Januarniveau. Hierin ist allerdings auch der überdurchschnittliche Auftrieb bei den Rohölpreisen enthalten.

Schaubild 1



Da die Importe etwas stärker zurückgingen als die Exporte, liegt der bislang im Jahr 1999 erzielte Ausfuhrüberschuß in Höhe von 62,7 Mrd. DM um 1,0% über dem Vergleichswert des Vorjahres (62,1 Mrd. DM). Dieser Überschuß reichte nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank allerdings nicht aus, um das Defizit der anderen Teilbilanzen der Leistungsbilanz auszugleichen. Bei den Dienstleistungen ergab sich im ersten Halbjahr 1999 ein Saldo von –34,2 Mrd. DM, bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen einer von –8,1 Mrd. DM. Der Saldo in der Übertragungsbilanz, in der die Zahlungen an internationale Organisationen, Renten und Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer erfaßt werden, betrug –21,0 Mrd. DM. Bei den Ergänzungen zum Warenverkehr, die haupt-

¹⁾ In der methodischen Abgrenzung des Spezialhandels
²⁾ Berliner Verfahren, Version 4

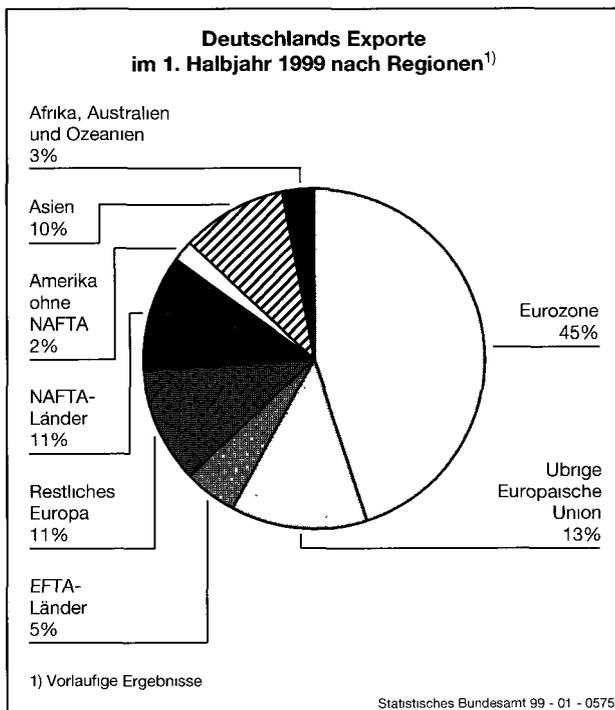
³⁾ Der Wechselkurs DM/US-\$ war zwischen Dezember 1997 und Dezember 1998 von 1,777 auf 1,669 gefallen. Der Wechselkurs US-\$/Euro ist von 1,161 im Januar 1999 auf 1,038 im Juni 1999 gefallen.

sächlich den Lagerverkehr auf inländische Rechnung sowie die Absetzung von Rückwaren enthalten, ergab sich ein Fehlbetrag von 2,6 Mrd. DM. Die gesamte Leistungsbilanz der Zahlungsbilanz schloß demzufolge im ersten Halbjahr mit einem Defizit von 3,2 Mrd. DM ab. Im ersten Halbjahr 1998 hatte die Leistungsbilanz nur ein Defizit von 2,4 Mrd. DM aufgewiesen.

Der Außenhandel mit ausgewählten Ländergruppen und Ländern⁴⁾

Der überwiegende Teil der deutschen Exporte wird in die Länder der Europäischen Union ausgeführt. Im Berichtszeitraum waren dies Waren im Wert von 274,3 Mrd. DM. Verglichen mit der entsprechenden Vorperiode bedeutet dies eine Zunahme um 0,5%. Damit stieg der Anteil der innergemeinschaftlichen Exporte an den gesamten deutschen Warenlieferungen von 57,1 auf 58,0% (siehe Schaubild 2). Getragen wurde die Entwicklung von den Ausfuhren

Schaubild 2



in die Euro-Länder⁵⁾. Diese schritten deutlich besser ab als die anderen Länder der Europäischen Union⁶⁾. Die Zunahme der Exporte in den gemeinsamen Währungsraum um 1,2% auf 211,7 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1999 war vor allem die Folge von Zuwächsen bei den Ausfuhren nach Frankreich – Deutschlands wichtigstem Handelspartner – (+4,7% auf 56,3 Mrd. DM) und Spanien (+9,6% auf 21,2 Mrd. DM). Die Warenlieferungen in die Niederlande sind im gleichen Zeitraum hingegen um 6,9% auf 31,4 Mrd.

⁴⁾ Im Gegensatz zu den insgesamt-Ergebnissen sind die Ergebnisse auf Landerebene für 1998 und das erste Halbjahr 1999 noch nicht revidiert worden. Daher können Handelsanteile von Ländergruppen und Ländern nicht aus dem revidierten Gesamtergebnis errechnet werden.

⁵⁾ Belgien, Deutschland, Frankreich, Finnland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

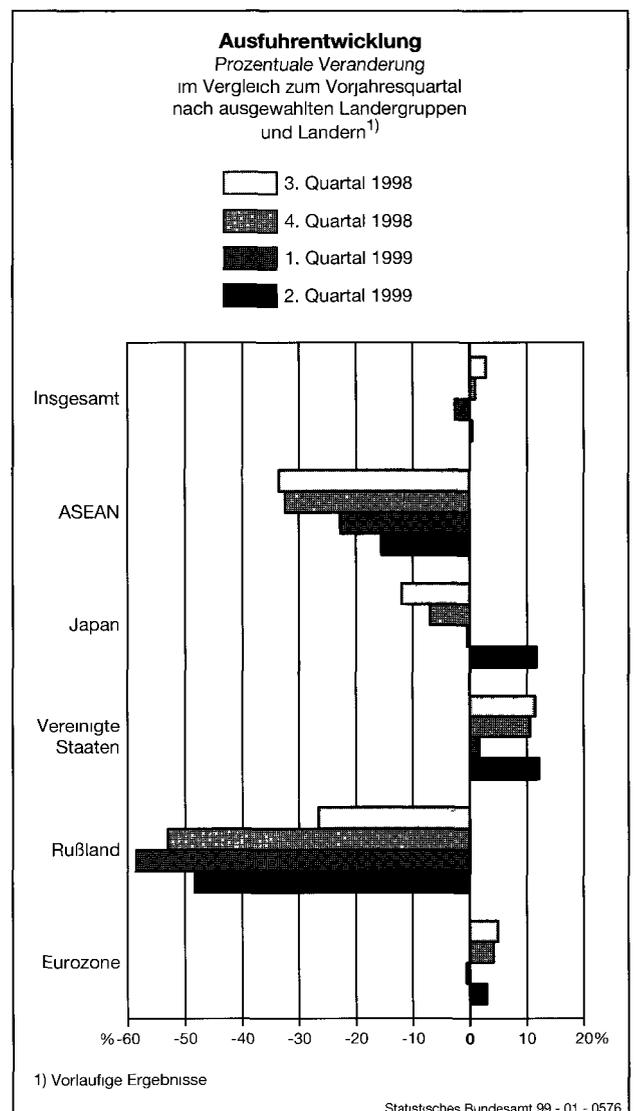
⁶⁾ Dänemark, Griechenland, Schweden, Vereinigtes Königreich.

DM gesunken. Der Rückgang der Ausfuhren in die anderen Länder der Europäischen Union um 2,0% ist maßgeblich durch die Entwicklung der Exporte in das Vereinigte Königreich (-3,4% auf 40,0 Mrd. DM) zustande gekommen.

Wie Schaubild 3 zeigt, gewannen die Warenlieferungen in die Eurozone im Laufe des ersten Halbjahres 1999 an Fahrt. Im ersten Quartal unterschritten die Ausfuhren den Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums noch um 0,6%. Im zweiten Quartal war hingegen eine deutliche Belebung festzustellen. Hier sind die Exporte binnen Jahresfrist um 3,0% gestiegen.

Die Einfuhren aus den Ländern der Europäischen Union gingen um 1,5% gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 zurück und erreichten im Berichtszeitraum einen Wert von 222,2 Mrd. DM. Dies entsprach einem Anteil von 54,2% an der gesamten Einfuhr. Davon entfielen 179,1 Mrd. DM auf Warenbezüge aus dem gemeinsamen Währungsraum, das entspricht 43,7% der gesamten deutschen Einfuhren im ersten Halbjahr 1999. Rückläufig waren insbesondere die Importe aus Belgien/Luxemburg (-8,4% auf 21,4 Mrd. DM) und den Niederlanden (-4,2% auf 32,9 Mrd. DM).

Schaubild 3



innerhalb der Eurozone sowie aus dem Vereinigten Königreich (-3,6% auf 27,4 Mrd. DM) bei den anderen Ländern der Europäischen Union

Wie bei den Ausfuhren so setzte auch auf der Einfuhrseite im zweiten Quartal eine Belebung im Handel mit den Ländern der Eurozone ein. Nach einem Rückgang um 3,7% im ersten Quartal 1999 ergab sich im zweiten Quartal eine Steigerung um 1,9% binnen Jahresfrist

Aufgrund der oben skizzierten Entwicklung stieg der Überschuß, den Deutschland im ersten Halbjahr 1999 im innergemeinschaftlichen Warenverkehr erzielte, auf 52,1 Mrd DM. Im entsprechenden Vorjahreshalbjahr hatte er 47,5 Mrd. DM betragen. Dabei erzielte Deutschland im Handel mit allen Ländern der Europäischen Union außer Irland und den Niederlanden Ausfuhrüberschüsse.

Im Handel mit Drittländern gingen Deutschlands Aktivsalden in der Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1999 binnen Jahresfrist zurück. Während hier die Ausfuhren nicht das Vorjahresniveau erreichten, ergaben sich Zuwächse auf der Einfuhrseite. Hierbei gab es allerdings sehr große Unterschiede in den einzelnen Ländern und Regionen

Bei den Ausfuhren in die nicht zur EU gehörenden europäischen Länder, in die 16% aller deutschen Ausfuhren im ersten Halbjahr 1999 geliefert wurden, ergaben sich Zuwächse nur im Handel mit der Schweiz (+4,1% auf 21,7 Mrd. DM) und einigen mittel- und osteuropäischen Staaten (z. B. Tschechische Republik +2,9% auf 9,3 Mrd. DM, Un-

garn +6,4% auf 7,9 Mrd. DM). Die Ausfuhren in den überwiegenden Teil der europäischen Nicht-EU-Länder waren rückläufig. Besonders stark betroffen waren die Exporte in die von der russischen Finanzkrise am stärksten betroffenen GUS-Staaten. Die Ausfuhren nach Rußland selbst lagen beispielsweise um 53,5% unter ihrem Niveau vom Vorjahr und erreichten nur noch einen Wert von 4,0 Mrd. DM. Deutliche Rückgänge gab es auch bei den Ausfuhren nach Norwegen (-9,4% auf 3,7 Mrd. DM) und in die Türkei (-23,7% auf 5,4 Mrd. DM). Insgesamt gingen die Exporte in die nicht zur EU gehörenden Länder Europas im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 9,5% auf 77,0 Mrd. DM zurück.

Die Einfuhren aus der Mehrzahl dieser Länder legten im ersten Halbjahr 1999 hingegen zu. Daher ergab sich für die Einfuhren aus den nicht zur EU gehörenden europäischen Ländern insgesamt ein Anstieg um 3,6% auf 72,3 Mrd. DM. Hohe Zuwächse verzeichneten die Warenlieferungen aus Ungarn (+21,9% auf 8,1 Mrd. DM), der Tschechischen Republik (+11,8% auf 9,2 Mrd. DM) und Polen (+9,9% auf 8,6 Mrd. DM). Der Wert der Importe aus Norwegen (-19,2% auf 5,7 Mrd. DM) und Rußland (-8,3% auf 6,8 Mrd. DM) ging hingegen deutlich zurück. Zum Teil ist dies auf die im ersten Quartal deutlich unter Vorjahresniveau liegenden Rohölpreise zurückzuführen.⁷⁾

⁷⁾ Rußland und Norwegen waren im ersten Halbjahr 1999 die wichtigsten Ursprungsländer deutscher Erdölimporte

Tabelle 1: Außenhandel nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern¹⁾

Ländergruppe	Ausfuhr					Einfuhr				
	1 Hj 1998	2 Hj 1998	1 Hj 1999	Veränderung 1 Hj 1999 gegenüber 1 Hj 1998	Anteil im 1 Hj 1999 an insgesamt	1 Hj 1998	2 Hj 1998	1 Hj 1999	Veränderung 1 Hj 1999 gegenüber 1 Hj 1998	Anteil im 1 Hj 1999 an insgesamt
	Mill. DM			%		Mill. DM			%	
Europa	358 072	347 142	351 280	- 1,9	74,3	295 363	288 691	294 550	- 0,3	71,9
darunter										
EU-Länder	273 026	262 449	274 328	+ 0,5	58,0	225 546	215 200	222 221	- 1,5	54,2
darunter										
Eurozone	209 095	199 559	211 689	+ 1,2	44,7	180 640	171 372	179 124	- 0,8	43,7
Frankreich	53 809	51 966	56 332	+ 4,7	11,9	46 121	44 024	45 147	- 2,1	11,0
Niederlande	33 726	31 336	31 400	- 6,9	6,6	34 339	31 222	32 902	- 4,2	8,0
Italien	37 197	33 158	36 722	- 1,3	7,8	32 135	31 172	31 326	- 2,5	7,6
Spanien	19 342	19 072	21 199	+ 9,6	4,5	15 346	12 943	14 865	- 3,1	3,6
Österreich	25 166	24 935	25 245	+ 0,3	5,3	15 878	16 177	16 674	+ 5,0	4,1
Belgien und Luxemburg	27 258	26 638	26 995	- 1,0	5,7	23 389	22 526	21 424	- 8,4	5,2
Vereinigtes Königreich	41 461	40 389	40 041	- 3,4	8,5	28 370	27 856	27 351	- 3,6	6,7
EFTA-Länder	25 459	26 847	25 817	+ 1,4	5,5	23 479	23 171	22 640	- 3,6	5,5
darunter										
Norwegen	4 080	4 443	3 697	- 9,4	0,8	7 050	6 003	5 693	- 19,2	1,4
Schweiz	20 800	21 836	21 650	+ 4,1	4,6	15 889	16 597	16 393	+ 3,2	4,0
Türkei	7 041	6 590	5 375	- 23,7	1,1	5 170	5 546	5 258	+ 1,7	1,3
Rußland	8 660	5 853	4 029	- 53,5	0,9	7 420	7 326	6 808	- 8,3	1,7
Polen	11 834	12 278	11 282	- 4,7	2,4	7 829	8 613	8 605	+ 9,9	2,1
Tschechische Republik	8 992	9 698	9 254	+ 2,9	2,0	8 260	8 903	9 238	+ 11,8	2,3
Ungarn	7 456	7 798	7 935	+ 6,4	1,7	6 666	7 882	8 127	+ 21,9	2,0
Afrika	8 569	10 089	9 137	+ 6,6	1,9	7 866	7 231	7 388	- 6,1	1,8
Amerika	60 564	63 824	62 640	+ 3,4	13,2	44 698	44 992	46 312	+ 3,6	11,3
dar NAFTA-Länder	51 030	52 296	53 913	+ 5,6	11,4	36 933	37 763	39 332	+ 6,5	9,6
dar Vereinigte Staaten	43 767	45 536	46 809	+ 7,0	9,9	33 328	33 984	35 345	+ 6,1	8,6
Asien	46 504	45 866	45 450	- 2,3	9,6	60 194	60 432	59 569	- 1,0	14,5
darunter										
ASEAN-Länder	9 083	8 302	7 339	- 19,2	1,6	11 514	11 430	10 441	- 9,3	2,5
China ²⁾	5 511	6 388	6 400	+ 16,1	1,4	10 897	12 068	11 620	+ 6,6	2,8
Japan	9 157	9 137	9 625	+ 5,1	2,0	20 786	19 865	20 352	- 2,1	5,0
Republik Korea	2 518	2 511	2 754	+ 9,4	0,6	3 438	3 316	3 729	+ 8,5	0,9
Taiwan	4 414	3 999	3 892	- 11,8	0,8	4 780	4 966	4 998	+ 4,6	1,2
Australien und Ozeanien	3 499	3 691	3 449	- 1,4	0,7	1 704	1 815	1 519	- 10,9	0,4

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse - ²⁾ Ohne Taiwan

Trotz des deutlichen Rückgangs der deutschen Exporte in die nicht zur EU gehörenden Länder Europas erzielte Deutschland im ersten Halbjahr 1999 im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit diesen Ländern noch einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 4,6 Mrd. DM. Ein Jahr zuvor hatte dieser noch 15,2 Mrd. DM betragen.

Ein wichtiger Wachstumsmotor für Deutschlands Export war der Warenhandel mit den Vereinigten Staaten – Deutschlands zweitwichtigstem Handelspartner – mit einem Anteil von 9,9% an den gesamten deutschen Exporten im Berichtszeitraum. Als Folge des fortgesetzten Wirtschaftswachstums in den Vereinigten Staaten stiegen in diesem Zeitraum die deutschen Warenlieferungen dorthin um 7,0% auf 46,8 Mrd. DM. Die Betrachtung der Quartalsergebnisse zeigt allerdings, daß auch hier infolge der bereits skizzierten Wechselkursentwicklung ein vorübergehendes Nachlassen der deutschen Exporte spürbar war. So hatte der Ausfuhranstieg im ersten Quartal nur 1,6% betragen. Die Importe aus den Vereinigten Staaten sind gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 um 6,1% auf 35,3 Mrd. DM gestiegen. Der deutsche Handelsbilanzüberschuß erreichte im bilateralen Warenverkehr einen Wert von 11,5 Mrd. DM.

Weit weniger dynamisch entwickelte sich der Handel mit Lateinamerika. Hier wirkten sich die wirtschaftlich immer noch unsichere Lage und das mit Abwertungen verbundene Ende der Wechselkursbindung des brasilianischen Real an den US-Dollar aus. So sanken Deutschlands Exporte nach Lateinamerika⁸⁾ im ersten Halbjahr 1999 um 8,5% auf 8,7 Mrd. DM. Die Einfuhren gingen im gleichen Zeitraum um 10,1% auf 7,0 Mrd. DM zurück. Insgesamt wurden aber nur 1,8% aller deutschen Exporte in diesen Teil Amerikas geliefert. Wesentlich dynamischer verlief die Entwicklung im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit dem zur NAFTA gehörenden Mexiko. Deutschlands Exporte dorthin stiegen um 16,4% auf 3,9 Mrd. DM. Die Importe aus Mexiko wurden sogar mehr als verdoppelt (+ 119,2% auf 1,5 Mrd. DM).

Sehr unterschiedlich entwickelte sich auch der grenzüberschreitende Warenverkehr mit den asiatischen Ländern. Insgesamt gingen die deutschen Warenlieferungen nach Asien im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,3% auf 45,5 Mrd. DM zurück. Dies entsprach einem Anteil von 9,6% an den gesamten deutschen Exporten. Bereits von 1997 auf 1998 war der Wert der nach Asien ausgeführten Waren um 13% gesunken. Rückläufig waren in erster Linie die Exporte in ASEAN-Länder⁹⁾ (-19,2% auf 7,3 Mrd. DM). In einigen dieser Länder waren jedoch im zweiten Quartal 1999 Erholungstendenzen erkennbar. Ähnliches gilt für die Exporte nach Taiwan, die im ersten Halbjahr 1999 um 11,8% unter ihrem Vorjahresniveau lagen und nur noch einen Wert von 3,9 Mrd. DM erreichten. Insgesamt sind diese Länder als Absatzmärkte für deutsche Exporteure mit einem Anteil von 1,6% im Falle der ASEAN-Länder und von 0,8% bei

Taiwan von untergeordneter Bedeutung. Die Ausfuhren in die beiden wirtschaftlich wichtigsten Länder Ostasiens entwickelten sich besser. Bei den Exporten nach Japan war die Trendwende im zweiten Quartal 1999 stärker zu spüren. Deutschlands Warenlieferungen dorthin erreichten im ersten Halbjahr 1999 mit 9,6 Mrd. DM einen Wert, der um 5,1% über dem Vorjahresniveau lag, obwohl sie im ersten Quartal den Vorjahreswert noch um 0,5% unterschritten hatten. Der Exportmarkt China gewinnt weiter an Bedeutung. Hier ergaben sich ungebremst hohe Zuwachsraten (+ 16,1% auf 6,4 Mrd. DM).

Die Einfuhren aus Asien gingen im ersten Halbjahr 1999 binnen Jahresfrist leicht zurück (-1,0%). Insbesondere die Importe aus den ASEAN-Ländern erreichten nicht den Wert des Vorjahres (-9,3% auf 10,4 Mrd. DM). Mit 20,4 Mrd. DM gingen auch die Einfuhren aus Japan zurück. Höher als im Vorjahr waren hingegen die Importe aus China. Sie erreichten 11,6 Mrd. DM.

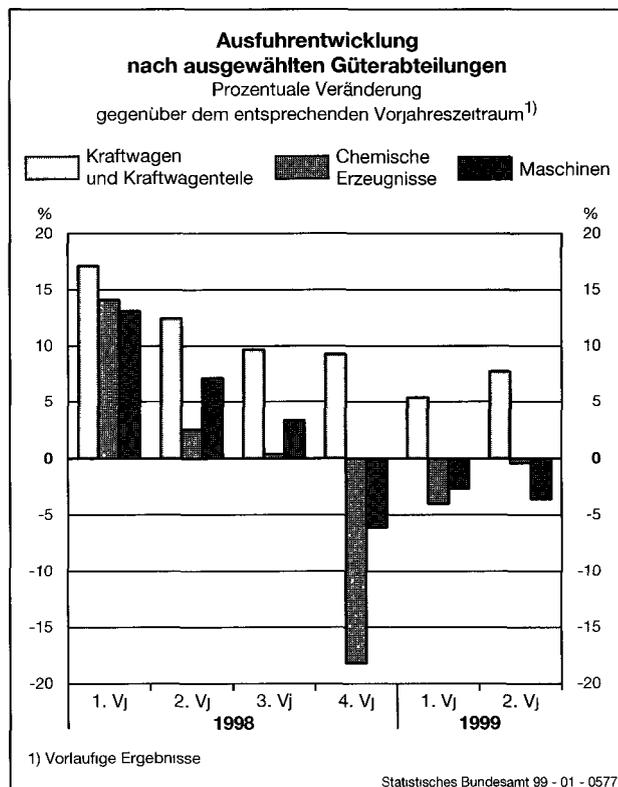
Insgesamt vergrößerte sich im ersten Halbjahr 1999 das bereits zuvor hohe Handelsbilanzdefizit im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Asien gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 nochmals leicht und erreichte einen Wert von 14,1 Mrd. DM.

Der Außenhandel nach Warengruppen¹⁰⁾

Deutschlands Exporte werden von wenigen Warengruppen dominiert. Die drei mit Abstand wichtigsten Güter-

¹⁰⁾ Im Gegensatz zu den Insgesamt-Ergebnissen sind die Ergebnisse auf Warenebene für 1998 und das erste Halbjahr 1999 noch nicht revidiert worden. Daher können Handelsanteile von Warengruppen nicht aus dem revidierten Gesamtergebnis errechnet werden.

Schaubild 4



⁸⁾ Ohne Mexiko

⁹⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen

Tabelle 2 Außenhandel nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1995)¹⁾

Warenbenennung	Ausfuhr					Einfuhr				
	1 Hj 1998	2 Hj 1998	1 Hj 1999	Veränderung 1 Hj 1999 gegenüber 1 Hj 1998	Anteil im 1 Hj 1999 an insgesamt	1 Hj 1998	2 Hj 1998	1 Hj 1999	Veränderung 1 Hj 1999 gegenüber 1 Hj 1998	Anteil im 1 Hj 1999 an insgesamt
	Mill DM			%		Mill DM			%	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd	3474	2911	3094	- 10,9	0,7	15 596	13 693	13 613	- 12,7	3,3
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	370	281	405	+ 9,4	0,1	442	378	468	+ 6,0	0,1
Fische und Fischereierzeugnisse	135	97	142	+ 5,3	0,0	435	445	458	+ 5,3	0,1
Kohle und Torf	224	214	231	+ 3,3	0,0	835	902	862	+ 3,3	0,2
Erdöl und Erdgas	1574	1270	1 080	- 31,4	0,2	16 261	14 097	13 571	- 16,5	3,3
Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erze	41	31	39	- 4,9	0,0	2 127	1 985	1 799	- 15,4	0,4
Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	742	722	704	- 5,1	0,1	1 013	1 037	927	- 8,5	0,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	19 118	18 136	16 758	- 12,3	3,5	22 612	22 473	20 880	- 7,7	5,1
Tabakerzeugnisse	1 248	1 382	1 346	+ 7,8	0,3	527	714	580	+ 10,0	0,1
Textilien	11 200	10 750	10 177	- 9,1	2,2	11 851	12 542	10 953	- 7,6	2,7
Bekleidung	5 966	6 261	5 892	- 1,2	1,2	15 848	16 630	15 302	- 3,4	3,7
Leder und Lederwaren	2 317	2 212	2 259	- 2,5	0,5	5 602	5 346	5 554	- 0,9	1,4
Holz- und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel)	2 606	2 628	2 611	+ 0,1	0,6	4 858	4 548	4 543	- 6,5	1,1
Papier	10 384	10 112	9 991	- 3,8	2,1	9 148	9 172	8 847	- 3,3	2,2
Verlags- und Druckerzeugnisse	3 539	3 799	3 536	- 0,1	0,7	2 254	2 407	2 514	+ 11,5	0,6
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	2 704	2 806	2 728	+ 0,9	0,6	6 446	5 576	5 218	- 19,1	1,3
Chemische Erzeugnisse	62 463	58 308	61 070	- 2,2	12,9	37 367	35 966	37 675	+ 0,8	9,2
Gummi- und Kunststoffwaren	15 436	15 369	15 058	- 2,4	3,2	10 729	10 567	10 764	+ 0,3	2,6
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	6 816	6 743	6 657	- 2,3	1,4	5 977	6 052	5 658	- 5,3	1,4
Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse	25 696	22 670	20 756	- 19,2	4,4	24 100	22 251	19 561	- 18,8	4,8
Metallerzeugnisse	14 520	14 757	14 262	- 1,8	3,0	9 928	9 869	9 916	- 0,1	2,4
Maschinen	73 294	74 615	70 983	- 3,2	15,0	28 686	28 885	29 660	+ 3,4	7,2
Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	11 978	12 497	11 668	- 2,6	2,5	19 851	22 953	23 035	+ 16,0	5,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.	24 481	24 062	23 784	- 2,8	5,0	16 610	16 575	16 597	- 0,1	4,0
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	17 639	20 118	19 244	+ 9,1	4,1	19 749	20 758	20 925	+ 6,0	5,1
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse, Uhren	17 221	17 827	17 888	+ 3,9	3,8	11 252	11 488	11 219	- 0,6	2,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile	83 656	84 565	89 189	+ 6,6	18,9	39 970	40 801	44 097	+ 10,3	10,8
Sonstige Fahrzeuge	15 179	15 763	17 735	+ 16,8	3,7	14 983	13 744	18 192	+ 21,4	4,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	7 949	8 423	8 035	+ 1,1	1,7	10 723	11 199	10 704	- 0,2	2,6
Energie	624	421	470	- 24,7	0,1	525	528	507	- 3,4	0,1
Sonstige Waren ²⁾	35 711	32 071	35 280	- 1,2	7,5	43 970	40 133	45 241	+ 2,9	11,0

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse – ²⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten, sowie nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen

abteilungen¹¹⁾ sind Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen sowie Chemische Erzeugnisse. Im ersten Halbjahr 1999 erwiesen sich vor allem Kraftwagen und Kraftwagenteile als Stütze der deutschen Exportwirtschaft. Ihre Ausfuhr stieg gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6,6% auf 89,2 Mrd. DM (siehe Tabelle 2). Die Ausfuhr von Kraftwagen erreichten damit einen Anteil von 18,9% an der gesamten deutschen Ausfuhr. Die Exporte von Maschinen und Chemischen Erzeugnissen entwickelten sich weniger gut. Die grenzüberschreitenden Lieferungen von Chemischen Erzeugnissen lagen mit einem Wert von 61,1 Mrd. DM um 2,2% unter dem im ersten Halbjahr 1998 erzielten Ergebnis. Die Maschinenexporte unterschritten mit einem Wert von 71,0 Mrd. DM das Vorjahresergebnis um 3,2%.

Die Wachstumsschwäche, die sich im Laufe des Jahres 1998 bemerkbar machte, wirkte sich in den einzelnen Güterabteilungen sehr unterschiedlich aus (siehe Schaubild 4). Während sich bei den Kraftwagen und Kraftwagen-

teilen lediglich das Wachstum verlangsamte, fielen die Exporte von Chemischen Erzeugnissen und Maschinen im vierten Quartal 1998 unter ihren entsprechenden Vorjahreswert. Insbesondere bei den Chemischen Erzeugnissen war dieser Rückgang besonders ausgeprägt. Während sich hier jedoch im ersten Halbjahr 1999 wieder deutliche Aufwärtstendenzen zeigten und der Rückgang fast wieder wettgemacht werden konnte – im zweiten Quartal 1999 lag der Ausfuhrwert nur noch um 0,4% unter dem Wert des Vorjahresquartals –, gelang dies bei den Maschinenexporten nicht. Hier waren die Ausfuhrergebnisse auch im zweiten Quartal 1999 noch um 3,6% niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal.

Auf der Einfuhrseite haben die drei wichtigsten Güterabteilungen einen deutlich geringeren Anteil. Bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen betrug er im ersten Halbjahr 1999 mit einem Wert von 44,1 Mrd. DM 10,8%, bei Chemischen Erzeugnissen mit 37,7 Mrd. DM 9,2% und bei Maschinen mit 29,7 Mrd. DM 7,2%. In allen drei Bereichen wurden wertmäßig mehr Waren eingeführt als im ersten Halbjahr 1998, wobei der Zuwachs auch einseitig bei den Kraftwagen (+ 10,3%) am größten war.

¹¹⁾ Nach der Gliederung des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95)

Einen noch größeren Zuwachs gab es bei den Einfuhren von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. Zu dieser Güterabteilung gehören insbesondere Computer und deren Peripheriegeräte. Die Einfuhren stiegen hier im ersten Halbjahr 1999 binnen Jahresfrist um 16,0% auf 23,0 Mrd. DM. Die Ausfuhr dieser Güter war im gleichen Zeitraum um 2,6% auf einen Wert von nur 11,7 Mrd. DM zurückgegangen.

Erhebliche Zuwächse gab es im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Luft-, Raum-, Wasser- und Schienenfahrzeugen bzw. deren Teilen. Der grenzüberschreitende Warenverkehr dieser in der Güterabteilung „Sonstige Fahrzeuge“ zusammengefaßten Waren nahm ausfuhrseitig um 16,8% zu und erreichte einen Wert von 17,7 Mrd. DM. Einfuhrseitig stieg er sogar um 21,4% auf einen Wert von 18,2 Mrd. DM. Bereits 1998 hatten die Sonstigen Fahrzeuge mit ausfuhrseitig +24,5% und einfuhrseitig +33,6% die höchsten Zuwachsraten aller Güterabteilungen erzielt.

Im grenzüberschreitenden Warenhandel mit den drei wichtigsten Güterabteilungen erwirtschaftet Deutschland hohe Ausfuhrüberschüsse. Bei Kraftwagen und Kraftwagen teilen betrug dieser Überschuß im ersten Halbjahr 1999 45,1 Mrd. DM, bei Chemischen Erzeugnissen 23,4 Mrd. DM und bei Maschinen 41,3 Mrd. DM.

Ausblick

Die Wachstumsschwäche im deutschen Außenhandel scheint vorübergehender Natur gewesen zu sein. Dies lassen zumindest die Entwicklungen in den letzten Monaten sowie Frühindikatoren und Prognosen erwarten. So sieht beispielsweise die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom September 1999 günstige Rahmenbedingungen für neuerliche Impulse aus den Staaten Ost- und Südostasiens für das Auslandsgeschäft der Industriestaaten. Darüber hinaus dürften sich laut Deutscher Bundesbank auch die absehbaren Entwicklungstendenzen in den Industrieländern selbst stabilisierend auf die außenwirtschaftliche Lage auswirken. Auch das ifo-Institut sieht in seiner jüngsten Konjunkturprognose positive Anzeichen für eine Exportbelebung. Die im Rahmen des ifo-Konjunkturtests ermittelten Exporterwartungen seien deutlich aufwärts gerichtet, und auch die Auftrags-eingänge aus dem Ausland nähmen tendenziell wieder zu. Auch der vom ifo-Institut berechnete Exportklimaindex, der neben der Stimmung von Unternehmen und Verbrauchern in den wichtigsten Exportmärkten auch die Wechselkursentwicklung enthält, zeigt nach oben.

Auf der Importseite dürfte der gestiegene Rohölpreis, nach der selbst auferlegten Förderbeschränkung der OPEC-Länder, der sich weitere Förderländer angeschlossen haben, zu einer wertmäßigen Steigerung der Importe beitragen. In den Zahlen für das erste Halbjahr 1999 ist dieser Effekt noch nicht deutlich zu erkennen, da der Preisauftrieb erst im zweiten Quartal 1999 von einem sehr niedrigen Niveau aus einsetzte. Im ersten Quartal hatte der Rohölpreis noch weit unter seinem Vorjahresniveau gelegen, was dazu führte, daß der Wert der Erdöl- und Erdgasimporte um 25,5% unter seinem Vorjahresniveau blieb.

Im zweiten Quartal war dieser Importwert bereits nur noch 6,7% niedriger als im Vorjahr. Sollte die Förderdisziplin weiter Bestand haben, dann ist bereits im dritten Quartal mit einem Überschreiten des Vorjahreswertes zu rechnen.

Dipl.-Volkswirt Sebastian Koufen

Wohngeld in Deutschland 1997

Ergebnisse der Wohngeldstatistik

1 Aufgabe und Ausgestaltung der Wohngeldförderung

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuß zu den Wohnkosten. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder Belastung für angemessen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushalts überfordert.

Bei der Wohngeldgewährung ist grundsätzlich zwischen dem spitz berechneten und dem pauschalierten Wohngeld zu unterscheiden. Beim spitz berechneten Wohngeld handelt es sich um die herkömmliche Form der Wohngeldgewährung, es wird entweder als Mietzuschuß für Mieter oder als Lastenzuschuß für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschufähigen Miete bzw. Belastung und ergibt sich im Einzelfall letztendlich aus den Wohngeldtabellen. Deshalb bezeichnet man das spitz berechnete Wohngeld auch als „Tabellenwohngeld“.

Beim pauschalierten Wohngeld handelt es sich um ein vereinfachtes Wohngeldverfahren für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge. Unter bestimmten Voraussetzungen wird diesen Mietern das Wohngeld zusammen mit der Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge, auf die es angerechnet wird, als Pauschale gewährt. Die Höhe dieser Pauschale bestimmt sich nach landesspezifischen Prozentsätzen der anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft.¹⁾ Das pauschalierte Wohngeld wird im übrigen nur Mietern gewährt und entspricht insofern dem Mietzuschuß beim Tabellenwohngeld. Haus- und Wohnungseigentümer sowie Heimbewohner haben grundsätzlich keinen Anspruch auf pauschaliertes Wohngeld; sie können jedoch spitz berechnetes Wohngeld beantragen. Der gleichzeitige Bezug von spitz berechnetem und pauschaliertem Wohngeld ist ausgeschlossen. Durch die Wohngeldpauschalierung soll in erster Linie der Verwaltungsaufwand gesenkt werden, für den einzelnen Hilfeempfänger ändert sich der Umfang der sozialen Leistungen dadurch nicht.

Die Einführung des pauschalierten Wohngeldes führte seinerzeit zu einer Zweiteilung des statistischen Berichtssystems. Seitdem ist eine geschlossene Gesamtdarstellung der Wohngelddaten nur für die Teilbereiche möglich, in denen sich die Erhebungsmerkmale bei der pauscha-

lierten und der spitz berechneten Wohngeldgewährung decken.²⁾

Im früheren Bundesgebiet gibt es das Wohngeld seit 1965. Seitdem ist es im Rahmen von Wohngeldnovellen periodisch, zuletzt 1990, an die Miet- und Einkommensentwicklung angepaßt worden. In den neuen Ländern wurde das Wohngeld 1991 eingeführt. Zur sozialen Flankierung der Mietenerleichterung an das in Deutschland gültige Vergleichsmietensystem gab es für die neuen Länder von 1991 bis Ende 1996 wohngeldrechtliche Sondervorschriften.³⁾ Durch das Wohngeldsondergesetz, das in den neuen Ländern und Berlin-Ost am 1. Oktober 1991 zeitlich parallel zum ersten Schritt der Mietreform in Kraft getreten ist, wurden seinerzeit die Wohngeldverfahren vereinfacht und die Wohngeldleistungen verbessert. Insbesondere wurden im Vergleich zum früheren Bundesgebiet weniger Einkommensarten berücksichtigt und dadurch höhere Wohngeldansprüche erworben. Ferner wurden relativ großzügige Höchstbeträge für die berücksichtigungsfähigen Wohnkosten festgesetzt und schließlich – anders als im früheren Bundesgebiet – bei der Bemessung des Wohngeldes Übergangsweise auch die Heizungs- und Warmwasserkosten berücksichtigt. Nach dem Auslaufen des Wohngeldsondergesetzes zum 31. Dezember 1996 gilt das Wohngeldgesetz nun seit dem 1. Januar 1997 einheitlich im gesamten Bundesgebiet.⁴⁾ Allerdings sind in den neuen Ländern noch bis Ende 1998 einzelne befristete Sonderregelungen in Kraft, die bewirken, daß Wohngeldempfänger dort ein höheres Wohngeld erhalten als Empfänger mit gleichen Einkommen und Wohnkosten im früheren Bundesgebiet.⁵⁾

Trotz dieser immer noch geltenden Sonderregelungen können für das Jahr 1997 erstmalig gesamtdeutsche Ergebnisse der Wohngeldstatistik geliefert werden.

2 Ergebnisse der Wohngeldstatistik für Deutschland 1997

Zahl der Wohngeldempfänger und -empfängerinnen

Am 31. Dezember 1997 bezogen knapp 2,9 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 7,6% aller Privathaushalte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Empfängerhaushalte um 5,2% gestiegen. Im früheren Bundesgebiet erhielten zum Jahresende 1997 über 2,1 Mill. Haushalte Wohngeld, das waren 7,0% der privaten Haushalte. Seit Jahresende 1993 hat dort die Zahl der Empfängerhaushalte stetig zugenommen. Ende 1997 betrug die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr 2,4%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost bezogen Ende 1997 insgesamt 720 000 Haushalte Wohngeld, dies war ein Zuwachs von

²⁾ Siehe hierzu Seewald, H. „Wohngeld im früheren Bundesgebiet 1991“ in WiSta 1/1994, S. 30 ff.

³⁾ Siehe hierzu Seewald, H. „Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1996“ in WiSta 1/1998, S. 40 ff.

⁴⁾ Die Anpassung erfolgte durch das Wohngeldüberleitungsgesetz vom 21. November 1996.

⁵⁾ Insbesondere sind hier die vergleichsweise hohen Miet-Hochstbeträge in den neuen Ländern zu nennen. Siehe hierzu „Wohngeld- und Mietenbericht 1997“, S. 42 f.

¹⁾ Diese Prozentsätze bewegen sich im früheren Bundesgebiet in einer Größenordnung von 41 bis 53%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug die Pauschale anfangs 60%, seit 1. Januar 1997 47% der anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft.

Tabelle 1 Empfängerhaushalte von Wohngeld am Jahresende und jährliche Wohngeldausgaben

Jahr	Empfänger am Jahresende			Jährliche Wohngeldausgaben ¹⁾		
	insgesamt	Tabellenwohngeld	pauschalier-tes Wohngeld	insgesamt	Tabellenwohngeld	pauschalier-tes Wohngeld
	Anzahl			Mill. DM		
Früheres Bundesgebiet						
1991 ²⁾	1 757 293	1 285 282	472 011	3 806,1	–	–
1992	1 846 989	1 127 043	719 946	3 807,3	2 155,7	1 651,7
1993	1 843 677	1 025 619	818 058	3 836,3	1 802,6	2 033,7
1994	1 902 176	979 555	922 621	4 078,5	1 746,3	2 332,3
1995	1 938 066	941 763	996 303	4 474,7	1 721,4	2 753,3
1996	2 091 016	954 433	1 136 583	4 831,3	1 791,7	3 039,6
1997	2 141 486	976 357	1 165 129	5 301,5	1 951,0	3 350,5
Neue Länder und Berlin-Ost ³⁾						
1991 ²⁾	1 783 608	1 737 579	46 029	744,0	–	–
1992	2 002 783	1 951 002	51 781	3 067,0	–	–
1993	1 368 752	1 314 845	53 907	2 647,5	–	–
1994	842 081	775 633	66 448	1 698,5	–	–
1995	656 787	581 554	75 233	1 270,7	–	–
1996	627 878	540 358	87 520	1 284,0	–	–
1997	719 590	606 056	113 534	1 402,3	–	–
Deutschland						
1991 ²⁾	3 540 901	3 022 861	518 040	4 550,1	–	–
1992	3 849 772	3 078 045	771 727	6 874,3	–	–
1993	3 212 429	2 340 464	871 965	6 483,8	–	–
1994	2 744 257	1 755 188	989 069	5 777,0	–	–
1995	2 594 853	1 523 317	1 071 536	5 745,4	–	–
1996	2 718 894	1 494 791	1 224 103	6 115,3	–	–
1997	2 861 076	1 582 413	1 278 663	6 703,8	–	–

¹⁾ Neue Länder und Berlin-Ost (1992 bis 1996) Quelle: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – ²⁾ Im Berichtsjahr 1991 ist eine Aufteilung der gezahlten Beträge in pauschaliertes Wohngeld und Tabellenwohngeld aus programmtechnischen Gründen nicht möglich – ³⁾ Aufteilung der Wohngeldausgaben für das pauschalierte Wohngeld und das Tabellenwohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht möglich

14,6% gegenüber dem Vorjahr. Außerdem kehrte sich damit erstmals die von 1993 bis 1996 rückläufige Entwicklung bei der Zahl der Empfängerhaushalte um. Der Rückgang in den Vorjahren war darauf zurückzuführen, daß beim Tabellenwohngeld eine größere Zahl von Wohngeldempfängern infolge von Einkommenserhöhungen die gesetzlich dafür vorgesehenen Höchstbeträge sukzessive überschritten hatte und deshalb aus der Wohngeldförderung herausfiel.

Eine differenzierte Betrachtung der beiden eingangs genannten Wohngeldarten zeigt, daß sich in Deutschland im Vergleich zu 1996 sowohl die Zahl der Empfänger von Tabellenwohngeld (+5,9%) als auch die Zahl der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld (+4,5%) erhöht haben. Die Steigerung beim pauschalierten Wohngeld dürfte im wesentlichen auf die generell gestiegene Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen zurückzuführen sein.⁶⁾ Im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der Empfänger von Tabellenwohngeld von 1996 auf 1997 (+2,3%) in etwa gleich stark wie die Zahl der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld (+2,5%). Vergleichsweise hoch waren die Steigerungsraten in den neuen Ländern (+29,7% bei den Empfängern von pauschaliertem Wohngeld, +12,2% bei den Empfängern von Tabellenwohngeld)

Zum Jahresende 1997 gab es in Deutschland mehr Bezieher von Tabellenwohngeld als Empfänger von pauschaliertem Wohngeld. Dies war auch schon in den Vorjahren der Fall, wobei sich die Empfängerzahlen beider Wohngeldarten zunehmend annäherten. Während im Jahr 1991

der Anteil der Haushalte mit Tabellenwohngeld noch 85,4% betrug, war dieser Anteil 1997 mit 55,3% nur noch geringfügig höher als der Anteil der Haushalte mit pauschaliertem Wohngeld (44,7%) Im früheren Bundesgebiet ist schon seit 1995 ein Übergewicht der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld festzustellen, zum Jahresende 1997 betrug dieser Anteil 54,4% im Vergleich zu 45,6% für die Empfänger von Tabellenwohngeld In den neuen Ländern bezogen die Wohngeldempfänger wie auch in den Vorjahren größtenteils Tabellenwohngeld (84,2%), pauschaliertes Wohngeld erhielten hier 15,8% der Leistungsempfänger

Wohngeldausgaben

Stärker als die Bezieherzahl stiegen die Ausgaben für das Wohngeld in Deutschland (+9,6%) Für das Berichtsjahr 1997 beliefen sie sich auf 6,7 Mrd. DM. Die höhere Steigerungsrate bei den Ausgaben ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Zunahme der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld kassenmäßig relativ stärker zu Buche schlägt als die Zunahme der Empfänger von Tabellenwohngeld, da neu hinzugekommene Fälle beim pauschalierten Wohngeld in der Regel ein höheres Wohngeld beziehen als die Neuzugänge beim Tabellenwohngeld. Im früheren Bundesgebiet stiegen die Ausgaben für Wohngeld auf 5,3 Mrd. DM und damit etwas stärker (+9,7%) als in den neuen Ländern, wo sie sich auf 1,4 Mrd. DM erhöhten (+9,2%) Eine statistische Aufteilung der Wohngeldausgaben auf die unterschiedlichen Empfängergruppen war im Berichtsjahr nur für das frühere Bundesgebiet möglich: Dort wurden knapp 3,4 Mrd. DM für die Empfänger von pauschaliertem Wohngeld ausgegeben und nahezu 2,0 Mrd. DM für die Empfänger von Tabellenwohngeld.

2.1 Empfänger von Tabellenwohngeld

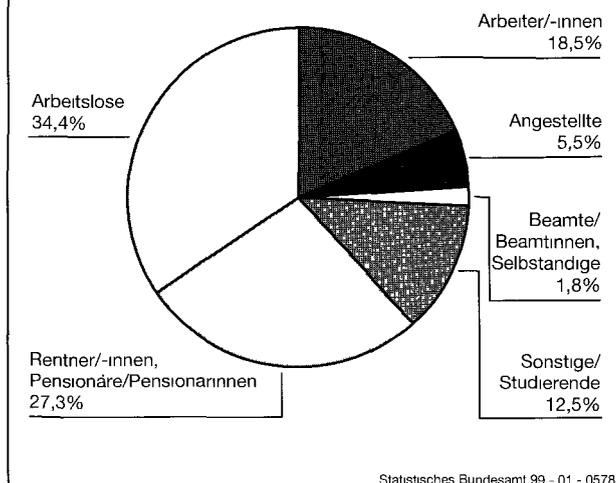
Personenkreis

Von den 1,58 Mill. Empfängerhaushalten von Tabellenwohngeld zum Jahresende 1997 bekamen 1,47 Mill. Haushalte einen Mietzuschuß und 0,11 Mill. Haushalte einen Lastenzuschuß. Das Wohngeld kommt also in erster Linie den Mietern zugute.

Der größte Teil der Empfänger, nämlich 34,4% der Fälle, war arbeitslos Im Jahr 1991 hatte der Anteil der Arbeitslosen an den Wohngeldbeziehern noch 13,1% betragen. In den neuen Ländern ist der Anteil der arbeitslosen Empfänger/-innen hoher (45,2%) als im früheren Bundesgebiet (27,7%) Aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig waren 39,8% der Empfänger; überwiegend handelte es sich hierbei um Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen sowie Studierende. Einer beruflichen Tätigkeit gingen 25,8% der Wohngeldempfänger nach. Die schon in den Vorjahren beobachtete Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der Wohngeldbezieher hat sich auch im Berichtsjahr 1997 fortgesetzt. Bei den Rentnern und Pensionären war ein Rückgang von 1,8% zu verzeichnen Gegenüber 1991 hat sich damit der Anteil dieser Empfängergruppen von 45,7 auf nunmehr 27,3% verringert. Ursächlich für das Herauswachsen aus der Wohngeld-

⁶⁾ So stieg von 1996 auf 1997 die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Deutschland um 7,6%

**Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld
am 31. Dezember 1997
nach sozialer Stellung des Antragstellers**



förderung war hier die schrittweise Anpassung der Renten in den neuen Ländern verbunden mit (im Vergleich zu den alten Ländern) relativ höheren Rentenansprüchen von Frauen. Zum Jahresende 1997 wurden in den neuen Ländern erstmals seit 1992 steigende Zahlen von Rentnern und Pensionären in der Wohngeldförderung verzeichnet

Das Tabellenwohngeld in Form eines Mietzuschusses wird zum größten Teil (66,2%) an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt. Bei den Lastenzuschußempfängern handelt es sich hingegen mehrheitlich (53,4%) um größere

Familien mit vier und mehr Personen. Insgesamt haben sich die Größenstrukturen der Haushalte mit Wohngeldbezug gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Gegenüber 1991 läßt sich eine leichte Verschiebung zugunsten größerer Haushalte erkennen: So ist der Anteil der Wohngeldempfängerhaushalte mit drei und mehr Personen an allen Wohngeldempfängerhaushalten von 1991 bis 1997 um knapp 6 Prozentpunkte von 30,2 auf 36% gestiegen.

Wohnsituation

Die Höhe des Tabellenwohngeldes hängt u.a. von der Größe der Wohnung und der Heizungsart ab. Insofern werden auch die entsprechenden Angaben hierüber statistisch erfaßt und können zur Beschreibung der Wohnsituation der Wohngeldempfänger herangezogen werden. Nahezu alle Bezieher von Tabellenwohngeld lebten in Wohnungen, die mit einer Sammelheizung ausgestattet waren (97,7%). Damit hat sich die in den Vorjahren zu beobachtende Verbesserung bei der Heizungsausstattung, insbesondere in den neuen Bundesländern, auch im Berichtsjahr fortgesetzt. So ist der Anteil dieser besser ausgestatteten Wohnungen in den neuen Ländern gegenüber 1996 um rund 16 Prozentpunkte gestiegen. 17,1% der wohngeldbeziehenden Mieterhaushalte in Deutschland hatten eine Wohnfläche von weniger als 40 m² zur Verfügung, über eine Fläche von 40 bis 80 m² verfügten 64,9% der Haushalte und über eine Fläche von mehr als 80 m² 18%. Auffallend war vor allem der im Vergleich zum Vorjahr größere Anteil kleiner Wohnungen – bis 40 m² – in den neuen Ländern; dieser Anteil stieg binnen Jahresfrist von 18,5 auf 20,6%. Die Wohnflächenversorgung variiert natürlich in erster Linie mit der Haushaltsgröße.

Tabelle 2 · Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 1997 nach Haushaltsgröße, Mietstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalte von Wohngeld insgesamt		Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld						Empfängerhaushalte von pauschalierem Wohngeld	
	1 000	%	zusammen		Mietzuschuß		Lastenzuschuß		1 000	%
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	2 861,1	100	1 582,4	100	1 469,6	100	112,8	100	1 278,7	100
nach der Haushaltsgröße										
Haushalte von Alleinstehenden	1 310,6	45,8	751,9	47,5	726,4	49,4	25,5	22,6	558,7	43,7
mit 2 Familienmitgliedern	574,0	20,1	260,5	16,5	246,2	16,8	14,3	12,7	313,5	24,5
mit 3 Familienmitgliedern	392,6	13,7	187,1	11,8	174,2	11,9	12,9	11,4	205,5	16,1
mit 4 Familienmitgliedern	327,9	11,5	209,9	13,3	182,3	12,4	27,6	24,5	118,0	9,2
mit 5 Familienmitgliedern	152,6	5,3	103,7	6,6	86,2	5,9	17,5	15,5	48,9	3,8
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	103,3	3,6	69,4	4,4	54,3	3,7	15,1	13,4	33,9	2,7
nach der Mietstufe der Gemeinde ¹⁾										
I (unter – 15)	219,8	7,7	125,3	7,9	106,0	7,2	19,3	17,1	94,5	7,4
II (– 15 bis unter – 5)	441,6	15,4	213,5	13,5	195,5	13,3	18,0	15,9	228,1	17,8
III (– 5 bis unter 5)	696,7	24,4	312,0	19,7	297,9	20,3	14,1	12,5	384,7	30,1
IV (5 bis unter 15)	484,5	16,9	212,5	13,4	206,4	14,0	6,0	5,4	272,1	21,3
V (15 bis unter 25)	236,4	8,3	88,9	5,6	87,1	5,9	1,7	1,5	147,5	11,5
VI (25 und mehr)	62,5	2,2	24,2	1,5	23,8	1,6	0,4	0,4	38,3	3,0
VII	719,6	25,2	606,1	38,3	552,8	37,6	53,2	47,2	113,5	8,9
nach der Wohnfläche										
von bis unter m ²										
unter 40	536,5	18,8	252,4	15,9	251,5	17,1	0,8	0,7	284,1	22,2
40 – 60	975,6	34,1	544,6	34,4	539,4	36,7	5,2	4,6	431,0	33,7
60 – 80	794,5	27,8	427,6	27,0	413,9	28,2	13,7	12,1	366,9	28,7
80 – 100	341,9	11,9	200,4	12,7	178,1	12,1	22,2	19,7	141,5	11,1
100 – 120	121,2	4,2	83,5	5,3	57,2	3,9	26,3	23,3	37,7	2,9
120 und mehr	91,5	3,2	74,0	4,7	29,4	2,0	44,6	39,6	17,5	1,4
nach der Ausstattung der Wohnung										
Kategorie A ²⁾	2 629,3	91,9	1 545,8	97,7	1 435,4	97,7	110,5	97,9	1 083,4	84,7
Kategorie B ³⁾	231,8	8,1	36,6	2,3	34,3	2,3	2,3	2,1	195,2	15,3

¹⁾ Die Angaben zu den Mietstufen I – VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietniveaus vom Bundesdurchschnitt in % für das frühere Bundesgebiet. Mietstufe VII nur neue Länder und Berlin-Ost. ²⁾ Beim Tabellenwohngeld mit Sammelheizung und/oder mit Bad (Duschraum), beim pauschalierem Wohngeld mit Sammelheizung. ³⁾ Beim Tabellenwohngeld ohne Sammelheizung und ohne Bad (Duschraum), beim pauschalierem Wohngeld ohne Sammelheizung.

Wohnkosten

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschufähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhausbeleuchtung u.ä. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten, weswegen hier zuweilen auch von der „Bruttokaltmiete“ gesprochen wird. Zur Belastung bei den Eigentümerhaushalten zählen der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung der Tabellenwohngeldempfänger belief sich im Dezember 1997 auf 9,50 DM je m² Wohnfläche. Im früheren Bundesgebiet stiegen die durchschnittlichen Wohnkosten je m² von 9,92 auf 10,15 DM, in den neuen Ländern von 7,70 auf 8,34 DM. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 2,3% im früheren Bundesgebiet und von 8,3% in den neuen Ländern.

Während die durchschnittliche Quadratmetermiete der Mietzuschußempfänger 9,73 DM je m² betrug, zahlten Lastenzuschußempfänger im Durchschnitt 7,89 DM je m². Für besser ausgestattete Wohnungen der Kategorie A (mit Sammelheizung und/oder mit Bad bzw. Duschaum) mußte deutlich mehr gezahlt werden als für Wohnungen der Kategorie B (ohne Sammelheizung und Bad). So zahlte ein Tabellenwohngeldempfänger im Durchschnitt für eine besser ausgestattete Wohnung 8,48 DM je m² und für eine Wohnung der Kategorie B 6,01 DM je m². Darüber hinaus verteuerten sich die Quadratmetermieten mit abnehmen-

der Wohnungsgröße. Am höchsten waren somit die Mieten in kleineren Wohnungen mit weniger als 40 m² Wohnfläche (11,56 DM je m²). Im Vergleich dazu zahlte ein Tabellenwohngeldempfänger für eine Wohnung mit mindestens 120 m² durchschnittlich 7,63 DM. Insgesamt hatte ein Empfänger von Tabellenwohngeld eine durchschnittliche Wohnkostenbelastung von 607 DM. Bei den Einpersonenhaushalten betrug die monatliche Wohnkostenbelastung 445 DM, bei den Zweipersonenhaushalten 585 DM. Im früheren Bundesgebiet zahlten Tabellenwohngeldempfänger an Miete bzw. Belastung durchschnittlich 671 DM im Vergleich zu 651 DM im Vorjahr. In den neuen Ländern beliefen sich die Wohnkosten auf 503 DM im Vergleich zu 478 DM zum Jahresende 1996.

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt.⁷⁾ Bei der Berechnung des Tabellenwohngeldes werden die Wohnkosten nur bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt, die von mehreren Faktoren abhängig sind. Neben der Haushaltsgröße sowie der Bezugfertigkeit und Ausstattung der Wohnung ist hierfür die Mietstufe der Gemeinde maßgebend. Im früheren Bundesgebiet werden sechs Mietstufen unterschieden. In den neuen Ländern wird bis zur erstmaligen Festlegung von gesamtdeutschen Mietstufen einheitlich die fiktive Mietstufe VII eingesetzt. Die zuschufähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen die Anmietung von angemessenem und familiengerechtem Wohnraum ermöglichen. Andererseits verhindern sie aber auch, daß darüber hinausgehende Kosten für besonders teure oder große

⁷⁾ Siehe hierzu Seewald, H. „Wohngeld im früheren Bundesgebiet 1995“ in WiSta 12/1997, S. 853f.

Tabelle 3 · Durchschnittliche monatliche Miete/Belastung und Überschreitungsquoten der Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 1997 nach Mietstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalte von Wohngeld insgesamt		Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld					Empfängerhaushalt von pauschalierter Wohngeld		
	durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	DM je m ²	zusammen		Mietzuschuß		Lastenzuschuß		durchschnittliche monatliche Miete	Überschreitungsquote der anerkannten Miete
			durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete/Belastung	durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete/Belastung	durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete/Belastung		
			%	DM je m ²	%	DM je m ²	%	DM je m ²	%	
Insgesamt	9,96	9,50	56,5	9,73	56,2	7,89	59,4	10,62	19,0	
nach der Mietstufe der Gemeinde ¹⁾										
I (unter - 15)	8,58	8,46	71,9	8,45	70,9	8,49	77,6	8,79	32,3	
II (- 15 bis unter - 5)	9,80	9,59	76,6	9,65	76,5	9,21	77,0	10,04	16,2	
III (- 5 bis unter 5)	10,31	10,20	74,5	10,21	74,4	10,10	75,7	10,41	20,1	
IV (5 bis unter 15)	11,29	11,15	72,0	11,15	71,9	11,00	73,9	11,41	17,3	
V (15 bis unter 25)	12,28	11,77	62,4	11,78	62,2	11,30	69,5	12,63	21,0	
VI (25 und mehr)	14,18	13,08	66,4	13,11	66,4	11,98	61,7	14,93	30,1	
VII	8,40	8,34	30,2	8,76	29,2	6,20	40,6	8,74	7,7	
nach der Wohnfläche										
von bis unter m ²										
unter 40	13,10	11,56	26,1	11,56	26,0	12,80	37,0	14,46	22,7	
40 - 60	10,13	9,76	56,0	9,76	56,1	9,27	38,9	10,61	15,7	
60 - 80	9,89	9,58	62,4	9,62	63,1	8,46	43,5	10,24	18,7	
80 - 100	9,71	9,51	69,8	9,66	72,0	8,32	52,5	9,99	21,4	
100 - 120	8,96	8,84	72,5	9,03	77,6	8,44	61,5	9,21	22,0	
120 und mehr	7,73	7,63	74,8	8,05	83,0	7,36	69,4	8,14	22,0	
nach der Ausstattung der Wohnung										
Kategorie A ²⁾	8,69	8,48	57,1	9,79	56,9	7,95	60,1	10,88	19,9	
Kategorie B ³⁾	7,07	6,01	28,1	6,35	28,0	4,18	29,5	9,10	13,9	

¹⁾ Die Angaben zu den Mietstufen I-VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in % für das frühere Bundesgebiet. Mietstufen VII nur neue Länder und Berlin-Ost. ²⁾ Beim Tabellenwohngeld mit Sammelheizung und/oder mit Bad (Duschaum), beim pauschalierter Wohngeld mit Sammelheizung. ³⁾ Beim Tabellenwohngeld ohne Sammelheizung und ohne Bad (Duschaum), beim pauschalierter Wohngeld ohne Sammelheizung.

Wohnungen zu entsprechend höheren Wohngeldleistungen führen. Mieterhöhungen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrleistungen, solange die zuschufähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempfängerhaushalt getragen werden. Bei einer allgemeinen Wohngeldanpassung, wie dies zuletzt im früheren Bundesgebiet im Jahr 1990 der Fall war, werden die Höchstbeträge für Miete und Belastung angehoben.

Im Dezember 1997 hatten 56,5% der Tabellenwohngeldempfänger in Deutschland eine Miete bzw. Belastung, die über den zuschufähigen Höchstbeträgen lag. Im früheren Bundesgebiet lag die Überschreitungsquote mit 72,7% um 2,2 Prozentpunkte höher als im Vorjahr (70,5%). Besonders hohe Überschreitungsquoten ergaben sich hier für die Lastenzuschußempfänger (76,2%) sowie für die Mietzuschußempfänger, die in Wohnungen mit einer Wohnfläche von mehr als 80 m² und in Gemeinden der Mietstufen II bzw. III wohnten. In den neuen Bundesländern war die Überschreitungsquote mit 30,2% zum Jahresende 1997 vergleichsweise niedrig.

Einkommensverhältnisse und Wohngeldanspruch

Die Höhe des Wohngeldes bemißt sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis der Wohnkosten zum Familieneinkommen. Das Familieneinkommen berechnet sich aus den gesamten Einnahmen des Haushalts, von denen bestimmte Einkommensbestandteile und Pauschalen sowie Freibeträge für besondere Personengruppen abgezogen werden.⁸⁾

Da im Rahmen der Wohngeldstatistik keine Angaben zum verfügbaren Einkommen erhoben werden, kann die Einkommenssituation der Wohngeldempfänger lediglich anhand des Familieneinkommens dargestellt werden, das der Wohngeldberechnung zugrunde liegt. Das Familieneinkommen ist in der Regel etwas niedriger als das verfügbare Einkommen. Das statistisch erfaßte durchschnittliche Familieneinkommen der Wohngeldempfänger lag zum Berichtszeitpunkt bei 1 316 DM. Im früheren Bun-

desgebiet belief es sich auf 1 432 DM und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (1 445 DM) um 0,9% gesunken. In den neuen Ländern betrug das Familieneinkommen 1 130 DM im Vergleich zu 1 300 DM im Vorjahr und ist damit um 13,1% gesunken. Die rückläufige Entwicklung beim Familieneinkommen ist im wesentlichen auf höhere Einkommensfreibeträge zurückzuführen. Insbesondere in den neuen Ländern wurden im Rahmen des zum 1. Januar 1997 in Kraft getretenen Wohngeldüberleitungsgesetzes großzügigere Einkommensfreibeträge gewährt und führten in der Konsequenz zu niedrigeren, bei der Wohngeldberechnung zu berücksichtigenden Familieneinkommen. Darüber hinaus ist auch der gestiegene Anteil von arbeitslosen Wohngeldempfängern Ursache für die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Familieneinkommen.

Die Einkommenshöhe ist stark von der Größe des Haushalts und von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes abhängig. So wurden in aller Regel die höchsten monatlichen Familieneinkommen von größeren Haushalten mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand erzielt.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Haushalt belief sich im Jahr 1997 auf 156 DM. An die Lastenzuschußempfänger, die in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen hatten, wurden im Durchschnitt deutlich höhere Beträge (177 DM) gezahlt als an die Empfänger von Mietzuschuß (155 DM). Im früheren Bundesgebiet stieg der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von 144 DM zum Jahresende 1996 auf 151 DM zum Jahresende 1997 (+4,9%). In den neuen Ländern ist der durchschnittliche Wohngeldanspruch um 3,1% gestiegen und lag im Dezember 1997 bei 165 DM nach 160 DM im Vorjahr. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch um so höher, je größer der Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zugrunde liegende Familieneinkommen ist.

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuß zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muß in jedem Fall vom Antragsteller selbst getragen werden. Im Mittel deckte das Wohngeld ein Drittel der berücksichtigungsfähigen Wohnkosten. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen Wohnkosten von 607 auf 450 DM. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betrugen demnach bei den Tabellenwohngeldempfängern die selbst zu tragenden Wohnkosten durchschnittlich 34,2% des Familieneinkommens.

⁸⁾ Nicht zu den Einnahmen zählen dabei insbesondere das Kinder- und Erziehungsgeld sowie die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Tabelle 4 : Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 1997 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt		Davon mit einem monatlichen Wohngeld von			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM
	1 000	%	unter 100	100 bis 300	bis unter 300 und mehr	
			% von Spalte 1			DM
Insgesamt	2 861,1	100	23,5	53,1	23,5	212
Tabellenwohngeld zusammen	1 582,4	55,3	38,1	50,7	11,2	156
Mietzuschuß	1 469,6	51,4	38,3	50,9	10,8	155
Lastenzuschuß	112,8	3,9	35,9	48,2	15,9	177
Pauschalisiertes Wohngeld	1 278,7	44,7	5,3	56,0	38,7	281
	nach der Haushaltsgröße					
Haushalte						
von Alleinstehenden	1 310,6	45,8	33,9	59,0	7,1	153
mit 2 Familienmitgliedern	574,0	20,1	17,2	56,5	26,3	225
mit 3 Familienmitgliedern	392,6	13,7	13,0	46,5	40,5	265
mit 4 Familienmitgliedern	327,9	11,5	14,8	43,8	41,4	270
mit 5 Familienmitgliedern	152,6	5,3	13,2	40,7	46,1	294
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	103,3	3,6	7,5	31,2	61,3	379

Tabelle 5 : Durchschnittliches monatliches Familieneinkommen und Wohnkostenbelastung der Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld am 31. Dezember 1997 nach der Haushaltsgröße

Nachgewiesene Haushalte	Durchschnittliche(s) monatliche(s)				
	Familieneinkommen	Wohnkostenbelastung		Gewährung des Wohngeldes	
		vor	nach	vor	nach
	DM		% von Spalte 1		
Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld insgesamt mit Familienmitgliedern	1 316	607	450	46,1	34,2
1	896	445	337	49,7	37,6
2	1 204	585	432	48,6	35,9
3	1 477	702	516	47,5	34,9
4	1 978	822	612	41,6	30,9
5	2 236	926	689	41,4	30,8
6 und mehr	2 481	1 052	723	42,4	29,1

2.2 Empfänger von pauschalierem Wohngeld

Zum Jahresende 1997 erhielten 1,3 Mill. Haushalte pauschalieretes Wohngeld. Der Anteil dieser Haushalte an allen Wohngeldempfangshaushalten ist in den neuen Ländern mit 15,8% weitaus niedriger als in den alten Bundesländern, wo der Anteil der pauschaliereten Fälle zum Jahresende 1997 bei 54,4% lag. Ausschlaggebend hierfür ist die generell niedrigere Quote der Sozialhilfebezieher in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Beim pauschaliereten Wohngeld handelte es sich bei 56,3% der Empfänger um Mehrpersonenhaushalte. Gegenüber dem Tabellenwohngeld (52,5%) wurde das pauschalierete Wohngeld somit vergleichsweise öfter von größeren Haushalten in Anspruch genommen.

Die durchschnittliche Quadratmetermiete der Bezieher von pauschalierem Wohngeld lag mit 10,62 DM je m² über den entsprechenden Werten, die sich sowohl für die Mietzuschußempfänger (9,73 DM je m²) als auch für die Lastenzuschußempfänger (7,89 DM je m²) beim Tabellenwohngeld ergaben. Dies liegt zum Teil daran, daß überproportional viele Bezieher von pauschalierem Wohngeld in den Hochpreisregionen der oberen Mietstufen (dies sind insbe-

sondere die Großstädte) leben. So wohnten die Empfänger von pauschalierem Wohngeld relativ häufiger (14,5%) in Gemeinden der beiden oberen Mietstufen V und VI, als dies bei den Beziehern von Mietzuschuß der Fall war (7,5%). Hinzu kommt, daß diese Empfängergruppe relativ häufig in kleineren Wohnungen lebt, für die ebenfalls relativ hohe Quadratmetermieten zu zahlen sind. So wohnten beispielsweise zum Berichtszeitpunkt knapp 22,2% der Empfängerhaushalte von pauschalierem Wohngeld in Wohnungen mit weniger als 40 m² Wohnfläche, während sich der entsprechende Anteil bei den Mietzuschußempfängern auf lediglich 17,1% belief.

Im Gegensatz zum Tabellenwohngeld gibt es beim pauschaliereten Wohngeld keine allgemein verbindlichen Obergrenzen für die anerkannte Miete. Gemäß den hier anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften sind die laufenden Kosten für die Unterkunft, soweit es sich um Wohnraum handelt, in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu berücksichtigen. Übersteigen die Unterkunftskosten einen der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang, so sind sie nur so lange anzuerkennen, wie es dem Hilfeempfänger nicht möglich oder zuzumuten ist, durch Wohnungswechsel oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken. Welche Unterkunftskosten angemessen sind, ist im Sozialhilferecht nicht näher erläutert. So ist es durchaus möglich, daß eine Miete auch dann angemessen ist, wenn die Höchstbeträge des Tabellenwohngeldes überschritten werden. So wurden im Dezember 1997 bei nur 19% der Empfängerhaushalte von pauschalierem Wohngeld die tatsächlichen Unterkunftskosten nicht in voller Höhe anerkannt, da diese unangemessen hoch waren. Die höchsten Überschreitungsquoten wurden bei den Empfängern festgestellt, die in Gemeinden der Mietstufe I und VI (32,3 bzw. 30,1%) wohnten.

Für die Bezieher von pauschalierem Wohngeld betrugen die monatlichen Wohngeldleistungen 281 DM. Im früheren Bundesgebiet erhöhten sie sich um 9 DM von durch-

Tabelle 6: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 1997

Land	Wohngeldempfangshaushalte		Im Jahr 1997 gezahlte Wohngeldbeträge ¹⁾		Durchschnittliche(s) monatliche(s)			
	insgesamt	Anteil an den Privathaushalten	insgesamt	je Einwohner	Miete/ Belastung je m ² Wohnfläche	Wohngeld insgesamt	davon	
							Tabellenwohngeld	pauschalieretes Wohngeld
	Anzahl	%	Mill. DM		DM			
Baden-Württemberg	219 425	4,6	532,0	51	10,47	211	157	267
Bayern	236 176	4,4	495,7	41	10,38	209	139	275
Berlin	196 885	10,9	454,4	133	10,07	207	143	267
Berlin-West	121 526	10,5	284,9	133	10,54	216	120	273
Berlin-Ost	75 359	11,6	169,5	132	9,28	193	165	246
Brandenburg	115 027	10,5	210,8	82	8,15	171	165	210
Bremen	52 858	15,3	122,7	182	10,76	236	142	284
Hamburg	85 276	9,3	273,3	160	12,06	261	144	333
Hessen	117 494	4,3	504,1	84	11,04	222	155	321
Mecklenburg-Vorpommern	99 680	13,0	184,0	102	8,65	171	166	209
Niedersachsen	289 000	8,2	721,6	92	9,84	234	158	291
Nordrhein-Westfalen	788 936	9,7	1 708,7	95	10,56	225	153	284
Rheinland-Pfalz	97 013	5,4	265,5	66	9,58	215	159	288
Saarland	37 136	7,2	98,3	91	9,74	230	151	300
Sachsen	209 947	10,2	401,2	89	8,42	170	163	222
Sachsen-Anhalt	124 914	10,5	240,6	89	8,20	173	164	200
Schleswig-Holstein	96 646	7,4	294,7	107	11,24	252	164	303
Thüringen	94 663	8,7	196,3	79	8,00	172	167	217
Deutschland	2 861 076	7,6	6 703,8	82	9,96	212	156	281
Nachrichtlich								
Früheres Bundesgebiet	2 141 486	7,0	5 301,5	79	10,48	225	151	287
Neue Länder und Berlin-Ost	719 590	10,5	1 402,3	91	8,40	173	165	219

¹⁾ Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen

schnittlich 278 DM auf 287 DM (+3,2%) In den neuen Ländern stieg das durchschnittliche pauschalierte Wohngeld um 7 DM von 212 auf 219 DM (+3,3%) Das absolut höhere Leistungsniveau beim pauschalierten Wohngeld – im Vergleich zum Tabellenwohngeld – ist auf die höheren tatsächlichen und die höheren anerkannten Wohnkosten dieser Empfängergruppe zurückzuführen.

2.3 Regionale Aspekte

Bei der Wohngeldförderung ist deutlich ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während – gemessen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte – im früheren Bundesgebiet 7% der privaten Haushalte zum Jahresende 1997 Wohngeld bezogen, sind dies in den neuen Ländern 10,5%. Im früheren Bundesgebiet gab es vor allem in den Nordländern und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempfänger. Die Spitzenposition nimmt Bremen mit einer Bezugsquote von 15,3% ein, es folgen: Berlin-West (10,5%), Nordrhein-Westfalen (9,7%), Hamburg (9,3%) und Niedersachsen (8,2%). In den neuen Ländern weist Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Wohngeldempfängern (13,0%) auf, es schließen sich an: Berlin-Ost (11,6%), Brandenburg und Sachsen-Anhalt (jeweils 10,5%), Sachsen (10,2%) und Thüringen (8,7%).

In den vorgenannten Ländern wurden auch im allgemeinen die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner festgestellt. Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich in Bremen für das Jahr 1997 auf 182 DM und waren damit mehr als viermal so hoch wie in Bayern (41 DM pro Einwohner), wo nur 4,4% der Haushalte Wohngeld erhielten. Die teuersten Quadratmetermieten mußten die Wohngeldempfänger in Hamburg bezahlen (12,06 DM je m²); sie hatten jedoch mit 261 DM je Haushalt (vor Schleswig-Holstein mit 252 DM) auch den höchsten monatlichen Wohngeldanspruch. Die niedrigsten Quadratmetermieten wurden mit 8 DM je m² in Thüringen festgestellt.

Dipl.-Volkswirtin Brigitta Redling

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 1999

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden
des öffentlichen Gesamthaushalts¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	1 Halbjahr 1999	1 Halbjahr 1998	Veränderung
	Mrd. DM		%
Bereinigte Ausgaben	904 994	890 867	+ 1,6
darunter			
Personalausgaben	169 414	166 988	+ 1,5
Laufender Sachaufwand	193 871	188 157	+ 3,0
Zinsausgaben	69 162	66 159	+ 4,5
Renten, Unterstützungen u. a.	319 613	316 324	+ 1,0
Baumaßnahmen	21 487	21 685	- 0,9
Erwerb von Sachvermögen	7 790	7 079	+ 10,0
Darlehensgewährungen	21 004	21 260	- 1,2
Bereinigte Einnahmen	848 025	835 475	+ 1,5
darunter			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	739 314	712 763	+ 3,7
Einnahmen aus wirtschaft- licher Tätigkeit	27 481	36 936	- 25,6
Gebühren u. a. Entgelte	23 688	25 112	- 5,7
Veräußerung von Beteiligungen	5 822	10 770	- 45,9
Finanzierungssaldo ²⁾	- 56 860	- 54 701	x
Nettokreditaufnahme	2 110	10 170	x
Schuldenaufnahme	173 252	179 292	- 3,4
Schuldentilgung	171 142	169 122	+ 1,2
Stand der Kreditmarktschulden am 30. Juni	2 249 158	2 192 025	+ 2,6

1) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen –
2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik geben einen aktuellen Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte (Ausgaben, Einnahmen und den Schuldenstand) und sind daher eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen. Zum Berichtskreis gehören der Bund und seine Sondervermögen, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Sozialversicherung sowie die Finanzanteile an der Europäischen Union. Als Sondervermögen des Bundes einbezogen sind der Lastenausgleichsfonds, das ERP-Sondervermögen, der Fonds „Deutsche Einheit“, der Erblastentilgungsfonds, der Entschädigungsfonds, der Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und das Bundeseisenbahnvermögen.

Entsprechend der neuen Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) gehören die Zusatzversorgungskassen im Öffentlichen Dienst (wie auch die vierteljährlich nicht berichtspflichtigen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) nicht mehr zu den öffentlichen Haushalten, sondern zum „Unternehmenssektor“. Die Ausgaben und Einnahmen dieser Kassen sind daher ab dem ersten Vierteljahr 1999 nicht mehr in den Daten der Sozialversicherung enthalten. Aus Vergleichbarkeitsgründen wurden sie auch aus den entsprechenden Ergebnissen des Vorjahres herausgerechnet.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts erhöhten sich im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,6% auf 905,0 Mrd. DM. Unter den großen Ausgabeblöcken nahmen die öffentlichen Ausgaben für Sozialleistungen um 1,0% auf 319,6 Mrd. DM und die Personalausgaben um 1,5% auf 169,4 Mrd. DM zu. Am kräftigsten stiegen die Zinsausgaben (+4,5% auf 69,2 Mrd. DM) und – insbesondere wegen der höheren Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung für Krankenhausbehandlung, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel (+4,7% auf 68,7 Mrd. DM) – die laufenden Sachausgaben (+3,0% auf 193,9 Mrd. DM). Leicht rückläufig (-0,9% auf 21,5 Mrd. DM) waren weiterhin die Bauausgaben.

An Einnahmen flossen den öffentlichen Haushalten mit 848,0 Mrd. DM 1,5% mehr zu als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Besonders stark erhöhten sich die Steuereinnahmen (+3,7% auf 739,3 Mrd. DM). Ursache hierfür waren u. a. die steuerliche Verteuerung des Energieverbrauchs zum 1. April 1999 sowie der Wegfall einiger Steuervergünstigungen (insbesondere im Rahmen der Förderungsmaßnahmen für die neuen Bundesländer).

Aus der Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen (einschl. interner Verrechnungen) ergibt sich in finanz-

statistischer Abgrenzung ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 56,9 Mrd. DM. Es fiel um gut 2 Mrd. DM höher aus als im ersten Halbjahr 1998. Zwar bauten die Gebietskörperschaften im Verlauf der ersten sechs Monate dieses Jahres ihre Defizite ab (der Bund um fast 9 Mrd. DM auf 43,1 Mrd. DM, die Länder um knapp 4 Mrd. DM auf 9,6 Mrd. DM und die Kommunen um 0,5 auf 1,0 Mrd. DM), diese günstige Entwicklung wurde jedoch durch den starken Rückgang des Finanzierungsüberschusses bei den Bundessondervermögen auf 8,9 Mrd. DM (u. a. wegen geringerer Bundeszuschüsse als Folge des gegenüber dem Vorjahr um knapp 8 Mrd. DM niedrigeren Bundesbankgewinns) und die Erhöhung des Defizits der Sozialversicherungshaushalte um 2 Mrd. DM auf 12,0 Mrd. DM überlagert. Zur Finanzierung des Defizits wurden neben Kreditmarktmitteln in Höhe von 2,1 Mrd. DM Rücklagen und vornehmlich Kassenkredite in Anspruch genommen.

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte betrug am 30. Juni 1999 2 249,2 Mrd. DM und war damit um 2,6% höher als am 30. Juni 1998. Beim Bund beliefen sich die Schulden zur Jahresmitte auf 974,8 Mrd. DM (+4,4%), bei den Ländern auf 618,8 Mrd. DM (+3,0%) und bei den Bundessondervermögen auf 491,6 Mrd. DM (+0,3%). Lediglich die Schulden der Gemeinden/Gv. waren infolge verstärkter Schuldentilgung und der Ausgliederung weiterer Einrichtungen aus den Budgets mit 163,9 gegenüber 166,7 Mrd. DM im ersten Halbjahr des Vorjahres (-1,7%) rückläufig.

Bund

Die Ausgabenpolitik des Bundes unterlag im ersten Halbjahr 1999 den restriktiven Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung, da das Haushaltsgesetz 1999 wegen der Regierungsumbildung erst am 21. Juni 1999 verkündet wurde. Die Gesamtausgaben des Bundes gingen dadurch

im Betrachtungszeitraum um 7,5 Mrd. DM auf 259,1 Mrd DM (-2,8%) zurück.

25,8 Mrd DM und damit 1,9% mehr als im ersten Halbjahr 1998 gab der Bund für die Löhne und Gehälter seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Beihilfen und Versorgungsbezüge aus. Die im Vorjahr noch leicht rückläufigen Ausgaben für die Bezüge der aktiven Bundesbediensteten stiegen im Berichtszeitraum um 1,4% auf 18,6 Mrd. DM. Deutlich stärker war der Anstieg bei den Ausgaben für Versorgungsempfänger (+3,9%) sowie bei den Beihilfen und Unterstützungen (+3,0%)

Bei den Ausgaben für den laufenden Sachaufwand war ein leichter Anstieg von 1,0% zu verzeichnen, wobei die Ausgaben für militärische Beschaffungen mit +3,5% auf 7,2 Mrd. DM überproportional zunahmen.

Für Zinsen mußte der Bund aufgrund seines auf 974,8 Mrd. DM gestiegenen Schuldenstandes erneut höhere Zahlungen an den Kreditmarkt leisten (+3,7% auf 29,0 Mrd. DM). Die Zinsausgabenquote stieg damit auf 11,2%.

Ursächlich für die Abnahme der laufenden Zuweisungen des Bundes an andere öffentliche Haushalte (-7,4% auf 119,8 Mrd. DM) war ein außerordentlich starker Rückgang von 43,5% auf 19,7 Mrd. DM bei den Schuldendiensthilfen. Insbesondere die Schuldendiensthilfen des Bundes an den Erblastentilgungsfonds fielen gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 fast um die Hälfte, zum einen, weil dem Erblastentilgungsfonds zur Begleichung seiner Zins- und Tilgungsverpflichtungen 8 Mrd. DM weniger an Bundesbankgewinn zufließen als 1998, zum anderen wurde im Betrachtungszeitraum der Bundeszuschuß an den Fonds auf 5,6 Mrd. DM abgesenkt.

Der Grund für den Rückgang der Schuldendiensthilfen an den Fonds „Deutsche Einheit“ um 18,4% auf 3,2 Mrd. DM liegt in der vorübergehenden Absenkung der jährlichen Zahlungen an Zinsen und Tilgungsraten auf 6,8% der aufgenommenen Kredite.

An die Träger der Sozialversicherung überwies der Bund im ersten Halbjahr 1999 mit 70,5 Mrd. DM deutlich mehr (+10,2%) als im Vorjahr. Durch die mit der Einführung der Ökosteuern finanzierte Erhöhung des Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung wurde die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge von 20,3% auf 19,5% ab dem 1. April 1999 ermöglicht. Bereits seit dem Vorjahr wird ein zusätzlicher Bundeszuschuß an die Rentenversicherung zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen gezahlt, der durch die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes zum 1. April 1998 auf 16% finanziert wird.

Die Ausgaben des Bundes für soziale Leistungen (Renten und Unterstützungen) gingen insgesamt im ersten Halbjahr 1999 um 2,7% auf 24,0 Mrd. DM zurück. Die Leistungen für Kriegsoferversorgung und -fürsorge sowie Wiedergutmachung verringerten sich um 7,2% auf 5,4 Mrd. DM. Aufgrund der leicht sinkenden Anzahl Langzeitarbeitsloser waren auch die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe leicht rückläufig (-0,4% auf 15,1 Mrd. DM). Verstärkte finanzielle Anstrengungen unternahm dagegen der Bund zur Förderung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, für die er im Berichtszeitraum 1,8 Mrd. DM ausgab (+21,7%)

Die Ausgaben des Bundes für Sachinvestitionen (Baumaßnahmen, Erwerb von Sachvermögen) erhöhten sich im ersten Halbjahr 1999 kräftig um 16,8% auf 4,6 Mrd. DM. Für

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte

Ausgaben/Einnahmen	Bund			Sondervermögen des Bundes ¹⁾ und EU-Anteile			Sozialversicherung			Länder ²⁾		
	1 Hj 1999	1 Hj 1998	Veränderung	1 Hj 1999	1 Hj 1998	Veränderung	1 Hj 1999	1 Hj 1998	Veränderung	1 Hj 1999	1 Hj 1998	Veränderung
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Bereinigte Ausgaben	259 068	266 524	- 2,8	49 930	54 362	- 8,2	410 769	399 615	+ 2,8	225 541	222 441	+ 1,4
darunter												
Personalausgaben	25 832	25 360	+ 1,9	7 163	7 306	- 2,0	10 716	10 278	+ 4,3	89 901	88 507	+ 1,6
Laufender Sachaufwand	17 165	16 999	+ 1,0	127	93	+ 36,6	130 812	126 747	+ 3,2	20 477	20 148	+ 1,6
Zinsausgaben	28 974	27 949	+ 3,7	13 572	12 653	+ 7,3	335	246	+ 36,2	21 417	20 347	+ 5,3
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	119 789	129 314	- 7,4	89	834	- 89,3	13 600	13 204	+ 3,0	48 309	47 472	+ 1,8
Renten, Unterstützungen u. a. Baumaßnahmen	24 023	24 690	- 2,7	178	202	- 11,9	261 431	256 905	+ 1,8	8 661	8 930	- 3,0
Erwerb von Sachvermögen	3 987	3 340	+ 19,4	0	-	-	199	253	- 21,3	3 530	3 608	- 2,2
Darlehensgewährungen	606	591	+ 2,5	3	2	+ 50,0	694	795	- 12,7	1 255	1 149	+ 9,2
Darlehensgewährungen	13 044	12 364	+ 5,5	5 695	6 335	- 10,1	43	106	- 59,4	1 893	1 990	- 4,9
Bereinigte Einnahmen	215 900	214 517	+ 0,6	58 812	76 552	- 23,2	398 695	388 893	+ 2,5	215 911	209 034	+ 3,3
darunter												
Steuern und steuerähnliche Abgaben	182 479	167 548	+ 8,9	20 200	24 175	- 16,4	334 444	330 168	+ 1,3	160 286	150 510	+ 6,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	16 908	25 804	- 34,5	16	18	- 11,1	18	17	+ 5,9	3 679	4 272	- 13,9
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	1 693	1 648	+ 2,7	26 416	41 643	- 36,6	73 329	67 312	+ 8,9	33 852	34 494	- 1,9
Veräußerung von Beteiligungen	4 050	7 973	- 49,2	29	53	- 45,3	1	8	- 87,5	1 103	2 132	- 48,3
Finanzierungssaldo ⁴⁾	- 43 135	- 51 964	x	+ 8 883	+ 22 190	x	- 12 011	- 10 036	x	- 9 620	- 13 452	x
Nettokreditaufnahme	17 270	26 426	x	- 11 778	- 25 140	x	-	-	-	- 2 526	8 506	x
Schuldenaufnahme	108 144	101 667	+ 6,4	27 967	22 215	+ 25,9	-	-	-	30 724	47 987	- 36,0
Schuldentilgung	90 874	75 241	+ 20,8	39 746	47 355	- 16,1	-	-	-	33 250	39 481	- 15,8
Stand der Kreditmarktschulden am 30. Juni	974 821	934 135	+ 4,4	491 588	490 108	+ 0,3	-	-	-	618 831	601 059	+ 3,0

¹⁾ Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Ausgleichsfonds „Steinkohle“ - ²⁾ Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen - ³⁾ Einschl. Schuldendiensthilfen - ⁴⁾ Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen

Baumaßnahmen, die u. a. im Zusammenhang mit der Verlagerung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin stehen, gab der Bund knapp 4 Mrd. DM aus. Die Zuwachsrate von 19,4% im ersten Halbjahr 1999 läßt jedoch keine Rückschlüsse auf das Jahresergebnis zu. Insgesamt hat der Bund für Baumaßnahmen im Jahr 1999 lediglich einen Ausgabenanstieg von 2,6% eingeplant.

Die Kasseneinnahmen des Bundes erreichten im ersten Halbjahr 1999 215,9 Mrd. DM und lagen damit nur wenig (+0,6%) über dem Vorjahresniveau. Der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen (einschließlich der steuerähnlichen Abgaben), die kräftig um 8,9% auf 182,5 Mrd. DM anstiegen, standen stark rückläufige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit sowie aus Privatisierungen und Beteiligungsveräußerungen gegenüber.

Bei den Gemeinschaftsteuern sind die Einnahmen aus dem Bundesanteil an der aufkommenstarken Lohnsteuer (48,4 Mrd. DM) im Betrachtungszeitraum trotz der steuerentlastenden Anhebung des Kindergeldes und weiterer gezielter steuerlicher Entlastungen (z.B. Anhebung des Grundfreibetrages und Absenkung des Eingangsteuersatzes zum 1. Januar 1999) gleich geblieben. Die veranlagte Einkommensteuer, die im Vorjahr wegen der Eigenheimzulage und aufgrund von Erstattungen ein negatives Vorzeichen aufwies, brachte dem Bund im ersten Halbjahr 1999 ein positives Ergebnis von 1,8 Mrd. DM. Auch das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer (10,9 Mrd. DM) legte aufgrund der günstigen Ertragslage der Unternehmen mit einem Einnahmeplus von 12,5% kräftig zu. Der Bundesanteil an der Umsatzsteuer stieg aufgrund der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. April 1998 ebenfalls deutlich um 17,1% auf 60,9 Mrd. DM. Das von der Entwicklung bei der Lohn- und Einkommensteuer abhängige Aufkommen beim Solidaritätszuschlag erbrachte dem Bund im ersten Halbjahr 1999 Einnahmen in Höhe von 10,4 Mrd. DM (+7,2%).

Das Aufkommen aus der Mineralölsteuer wurde im Betrachtungszeitraum vor allem durch die stärkere steuerliche Belastung des Energieverbrauchs (Ökosteuerreform) beeinflusst. Zum 1. April 1999 ist die Mineralölsteuer für Kraftstoffe um 6 Pfennig je Liter, für Heizöl um 4 Pfennig je Liter und für Gas um 0,32 Pfennig je Kilowattstunde angehoben worden. Die Einnahmen des Bundes aus der Mineralölsteuer erhöhten sich im Betrachtungszeitraum um +1,9% auf 24,8 Mrd. DM. Aus der Besteuerung des Stromverbrauchs mit 2 Pfennig je Kilowattstunde flossen dem Bund seit dem 1. April 1999 424 Mill. DM zu. Mit den Einnahmen aus der Ökosteuerreform wird die Absenkung des Rentenversicherungsbeitragsatzes finanziert.

Die Einnahmen des Bundes aus wirtschaftlicher Tätigkeit sind binnen Jahresfrist um mehr als ein Drittel gesunken, weil die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank um 8 Mrd. DM geringer ausfiel und nur noch 16,2 Mrd. DM an die Bundeskasse überwiesen wurden.

Aus Privatisierungen und Veräußerungen von Beteiligungen flossen dem Bund in den ersten sechs Monaten 1999 Einnahmen von 4,0 Mrd. DM zu, nur noch halb soviel wie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Der sich aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen unter Berücksichtigung interner Verrechnungen ergebende Finanzierungssaldo von 43,1 Mrd. DM fiel gegenüber dem Vorjahr um 8,8 Mrd. DM niedriger aus. Den verstärkten Anstrengungen des Bundes bei der Schuldentilgung, die sich im Berichtszeitraum auf 90,9 Mrd. DM erhöhte (+20,8%), stand eine Schuldenaufnahme von 108,1 Mrd. DM (+6,4%) gegenüber, so daß die Nettokreditaufnahme mit 17,3 Mrd. DM deutlich geringer ausfiel als im Vorjahr (26,4 Mrd. DM). Der verbleibende kassenmäßige Fehlbetrag von 25,8 Mrd. DM wurde zum größten Teil aus Kassenverstärkungskrediten und Kassenbeständen und zu einem geringen Teil aus Münzeinnahmen (235 Mill. DM) gedeckt.

Der Schuldenstand des Bundes erhöhte sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 4,4% auf 974,8 Mrd. DM.

Sondervermögen

Aufgrund des am 1. Juli 1999 in Kraft getretenen Schuldeneingliederungsgesetzes übernimmt der Bund rückwirkend zum Jahresbeginn die Zins- und Tilgungsverbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes.

Während die Einnahmen der Sondervermögen (einschl. EU-Anteile) im Vergleich zum Vorjahr um 23,2% auf 58,8 Mrd. DM zurückgingen, verringerten sich die Ausgaben lediglich um 8,2% auf 49,9 Mrd. DM. Der Finanzierungsüberschuß sank von 22,2 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1998 auf 8,9 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1999.

Die Schuldentilgung der Sondervermögen (insbesondere beim Erblastentilgungsfonds und beim Bundeseisenbahnvermögen) war mit 39,7 Mrd. DM um 16,1% niedriger als im ersten Halbjahr 1998, während sich die Schuldenaufnahme um mehr als ein Viertel auf knapp 28 Mrd. DM erhöhte. Die Entwicklung bei den Sondervermögen des Bundes im ersten Halbjahr 1999 wurde stark vom Erblastentilgungsfonds geprägt.

Sozialversicherung

Die Ausgaben der Sozialversicherung stiegen im ersten Halbjahr 1999 gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 2,8% auf 410,8 Mrd. DM und damit etwas stärker als die Einnahmen (+2,5% auf 398,7 Mrd. DM). Daraus ergibt sich ein Finanzierungsdefizit von 12,0 Mrd. DM, das um 2,0 Mrd. DM höher war als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Sozialversicherungssparten sehr unterschiedlich.

Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung sind um 2,4% auf 195,3 Mrd. DM gestiegen. Ursächlich hierfür sind vor allem die höhere Anzahl an Rentempfängerinnen und -empfängern sowie die Rentenanpassung zur Jahresmitte 1998. Die Einnahmen erhöhten sich stärker als die Ausgaben (+3,4% auf 192,4 Mrd. DM). Auf der Einnahmenseite wirkten sich einmal die o.g. Änderungen im Zusammenhang mit der Ökosteuerreform aus. Außerdem schlägt sich in den Ergebnissen nieder, daß die Renten-

versicherung seit dem 1. April 1998 einen zusätzlichen Bundeszuschuß erhält, der durch die Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes um einen Prozentpunkt finanziert wird. Der gesamte Bundeszuschuß an die Rentenversicherung hat sich im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10,7% auf 43,9 Mrd. DM erhöht. Die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung sind dagegen im ersten Halbjahr 1999 lediglich um 0,6% gestiegen. Aufgrund der insgesamt sehr positiven Entwicklung der Einnahmen ergab sich mit 3,0 Mrd. DM ein um 1,7 Mrd. DM geringeres Finanzierungsdefizit als im Vorjahreszeitraum.

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung überstiegen die Ausgaben mit 126,1 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 2,8%. Am stärksten erhöhten sich die Ausgaben für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken (+12,1%). Da die Einnahmen mit +1,9% auf 122,6 Mrd. DM einen geringeren Zuwachs als die Ausgaben aufwiesen, erhöhte sich das Finanzierungsdefizit der gesetzlichen Krankenkassen im ersten Halbjahr 1999 um 1,8 Mrd. DM auf 3,3 Mrd. DM.

Die Ausgaben der Pflegeversicherung sind im ersten Halbjahr 1999 um 2,1% auf 15,7 Mrd. DM gestiegen. Der Zuwachs der Einnahmen fiel mit +0,7% auf 15,4 Mrd. DM geringer aus. Für die Pflegeversicherung ergibt sich somit ein leicht negativer Finanzierungssaldo.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres mit 50,4 Mrd. DM 6,7% mehr ausgegeben als im Vorjahreszeitraum. Mehrleistungen ergaben sich für die berufliche Eingliederung (z. B. ABM), während die Ausgaben für Arbeitslosengeld rückläufig waren. Da die Einnahmen nur einen Anstieg um 4,6% auf 44,2 Mrd. DM verzeichneten, erhöhte sich die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben um 1,2 Mrd. DM auf 6,2 Mrd. DM.

Länder

Die Ausgaben der Länder lagen mit 225,5 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1999 um 1,4% über dem Vorjahresniveau. Die Entwicklung der Länderhaushalte in Ost und West verlief insgesamt gleichgerichtet, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität.

Die Personalausgaben, mit einem Anteil von fast 40% der Gesamtausgaben der bedeutendste Ausgabeposten in den Haushalten der Länder, sind im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,6% auf 89,9 Mrd. DM angestiegen. Die Ausgaben für das Personal im aktiven Dienst haben mit +1,4% schwächer zugenommen als die Ausgaben für die Versorgungsbezüge (+2,4%). Der Personalausgabenzuwachs in den alten Ländern um 1,5% resultierte hauptsächlich aus einem Anstieg der Versorgungsausgaben. Für die neuen Länder wurden um 2,0% höhere Personalausgaben nachgewiesen. Da es dort nur wenige Versorgungsempfänger gibt, ist der Zuwachs in erster Linie auf eine Erhöhung der Ausgaben für das Personal im aktiven Dienst zurückzuführen.

Der laufende Sachaufwand der Länder ist im Berichtszeitraum um 1,6% auf 20,5 Mrd. DM gestiegen. Der Aus-

gabenzuwachs war in den neuen Bundesländern mit 4,8% deutlich höher als in den alten Ländern (+1,0%).

Für Zinsen aus der Aufnahme von Kreditmarktmitteln gaben die Länder im ersten Halbjahr 1999 mit 21,4 Mrd. DM 5,3% mehr aus. Auch dieser Ausgabeposten nahm in den neuen Ländern mit 9,1% bedeutend stärker zu als in den alten Bundesländern (+4,7%).

Die laufenden Zahlungen der Länder an den öffentlichen Bereich (in erster Linie allgemeine Finanzzuweisungen und zweckgebundene Zuweisungen an Gemeinden/Gv. sowie Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8% auf 48,3 Mrd. DM. Insbesondere in den alten Bundesländern ergab sich eine deutliche Zunahme der Zahlungen für den Länderfinanzausgleich (+13,9%) sowie der allgemeinen Finanzzuweisungen an die Gemeinden/Gv. (+3,0%).

Die Ausgaben der Länder für Sachinvestitionen (Baumaßnahmen, Erwerb von Sachvermögen) erhöhten sich leicht (+0,6%) auf 4,8 Mrd. DM.

Die Einnahmen der Länder lagen im ersten Halbjahr 1999 mit 215,9 Mrd. DM um 3,3% über dem Vorjahresniveau. In den alten Bundesländern stiegen die Einnahmen um 3,2%, in den neuen Ländern um 4,2%.

Mit einer Zunahme von 6,5% erreichte das Steueraufkommen im Betrachtungszeitraum ein Volumen von 160,3 Mrd. DM, das waren 74,2% der Gesamteinnahmen. Insbesondere die Gemeinschaftsteuern brachten den Ländern deutliche Mehreinnahmen (+7,3%), während das Aufkommen der Landessteuern insgesamt nur unterdurchschnittlich um 1,5% stieg. Allerdings verlief die Einnahmenentwicklung bei den einzelnen Landessteuern sehr unterschiedlich. Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer sind im ersten Halbjahr 1999 kräftig angewachsen (zusammen um 20,2%). Demgegenüber verringerte sich das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer um 13,7%.

In den neuen Ländern sind die Haushalte mit 52,7% der Gesamteinnahmen immer noch zu einem geringeren Anteil über Steuern (einschl. steuerähnlicher Abgaben) finanziert als in den alten Ländern (76,7%). In den neuen Ländern haben dafür die Zuweisungen des Bundes für laufende Zwecke und für Investitionen eine wesentlich größere Bedeutung (zusammen 32,2% der Einnahmen).

Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen der Länder (einschl. interner Verrechnungen) ergibt sich in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 9,6 Mrd. DM, 3,8 Mrd. DM weniger als im Vorjahreszeitraum. In den alten Bundesländern reduzierte sich das Finanzierungsdefizit um 2,3 Mrd. DM auf 9,9 Mrd. DM. In den neuen Ländern ergab sich sogar ein leichter Finanzierungsüberschuß von 0,2 Mrd. DM, während im vergleichbaren Vorjahreszeitraum noch ein Defizit von 1,3 Mrd. DM bestand.

Die Schulden der Länder erreichten am Ende des ersten Halbjahres 1999 einen Stand von 618,8 Mrd. DM und waren damit um 3,0% höher als am 30. Juni des Vorjahres.

Kommunale Haushalte

Die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) setzten ihre Konsolidierungsbemühungen auch im ersten Halbjahr 1999 weiter fort. Sie gaben in den ersten sechs Monaten 1999 in Deutschland insgesamt 128,8 Mrd. DM aus, nur 0,5% mehr als im ersten Halbjahr 1998. Deutlich um 4,6% auf 25,3 Mrd. DM stieg der laufende Sachaufwand, während die Personalausgaben infolge weiterer Personaleinsparungen und mäßiger Tarifierhöhungen lediglich um 0,7% auf 35,8 Mrd. DM zunahmen. Niedriger als im Vorjahr fielen die Ausgaben für soziale Leistungen (-1,1% auf 25,3 Mrd. DM) und die Zinsausgaben am Kreditmarkt (-2,0% auf 4,9 Mrd. DM) aus.

Nach wie vor sparen die Kommunen, wenn auch mit deutlich verminderter Intensität, bei den - ökonomisch sehr bedeutsamen - Sachinvestitionen. Für Baumaßnahmen wurden dabei 4,9% weniger als im ersten Halbjahr 1998 ausgegeben. Die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen lagen allerdings in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 15,2% höher. Der Rückgang der investiven Ausgaben fiel in den neuen Ländern mit -9,8% noch weit stärker aus als im Bundesergebnis (-0,1%).

Die kommunalen Einnahmen erhöhten sich im Berichtszeitraum insgesamt um 0,9% auf 127,8 Mrd. DM. Bei den Steuern ergab sich dabei ein Zuwachs von 3,8% auf 41,9 Mrd. DM, besonders positiv bei der Grundsteuer (+4,4%) und der Gewerbesteuer (netto nach Abzug der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage: +3,9%).

Die Einnahmen aus laufenden Zuweisungen, vorwiegend vom Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und allgemeine Umlageeinnahmen der Gemeindeverbände, stiegen um 1,9% auf 65,1 Mrd. DM, wobei die für eine dispositive Haushaltsführung der Kommunen sehr wich-

tigen Schlüsselzuweisungen vom Land sogar um 3,8% auf 23,1 Mrd. DM zunahmen.

Die Gebühreneinnahmen der Gemeinden/Gv. lagen mit 16,0 Mrd. DM um 3,8% unter dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1998. Die Entwicklung ist allerdings wegen zahlreicher Ausgliederungen von Einrichtungen aus den Kommunalhaushalten unterzeichnet. Laut Umfrage des Deutschen Städtetages ist für 1999 tatsächlich von einem Gebührenwachstum von gut 1% auszugehen.

Die für die kommunalen Investitionen sehr wichtigen Zuweisungen des Landes für investive Zwecke lagen mit 5,2 Mrd. DM deutlich um 6,9% unter dem Niveau des Vorjahres.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen errechnet sich im ersten Halbjahr 1999 ein kommunales Finanzierungsdefizit von knapp 1,0 Mrd. DM, das sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mrd. DM verringert hat.

Zum Ausgleich des Defizits nahmen die Gemeinden/Gv. Rücklagenmittel und kurzfristige Kassenkredite in Anspruch. Der kommunale Schuldenstand reduzierte sich zur Jahresmitte 1999 infolge verstärkter Schuldentilgung, aber auch der Ausgliederung weiterer Aufgaben aus den Kameralhaushalten, auf 163,9 Mrd. DM.

Der Vergleich zwischen den Kommunen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern weist noch gravierende strukturelle Unterschiede sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite auf. Der Anteil der öffentlichen Zuweisungen lag im Westen bei 45,7%, bei den Gemeinden/Gv. der neuen Länder dagegen bei 64,1% der Einnahmen insgesamt. Andererseits belief sich der Steueranteil dort lediglich auf 16,4%, gegenüber 36,3% im früheren Bundesgebiet. Bei den Baumaßnahmen lag der Ausgabenanteil der Gemeinden/Gv. im Osten mit 16,1% weit höher als bei den Gemeinden/Gv. des früheren Bundesgebiets (9,5%).

Tabelle 3. Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	1 Halbjahr 1999	1 Halbjahr 1998	Veränderung
	Mill. DM		%
Bereinigte Ausgaben	128 803	128 162	+ 0,5
darunter			
Personalausgaben	35 801	35 537	+ 0,7
Laufender Sachaufwand	25 290	24 171	+ 4,6
Zinsausgaben	4 864	4 963	- 2,0
Laufende Zuweisungen an			
öffentlichen Bereich	31 316	31 367	- 0,2
Renten, Unterstützungen u. a.	25 320	25 599	- 1,1
Baumaßnahmen	13 771	14 484	- 4,9
Erwerb von Sachvermögen	5 232	4 543	+ 15,2
Bereinigte Einnahmen	127 824	126 717	+ 0,9
darunter			
Steuern und steuerähnliche			
Abgaben	41 905	40 363	+ 3,8
Laufende Zuweisungen vom			
öffentlichen Bereich	65 099	63 906	+ 1,9
Gebühren u. a. Entgelte	15 952	16 582	- 3,8
Veräußerung von Beteiligungen	639	605	+ 5,6
Finanzierungssaldo ²⁾	- 977	- 1 440	x
Nettokreditaufnahme	- 855	378	x
Schuldenaufnahme	6 417	7 423	- 13,6
Schuldentilgung	7 272	7 045	+ 3,2
Stand der Kreditmarktschulden am 30. Juni	163 918	166 723	- 1,7

¹⁾ Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen - ²⁾ Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen

Dipl.-Volkswirt Hans Rehm und Mitarbeiter

Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 1998

Die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber werden jährlich am 30. Juni nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz) vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2119) erhoben. Der Begriff öffentliche Arbeitgeber umfaßt die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in ihrem gesamten verwaltungsmaßi- gen und wirtschaftlichen Handeln. Dieses erstreckt sich von der Hoheits- und Leistungsverwaltung der Behörden, Gerichte und Einrichtungen im Bereich der kamental geführten Kernhaushalte über die kaufmännisch geführten Sonderrechnungen bis zu den rechtlich selbständigen Einrichtungen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. In der dargestellten Reihenfolge vollzieht sich auch der Ausgliederungsprozeß aus den Kernhaushalten, der das Ziel hat, die Organisation der öffentlichen Verwaltung zunehmend nach wirtschaftlichen Kriterien auszurichten. Am Ende des Ausgliederungsprozesses kann dann die voll-

ständige Privatisierung stehen; die öffentlichen Unternehmen werden an private Anleger verkauft.

Öffentliche Arbeitgeber beschäftigen 6,4 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Nach dem Ergebnis der Personalstandstatistik waren Mitte 1998 bei den öffentlichen Arbeitgebern 6,4 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Damit hatte im Durchschnitt jede(r) fünfte abhängig Erwerbstätige ein unmittelbares oder mittelbares Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit den Gebietskörperschaften Bund, Länder oder Kommunen. Die Beschäftigtenzahlen der öffentlichen Arbeitgeber weisen weiterhin eine rückläufige Tendenz auf. Insgesamt wurden im Vergleich zu 1997 117 000 Beschäftigte weniger gezählt (-1,8%). Im Bereich der Kernhaushalte wurden 4,27 Mill., bei den Sonderrechnungen 0,8 Mill. und bei den rechtlich selbständigen Einrichtungen 1,36 Mill. Beschäftigte erfaßt. Der Anteil der Beschäftigten der Kernhaushalte an der Gesamtzahl der Beschäftigten liegt wie im Vorjahr bei 66%, da die Zahl der Beschäftigten in allen Sektoren gleichmäßig rückläufig war. Hierbei wirkte sich bei den rechtlich selbständigen Einrichtungen sehr stark der Personalrückgang bei den Bundesunternehmen Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und Deutsche Telekom AG aus, die unter einem starken Rationalisierungsdruck stehen. Läßt man die Personalentwicklung bei diesen Unternehmen außer Betracht, so ist effektiv ein Personalzuwachs eingetreten. Daraus ist

Tabelle 1 · Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber
1 000

Beschäftigungsbereich	30. Juni 1998				30. Juni 1997	
	Öffentlicher Dienst			Rechtlich selbständige Einrichtungen ¹⁾	Insgesamt	
	zusammen	Kernhaushalte	Sonderrechnungen			
Beschäftigte						
Bund, Länder, Gemeinden/Gv ²⁾	4619,3	3824,3	795,0	1 127,9	5 747,2	5 937,9
Bund ³⁾	607,7	515,4	92,3	603,6	1 211,3	1 281,2
Länder	2363,1	2 119,7	243,4	55,9	2 419,0	2 460,9
Gemeinden/Gv ²⁾	1648,5	1 189,2	459,3	307,6	1 956,1	1 987,7
Gemischte Beteiligung	-	-	-	160,8	160,8	208,1
Mittelbare Einrichtungen	449,3	449,3	-	164,3	613,6	540,1
Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	-	-	-	71,8	71,8	71,4
Insgesamt	5 068,6	4 273,7	795,0	1 364,0	6 432,6	6 549,4
Vollzeitbeschäftigte						
Bund, Länder, Gemeinden/Gv ²⁾	3 578,1	2 945,8	632,2	940,7	4 518,7	4 748,9
Bund ³⁾	578,2	488,2	90,0	504,8	1 083,0	1 145,3
Länder	1 833,4	1 639,4	194,0	50,7	1 884,2	1 935,6
Gemeinden/Gv ²⁾	1 166,4	818,2	348,2	242,8	1 409,3	1 476,8
Gemischte Beteiligung	-	-	-	142,3	142,3	191,2
Mittelbare Einrichtungen	374,5	374,5	-	150,8	525,3	463,5
Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	-	-	-	54,2	54,2	54,1
Zusammen	3 952,6	3 320,4	632,2	1 145,7	5 098,3	5 266,5
Teilzeitbeschäftigte						
Bund, Länder, Gemeinden/Gv ²⁾	1 041,2	878,5	162,8	187,2	1 228,5	1 189,0
Bund ³⁾	29,5	27,2	2,3	98,8	128,3	135,9
Länder	529,7	480,3	49,4	5,2	534,9	525,3
Gemeinden/Gv ²⁾	482,1	371,0	111,1	64,7	546,8	510,9
Gemischte Beteiligung	-	-	-	18,5	18,5	16,9
Mittelbare Einrichtungen	74,8	74,8	-	13,5	88,3	76,6
Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	-	-	-	17,6	17,6	17,3
Zusammen	1 116,0	953,3	162,8	218,3	1 334,4	1 282,8

1) Teilweise geschätzt - 2) Einschl. kommunaler Zweckverbände - 3) Ohne Grundwehrdienstleistende (1998: 136,4)

zu schließen, daß ein Teil der im Bereich der Kernhaushalte und Sonderrechnungen weggefallenen Arbeitsplätze zu den rechtlich selbständigen Unternehmen verlagert wurde

Von den 6,4 Mill. Beschäftigten waren 5,1 Mill. Vollzeit- und 1,3 Mill. Teilzeitkräfte. Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 168 000 oder 3,2% zurückgegangen ist, wurden 52 000 Teilzeitarbeitsplätze mehr gezählt. Durch diese Entwicklung hat sich die Teilzeitquote im Bereich der öffentlichen Arbeitgeber von 19,6% im Jahr 1997 auf 20,7% im Jahr 1998 erhöht. Darin dokumentiert sich unter anderem das Bemühen der öffentlichen Arbeitgeber, durch Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze den Beschäftigtenstand möglichst hoch zu halten.

Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf die Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst, der die Bereiche Kernhaushalte und Sonderrechnungen umfaßt. Bei diesen Dienststellen hatten 5,1 Mill. Beschäftigte oder knapp 80% aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Arbeitgeber einen Arbeitsplatz. Nach der Abgrenzung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes bilden die Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Bundes und der Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die kommunalen Zweckverbände und das Bundeseisenbahnvermögen den unmittelbaren öffentlichen Dienst, die Bundesanstalt für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger und die rechtlich selbständigen Anstalten, Körperschaften und Stiftungen mit Dienstherrnfähigkeit den mittelbaren öffentlichen Dienst.

Bei der Erhebung 1998 hatten die Auskunftspflichtigen in den neuen Ländern entsprechend der Regelung im Finanz- und Personalstatistikgesetz erstmals den vollständigen Merkmalskatalog für ihre Beschäftigten zu liefern. Damit liegen für die gesamte Bundesrepublik Angaben über Art, Umfang und Dauer des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht, Laufbahngruppe, Einstufung (Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe) und Alter der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor.

Weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Bei den Dienststellen des öffentlichen Dienstes waren am 30. Juni 1998 insgesamt knapp 5,1 Mill. Beschäftigte eingesetzt; das waren 95 000 oder 1,8% weniger als 1997. Der Personalrückgang fiel damit geringer aus als im Vorjahr (-113 000). Allerdings ist die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze mit nunmehr 3,95 Mill. starker zurückgegangen (-132 000) als in der entsprechenden Vorjahresperiode (-123 000). Dafür konnte bei den Teilzeitkräften ein merklicher Anstieg (+37 000) auf 1,12 Mill. festgestellt werden. Hierbei dürfte es sich nur zum Teil um neue Arbeitsplätze handeln, da einige Kommunen der neuen Länder durch Haustarifverträge die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter verringert haben.

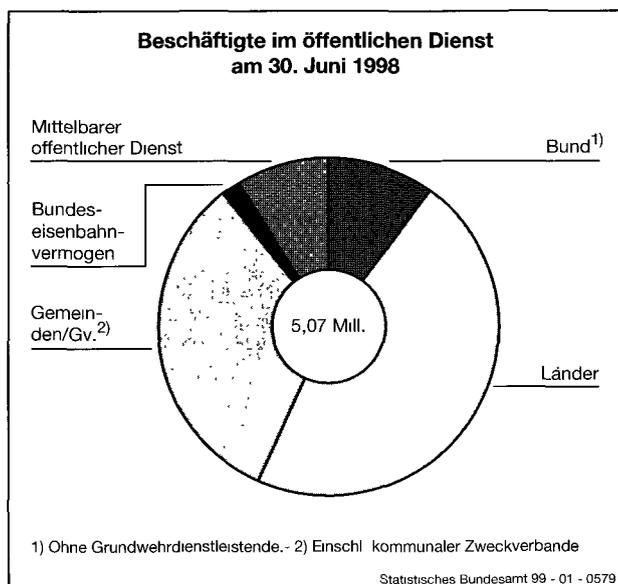
Durch diese Entwicklung liegt die Teilzeitquote im öffentlichen Dienst nunmehr bei 22,0% (1997: 20,9%). Sie ist damit merklich höher als bei den Erwerbstätigen insgesamt (1998: 18,5%). Der Anstieg der Teilzeitquote wurde zu gleichen Teilen durch den rückläufigen Bestand der Vollzeitbeschäftigten sowie den Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze beeinflusst.

Das erstmals für den öffentlichen Dienst in der gesamten Bundesrepublik erfaßte Arbeitszeitvolumen der Teilzeitkräfte ergibt, daß die 1,1 Mill. Teilzeitbeschäftigten die Arbeitszeit von 680 000 Vollzeitbeschäftigten geleistet haben, das entspricht einem durchschnittlichen Arbeitszeitfaktor von 61%. Er liegt in den neuen Ländern mit 74% deutlich über dem Wert im früheren Bundesgebiet (58%). Das gesamte Arbeitszeitvolumen im öffentlichen Dienst entspricht 4,6 Mill. Vollzeitarbeitsplätzen.

Die Beschäftigungszahlen sind in allen Beschäftigungsbereichen zurückgegangen. Bei den Behörden, Gerichten und Einrichtungen des Bundes arbeiteten 1998 rund 516 000 Beschäftigte, das waren gut 10 000 oder 2,0% weniger als 1997. Die Personalreduzierung fiel damit wieder stärker aus als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Der Schwerpunkt des Stellenabbaus lag beim zivilen Personal der Bundeswehr (-7 000), während von den Stellenkürzungen in der übrigen Bundesverwaltung 3 000 Arbeitsplätze betroffen waren. Von den Bundesbediensteten waren 489 000 voll- und 27 000 teilzeitbeschäftigt. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist beim Bund nur noch geringfügig um 400 oder 1,5% gestiegen. Die Teilzeitquote hat sich damit weiter auf 8,4% (ohne Berufs- und Zeitsoldaten) erhöht, liegt aber weiterhin erheblich unter dem Gesamtdurchschnitt des öffentlichen Dienstes (22,0%). Das als Sonderrechnung geführte Bundeseisenbahnvermögen, dem die Ausübung der Dienstherrneigenschaft für die Beamtinnen und Beamten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn obliegt, meldete einen Personalbestand von 92 000 Beschäftigten. Die Mitarbeiterzahl ist gegenüber dem Vorjahr überwiegend durch Pensionierungen der an die Deutsche Bahn AG ausgeliehenen Beamtinnen und Beamten um 10 000 zurückgegangen und entsprach damit dem Rückgang in der Vorjahresperiode.

Die Länder waren 1998 Arbeitgeber für 2,36 Mill. Beschäftigte; im Vergleich zum Vorjahr waren dies 39 000

Schaubild 1



oder 1,6% weniger. Binnen Jahresfrist ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um knapp 50 000 zurückgegangen, während im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze um knapp 10 000 zu verzeichnen war. Durch diese Veränderungen liegt die Teilzeitquote im Landesdienst nunmehr bei 22,4% (1997: 21,7%). Der Personalbestand der Länder ging sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern zurück. Im früheren Bundesgebiet wurden 22 000 oder 1,2% und in den neuen Ländern 16 000 oder 3,2% Arbeitsplätze weniger gemeldet. Während im früheren Bundesgebiet weiterhin mehr Teilzeitkräfte im Landesdienst eingesetzt wurden (+ 12 000), gingen in den neuen Ländern sowohl die Zahl der Vollzeit- als auch der Teilzeitkräfte zurück.

Die kommunalen Arbeitgeber (Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände) hatten Mitte 1998 einen Mitarbeiterstab von 1,65 Mill. Beschäftigten, das waren 35 000 oder 2,1% weniger als im Vorjahr. Auch in diesem Beschäftigungsbereich zeigt sich die Tendenz, weggefallene Vollzeitarbeitsplätze zumindest teilweise durch Teilzeitarbeitsplätze zu ersetzen. So stand dem Rückgang der Zahl der Vollzeitbeschäftigten (-58 000) ein Anstieg der Zahl der Teilzeitkräfte um 24 000 gegenüber. Die Personalentwicklung war sowohl im früheren Bundesgebiet (-18 000) als auch in den neuen Ländern (-16 000) rückläufig. Hierbei war in den neuen Ländern ein stärkerer Rückgang der Vollzeitarbeitsplätze als im früheren Bundesgebiet festzustellen. Dafür sind in den neuen Ländern aber mehr neue Teilzeitarbeitsplätze nachgewiesen worden. Der Grund für diese Entwicklung dürfte in den bereits erwähnten Haustarifverträgen mit verkürzter Arbeitszeit zur Vermeidung von Entlassungen liegen.

Setzt man die Beschäftigtenzahl der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände auf Basis von Vollzeitäquivalenten in Beziehung zur Bevölkerungszahl, so sind im Durchschnitt 43 Vollzeitkräfte für 1 000 Einwohner tätig. Im früheren Bundesgebiet sind es 41 und in den neuen Ländern 52 Vollzeitbeschäftigte. Im Jahr 1991 betragen diese Werte für das frühere Bundesgebiet 47 und für die neuen Länder 78. Die Entwicklung seit 1991 zeigt, daß die neuen Länder schon recht nahe an die damalige Personalausstattung im früheren Bundesgebiet herangekommen sind. Sollte dieser Anpassungsprozeß fortgeführt werden, wären davon in den neuen Ländern rund 150 000 Dauerarbeitsplätze bei Ländern und Kommunen betroffen. Allerdings ist bei den bereits vorgenommenen und künftig geplanten personalwirtschaftlichen Maßnahmen immer zu bedenken, daß ein Teil der Arbeitsplätze bei rechtlich selbstständigen Unternehmen weiter besteht und somit nicht verlorenght. Dies gilt nicht nur für den Personalrückgang in den neuen Ländern, sondern auch im früheren Bundesgebiet.

Bei den erfaßten Einrichtungen des mittelbaren öffentlichen Dienstes war die Personalentwicklung im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Am Erhebungstichtag wurden mit knapp 450 000 Beschäftigten 1 000 oder 0,3% weniger beschäftigt als im Vorjahr. Einem Rückgang der Vollzeitarbeitsplätze (-5 000) stand ein Anstieg bei den Teilzeitkräften gegenüber (+ 4 000).

Personalarückgang erstreckt sich auf alle Dienstverhältnisse

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes üben ihre Tätigkeit sowohl auf der Grundlage von tarifvertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnissen als auch in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen aus. Die öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse sind in speziellen Gesetzen geregelt und für Tätigkeiten im Rahmen der Hoheitsverwaltung zwingend vorgeschrieben. In der Leistungsverwaltung können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ein Beamtenverhältnis berufen werden, wenn dies aus Gründen der Sicherung des Staates oder des öffentlichen Lebens notwendig ist. Bei der Frage des Einsatzes von Beamten im Rahmen der Leistungsverwaltung spielen zwei Kriterien eine wesentliche Rolle. Das ist einmal das Streikverbot der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Bediensteten, zum anderen die Frage, welches Dienstverhältnis für den Dienstherrn kostenmäßig günstiger ist.

Von den 5,1 Mill. Beschäftigten waren 2,43 Mill. Angestellte und 746 000 Lohnempfänger/-innen und damit knapp zwei Drittel in tarifvertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnissen tätig. Daneben stand ein gutes Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis. Die meisten von ihnen (1,7 Mill.) sind in ein Beamtenverhältnis berufen worden, 191 000 waren Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen und 23 000 Richterinnen und Richter. Der Personalbestand ging in allen Dienstverhältnissen zurück. Der Personalarückgang fiel bei den Beamten (-14 000 oder -0,8%) geringer aus als bei den Angestellten (-46 000 oder -1,8%) und Arbeitern (-35 000 oder -4,5%). Ein Grund hierfür ist, daß in den neuen Ländern noch Verbeamtungen vorgenommen wurden. Der dadurch bedingte Zuwachs an Beamtenstellen fiel mit knapp 4 000 jedoch wesentlich geringer aus als im Jahr zuvor (22 000). Damit wurde der Rückgang der Beamtenstellen im früheren Bundesgebiet nur leicht abgeschwächt. Es ist davon auszugehen, daß die Verbeamtungen in den neuen Ländern nunmehr weitgehend abgeschlossen sind.

Frauenquote liegt knapp über 50%

Die Sparmaßnahmen in den Personalhaushalten hatten auch Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen. Mitte 1998 waren 2,55 Mill. Frauen im öffentlichen Dienst beschäftigt, das waren 36 000 weniger als 1997. Da die Beschäftigtenzahl der männlichen Kollegen etwas stärker zurückgegangen ist, hat sich die Frauenquote von 50,0% im Jahr 1997 auf 50,3% im Jahr 1998 erhöht. Das Erreichen einer Frauenquote von über 50% im öffentlichen Dienst wird wesentlich durch die höhere Frauenerwerbsquote in den neuen Ländern bewirkt. Hier waren 63% der Beschäftigten Frauen; im früheren Bundesgebiet lag die Frauenquote dagegen mit 47% deutlich niedriger. Wie in den Vorjahren ist die Frauenquote im früheren Bundesgebiet leicht gestiegen und in den neuen Ländern etwas zurückgegangen.

Gut drei Fünftel der Frauen (1,57 Mill.) hatten einen Vollzeitarbeitsplatz, während knapp 1 Mill. Frauen mit ihrem

Tabelle 2: Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach dem Dienstverhältnis

1 000

Beschäftigungsbereich	30 Juni 1998			30 Juni 1997	
	Beamten/Beamtinnen, Richter/-innen, Soldatinnen/Soldaten	Angestellte	Arbeiter/-innen	Insgesamt	
Beschäftigte					
Insgesamt	1 896,0	2 427,1	745,6	5 068,6	5 163,8
dar Frauen	624,3	1 643,3	279,8	2 547,4	2 583,9
Vollzeitbeschäftigte					
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	1 603,2	1 467,5	507,3	3 578,1	3 705,6
dar Frauen	393,4	890,8	92,1	1 376,3	1 436,0
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	1 517,6	1 434,0	486,4	3 438,0	3 554,8
dar Frauen	389,0	873,1	89,7	1 351,8	1 410,5
Bund ¹⁾	318,9	88,0	81,8	488,7	499,5
dar Frauen	24,3	48,5	12,1	84,9	86,7
Länder	1 038,0	661,2	134,3	1 833,4	1 881,8
dar Frauen	323,5	405,5	29,6	758,6	779,2
Gemeinden/Gv	160,7	684,8	270,4	1 115,9	1 173,5
dar Frauen	41,2	419,1	47,9	508,3	544,6
Kommunale Zweckverbände	2,4	31,4	16,8	50,6	51,4
dar Frauen	0,3	16,1	2,1	18,5	19,1
Bundeseisenbahnvermögen	83,2	2,1	4,2	89,5	99,4
dar Frauen	4,1	1,6	0,3	6,0	6,3
Mittelbarer öffentlicher Dienst	46,3	293,2	35,0	374,5	379,2
dar Frauen	15,6	173,6	8,0	197,1	199,6
Zusammen	1 649,5	1 760,8	542,3	3 952,6	4 084,8
dar Frauen	409,0	1 064,4	100,0	1 573,5	1 635,6
dagegen am 30 Juni 1997	1 679,3	1 824,9	580,6	4 084,8	x
dar Frauen	411,6	1 110,0	114,0	1 635,6	x
Teilzeitbeschäftigte					
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	241,8	608,1	191,3	1 041,2	1 007,7
dar Frauen	211,5	524,0	168,7	904,2	881,7
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	239,7	596,9	185,2	1 021,8	988,8
dar Frauen	209,6	513,8	163,0	886,4	864,3
Bund	5,1	18,0	4,1	27,3	26,9
dar Frauen	3,7	17,0	3,9	24,5	24,1
Länder	219,0	281,2	29,5	529,7	520,1
dar Frauen	191,9	220,3	26,4	438,7	432,1
Gemeinden/Gv	15,6	297,7	151,6	464,9	441,7
dar Frauen	14,0	276,5	132,7	423,2	408,1
Kommunale Zweckverbände	0,1	11,0	6,1	17,2	16,8
dar Frauen	0,1	10,0	5,7	15,8	15,5
Bundeseisenbahnvermögen	2,0	0,2	0,1	2,2	2,1
dar Frauen	1,7	0,2	0,1	2,0	1,9
Mittelbarer öffentlicher Dienst	4,6	58,2	11,9	74,8	71,3
dar Frauen	3,9	54,9	11,0	69,8	66,7
Zusammen	246,5	666,3	203,3	1 116,0	1 078,9
dar Frauen	215,3	578,9	179,8	973,9	948,4
dagegen am 30 Juni 1997	230,8	647,9	200,2	1 078,9	x
dar Frauen	203,8	562,6	182,0	948,4	x

¹⁾ Darunter Berufs- und Zeitsoldaten (191,4), darunter Frauen (3,8)

Arbeitgeber eine verkürzte Arbeitszeit vereinbart hatten. Während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen gegenüber 1997 zurückgegangen ist (-62 000), wurden im gleichen Zeitraum 25 000 teilzeitbeschäftigte Frauen mehr erfaßt. Die Zunahme der Frauenquote geht damit in erster Linie auf die weiter gestiegene Zahl der Teilzeitarbeitsplätze, bei denen die Frauen einen Anteil von 87 % haben, zurück.

Innerhalb der einzelnen Beschäftigungsbereiche wiesen die Mitarbeiterstäbe der Kommunen sowie der Einrichtungen des mittelbaren öffentlichen Dienstes mit jeweils knapp 60 % einen besonders hohen Frauenanteil auf. Im Landesdienst liegt die Frauenquote mit knapp 51 % leicht über dem Gesamtdurchschnitt des öffentlichen Dienstes, während beim Bund (Frauenquote: 21 % - ohne Berufs- und Zeitsoldaten: 33 %) und beim Bundeseisenbahnvermögen (9 %) Frauen deutlich unterrepräsentiert sind. Mit Ausnahme der Kommunen ist der Frauenanteil in allen Beschäftigungsbereichen leicht gestiegen.

Kein Zusatzbedarf im höheren und gehobenen Dienst

Die Gliederung der Beschäftigten nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen gibt im Zusammenhang mit der im Beamtenrecht verankerten Laufbahngruppenzugehörigkeit Hinweise auf die berufliche Qualifikation der im öffentlichen Dienst tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Danach wird für eine Tätigkeit im höheren Dienst in der Regel als Eingangsvoraussetzung ein Hochschulstudium gefordert. Im gehobenen Dienst ist es ein zum Hochschulstudium berechtigender Schulabschluß, im mittleren Dienst ein Realschul- und im einfachen Dienst ein Hauptschulabschluß.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf die Vollzeitbeschäftigten und die Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten, da für die Teilzeitbeschäftigten mit weniger als der Hälfte der Arbeitszeit keine vollständigen Angaben

Tabelle 3: Beschäftigte im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1998 nach Laufbahngruppen

1 000

Beschäftigungsbereich	Insgesamt	Beamten/Beamte, Richter/-innen Soldatinnen/Soldaten und Angestellte				Arbeiter/-innen	
		zusammen	höherer	gehobener	mittlerer einfacher Dienst		
Beschäftigte ¹⁾							
Insgesamt	4 926,1	4 226,9	677,8	1 458,5	1 980,3	110,3	699,2
dar Frauen	2 442,1	2 204,1	214,5	736,1	1 213,6	40,0	238,0
dagegen am 30. Juni 1997	5 019,8	4 287,2	659,4	1 478,5	2 034,2	115,0	732,6
dar Frauen	2 479,4	2 226,8	197,0	747,3	1 239,2	43,3	252,5
Vollzeitbeschäftigte							
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	3 578,1	3 070,7	546,0	1 045,4	1 387,6	91,7	507,3
dar Frauen	1 376,3	1 284,3	144,4	426,4	687,9	25,5	92,1
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	3 438,0	2 951,6	540,8	1 022,5	1 301,0	87,2	486,4
dar Frauen	1 351,8	1 262,1	143,5	422,7	671,1	24,9	89,7
Bund	488,7	406,9	35,9	77,2	249,7	44,1	81,8
dar Frauen	84,9	72,8	4,0	13,0	53,3	2,5	12,1
Länder	1 833,4	1 699,2	430,6	693,9	552,3	22,4	134,3
dar Frauen	758,6	729,0	121,9	306,6	292,0	8,6	29,6
Gemeinden/Gv	1 115,9	845,5	74,4	251,4	499,0	20,7	270,4
dar Frauen	508,3	460,3	17,6	103,1	325,8	13,9	47,9
Kommunale Zweckverbände	50,6	33,8	4,4	9,2	19,2	1,0	16,8
dar Frauen	18,5	16,4	0,8	2,6	12,4	0,6	2,1
Bundeseisenbahnvermögen	89,5	85,3	0,8	13,7	67,4	3,5	4,2
dar Frauen	6,0	5,7	0,1	1,2	4,5	0,0	0,3
Mittelbarer öffentlicher Dienst	374,5	339,5	28,4	129,3	177,3	4,6	35,0
dar Frauen	197,1	189,1	6,3	55,7	125,3	1,8	8,0
Zusammen	3 952,6	3 410,3	574,4	1 174,7	1 564,9	96,3	542,3
dar Frauen	1 573,5	1 473,4	150,7	482,1	813,3	27,4	100,0
dagegen am 30. Juni 1997	4 084,8	3 504,2	565,3	1 205,8	1 632,9	100,1	580,6
dar Frauen	1 635,6	1 521,6	139,1	501,6	851,0	29,8	114,0
Teilzeitbeschäftigte ²⁾							
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	905,6	758,0	101,0	270,9	373,2	12,9	147,6
dar Frauen	804,8	675,5	62,1	242,4	359,3	11,6	129,3
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	890,1	746,5	100,7	269,2	364,0	12,6	143,6
dar Frauen	790,4	664,9	61,9	241,2	350,6	11,3	125,5
Bund	26,2	22,3	1,9	3,6	16,2	0,7	3,9
dar Frauen	23,6	19,9	1,1	2,7	15,6	0,6	3,7
Länder	470,7	446,4	90,5	222,2	130,0	3,7	24,3
dar Frauen	406,9	384,4	55,0	201,4	124,7	3,2	22,6
Gemeinden/Gv	393,1	277,8	8,3	43,5	217,8	8,2	115,4
dar Frauen	359,9	260,6	5,9	37,0	210,3	7,5	99,3
Kommunale Zweckverbände	13,4	9,4	0,3	1,3	7,5	0,3	3,9
dar Frauen	12,5	8,8	0,2	1,0	7,2	0,3	3,7
Bundeseisenbahnvermögen	2,1	2,1	0,0	0,4	1,7	0,0	0,1
dar Frauen	1,9	1,9	0,0	0,3	1,5	0,0	0,0
Mittelbarer öffentlicher Dienst	67,9	58,6	2,4	13,0	42,2	1,1	9,3
dar Frauen	63,9	55,2	1,7	11,5	40,9	1,0	8,7
Zusammen	973,5	816,6	103,3	283,8	415,4	14,0	156,9
dar Frauen	868,7	730,7	63,8	254,0	400,3	12,6	138,0
dagegen am 30. Juni 1997	935,0	783,0	94,1	272,7	401,3	14,9	152,0
dar Frauen	843,8	705,2	57,9	245,7	388,2	13,5	138,6

¹⁾ Ohne Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines bzw. einer Vollzeitbeschäftigten – ²⁾ Mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit

vorliegen. In dieser Abgrenzung wurden von den 4,9 Mill. Beschäftigten 678 000 oder 13,8% nach Besoldungs-/Vergütungsgruppen des höheren, 1,46 Mill. oder 29,6% nach solchen des gehobenen, 1,98 Mill. oder 40,2% nach solchen des mittleren und 1 10 000 oder 2,2% nach solchen des einfachen Dienstes bezahlt; 699 000 oder 14,2% waren Arbeiter/-innen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anteile des höheren und gehobenen Dienstes erhöht, die der übrigen Beschäftigtengruppen entsprechend verringert. Allerdings ist nur noch die Beschäftigtenzahl des höheren Dienstes auch absolut gestiegen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in den neuen Ländern weiterhin Arbeitsplätze neu bewertet werden. Durch diese Maßnahmen werden bisher nach Vergütungsgruppen des gehobenen Dienstes bezahlte Angestellte in Vergütungsgruppen des höheren Dienstes eingestuft. Um falsche Schlußfolgerungen auszuschließen, ist es erforderlich, die Personalentwicklung im höheren und gehobenen Dienst zusammen zu betrachten. Dabei zeigt sich, daß die Gesamtbeschäftigtenzahl im höheren und gehobenen Dienst

erstmals nicht mehr gestiegen ist. In den Jahren zuvor hatten die öffentlichen Arbeitgeber die Mitarbeiterzahl in diesen Laufbahngruppen noch durch ein verstärktes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen erhöht.

Im Beobachtungszeitraum konnte der Anstieg bei den Teilzeitstellen im höheren und gehobenen Dienst (+ 20 000) nicht mehr den Verlust von 22 000 entsprechenden Vollzeitarbeitsplätzen ausgleichen. Während die Gesamtbeschäftigtenzahl im höheren und gehobenen Dienst damit leicht rückläufig war, hat sich die Zahl der Frauen in diesen beiden Laufbahngruppen um 6 000 oder 0,7% erhöht. Sie sind bei Neueinstellungen demnach verstärkt berücksichtigt worden. Die Frauenquote betrug im höheren Dienst 31,6%, im gehobenen Dienst 50,5%, im mittleren Dienst 61,3%, im einfachen Dienst 36,3% und bei den Arbeitern 34,0%. Die Frauen sind damit sowohl am oberen als auch am unteren Rand der Einkommensskala des öffentlichen Dienstes unterrepräsentiert.

Tabelle 4 Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. nach Aufgabenbereichen

1 000

Aufgabenbereich	Beschäftigte am 30 Juni		Vollzeitbeschäftigte am 30 Juni		Teilzeitbeschäftigte am 30 Juni	
	1998	1997	1998	1997	1998	1997
Allgemeine Dienste	1 647,1	1 664,7	1 449,2	1 479,4	197,9	185,3
Politische Führung und zentrale Verwaltung ¹⁾	678,5	685,3	550,6	566,4	127,9	118,9
dar Steuer- und Finanzverwaltung	268,6	269,2	222,6	225,5	46,0	43,7
Verteidigung	328,6	335,6	316,9	323,9	11,8	11,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	443,1	447,2	410,8	417,5	32,3	29,7
Rechtsschutz	196,8	196,5	170,9	171,6	25,9	24,9
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung ²⁾	1 652,5	1 676,2	1 072,4	1 103,6	580,2	572,6
darunter						
Schulen und vorschulische Bildung ³⁾	1 083,0	1 094,4	671,3	690,0	411,7	404,4
Hochschulen	425,9	437,8	301,2	309,6	124,8	128,1
dar Hochschulkliniken	173,1	179,3	135,5	140,8	37,6	38,5
Soziale Sicherung	224,4	234,3	163,9	175,8	60,5	58,5
Gesundheit, Sport und Erholung	464,8	485,5	339,6	364,1	125,2	121,4
dar Krankenhäuser	340,4	356,4	248,1	264,7	92,3	91,7
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	211,3	219,1	180,5	192,3	30,8	26,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	30,3	30,5	25,2	25,9	5,1	4,6
Energie- und Wasserwirtschaft ⁴⁾	30,9	24,7	25,1	20,8	5,8	3,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	104,0	108,0	97,9	102,3	6,1	5,7
Wirtschaftsunternehmen	94,6	100,7	84,3	90,7	10,3	10,0
Insgesamt	4 459,9	4 543,6	3 438,0	3 554,8	1 021,8	988,8

¹⁾ Einschl. auswärtiger Angelegenheiten – ²⁾ Einschl. kultureller Angelegenheiten – ³⁾ Einschl. Unterrichtsverwaltung – ⁴⁾ Einschl. Gewerbe, Dienstleistungen

Über die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten sind im Bildungswesen tätig

Die haushaltsrechtliche Zuordnung der Behörden, Gerichte und Einrichtungen gibt Aufschluß, mit welchen Aufgaben die Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden betraut sind. Hierbei zeigt sich, daß die Gebietskörperschaften ihre Beschäftigten schwerpunktmäßig in zwei Hauptaufgabengebieten einsetzen, die von der Gesamtbeschäftigtenzahl nahezu gleich aus gestattet sind. Das ist zum einen der Bereich „Allgemeine Dienste“, der die „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ (= Verwaltung im engeren Sinne), die äußere (= Verteidigung) und innere Sicherheit (= „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ und „Rechtsschutz“) umfaßt, zum

anderen das Bildungswesen (einschl. Wissenschaft und Forschung). In diesen Aufgabenbereichen sind knapp drei Viertel aller Beschäftigten der Gebietskörperschaften eingesetzt.

In den beiden Hauptaufgabenbereichen waren jeweils rund 1,65 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Hinsichtlich des von den Beschäftigten geleisteten Arbeitszeitvolumens weisen sie jedoch deutliche Unterschiede auf. Während im Bereich der allgemeinen Dienste die Vollzeitbeschäftigten mit einem Anteil von knapp 90% sehr stark dominieren, ist im Bildungswesen gut jeder dritte Beschäftigte mit verkürzter Arbeitszeit tätig. Im Bereich der Schulen ist die Teilzeitquote am höchsten (38%). Der Lehrerberuf scheint sowohl von der Angebots- als auch von der Nachfrageseite her besonders für die Ausübung einer Teilzeitarbeit geeignet zu sein. Knapp 60% aller Teilzeitbeschäftigten der Gebietskörperschaften sind im Bildungswesen tätig.

Die angespannte Haushaltslage hat in fast allen Aufgabenbereichen zu Personaleinsparungen geführt. Lediglich der Aufgabenbereich Rechtsschutz, in dem die Gerichte und Justizvollzugsanstalten zusammengefaßt sind, war hiervon mit einem geringfügigen Personalzuwachs ausgenommen.

Beschäftigte der Gebietskörperschaften im Durchschnitt 42 Jahre alt

Für das Jahr 1998 liegen erstmals Angaben über das Alter der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für die gesamte Bundesrepublik vor. Nach dem Ergebnis der Personalstandstatistik waren von den 4,27 Mill. Beschäftigten der Gebietskörperschaften (ohne Berufs- und Zeitsoldaten) knapp 250 000 oder 5,8% jünger als 25 Jahre, 0,92 Mill. oder 21,6% gehörten zur Altersgruppe der 25- bis unter 35jährigen, 1,25 Mill. oder 29,2% zur Altersgruppe der 35- bis unter 45jährigen, 1,17 Mill. oder 27,4% zur Altersgruppe der 45- bis unter 55jährigen und 678 000 oder 15,9% waren 55 Jahre oder älter. Der deutlich niedrigere Anteil der

Schaubild 2

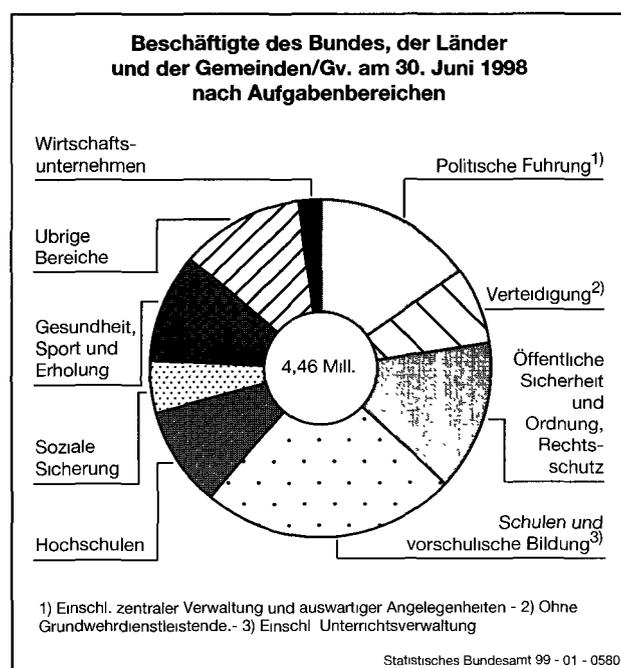


Tabelle 5: Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv am 30 Juni 1998 nach Altersgruppen

Im Alter von bis unter Jahren	Insgesamt		Beamtinnen/Beamte und Richter/-innen		Angestellte		Arbeiter/-innen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 25	248,4	5,8	73,5	4,7	141,0	6,9	33,9	5,0
dar Frauen	166,5	7,5	43,0	7,2	115,4	8,3	8,1	3,2
25-35	922,9	21,6	322,8	20,6	486,4	24,0	113,7	16,9
dar Frauen	522,7	23,4	150,2	25,2	339,6	24,5	32,9	13,0
35-45	1247,7	29,2	454,5	29,0	602,7	29,7	190,5	28,4
dar Frauen	672,7	30,1	176,8	29,7	425,0	30,6	70,9	28,0
45-55	1171,5	27,4	477,0	30,5	504,6	24,8	190,0	28,3
dar Frauen	595,9	26,7	170,3	28,6	342,9	24,7	82,6	32,7
55-60	535,7	12,6	180,0	11,5	241,4	11,9	114,3	17,0
dar Frauen	241,3	10,8	43,7	7,4	147,5	10,6	50,1	19,8
60 und mehr	142,1	3,3	58,1	3,7	54,8	2,7	29,3	4,4
dar Frauen	35,4	1,6	10,8	1,8	16,5	1,2	8,1	3,2
Insgesamt	4268,4	100	1565,8	100	2030,9	100	671,6	100
dar Frauen	2234,5	100	594,8	100	1386,9	100	252,7	100

Altersgruppe der 25- bis unter 35jährigen ist auf die relativ geringen Neueinstellungen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren zurückzuführen. Angesichts der zurückgehenden Beschäftigtenzahlen bestand nur noch teilweise Ersatzbedarf für die altersbedingt ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Verjüngung des öffentlichen Dienstes könnte es in den nächsten zehn Jahren geben, wenn stark besetzte Altersjahrgänge die gesetzlichen Altersgrenzen erreichen werden. In diesem Zeitraum dürften bei den Gebietskörperschaften nach dem derzeitigen Abgangsverhalten rund 1 Mill Beschäftigte altersbedingt aus dem Berufsleben ausscheiden.

Innerhalb der Dienstverhältnisse gibt es nur geringfügige Unterschiede. So ist bei den Beamten die Altersgruppe der 45- bis unter 55jährigen am stärksten besetzt. Hier spiegeln sich die starken Einstellungsjahrgänge, besonders im Bildungswesen, Ende der 60er und in den 70er Jahren wider. Andererseits fallen bei den Arbeitern die überdurchschnittlich hohen Bestandszahlen der über 55jährigen auf. Die Frauen sind bei den Beamten und Angestellten in den jüngeren Altersjahrgängen stärker

vertreten. Damit wird dokumentiert, daß die Bemühungen, Frauen im öffentlichen Dienst bei den Neueinstellungen verstärkt zu berücksichtigen, erfolgreich waren.

Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten betrug 42 Jahre. Während das der Beamtinnen/Beamten diesem Durchschnitt entsprach, lag es bei den Angestellten mit 41 Jahren niedriger und bei den Arbeiterinnen/Arbeitern mit 44 Jahren höher. Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern gibt es kaum Unterschiede, für beide Teilgebiete ergibt sich das gleiche Durchschnittsalter. Lediglich die Beamtinnen/Beamten sind im früheren Bundesgebiet mit einem Durchschnittsalter von 43 Jahren deutlich älter als in den neuen Ländern mit 38 Jahren. Dies dürfte daran liegen, daß in den neuen Ländern ältere Angestellte nicht mehr verbeamtet wurden. Umgekehrt sind die Angestellten im früheren Bundesgebiet (40 Jahre) im Durchschnitt jünger als in den neuen Ländern (43 Jahre). Bei den Arbeiterinnen/Arbeitern ergibt sich für beide Teilgebiete der gleiche Wert (44 Jahre).

Dr. Werner Breidenstein

Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1995

Vorbemerkung

Das Statistische Bundesamt berechnet monatlich Indizes der Seefrachtraten für drei verschiedene Gütertransportmärkte in der Hochseeschifffahrt, und zwar für die Linienfahrt, die Tramp-Trockenfahrt (Zeitcharter) und die Tramp-Tankerfahrt (Reisecharter). An den konzeptionellen Grundsätzen hat sich seit Beginn der Berechnungen Ende der 70er Jahre nichts Wesentliches geändert.¹⁾ In diesem Beitrag werden die Berechnungsmethode und die Datengrundlage der einzelnen Indizes auf der neuen allgemeinen Preisbasis 1995 beschrieben und die Ergebnisse der Neuberechnung dargestellt. Im Vordergrund stehen dabei die Neuerungen, die im Rahmen der turnusmäßigen Indexreform durchgeführt wurden, um die Indizes an die aktuellen Marktverhältnisse anzupassen und ihre Aussagekraft zu verbessern.

Aufgabe und Verwendungszweck

Im System der Preisstatistiken haben die Indizes der Seefrachtraten die Aufgabe, die Preisentwicklung für Gütertransportleistungen im Seeverkehr aus der Sicht der deutschen Volkswirtschaft zu messen. Als Preisindizes für Dienstleistungseinfuhren und -ausfuhren ergänzen sie die nur auf die Wareneinfuhr und -ausfuhr bezogenen Indizes der Außenhandelspreise²⁾

Die Bedeutung einer zeitnahen Marktbeobachtung in diesem Bereich zeigt sich u. a. darin, daß ein erheblicher Teil der deutschen Außenhandelsgüter über See transportiert wird.³⁾ Die Entwicklung der Frachtraten ist somit nicht nur für alle Anbieter von Gütertransportleistungen zur Einschätzung ihrer Ertrags- und Wettbewerbssituation von großem Interesse, sondern insbesondere auch ein Orientierungsmaßstab für die international tätige Wirtschaft, für die die Transportleistungen einen Kostenfaktor darstellen. Die Indizes werden daher auch häufig als Bezugsgröße für Wertsicherungsklauseln in privatrechtlichen Verträgen verwendet und finden international Beachtung. Darüber hinaus dienen sie zur Deflationierung der Seefrachten im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

¹⁾ Siehe Taft, S. „Zur Neuberechnung der Seefrachtratenindizes auf Basis 1980“ in WiSta 8/1984, S. 715 ff. und Beuerlein, I. „Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1991“ in WiSta 3/1996, S. 193 ff.

²⁾ Über die Umstellung der Indizes der Außenhandelspreise, der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sowie der Verbraucherpreise auf das neue Basisjahr 1995 wurde bereits in dieser Zeitschrift berichtet.

³⁾ 1998 wurden über deutsche Seehäfen 23% der Einfuhrmenge und 14% des Einfuhrwertes importiert sowie 18% der Ausfuhrmenge und 18% des Ausfuhrwertes exportiert. Dabei handelte es sich um Waren im Wert von 116 Mrd. DM (Einfuhr) bzw. 173 Mrd. DM (Ausfuhr).

Index der Frachtraten in der Linienfahrt

Erfassungsbereich

Der Index der Frachtraten in der Linienfahrt soll die Preisentwicklung der von den deutschen Unternehmen für Im- und Exporte in Anspruch genommenen Seeverkehrsleistungen in der Linienfahrt aufzeigen. Sein Erfassungsbereich erstreckt sich auf Frachtraten für den weltweiten Gütertransport zur See, soweit sie von bzw. nach den deutschen Nordseehäfen Anwendung finden. Nicht einbezogen sind demnach die für die deutsche Wirtschaft bestimmten Seetransporte über die Rheinmündungshäfen bzw. die Verschiffungen deutscher Außenhandelsgüter über diese Häfen, da hierüber statistische Nachweisungen fehlen. Auch die deutschen Ostseehäfen sind bisher nicht in der Indexberechnung berücksichtigt. Ihr Anteil am Güterumschlag ist infolge der deutschen Vereinigung zwar erheblich gestiegen, erstreckt sich aber ganz überwiegend auf den Fährverkehr, der traditionell nicht in den preisstatischen Erfassungsbereich einbezogen ist und einem eigenen Preisbildungsmechanismus unterliegt.

Indexkonzept

Der Indexberechnung liegt – wie bei allen anderen Preisindizes im System der Preisstatistiken – das Laspeyres-Konzept mit festen Gewichten des Basisjahres zugrunde. Auf diese Weise soll die „reine“ Frachtratenentwicklung zum Ausdruck gebracht werden, unabhängig von Verschiebungen in der Mengenstruktur, zum Beispiel durch Änderungen in den Verkehrsströmen und in der Struktur der transportierten Güter. Diesen Verschiebungen wird erst bei der im Regelfall alle fünf Jahre erfolgenden Indexreform Rechnung getragen.

Definitionen und Abgrenzungen

An der Methode der Frachtraterfassung sowie den verwendeten Definitionen und Abgrenzungen hat sich im Rahmen der Umstellung auf das Basisjahr 1995 nichts geändert:

- Die Frachtraten werden monatlich bei einer repräsentativen Auswahl von Reedereien, Schiffsmaklern und Agenturen erhoben. Gegenwärtig werden 20 Berichtsstellen nach den jeweils gültigen Frachtraten für eine repräsentative Auswahl von Fahrtrelationen für wichtige Seehandelsgüter befragt.
- Die Berichtsstellen werden im Wege der gezielten Stichprobe ausgewählt. Für die Auswahl ist entscheidend, daß die Berichtsstelle regelmäßig repräsentative und für die Frachtratenbeobachtung geeignete Seetransporte durchführt.
- Die Berichtsstellen melden Grundraten (Tarifraten, Wettbewerbsraten und „offene“ Raten) sowie Währungsausgleichsfaktoren und Surcharges (z. B. Zuschläge für Bunkeröl und Hafengebühren), die den Abschlüssen von Frachtverträgen zugrunde liegen.
- Aus diesen Angaben werden (Brutto-) Frachtraten je Güterart in einer bestimmten Fahrtrelation auf Pier/

Pier-Basis für den Berichtsmonat berechnet, wobei zeitlich begrenzte Abschläge (z B „Kampfrabatte“) abgezogen werden. Ziel ist die Erfassung der effektiven Rate.

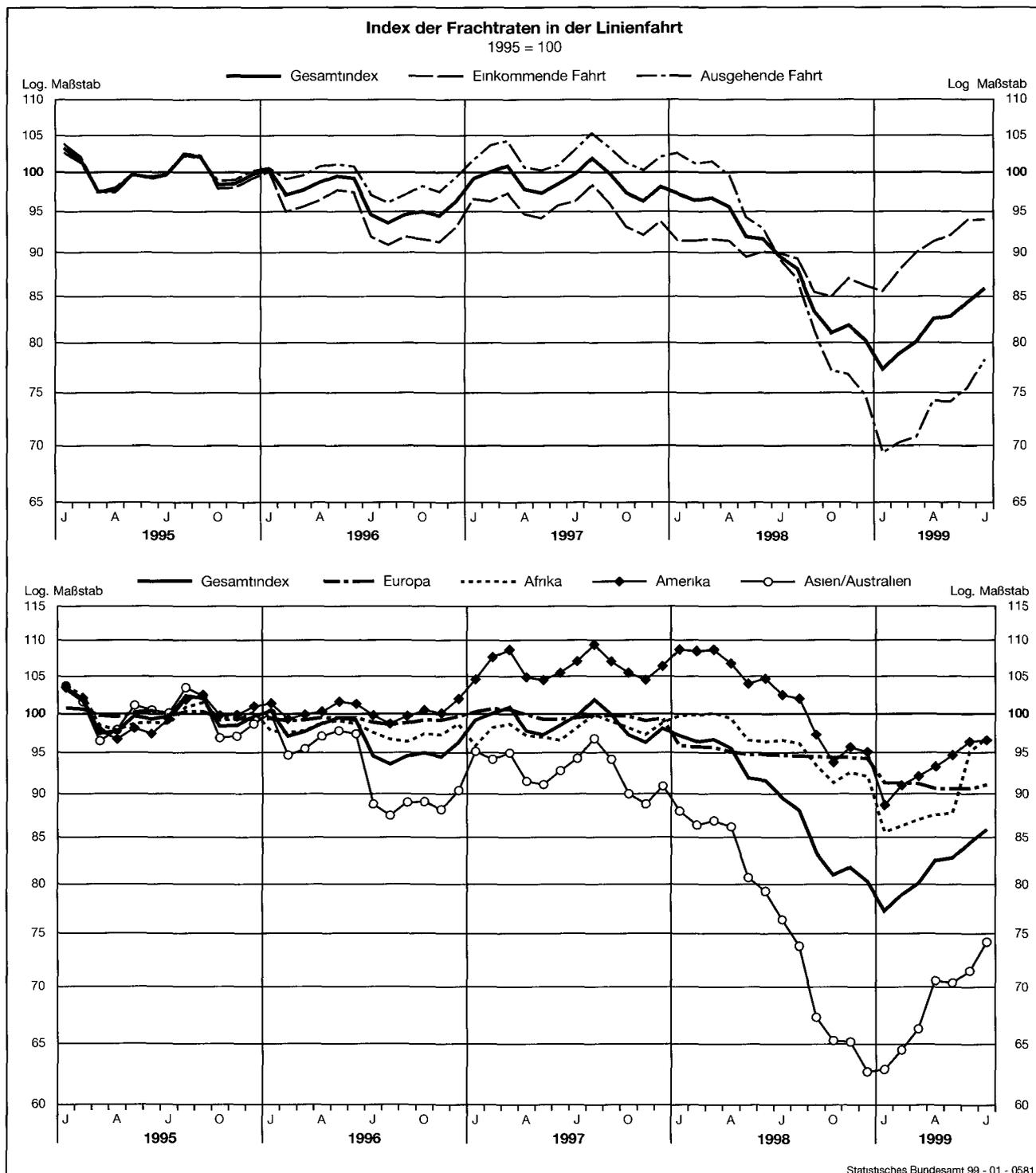
werden mit Hilfe des amtlichen Monatsmittelkurses in DM umgerechnet. Gegenwärtig werden 30% der Grundraten in US-Dollar, 69% in DM und 1% in anderen Währungen gemeldet.

- Soweit im multimodalen Haus/Haus-Verkehr via See kombinierte Raten (intermodal rates) angewandt werden, geht nur die anteilige Frachtrate für den reinen Seetransport in die Indexberechnung ein
- Die Frachtraten werden in Originalwährung erhoben. Frachtraten, die auf andere Währungen als DM lauten,

Berechnungsmethode und -grundlage

Im Rahmen der Indexreform auf Basis 1995 wurde das Berechnungsmodell neu konzipiert mit dem Ziel, die Aussagefähigkeit der Indexberechnung zu erhöhen und dem

Schaubild 1



Statistisches Bundesamt 99 - 01 - 0581

zunehmenden Anteil des Containerverkehrs in der Seeschiffahrt Rechnung zu tragen.

Der bisherige Indexaufbau stellte auf die Güterart und ihren Verpackungs- bzw. Verlademodus ab. Heute ist die Güterart nicht mehr das entscheidende preisstatistische Merkmal und entzieht sich zunehmend einer präzisen statistischen Erfassung, da eine eindeutige gütersystematische Zuordnung der Containerfracht nicht immer gegeben ist. Der neue Indexaufbau stellt die Fahrtrelationen in den Vordergrund und unterscheidet erst auf der zweiten Stufe nach Güterarten. Der Verpackungs- bzw. Ladungsart wird bei der Frachtratermittlung Rechnung getragen.

Die Indexberechnung auf Basis 1995 stützt sich auf insgesamt 672 Frachtratenreihen, die als Maßzahlen auf der Grundlage des Ratenstandes im Basisjahr dargestellt werden.

Im Hinblick auf die wesentlichen Rechenvorgänge kann der Index als gewogenes arithmetisches Mittel aus den Ratenmaßzahlen bezeichnet werden, die für eine repräsentative Auswahl von Transporten bedeutender Seehandelsgüter in wichtigen Fahrtrelationen gebildet werden. Als Wägungszahlen dienen die Anteile der nach Fahrtgebieten aufgeteilten Güter am Gesamtfrachtwert.

Wägungsableitung

Der für die Wägung erforderliche Gesamtwert der Linienfrachten im Seeverkehr mit den deutschen Nordseehäfen liegt nicht vor. Deshalb muß die Bezugsgröße des Frachtratenindex der Linienfahrt behelfsweise ermittelt werden. Ausgangsdaten hierfür liefert die Seeverkehrsstatisik mit Angaben über die im Rahmen der Linienfahrt in deutschen Seehäfen umgeschlagenen Gütermengen im Basisjahr 1995. Dieses entsprechend den in der Verkehrsstatisik verwendeten Klassifikationen nach Verkehrs-

beziehungen und Gütergruppen⁴⁾ tief gegliederte Datenmaterial muß zunächst für preisstatistische Zwecke zusammengefaßt werden, und zwar nach wichtigen Fahrtrelationen und Gütergruppen.

Für die Indexberechnung auf Basis 1995 wurden 117 Fahrtrelationen nach dem Konzentrationsprinzip ausgewählt. Es werden insgesamt rund 80 Güterarten unterschieden. Zusammen ergeben sich daraus 672 Indexpositionen. Für jede dieser Positionen ist eine Jahresdurchschnittsfrachtrate als arithmetisches Mittel aus den im Basisjahr ermittelten Monatsdurchschnittsraten zu errechnen, um durch Multiplikation der Gütermenge mit der entsprechenden Durchschnittsfrachtrate des Basisjahres zu Frachtwerten zu gelangen.

Soweit es sich bei den Frachtraten des Basisjahres um Containerraten⁵⁾ handelt, müssen diese in Frachtraten je Tonne umgerechnet werden. Zur Ermittlung entsprechender Korrekturfaktoren je Güterart wurden das spezifische Gewicht sowie die Abmessung der transportierten Güter einerseits und die Tragfähigkeit und Maße der Containertypen andererseits berücksichtigt. Zur Schätzung der Auslastung der Container lieferten Fachleute der Reedereien die erforderlichen Informationen.

Mit den auf diese Weise geschätzten Frachtwerten konnten dann die Indexgewichte auf neuer Basis abgeleitet werden. Die neue Wägungsstruktur ist in Tabelle 1 in zusammengefaßter Form wiedergegeben.

⁴⁾ Hierbei handelt es sich um das Verzeichnis der Verkehrsgebiete und Verkehrsbezirke (in der 1995 gültigen Fassung) sowie das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatisik, Ausgabe 1969.

⁵⁾ Die sogenannte Containerisierung (zunehmender Anteil des Containerverkehrs) ist in den letzten Jahren rasant fortgeschritten, inzwischen beziehen sich über 90% der Meldungen zur Linienfahrt auf Containerraten.

Schaubild 2

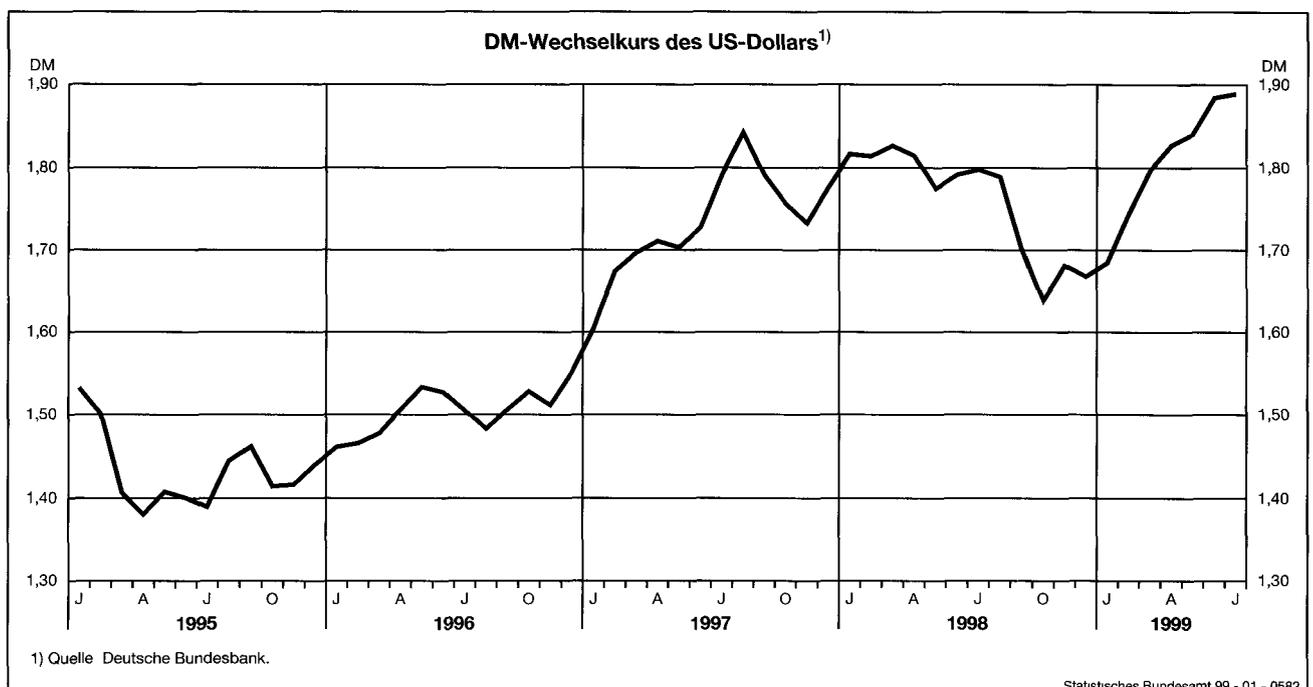


Tabelle 1 Index der Frachtraten in der Linienfahrt
Wagungsanteile sowie Anzahl der Ratenreihen auf Basis 1995

Verkehrsrelation	Wagungsanteile	Ratenreihen
	%	Anzahl
Gesamtindex	1 000	672
Einkommende Linienfahrt	485,19	285
Ausgehende Linienfahrt	514,81	387
Europa	126,83	117
Afrika	69,31	62
Amerika	357,71	235
Asien/Australien	446,15	258

Verbesserte Darstellung der Ergebnisse

Die Indexgliederung in einkommende und ausgehende Fahrt wird auch auf der Basis 1995 beibehalten. Auf die bisherige Gliederung in die Güterbereiche kon-

Tabelle 2 Index der Frachtraten in der Linienfahrt
Ergebnisse der Neuberechnung auf Basis 1995

Jahr Monat	Linien- fahrt ins- gesamt	Einkom- mende Fahrt	Aus- gehende Fahrt	Europa	Afrika	Amerika	Asien/ Austra- lien
1996 D	96,8	94,4	99,0	99,2	97,8	100,4	93,0
1997 D	98,9	95,4	102,3	99,8	97,9	106,3	92,9
1998 D	89,5	89,0	89,8	94,9	96,2	102,3	76,5
1995 Januar	103,3	103,9	102,7	100,8	103,7	103,5	103,7
Februar	101,7	102,1	101,3	100,6	102,4	102,1	101,6
Marz	97,5	97,5	97,5	99,8	98,5	97,8	96,5
April	97,7	98,0	97,4	99,6	97,9	96,7	97,9
Mai	99,7	99,8	99,6	100,2	98,7	98,1	101,1
Juni	99,3	99,1	99,4	100,4	98,9	97,4	100,5
Juli	99,7	99,6	99,8	99,8	98,7	99,3	100,1
August	102,4	102,6	102,2	100,3	100,9	101,9	103,5
September	102,1	102,3	102,0	100,3	101,5	102,5	102,4
Oktober	98,4	97,9	98,9	99,5	99,2	99,8	96,9
November	98,5	98,0	99,0	99,4	99,2	99,9	97,1
Dezember	99,7	99,2	100,2	99,3	100,3	101,0	98,7
1996 Januar	100,4	100,1	100,6	99,4	97,8	101,4	100,1
Februar	97,1	95,0	99,1	99,1	97,6	99,3	94,7
Marz	97,7	95,6	99,6	99,2	97,8	99,9	95,5
April	98,7	96,4	100,8	99,5	98,8	100,3	97,1
Mai	99,5	97,7	101,1	99,5	99,1	101,6	97,8
Juni	99,2	97,4	100,8	99,5	98,7	101,3	97,4
Juli	94,6	91,9	97,1	98,9	97,6	99,8	88,8
August	93,6	90,9	96,1	98,6	96,7	98,7	87,5
September	94,6	91,9	97,1	98,8	96,4	99,7	89,0
Oktober	95,0	91,6	98,2	99,2	97,4	100,5	89,1
November	94,5	91,3	97,5	99,2	97,3	100,1	88,2
Dezember	96,3	93,1	99,4	99,7	98,7	102,0	90,4
1997 Januar	99,2	96,6	101,7	100,3	95,9	104,6	95,2
Februar	100,1	96,3	103,7	100,7	98,2	107,7	94,2
Marz	100,9	97,3	104,3	100,6	98,7	108,7	95,0
April	97,8	94,7	100,7	99,9	97,2	104,9	91,5
Mai	97,3	94,2	100,3	99,3	97,0	104,5	91,1
Juni	98,5	95,8	101,0	99,3	96,6	105,5	92,8
Juli	99,8	96,3	103,1	99,5	98,2	107,1	94,3
August	101,9	98,3	105,3	99,8	99,9	109,4	96,8
September	99,9	96,1	103,4	99,8	99,0	107,1	94,2
Oktober	97,3	93,1	101,3	99,7	98,2	105,5	90,0
November	96,3	92,1	100,3	99,1	97,3	104,5	88,8
Dezember	98,1	93,8	102,1	99,4	98,8	106,4	90,9
1998 Januar	97,2	91,4	102,6	95,9	99,8	108,7	88,0
Februar	96,4	91,4	101,2	95,8	99,8	108,5	86,4
Marz	96,7	91,6	101,5	95,7	100,1	108,7	86,9
April	95,6	91,4	99,6	95,1	99,4	106,8	86,2
Mai	91,9	89,5	94,3	94,8	96,6	104,0	80,7
Juni	91,6	90,1	92,9	94,8	96,4	104,7	79,3
Juli	89,5	89,9	89,1	94,7	96,6	102,5	76,4
August	88,1	89,3	86,9	94,6	96,2	102,0	73,8
September	83,3	85,5	81,2	94,5	93,4	97,3	67,3
Oktober	81,0	85,0	77,2	94,4	91,3	93,8	65,3
November	81,8	87,0	76,8	94,4	92,6	95,7	65,2
Dezember	80,3	86,2	74,8	94,3	92,1	95,1	62,7
1999 Januar	77,3	85,6	69,4	91,3	85,6	88,7	62,9
Februar	78,9	88,0	70,3	91,3	86,3	91,0	64,5
Marz	80,1	90,0	70,8	91,2	87,0	92,1	66,3
April	82,5	91,3	74,2	90,6	87,6	93,3	70,6
Mai	82,8	92,1	74,1	90,6	87,8	94,7	70,4
Juni	84,4	93,9	75,5	90,6	95,1	96,4	71,5
Juli	85,9	94,0	78,3	91,1	96,8	96,6	74,2

ventionelles Stuckgut und Massengut sowie Container, wird verzichtet, da inzwischen – wie bereits erwähnt – der Containerverkehr die konventionellen Transportarten weitgehend verdrängt hat. Dafür wird eine neue Ergebnisgliederung in regionaler Hinsicht eingeführt, und zwar für die vier Relationen Europa, Afrika, Amerika und Asien/Australien. Damit wird dem immer wieder geäußerten Wunsch zahlreicher Nutzer nach einem Nachweis von Teilindizes für wichtige Fahrtgebiete – soweit es das Datenmaterial zuläßt – entsprochen.

Die Ergebnisse der Neuberechnung auf Basis 1995 sind in Tabelle 2 ab Januar 1995 dargestellt. Sie ersetzen die bisher auf Basis 1991 veröffentlichten Indexwerte. Das Schaubild 1 zeigt den Verlauf des Gesamtindex sowie der berechneten Teilindizes für den Zeitraum der Rückrechnung. Nach relativer Stabilität in den Jahren 1995 bis 1997 gehen die Indizes im Laufe des Jahres 1998 deutlich zurück. In dem überdurchschnittlichen Rückgang des Teilindex für Asien/Australien schlägt sich die mangelnde Transportnachfrage infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien nieder. Auffallend ist ferner der relativ stärkere Ratenverfall in der ausgehenden Fahrt im Vergleich zur einkommenden Fahrt; auch hier manifestieren sich freie Ladekapazitäten infolge wirtschaftlicher Probleme wichtiger Abnehmerländer deutscher Produkte. Zu Beginn des Jahres 1999 zeichnet sich eine Trendwende ab. Seither ist die Ratenentwicklung in allen Verkehrsrichtungen aufwärts gerichtet. In Schaubild 2 ist die Entwicklung des DM-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar dargestellt, die einen beträchtlichen Einfluß auf die Ratenentwicklung aus deutscher Sicht hat.

Index der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt

Erfassungsbereich

Der Index der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt mißt die Entwicklung der Charterraten für Trockenfrachter, die an internationalen Frachtenbörsen erzielt worden sind. Die erfaßten Charterraten beziehen sich auf Zeitcharterverträge für Rund- und Zeitreisen mit Beschäftigungsperioden bis zu 24 Monaten. Dabei handelt es sich um Abschlüsse für den weltweiten Einsatz von Trockenfrachtern unter verschiedenen Flaggen. Welche Abschlüsse für den Seetransport deutscher Außenhandelsgüter getätigt werden, ist dabei nicht erkennbar. Im Sinne der Preisstatistik ist der Zeitcharter in der Trampfahrt als Miete von Schiffs-transportraum (einschließlich Nebenkosten) anzusehen.

Der Index der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt wird nach der Laspeyres-Formel mit festen Gewichten des Basisjahres berechnet. Die preistheoretische Forderung nach Konstanz der preisbestimmenden Merkmale im Zeitablauf kann bei dieser Indexberechnung allerdings nicht erfüllt werden. Es fehlen nämlich Angaben über die effektive Beschäftigungsdauer sowie über technische Merkmale, wie zum Beispiel den Bunkerölverbrauch und die Geschwindigkeit, die die Höhe des Tagesmietsatzes signifikant beeinflussen dürften.

Berechnungsmethode und Berechnungsgrundlage

Das Ratenmaterial wird aus der Fachpresse entnommen. Es handelt sich dabei um borsenttäglich veröffentlichte Quotierungen von Tagesmietsätzen (in US-Dollar) für Trockenfrachter in Zeitcharter. Aus ihnen werden Monatsdurchschnittssätze für festgelegte Schiffsgrößenklassen errechnet. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Tonnage werden diese Monatsdurchschnittssätze in Charraten je tdw⁶⁾ umgerechnet. Mit Hilfe des amtlichen Monatsmittelkurses erfolgt eine Umrechnung von US-Dollar in DM

Die Indexberechnung auf Basis 1995 beruht auf sieben einzelnen Charratenreihen, die in der Form von Meßzahlen auf der Grundlage des Ratenstandes im Basisjahr dargestellt werden. Der Index ergibt sich als gewogenes arithmetisches Mittel aus diesen Meßzahlen. Als Wägungszahlen dienen die Anteile am Gesamtcharterwert im Basisjahr, die auf die Frachter der einzelnen Schiffsgrößenklassen entfallen.

Wägungsableitung

Die für die Aufstellung des Wägungsschemas eigentlich erforderlichen Angaben über Vercharterungserlöse im Basisjahr liegen nicht vor. Deshalb wird als Bezugsgröße des Gesamtindex behelfsweise ein Gesamtcharterwert für das Jahr 1995 ermittelt. Er ergibt sich aus der Summe der einzelnen Charterwerte des Jahres 1995, die durch Multiplikation der in der Fachpresse veröffentlichten Tagesmietsätze (von US-Dollar in DM umgerechnet) mit der Tragfähigkeit des Frachters (in tdw) errechnet werden. Für das

Tabelle 3: Index der Zeitcharraten in der Tramp-Trockenfahrt
Wägungsanteile sowie zugrunde liegendes Tonnagevolumen auf Basis 1995

Großenklasse	Wägungsanteil	Basisrate	Erfäßtes Tonnagevolumen 1995
	%	DM je tdw	Mill tdw
Trockenfahrt (Zeitcharter) insgesamt	100	x	191.827
von bis tdw			
10 001 bis 30 000 tdw	9,0	16,40	10.559
30 001 bis 40 000 tdw	11,8	14,14	15.894
40 001 bis 60 000 tdw	12,3	12,39	19.005
60 001 bis 70 000 tdw	39,7	9,86	76.692
70 001 bis 80 000 tdw	14,0	9,35	28.505
80 001 tdw und mehr	13,2	5,85	41.172

Basisjahr 1995 wurden insgesamt 2863 Zeitcharterabschlüsse mit einem Tonnagevolumen von 191,8 Mill tdw erfaßt (siehe Tabelle 3). Da – wie bereits erwähnt – Informationen über die effektive Beschäftigungsdauer der einzelnen Zeitcharter fehlen, wird bei der Wägungsableitung unterstellt, daß die durchschnittliche Beschäftigungszeit bei allen Schiffsgrößenklassen gleich ist.

Darstellung der Ergebnisse

Neben dem Gesamtindex der Zeitcharraten in der Tramp-Trockenfahrt werden wie bisher Teilindizes für sechs Hauptschiffsgrößenklassen sowie zwei Unterklassen berechnet.

Die Ergebnisse der Neuberechnung auf Basis 1995 sind in Tabelle 4 ab Januar 1995 dargestellt. Sie ersetzen die bisher auf Basis 1991 veröffentlichten Indexwerte. Schaubild 3 veranschaulicht die mittelfristige Ratenentwicklung auf dem Zeitchartermarkt. Auch hier hat die Entwicklung des US-Dollarkurses gegenüber der DM einen beträchtlichen Einfluß auf die Ratenentwicklung aus deutscher Sicht.

⁶⁾ Tons deadweight = Tragfähigkeit eines Schiffes in Gewichtstonnen

Schaubild 3

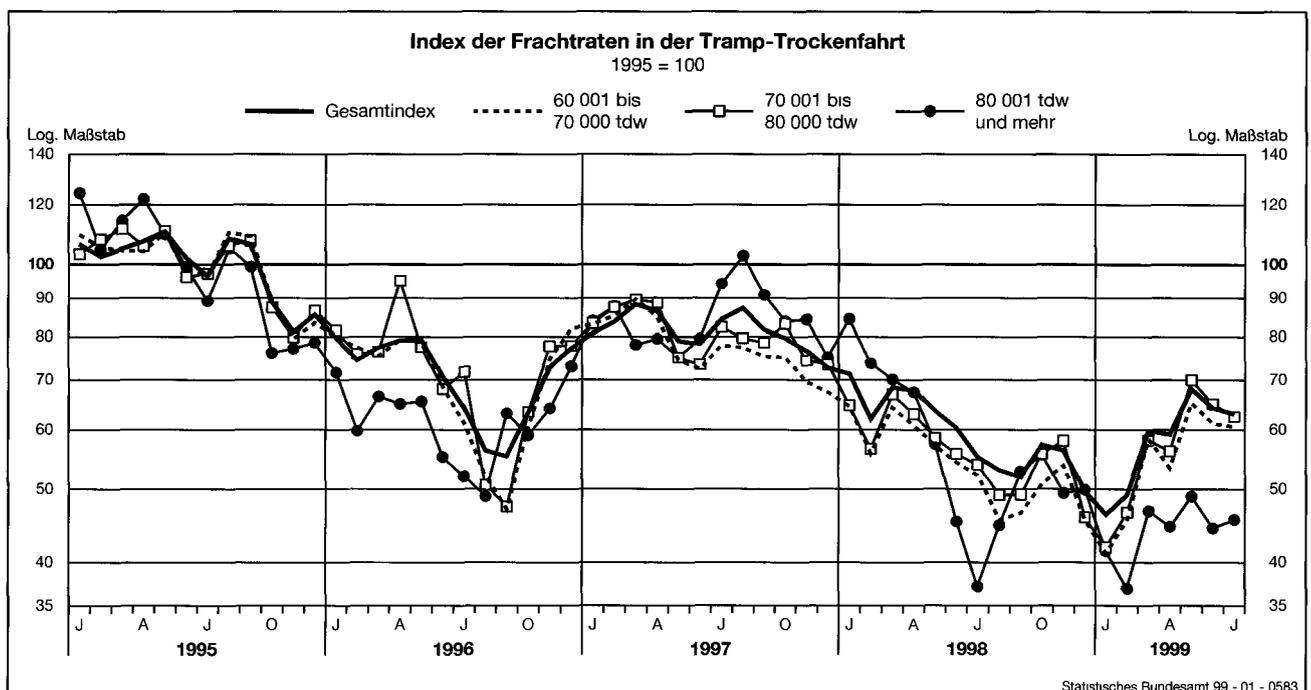


Tabelle 4 Index der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt

Ergebnisse der Neuberechnung auf Basis 1995

Jahr Monat	Trockenfahrt (Zeitcharter) insgesamt	Von bis idw					
		10 001 bis 30 000 idw	30 001 bis 40 000 idw	40 001 bis 60 000 idw	60 001 bis 70 000 idw	70 001 bis 80 000 idw	80 001 idw und mehr
1996 D	70,8	79,6	74,2	73,1	69,7	71,9	62,0
1997 D	81,5	92,0	80,1	85,5	77,6	80,7	84,5
1998 D	59,8	76,1	65,6	66,4	54,2	56,4	57,3
1995							
Januar	106,4	96,5	92,4	101,5	109,4	103,2	124,4
Februar	102,4	95,4	91,3	99,1	105,5	107,9	104,6
Marz	104,9	97,0	99,7	100,2	104,3	111,4	114,2
April	107,3	104,7	108,3	105,0	104,0	105,8	122,1
Mai	110,5	113,2	113,3	108,2	110,1	110,6	109,6
Juni	101,9	110,5	116,5	101,6	98,6	96,3	99,3
Juli	96,6	99,3	97,7	99,7	97,0	97,3	89,2
August	108,2	106,3	112,9	104,4	110,1	105,9	105,1
September	106,3	104,1	105,7	105,7	108,9	107,5	99,3
Oktober	88,8	100,3	89,5	93,9	89,2	87,4	76,1
November	81,2	80,9	84,1	90,2	79,5	79,8	77,1
Dezember	85,5	92,0	88,7	90,5	83,4	86,6	78,6
1996							
Januar	79,9	85,3	82,9	80,2	79,9	81,5	71,6
Februar	74,4	79,1	74,8	74,7	77,4	75,9	59,8
Marz	77,4	79,4	83,9	89,4	75,4	76,3	66,5
April	79,1	81,7	79,3	73,7	79,2	95,1	65,0
Mai	79,3	90,2	86,4	83,1	78,7	77,5	65,5
Juni	70,7	87,9	80,9	75,5	68,4	68,1	55,2
Juli	64,2	69,8	72,2	67,2	61,2	71,7	52,0
August	56,3	72,7	63,9	64,7	52,0	50,7	48,9
September	55,3	67,4	67,2	62,7	47,0	47,4	63,1
Oktober	63,3	76,6	63,1	67,2	60,5	63,4	59,0
November	72,8	80,5	69,5	68,5	74,6	77,7	64,1
Dezember	77,2	84,3	66,6	70,5	82,0	77,8	73,0
1997							
Januar	80,8	80,0	69,5	78,9	83,0	83,3	83,9
Februar	83,7	82,6	77,2	77,0	85,2	87,4	87,7
Marz	88,2	92,5	86,1	92,2	89,6	89,5	78,0
April	86,4	85,7	85,9	97,7	84,7	88,7	79,5
Mai	79,0	89,3	88,8	85,8	74,4	75,0	75,0
Juni	78,2	97,2	75,5	90,2	72,3	73,4	79,5
Juli	84,3	92,3	86,2	89,3	77,8	82,3	94,2
August	87,2	117,8	77,9	97,6	77,4	79,6	102,7
September	81,7	95,6	83,8	84,1	75,2	78,6	90,9
Oktober	79,7	87,7	79,6	80,6	75,1	83,2	83,8
November	76,6	95,3	78,2	78,5	69,5	74,3	84,3
Dezember	72,6	88,0	72,6	74,5	67,3	73,4	75,0
1998							
Januar	71,3	83,5	69,5	79,9	64,5	64,7	84,4
Februar	62,1	80,8	58,1	66,8	55,8	56,6	73,7
Marz	68,4	78,6	64,9	77,2	64,3	67,0	70,1
April	67,8	90,5	80,5	67,6	60,8	63,0	67,4
Mai	63,6	83,4	72,4	73,9	57,1	58,5	57,4
Juni	60,4	77,8	73,2	76,8	54,3	55,7	45,3
Juli	55,2	71,0	68,4	62,4	52,1	53,9	37,1
August	53,0	75,7	66,9	60,2	45,5	49,1	44,8
September	51,9	68,0	55,0	56,7	46,5	49,2	52,8
Oktober	57,3	69,9	65,6	64,7	50,8	55,7	55,6
November	56,3	69,6	58,2	59,0	53,7	58,0	49,4
Dezember	49,7	64,5	54,6	52,1	45,5	45,9	49,9
1999							
Januar	46,3	62,8	56,5	51,3	41,1	41,9	41,4
Februar	49,2	70,0	55,3	55,9	45,6	46,6	36,9
Marz	59,8	70,5	67,9	65,1	58,4	58,1	46,8
April	59,2	79,6	70,4	71,6	53,3	56,2	44,6
Mai	68,1	76,7	76,0	82,4	65,2	70,0	48,9
Juni	64,2	80,4	74,3	72,2	61,2	65,0	44,4
Juli	63,0	76,9	71,3	72,3	60,6	62,5	45,6

Index der Reisecharterraten in der Tramp-Tankerfahrt

Erfassungsbereich

Der Index der Reisecharterraten in der Tramp-Tankerfahrt mißt die Entwicklung der Charterraten für Tanker, die an internationalen Frachtenbörsen unter Bezugnahme auf sogenannte WORLDSCALE-Meßzahlen für prompte und zeitnahe Einzelreisen vereinbart wurden. Die erfaßten Abschlüsse erstrecken sich auf die einkommende Tankerfahrt der nordeuropäischen Häfen (Großbritannien und Nordirland/Kontinent) ab weltweiten Verschiffungsplätzen. Welche der gecharterten Tanker speziell für Mineralöl-erzeugnisse zur Einfuhr in Deutschland bestimmt sind, läßt sich dabei nicht feststellen.

Der weitaus größte Teil der Mineralöltransporte über See wird auf Werksflotten (unternehmenseigene oder langfristige gemietete Tanker) abgewickelt und entzieht sich damit der Preisbeobachtung. Mit dem Reisecharter wird häufig der nur unregelmäßig auftretende Bedarf an zusätzlicher Tankertonnage gedeckt. Gleichwohl kann der Index der Reisecharterraten in der Tankerfahrt als Indikator für den Tankermarkt angesehen werden.

Berechnungsmethode und Berechnungsgrundlage

Als Grundlage für das Aushandeln von Abschlüssen in der Tankerfahrt dient das von der Worldscale Association (London) Limited zusammen mit der Worldscale Associa-

tion (NYC) Inc jährlich herausgegebene Frachtratenverzeichnis New Worldwide Tanker Nominal Freight Scale (WORLDSCALE). Es wird jährlich zum 1. Januar einer Revision unterzogen, bei der die Basisraten (in US-Dollar je Tonne) an veränderte Bunkerölpreise und/oder Hafengebühren angepaßt werden. Die im Laufe des Jahres vereinbarten Zu- und Abschläge zu bzw. von diesen Basisraten werden in Form von Meßzahlen ausgedrückt, wobei die Basisrate für jede einzelne Reiseroute zu Beginn des Jahres gleich 100 gesetzt wird. Die Abschluß-Meßzahlen werden aus der Fachpresse entnommen und anstelle von absoluten Charraterraten für die Preisbeobachtung auf dem Tankermarkt verwendet. Aus den im Laufe des Monats bekanntgewordenen Abschluß-Meßzahlen werden Monatsdurchschnittsmeßzahlen für festgelegte Schiffsgrößenklassen errechnet. Sie werden mit Hilfe des amtlichen Monatsmittelkurses des US-Dollars in DM-Äquivalente umgerechnet.

Seit 1980 werden die WORLDSCALE-Durchschnittsmeßzahlen zu einem Index zusammengefaßt. Der Index ergibt sich als gewogenes arithmetisches Mittel aus den WORLDSCALE-Durchschnittsmeßzahlen, die für fünf Schiffsgrößenklassen bei Rohöltransporten und vier Schiffsgrößenklassen bei der Beförderung von Mineralölprodukten ermittelt werden. Als Wägungszahlen dienen die Anteile der einzelnen Schiffsgrößenklassen an der Gesamttonnage im Jahr 1995.

Zur Gesamttonnage (in tdw) aller im Jahr 1995 erfaßten Tanker (unter verschiedenen Flaggen) als Bezugsgröße für die Wägungsableitung mußte behelfsweise gegriffen werden, da Angaben über die erzielten Umsätze im Reisecharter fehlten. Berücksichtigt wurden dabei Tanker aller Größenklassen, die Rohölladungen transportierten, sowie Tanker mit einer Tragfähigkeit bis zu 80 000 tdw, die Mineralölprodukte beförderten. In die Wägungsableitung wurden insgesamt 1 719 Reisecharterabschlüsse mit einer Gesamttonnage von 158,4 Mill. tdw einbezogen (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5 Index der Reisecharterraten in der Tramp-Tankerfahrt
Wägungsanteile sowie zugrunde liegendes Tonnagevolumen auf Basis 1995

Güterart Größenklasse	Wägungsanteil	Erfaßtes Tonnagevolumen 1995
	%	Mill. tdw
Tankerfahrt (Reisecharter) insgesamt	100	158,396
Rohes Erdöl zusammen	94,07	148,997
von bis unter tdw		
unter 80 000	13,16	20,842
unter 55 000	5,27	8,344
55 000 - 80 000	7,89	12,498
80 000 - 160 000	44,75	70,878
160 000 und mehr	36,16	57,277
Mineralölprodukte zusammen	5,93	9,399
von bis unter tdw		
unter 25 000	0,79	1,251
25 000 - 30 000	3,57	5,660
30 000 - 35 000	1,09	1,727
35 000 - 80 000	0,48	0,761

Wegen der erwähnten jährlichen Revision des Tarifschemas ergibt sich jeweils zu Jahresbeginn ein Bruch in der Zeitreihe, dessen Ausmaß nicht zu quantifizieren ist. Daher sind die WORLDSCALE-Meßzahlen nur innerhalb

Tabelle 6 Index der Reisecharterraten in der Tramp-Tankerfahrt
Worldscale = 100¹⁾

Jahr Monat	Insgesamt	Rohes Erdöl				Mineralöl- produkte
		zu- sammen	bis unter 80 000 tdw	80 000 bis unter 160 000 tdw	160 000 tdw und mehr	
1995 Januar	96,9	89,0	137,8	104,9	51,4	223,0
Februar	89,0	81,4	126,9	94,2	49,1	209,3
März	79,5	72,6	113,8	83,4	44,4	189,2
April	78,3	72,1	118,1	83,2	41,7	176,9
Mai	78,1	71,6	129,0	81,5	38,5	180,8
Juni	84,2	78,3	143,9	83,8	47,6	178,3
Juli	90,4	84,5	137,9	94,9	52,3	184,8
August	91,9	86,2	131,2	97,7	55,6	182,4
September	85,8	80,2	116,6	92,6	51,6	175,3
Oktober	80,4	75,2	118,8	88,0	43,6	162,4
November	80,9	76,3	112,0	88,4	48,4	154,1
Dezember	84,2	78,9	116,0	88,4	53,5	168,6
1996 Januar	104,4	97,1	151,0	111,4	59,7	220,4
Februar	116,0	108,4	166,9	133,4	56,1	235,8
März	106,9	98,2	162,5	108,2	62,5	244,4
April	108,4	100,2	164,5	111,4	62,9	238,8
Mai	109,8	101,2	160,5	117,9	58,9	246,1
Juni	112,3	104,3	182,8	111,8	66,4	239,0
Juli	103,9	96,8	158,2	103,3	66,3	216,3
August	98,1	92,9	138,8	99,0	68,6	179,8
September	93,0	87,7	142,7	97,5	55,6	176,4
Oktober	107,0	101,9	157,9	116,5	63,5	188,6
November	98,8	92,8	139,9	104,7	60,9	193,5
Dezember	96,8	90,4	150,2	103,8	52,2	197,9
1997 Januar	103,9	96,0	146,4	109,3	61,1	229,5
Februar	106,8	97,0	159,0	106,9	62,2	262,0
März	118,1	110,6	165,5	128,1	68,9	237,4
April	109,4	103,0	160,6	112,0	70,8	211,4
Mai	113,4	106,3	170,9	120,7	65,0	225,4
Juni	113,0	106,2	173,9	116,7	68,6	220,9
Juli	114,8	108,9	171,8	118,4	74,4	208,0
August	117,1	111,7	170,9	119,6	80,3	202,0
September	118,2	113,4	169,7	123,5	80,4	194,0
Oktober	122,3	118,6	168,6	129,0	87,5	180,7
November	117,2	113,6	149,4	124,8	86,7	174,2
Dezember	110,0	105,5	154,7	116,9	73,4	181,8
1998 Januar	97,2	93,5	130,7	109,4	60,3	155,9
Februar	90,8	86,6	118,9	95,0	64,3	156,7
März	91,4	88,5	114,4	99,8	65,0	137,6
April	92,2	88,7	123,2	97,8	64,9	148,3
Mai	92,1	88,5	125,4	87,9	75,9	149,5
Juni		88,1	126,5	95,0	65,5	
Juli	97,3	93,6	138,1	95,2	75,6	155,3
August	87,9	83,8	122,3	88,4	64,2	153,1
September	74,5	70,0	107,6	73,6	51,7	145,3
Oktober	75,8	71,4	106,4	76,5	52,4	146,4
November	81,1	76,6	109,2	85,3	54,1	151,9
Dezember	78,2	72,8	97,6	84,4	49,3	163,4
1999 Januar	90,2	85,4	124,7	96,2	57,7	166,6
Februar	97,2	90,6	133,5	100,5	62,8	202,0
März	99,0	92,8	123,3	99,8	73,1	197,9
April	92,4	87,2	141,9	100,5	50,8	174,2
Mai	93,8	88,0	139,9	99,1	55,4	185,8
Juni	91,8	86,0	162,2	89,5	54,0	183,0
Juli	89,9	84,4	155,1	87,5	54,9	176,6

¹⁾ Wegen der jährlich zum 1. Januar erfolgenden Anpassung des Frachtraten-schemas an aktuelle Bunkeröl- und Hafenkosten ist ein Vorjahresvergleich nicht sinnvoll.

eines Jahres uneingeschränkt vergleichbar und für eine mittel- und längerfristige Analyse ungeeignet. Um einen echten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, müßten die WORLDSCALE-Meßzahlen in absolute Charterraten umgewandelt werden, die dann in Beziehung zu den jeweiligen Durchschnittsraten des Basisjahres zu setzen wären. Der Berechnungsaufwand würde sich dadurch erheblich erhöhen.

Veröffentlichung

Die Indizes der Seefrachtraten werden auch auf der neuen Basis monatlich in Form einer Pressemitteilung veröffentlicht. Bis zum jeweiligen Basisjahr zurückreichende Zeitreihen (Monats- und Jahresdurchschnittswerte) enthält die

jährlich erscheinende Fachserie 17 „Preise“, Reihe 9
„Preise und Preisindizes für Verkehr und Nachrichten-
übermittlung“ Die Indexreihen sind auch in der Datenbank
STATIS-BUND enthalten und können via Internet
(<http://www.statistik-bund.de>) abgerufen werden.

Dipl.-Volkswirtin Irmtraud Beuerlein

Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 1999

Der vorliegende Beitrag basiert auf dem Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 1999, der vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, auf der vierten UGR-Presskonferenz in Frankfurt am Main am 29. September 1999 vorgestellt wurde. Ausgewählte Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) werden dargestellt und in Beziehung zu Fragestellungen im Schnittbereich zwischen Ökonomie und Umwelt erläutert. Weitere Ergebnisse und Informationen hierzu stehen als download-Angebot im Internet zur Verfügung (<http://www.statistik-bund.de>; unter der Rubrik Zahlen und Fakten/Basisdaten/Umwelt) bzw. können bei den Autoren angefordert werden

1 Zur Produktivität der Naturnutzung

Ein nachhaltiger und umweltverträglicher Umgang mit unserer physischen Umwelt verlangt einen möglichst schonenden Umgang mit den für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen notwendigen natürlichen Ressourcen. Wichtige Indikatoren für die Nachhaltigkeit der Ressourcennutzung durch die Wirtschaft sind die Entwicklung von Menge und Produktivität der notwendigen Einsatzfaktoren aus der Ökonomie (Nutzung von Arbeit und Kapital) und des Faktors Natur in ihren Funktionen als Ressourcenquelle und als Aufnahmebecken („Senke“) für Rest- und Schadstoffe. Die Entwicklung von Menge und Produktivität kann zeigen, ob der Trend in die

Produktivität – Indikator für die Effizienz der Faktornutzung

Die Produktivität eines Einsatzfaktors gibt an, wieviel wirtschaftliche Leistung mit der Nutzung einer Einheit dieses Faktors produziert wird

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{Bruttoinlandsprodukt (real)}}{\text{Einsatzfaktor}}$$

Die Produktivität drückt aus, wie effizient eine Volkswirtschaft mit dem Einsatz von Arbeit, Kapital und Natur umgeht. Direkt untereinander vergleichbar sind diese Faktoren wegen ihrer unterschiedlichen Beschaffenheit und Funktionen nicht. Die Beobachtung ihrer Entwicklung über längere Zeiträume kann aber darüber Auskunft geben, wie sich das Verhältnis dieser Faktoren verändert

Weiterhin ist zu beachten, daß bei der Berechnung von Produktivitäten der gesamte reale Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den jeweiligen Produktionsfaktor bezogen wird, obwohl das Produkt aus dem Zusammenwirken sämtlicher Produktionsfaktoren entsteht. Die ermittelte Produktivität kann deshalb nur als grobes Orientierungsmittel dienen

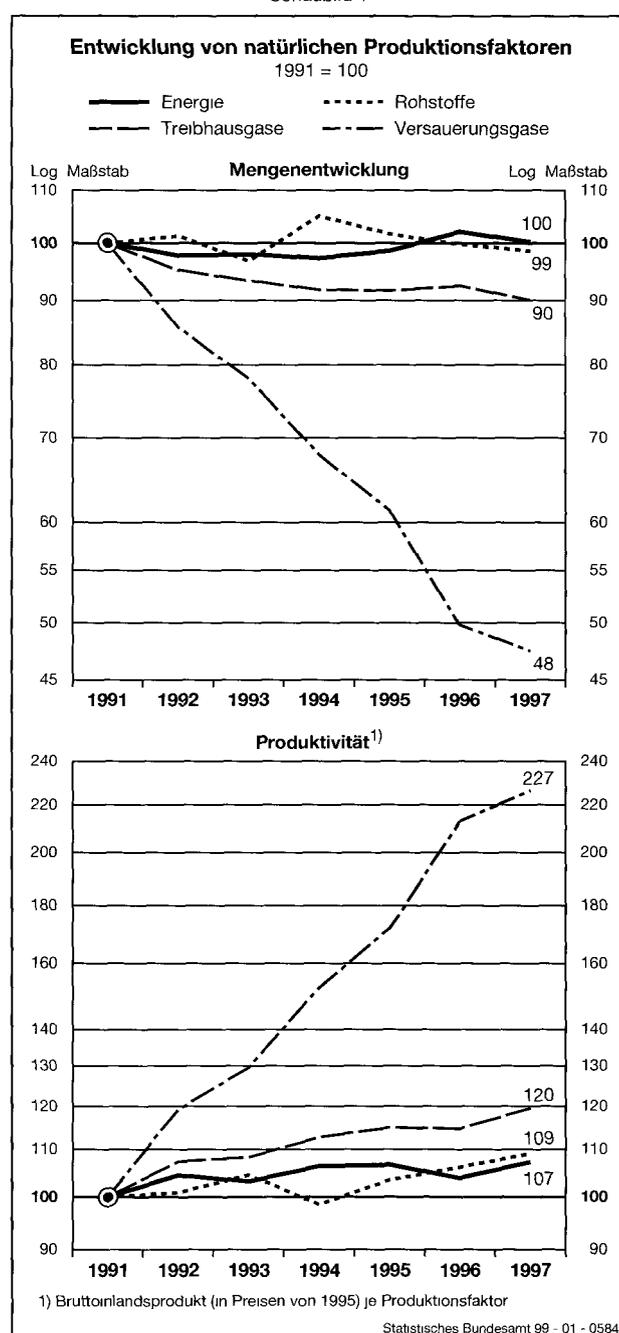
Die methodische Umstellung der Berechnung des Bruttoinlandsproduktes auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) mit gleichzeitigem Wechsel des Basisjahres auf 1995 hat Auswirkungen auf die Entwicklung der Produktivitäten im Zeitverlauf, so daß die Zahlen nicht mit vorherigen Veröffentlichungen vergleichbar sind

richtige Richtung geht, nicht aber, ob oder inwieweit das Ziel der Nachhaltigkeit erreicht wird

Die physischen Ströme der Volkswirtschaft bilden die Basis für die Berechnung von Produktivitäten, die im Falle der Natur als Ressourcenquelle aus dem Verhältnis von wirtschaftlicher Leistung und der Menge des jeweiligen Einsatzfaktors bestimmt werden. Bei der Natur als Senke für Rest- und Schadstoffe wird die Produktivität mittelbar durch das Verhältnis der wirtschaftlichen Leistung und der Menge an abgegebenen Rest- und Schadstoffen gemessen

Der mengenmäßige Einsatz der einzelnen Naturfaktoren hat sich in Deutschland in den neunziger Jahren unterschiedlich entwickelt. Die Natur als Ressourcenquelle wurde 1997 in ihrer Funktion als Rohstoff- und

Schaubild 1



Energieanbieter in etwa dem gleichen Umfang in Anspruch genommen wie 1991 (siehe Schaubild 1) Die Entwicklung des Energieverbrauchs war – von den witterungsbedingten Schwankungen abgesehen – durch den deutlichen Rückgang des Energieeinsatzes in den neuen Ländern zu Beginn der 90er Jahre beeinflusst. Beim Rohstoffverbrauch schlugen vor allem Schwankungen bei der Nachfrage nach Baurohstoffen durch

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche stieg zwischen 1993 und 1997 von 40310 km² auf 42050 km² (+4,3%) Dies entspricht einem Zuwachs von 120 ha pro Tag

Die Inanspruchnahme der Natur als Senke für Rest- und Schadstoffe ist seit 1991 im Bereich der Luftschadstoffe deutlich zurückgegangen, und zwar um rund 10% bei Treibhausgasen und mehr als 50% bei Versauerungsgasen. Die genannten Luftschadstoffe entstehen vor allem beim Einsatz von Energie Die im Vergleich zum Energieverbrauch deutlich günstigere Entwicklung beim Ausstoß von Treibhausgasen ist vor allem auf eine Änderung beim Energieträgermix zurückzuführen. Neben dem verstärkten Einsatz von Erdgas wurden insbesondere in den neuen Ländern ältere Braunkohlekraftwerke stillgelegt bzw. umgerüstet oder durch den Stand der Technik entsprechende Kraftwerke ersetzt. Der starke Rückgang bei der Abgabe von Versauerungsgasen ist – abgesehen von den Auswirkungen der genannten Änderungen beim Energieträgermix – vor allem das Ergebnis von Maßnahmen zur Rauchgasentschwefelung.

Der von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehende Druck zur Nutzung der Natur entwickelte sich im betrachteten Zeitraum vergleichsweise moderat.

Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich preisbereinigt zwischen 1991 und 1997 um knapp 8%, das entspricht einer jahresdurchschnittlichen Zunahme von rund 1,2% Gleichzeitig kann, bezogen auf diesen Anstieg, eine gewisse Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und der Inanspruchnahme der Natur für wirtschaftliche Zwecke festgestellt werden. Gemessen an den hier dargestellten Indikatoren wurde der Faktor Natur in Deutschland zunehmend effizienter eingesetzt Der Anstieg der Produktivität der Einsatzfaktoren Energie und Rohstoffe lag bei 7 1/2 bzw. 9% Die Produktivitäten bei der Nutzung der Natur als Senke für Rest- und Schadstoffe haben im gleichen Zeitraum noch stärker zugenommen, und zwar um ein Fünftel bei Treibhausgasen und um deutlich mehr als das Doppelte bei Versauerungsgasen (siehe Schaubild 1) Die Flächenproduktivität erhöhte sich zwischen 1993 und 1997 um 2%.

Als Vergleichsgrößen können in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Einsatzes von Arbeit und Kapital herangezogen werden Gemessen am Nachhaltigkeitsleitbild ist die gegenwärtige Situation eher durch eine Übernutzung der Natur und eine Unternutzung des Faktors Arbeit geprägt. Zwischen 1991 und 1997 hat sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um gut 6% verringert (siehe Tabelle 2 in der Tabellensammlung, Bezugsquellen siehe Vorbemerkung). Die Arbeitsproduktivität hat sich in diesem Zeitraum um fast 15% erhöht Die Inanspruchnahme der Umwelt durch Emissionen von Treibhaus- und

Einsatzfaktoren

Für die Nutzung folgender Einsatzfaktoren aus der Ökonomie und aus der Natur werden Produktivitäten dargestellt [siehe Schaubild 1 und Tabelle 2 in der Tabellensammlung (Bezugsquellen siehe Vorbemerkung)]

Nutzung ökonomischer Faktoren

Arbeit – Arbeitsvolumen als geleistete Arbeitsstunden (Mill. Std)

Kapital – Kapitalnutzung als Abschreibungen (Mill. DM in Preisen von 1995)

Natur als Ressourcenquelle

Fläche – Flächeninanspruchnahme als Siedlungs- und Verkehrsfläche (Mill. km²)

Energie – Energieverbrauch als Verbrauch von Primärenergie (Petajoule)

Rohstoffe – Rohstoffverbrauch als Entnahme von abiotischen Rohstoffen (verwertete abiotische Rohstoffe und importierte abiotische Güter, Mill. t)

Wasser – Wasserverbrauch als Entnahme von Wasser aus der Natur (Mill. m³)

Natur als Senke für Rest- und Schadstoffe

Treibhausgase – Belastung der Umwelt durch die Emission von Treibhausgasen

Versauerungsgase – Belastung der Umwelt durch die Emission von Versauerungsgasen

Abfall – Belastung der Umwelt durch die Abgabe von Abfall an die Natur

Abwasser – Belastung der Umwelt durch die Abgabe von genutztem Wasser an die Natur

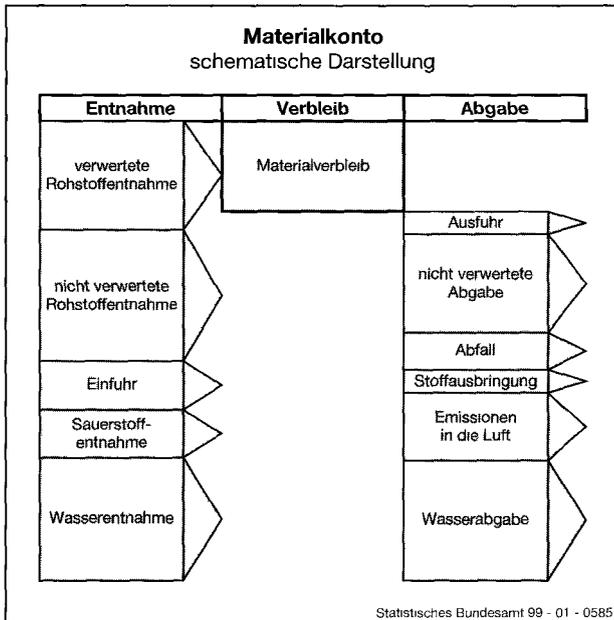
Versauerungsgasen ist also stärker zurückgegangen als beim Einsatz von Arbeit, während die Produktivität bei der Verwendung von Rohstoffen und Energie hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückblieb

2 Material – Die Basis der Wirtschaft

Die Herstellung von Gütern und deren Verbrauch ist ohne den Einsatz von Material nicht möglich. Wirtschaftliche Aktivitäten sind deshalb mit Materialflüssen verbunden. Das heißt, Material wird aus der Natur entnommen und nach der Umwandlung im Wirtschaftsprozess und im Konsum als Rest- und Schadstoffe wieder an die Natur abgegeben. Die Entnahme von Stoffen aus der Natur und deren Verarbeitung sowie die Nutzung der daraus hergestellten Produkte und Leistungen sowie die Beseitigung der dann entstehenden Reststoffe sind mit Belastungen von Mensch und Umwelt verbunden. Es handelt sich deshalb bei dem Materialverbrauch nicht um einen Indikator, der sich auf ein konkretes Umweltproblem bezieht. Der Materialverbrauch kann auf eine Vielzahl von Umweltproblemen hinweisen, wie zum Beispiel Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes sowie von Böden und Gewässern einschließlich Grundwasser bei der Entnahme von Rohstoffen sowie durch die Rest- und Schadstoffabgabe bei der Verarbeitung und dem Verbrauch der Materialien. Nicht zuletzt ist der Rohstoffverbrauch für die Lebensgrundlagen der künftigen Generationen von Bedeutung.

Das Statistische Bundesamt verfolgt in seinen Umweltökonomischen Gesamtrechnungen u. a. das Ziel, diese Stoffströme lückenlos in physischen Einheiten darzu-

Schaubild 2



stellen Die systematische Erfassung und Darstellung des Stoffdurchsatzes der Wirtschaft in einer „Materialbilanz“ gibt erste Anhaltspunkte für Ausmaß und Entwicklung der physischen Inanspruchnahme der Umwelt und bildet die statistische Grundlage für weitere Analysen (siehe Schaubild 2)

Die Gegenüberstellung der Materialströme zwischen 1991 und 1997 zeigt, daß der gesamte Materialdurchsatz der deutschen Wirtschaft im Verlauf der neunziger Jahre gesunken ist (siehe Tabelle 3 in der Tabellensammlung; Bezugsquellen siehe Vorbemerkung). Die Entnahme von Material (ohne Wasser) einschließlich der aus dem Ausland importierten Materialien ging um 17% auf 4,3 Mrd. t

Darstellung und Abgrenzung der Materialentnahme

Bei der Darstellung der Materialströme durch das Statistische Bundesamt wurde – insbesondere wegen der verfügbaren Daten – ein pragmatischer Ansatz gewählt, der bislang nur die unmittelbaren, nicht aber die mittelbaren Materialströme einbezieht. Der **unmittelbare Materialeinsatz** erfaßt die verwertete und die nicht verwertete Rohstoffentnahme aus der inländischen Natur sowie die importierten Materialien (Rohstoffe sowie Halb- und Fertigwaren). Zum **mittelbaren Materialeinsatz** zählen die im Zusammenhang mit der Erzeugung der importierten Güter entstandenen Materialentnahmen aus der Natur in der übrigen Welt.

Eine Darstellung der mittelbaren Materialentnahme erscheint erforderlich, weil der Grundsatz der Nachhaltigkeit bei der Nutzung der Natur nicht nur national, sondern global gilt. Insbesondere, wenn inländische Rohstoffe durch ausländische Rohstoffe oder durch weniger materialintensive Halb- und Fertigwaren substituiert werden (Beispiel: statt inländischer Kohleförderung Import von Strom), verringert sich zwar der Materialaufwand im Inland, gleichzeitig steigt aber die Rohstoffentnahme in der übrigen Welt.

Der mittelbare Materialeinsatz läßt sich allerdings nur sehr schwer mit einem befriedigenden Genauigkeitsgrad ermitteln, da dazu sowohl Angaben über die Menge der nicht verwerteten Materialien beim Abbau der importierten Rohstoffe im Ausland als auch Informationen über die bei der Erzeugung der importierten Halb- und Fertigwaren eingesetzte Materialmenge benötigt werden. Das Statistische Bundesamt will die Datenbasis für solche Berechnungen soweit verbessern, daß künftig Schätzungen mit hinreichender Genauigkeit möglich werden.

zurück. Je Einwohner wurden 52 t Material im Jahr 1997 für wirtschaftliche Zwecke entnommen. Daneben belief sich der Wasserverbrauch im Jahr 1995 – neuere Angaben liegen zur Zeit wegen des dreijährigen Erhebungsturnus noch nicht vor – auf 48,9 Mrd. t. Die Abgabe von festem und gasförmigem Material an die Natur dürfte sich im betrachteten Zeitraum um etwa 20% auf rund 3,6 Mrd. t im Jahr 1997 verringert haben.

Der Rückgang der Stoffentnahme setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen.

Die Abnahme des gesamten Materialeinsatzes in Deutschland zwischen 1991 und 1997 ist im wesentlichen das Ergebnis einer deutlichen Reduzierung der Abraummenge aus dem Braunkohlenbergbau als Folge eines entsprechenden Rückganges der Braunkohlenförderung in den neuen Ländern. Beim Abbau einer Tonne Braunkohle entsteht im Schnitt fast die zehnfache Menge an Abraum. Der starke Rückgang beim Braunkohlenabraum führte dazu, daß sich die Entnahme von nicht verwerteten Materialien insgesamt um fast ein Drittel (–789 Mill. t) verringerte. Zu diesen Materialien zählen außer dem Abraum aus dem Bergbau weitere Materialien, die bei der Rohstoffgewinnung oder anderen ökonomischen Aktivitäten anfallen.

Die Menge der eingesetzten verwerteten Rohstoffe und der importierten Materialien zusammen war 1997 annähernd genauso hoch wie 1991. Die Entnahme verwerteter Rohstoffe lag 1997 mit einer Menge von gut 1,2 Mrd. um 52 Mill. t (–4%) niedriger als im Jahr 1991. Zu den verwerteten Rohstoffen zählen vor allem Steine und Erden sowie Energieträger (als abiotische) und land- und forst-

Schaubild 3

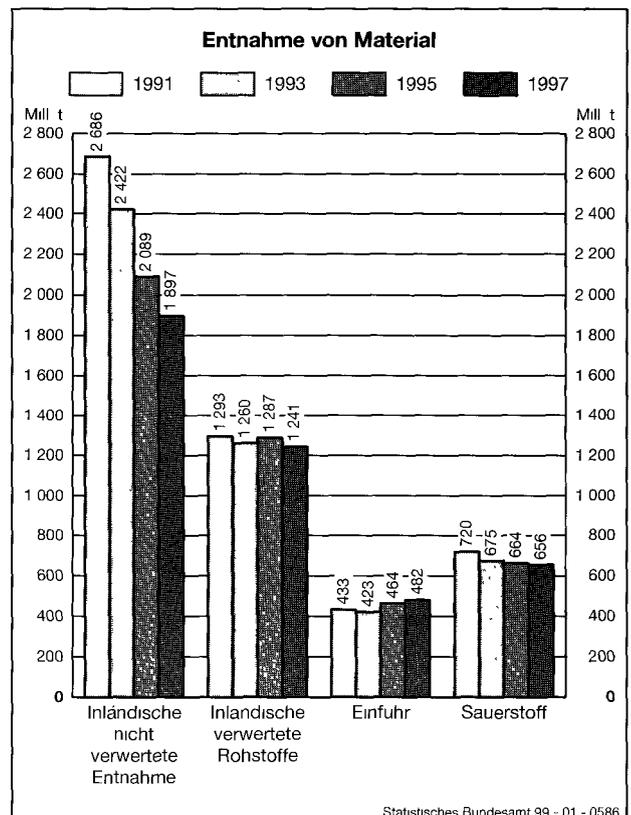
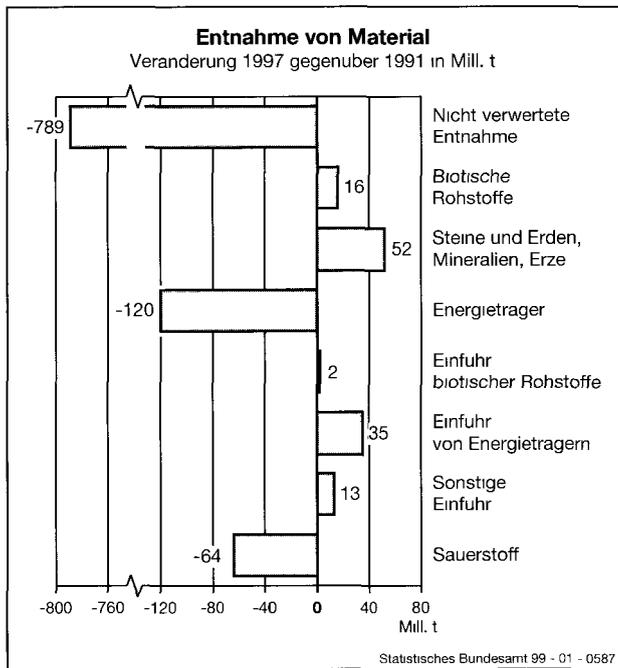


Schaubild 4



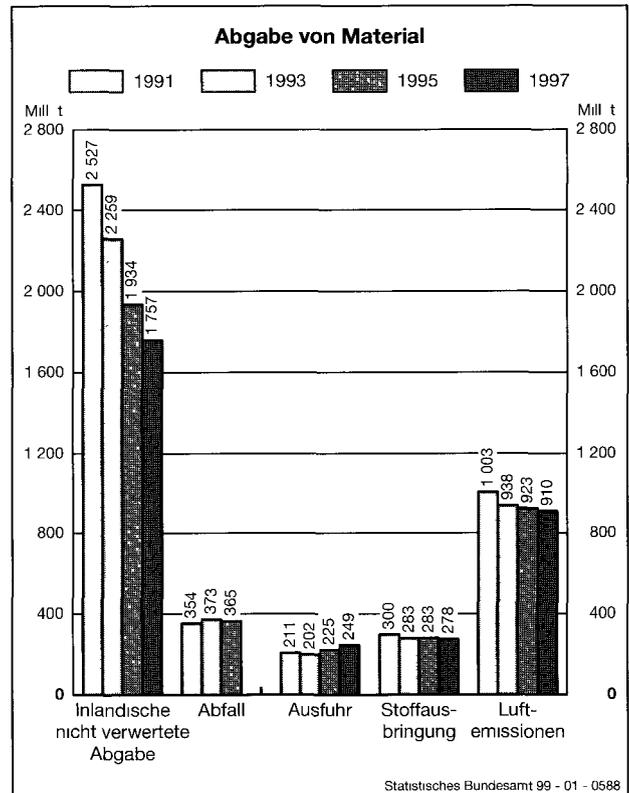
wirtschaftliche (als biotische) Rohstoffe. Der Rückgang der Rohstoffentnahme fiel trotz der deutlichen Verminderung der Förderung von Energieträgern (im wesentlichen Braunkohle und Steinkohle) um fast ein Drittel (-120 Mill. t) relativ gering aus, weil dem gleichzeitig eine höhere Entnahme von Steinen und Erden (+52 Mill. t) sowie ein gesteigertes Einsatz von biotischen Rohstoffen (+16 Mill. t) gegenüberstand (siehe Schaubild 4). Die verstärkte Entnahme von Steinen und Erden, die 1994 mit 862 Mill. t sogar um 132 Mill. t höher lag als 1991 und sich in den nachfolgenden Jahren bis 1997 aber wieder verringerte, ist insbesondere eine Folge des Baubooms in den neuen Ländern.

Dem Rückgang bei der inländischen Entnahme von verwerteten Rohstoffen stand eine entsprechend gestiegene Menge an importierten Gütern gegenüber. Die Einfuhr von Materialien war 1997 um 49 Mill. t (+11,3%) höher als 1991 (siehe die Schaubilder 3 und 4). Maßgeblich für diese Zunahme war vor allem der Anstieg bei der importierten Materialmenge an Energieträgern um 35 Mill. t. Die Zunahme beim Energieträgerimport fällt allerdings in Tonnen gemessen deutlich geringer aus als der Rückgang bei der inländischen Entnahme um 120 Mill. t.

Die Substitution der inländischen Rohstoffentnahme durch Importe betraf in erster Linie die Energierohstoffe. Insbesondere verringerte sich die Gewinnung von inländischer Stein- und Braunkohle, die durch importierte Energieträger ersetzt wurde. Soweit mit dem Abbau und der Umwandlung von Energieträgern und anderen Rohstoffen im Inland Umweltbelastungen verbunden sind, wie zum Beispiel die Beeinträchtigung von Landschaften, Ökosystemen, Böden, Gewässern und der Luft, wurden diese in entsprechendem Umfang in das Ausland verlagert.

Rückläufig war die Inanspruchnahme von Luftsaurestoff (-9%), der für die chemische Bindung bei Verbrennungsprozessen benötigt wird (siehe Schaubild 3).

Schaubild 5



Zum Rückgang der Abgaben an Material hat im Verlauf der neunziger Jahre vor allem – spiegelbildlich zur Entnahme – die um ein Drittel reduzierte Menge an nicht verwerteten Materialien beigetragen. Ebenfalls geringer, und zwar jeweils um rund ein Zehntel, waren die Emissionen an Schadstoffen in die Luft (1997: 910 Mill. t), und die Ausbringung von Stoffen (1997: 278 Mill. t), wie zum Beispiel Düng- und Pflanzenschutzmittel oder Klärschlamm (siehe Schaubild 5). Das Aufkommen an Abfall insgesamt lag 1995 mit 365 Mill. t in etwa auf dem Niveau von 1991. Die Ausfuhr von Gütern ist seit 1991 um fast ein Fünftel auf 249 Mill. t 1997 angestiegen.

Nur ein Teil der eingesetzten Materialien verbleibt in der Volkswirtschaft. Dabei handelt es sich um Bauten, andere Anlagegüter sowie langlebige Gebrauchsgüter. 1995 belief sich der Materialverbleib in der Volkswirtschaft auf 951 Mill. t (siehe die Tabellen 3 und 4 in der Tabellensammlung; Bezugsquellen siehe Vorbemerkung). Das entspricht gut einem Fünftel der gesamten aus der Natur in diesem Jahr entnommenen Materialmenge.

3 Energie – Motor der Wirtschaft

Die Nutzung von Energie ist für nahezu alle Produktionsprozesse von zentraler Bedeutung. Ihr Einsatz trägt jedoch häufig zu Belastungen der Umwelt bei, zum Beispiel durch Entnahme nicht erneuerbarer Rohstoffe aus der Natur bei deren Gewinnung, durch die Emission von Luftschadstoffen und klimabeeinflussenden Treibhausgasen und durch die Abgabe von festen Reststoffen sowie durch die Entnahme und Abgabe von Kühlwasser bei energetischer Umwandlung oder Verbrennung.

Energieverbrauch

Der Energieverbrauch nach Produktionsbereichen wird in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen auf Grundlage der Ergebnisse der Energiebilanz ermittelt

Der Verbrauch von Energie ergibt sich aus der Differenz zwischen der in einem Produktionsbereich eingesetzten und der von diesem Produktionsbereich an nachfolgende Bereiche weitergegebenen Energiemenge. In der Regel wird die eingesetzte Energiemenge im Verlauf der Produktions- und Konsumaktivität eines Bereiches vollständig verbraucht (z. B. zum Antrieb von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen oder zur Raumheizung) und letztlich als Wärme an die Umwelt abgegeben. In Bereichen, die energetische Produkte zur Weiterverwendung in nachfolgenden Produktionsstufen herstellen, wird die eingesetzte Energiemenge nur zu einem Teil verbraucht.

Beispielsweise ergibt sich der Energieverbrauch bei der Herstellung von Elektrizität aus der Differenz zwischen dem Energiegehalt der eingesetzten Primärenergieträger (z. B. Kohle) und dem Energiegehalt der hergestellten Produkte (z. B. Strom) und enthält die gesamte zur Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses erforderliche Energiemenge – also auch diejenige Energiemenge, die produktionsbedingt zwar eingesetzt werden muß, aber infolge prozeßnotwendiger Kühlungsmaßnahmen nicht zur Herstellung von Strom genutzt werden kann.

Für die Analyse des Energieeinsatzes bieten die Daten der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen auf einer mittleren Aggregationsebene verschiedene, auf die unterschiedlichen Stadien des Wirtschaftsprozesses bezogene Anknüpfungspunkte, nach denen umweltpolitische Maßnahmen und deren direkte und indirekte Wirkung bewertet werden können. Dazu zählen folgende Sichtweisen:

- Wie hoch ist der direkte Energieverbrauch der Produktionsbereiche bei ihrer Produktion und der privaten Haushalte bei ihrem Konsum (ökonomische Aktivität)?
- Wie hoch ist der kumulierte Energieverbrauch bei der Herstellung der Produkte unter Berücksichtigung aller Produktionsstufen?
- Wie hoch ist der Energieeinsatz bezogen auf die jeweilige Letzte Verwendung?

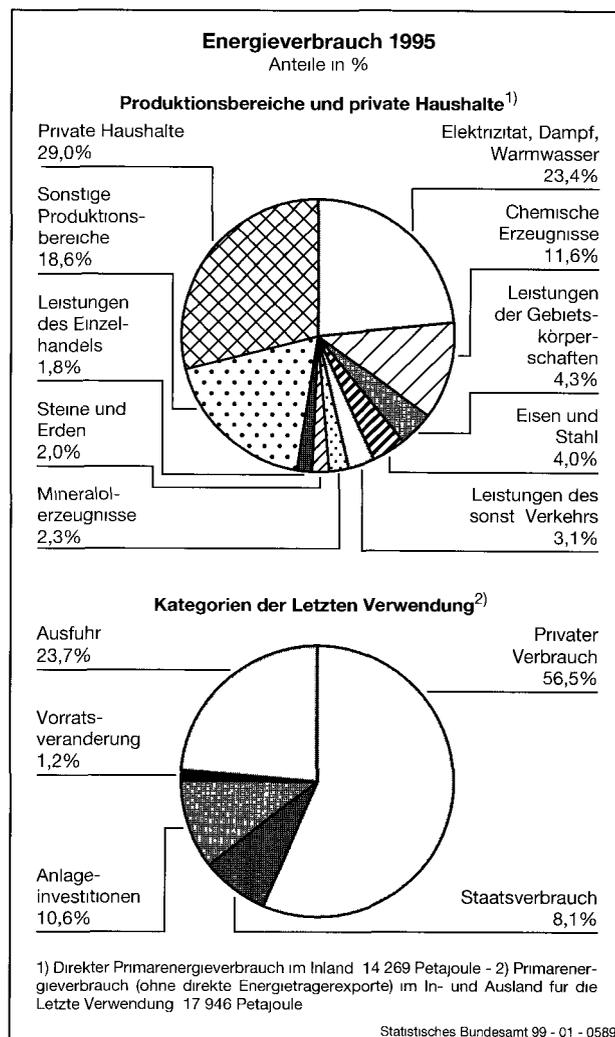
In Deutschland wurden 1995 insgesamt 14.269 Petajoule Primärenergie im Inland (direkter Energieverbrauch) verbraucht, das sind 1,4% weniger als 1991.

Ordnet man den Energieverbrauch den ökonomischen Aktivitäten (direkter Energieverbrauch) zu, dann ergibt sich, daß 71% der verbrauchten Energie im Jahr 1995 in der Produktion eingesetzt wurden, der Konsum der privaten Haushalte hatte einen Anteil von 29% (siehe Schaubild 6).

Daneben kann der Energieverbrauch aus dem Blickwinkel der Kategorien der Letzten Verwendung (Konsum, Staatsverbrauch, Ausfuhr, Investitionen und Vorratsveränderung) betrachtet werden. Bei dieser Darstellungsweise wird neben dem direkten Energieverbrauch für den Konsum auch diejenige Energiemenge zugeordnet, die bei der Herstellung der Güter der Letzten Verwendung auf allen Stufen der Produktion insgesamt eingesetzt wurde.

Die privaten Haushalte lösten als Endnachfrager im Jahr 1995 durch ihren Konsum 57% des gesamten Energieverbrauchs aus. Knapp 24% des Energieverbrauchs wurde

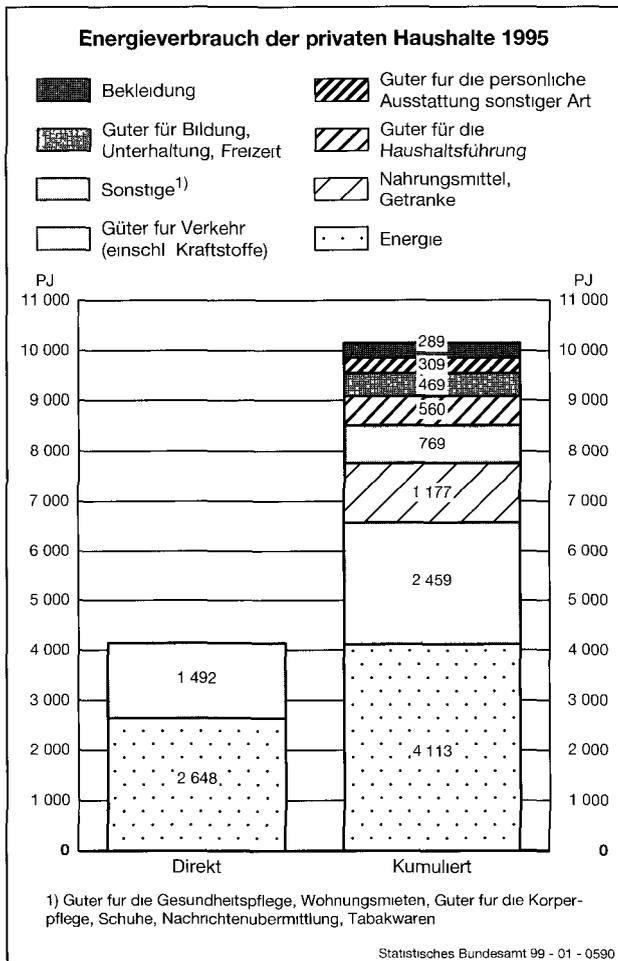
Schaubild 6



für die Herstellung von Exportgütern aufgewendet. Auf die Herstellung von Gütern für den Staatsverbrauch entfielen rund 8% des Energieverbrauchs und für die Anlageinvestitionen wurden etwa 11% benötigt (siehe Schaubild 6).

Der insgesamt durch den Konsum der privaten Haushalte verursachte Energieeinsatz (kumulierter Energieverbrauch) lag im Jahr 1995 bei 10.145 Petajoule. Von der verbrauchten Menge entfielen zwei Fünftel (4.141 Petajoule) auf den direkten und fast drei Fünftel (6.005 Petajoule) auf den indirekten Verbrauch. Der direkte Verbrauch findet bei der Verwendung von Energieträgern zum Beispiel für die Gebäudeheizung (mit Heizöl und -gas usw.) oder beim Betrieb elektrischer Anlagen und Geräte (mit Strom) sowie bei der Verwendung von Gütern für Verkehrszwecke (mit Benzin, Diesel usw.) statt (siehe Schaubild 7). Der direkte Energieverbrauch der Haushalte beschränkt sich daher auf die Verwendungszwecke Energieträger (64%) und Güter für Verkehr (36%). Hierbei handelt es sich um solche Verwendungszwecke, bei denen der einzelne Haushalt seinen Energieverbrauch direkt beeinflussen kann, zum Beispiel durch die Verwendung sparsamerer Geräte, Wärmedämmmaßnahmen, Absenkung der Raumtemperatur, sparsame Fahrweise oder geringere Fahrleistung.

Schaubild 7



des privaten Verbrauchs belief sich der Anteil der Energieträger und der Güter für Verkehr auf zusammen 65 % (siehe Tabelle 7 in der Tabellensammlung; Bezugsquellen siehe Vorbemerkung) Daneben trugen auch andere Verwendungszwecke aufgrund ihres indirekten Energiegehalts mit zusammen 35 % in nicht unbeträchtlichem Maß zum Gesamtenergieverbrauch durch die privaten Haushalte bei. Auf Nahrungsmittel entfielen beispielsweise 12 % des Gesamtverbrauchs, Güter für die Haushaltsführung hatten einen Anteil von knapp 6 %, Güter für Bildung und Unterhaltung verursachten fast 5 % des Energieverbrauchs.

Der direkte Energieverbrauch in der Produktion (71 % des gesamten Energieverbrauchs) findet in einigen wenigen Bereichen statt. Allein auf den Produktionsbereich Elektrizitätserzeugung entfielen 23,4 % des gesamten Energieverbrauchs für Produktion und Konsum im Jahr 1995. Es handelt sich hier fast ausschließlich um den Energiegehalt der Abwärme, der bei der Umwandlung von Energieträgern (z. B. Kohle, Öl oder Gas in Strom) in den Kraftwerken nicht genutzt werden kann. Der nutzbare Energieanteil findet sich zum Beispiel im Strom wieder und wird bei den Konsumenten verbraucht. Bei der Herstellung chemischer Erzeugnisse wurden knapp 12 % der Energie eingesetzt. Die Leistungen der Gebietskörperschaften sowie die Herstellung von Eisen und Stahl beanspruchten jeweils 4 % und auf den sonstigen Verkehr (Dienstleistungen des Bus-, Flug- und Speditionsverkehrs) entfielen 3 % des Gesamtenergieverbrauchs (siehe Tabelle 5 in der Tabellensammlung, Bezugsquellen siehe Vorbemerkung).

Der direkte spezifische Energieverbrauch lag im Jahr 1995 im Durchschnitt aller Produktionsbereiche

Bei der Verwendung aller übrigen Güter wird in den Haushalten selbst keine Energie verbraucht, wohl aber bei den zur Güterherstellung notwendigen Produktionsprozessen. Hierzu gehören beispielsweise die Umwandlungsverluste bei der Herstellung von elektrischer Energie oder der Energieverbrauch bei der Automobilherstellung, der insbesondere auf der Produktionsstufe der Eisen- und Stahlherstellung anfällt. Soweit den Haushalten die notwendigen Informationen über den Energieaufwand bei der Herstellung der einzelnen Produkte zur Verfügung stehen, können sie auch durch Auswahl der konsumierten Güter Einfluß auf den indirekten Energieverbrauch nehmen.

Beim kumulierten Energieverbrauch (direkter und indirekter) in der Gliederung nach Verwendungszwecken

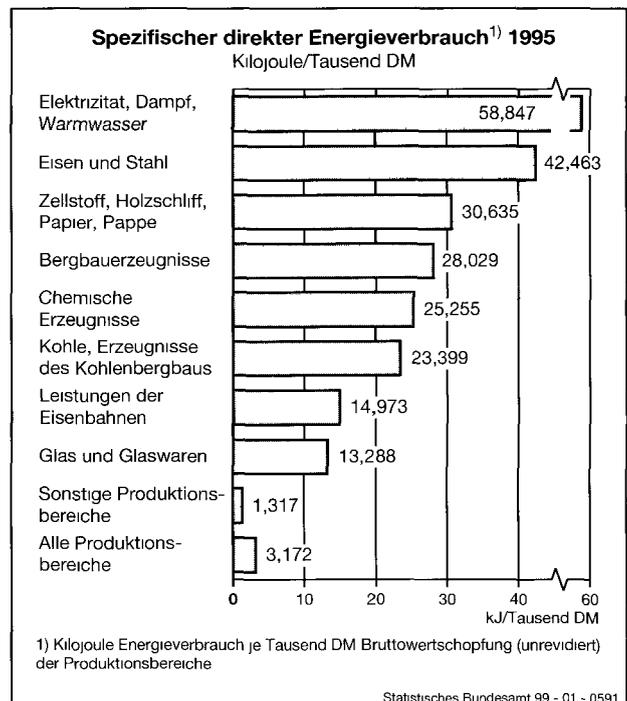
Kumulierter Energieverbrauch

Der zur Verwendung von Gütern notwendige Verbrauch von Energie ist unmittelbares Resultat einer bestimmten Aktivität der Produktionsbereiche und der privaten Haushalte und wird deshalb als **direkter Energieverbrauch** bezeichnet.

Der Energieverbrauch, der bei der Produktion in den Vorstufen der Güterherstellung notwendig ist, wird als **indirekter Verbrauch** bezeichnet. Dabei kann die indirekt im Ausland benötigte Energiemenge nach Maßgabe einer dem Inland entsprechenden Produktionsstruktur und -technik berücksichtigt werden.

Die Summe von direktem und indirektem Verbrauch bildet der **kumulierte Energieverbrauch**.

Schaubild 8



bei 3172 Kilojoule je DM Bruttowertschöpfung (siehe Schaubild 8).

Spezifischer Energieverbrauch

Es ist zwischen direktem und kumuliertem spezifischem Energieverbrauch eines Produktionsbereichs zu unterscheiden.

• direkt

Der spezifische direkte Energieverbrauch für einen Produktionsbereich gibt an, wieviel Energie in diesem Bereich in Relation zur erzielten Wertschöpfung verbraucht wurde:

$$\frac{\text{spezifischer direkter Energieverbrauch}}{\text{direkter Energieverbrauch}} = \frac{\text{Bruttowertschöpfung}}{\text{Produktionswert}}$$

• kumuliert

Der spezifische kumulierte Energieverbrauch gibt an, wieviel Energie unter Berücksichtigung aller vorgelagerten Produktionsstufen insgesamt für die Herstellung der Produkte eines Produktionsbereichs (homogene Gütergruppe) in Relation zu ihrem Wert aufgewendet wurde

$$\frac{\text{spezifischer direkter Energieverbrauch}}{\text{Energieverbrauch}} = \frac{\text{kumulierter Energieverbrauch}}{\text{Produktionswert}}$$

Die Relation zwischen direktem Energieverbrauch und der realen Wertschöpfung war bei den einzelnen Produktionsbereichen sehr unterschiedlich. Am höchsten war der spezifische Energieverbrauch bei der Elektrizitätserzeugung, wo er das Neunzehnfache des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts ausmachte. Bei der Herstellung von Eisen und Stahl lag der Verbrauch rund dreizehnmal höher als der Durchschnitt. Sehr energieintensiv ist auch die Produktion in den Bereichen Papierherstellung, chemische Erzeugnisse und Bergbau. Der spezifische Energieverbrauch dieser Bereiche belief sich auf das Sieben- bis Zehnfache des Durchschnittswertes

Neben der unmittelbar in den Produktionsbereichen selbst verbrauchten Energiemenge (direkter Energieverbrauch)

wird in den vorgelagerten Produktionsstufen Energie zur Herstellung der Vorleistungsgüter verwendet (indirekter Energieverbrauch)

Der kumulierte Energieverbrauch setzt sich aus direktem und indirektem Energieverbrauch zusammen. Die Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Input-Output-Tabellen 1995

Insbesondere bei solchen Produktionsbereichen, deren Erzeugnisse am Ende der Produktionskette liegen, ist der indirekte Energieanteil in der Regel hoch. Demgegenüber weisen im allgemeinen Produktionsbereiche am Anfang der Produktionskette einen höheren direkten Energieverbrauch auf

So spielte beispielsweise im Jahr 1995 der indirekte Energieverbrauch mit einem Anteil von knapp 6% am kumulierten Energieverbrauch bei der Energieerzeugung, bei der Herstellung von chemischen Produkten (21%), sowie der Herstellung von Eisen und Stahl (29%) eine vergleichsweise geringe Rolle (siehe Schaubild 9). Demgegenüber wurden für die Herstellung von Nahrungsmitteln 73% der insgesamt für diese Produkte aufgewandten Energiemenge in den vorgelagerten Produktionsstufen eingesetzt. Beim Straßenfahrzeugbau lag dieser Anteil sogar bei 84% und im Hoch- und Tiefbau bei 89%

Während der kumulierte Energieverbrauch die insgesamt während der Herstellung einer Erzeugnisgruppe aufsummierte Energie angibt, mißt der Produktionswert den aufsummierten Wertzuwachs während der aufeinanderfolgenden Produktionsstufen. Der spezifische kumulierte Energieverbrauch – gebildet aus dem Verhältnis von kumuliertem Energieverbrauch und Produk-

Schaubild 9

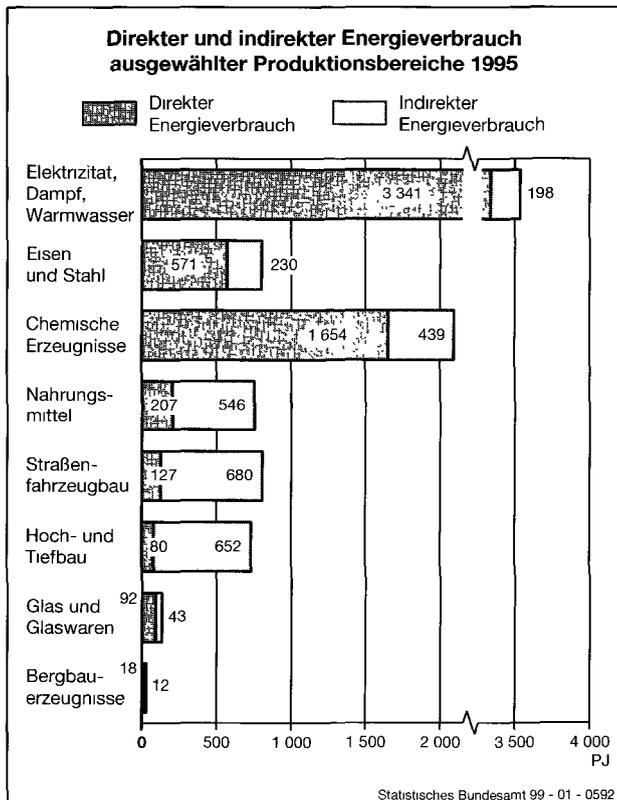
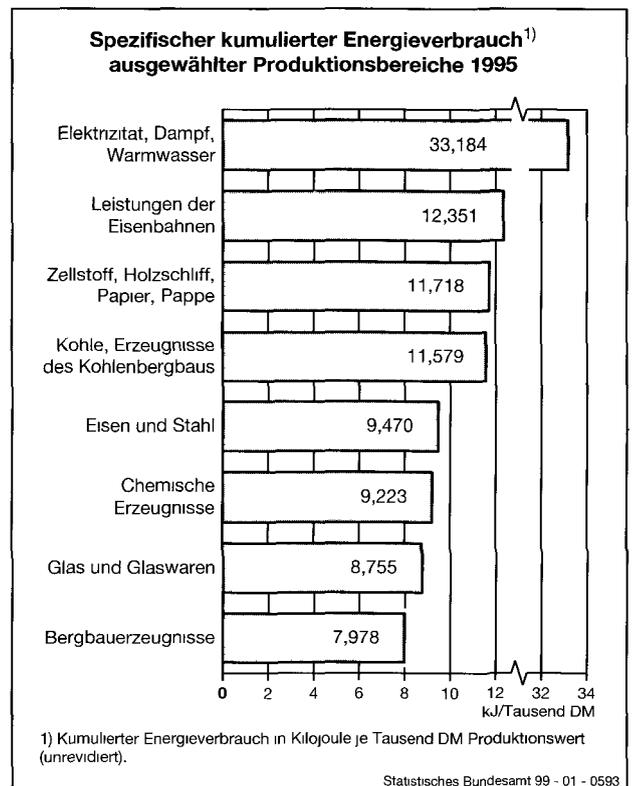


Schaubild 10



tionswert – ermöglicht somit Aussagen über die Energieintensität einer Produktgruppe im Verhältnis zu ihrem Wert.

Am höchsten war 1995 der spezifische kumulierte Energieverbrauch bei der Elektrizitätserzeugung mit 33 184 Kilojoule je DM Produktionswert. Besonders hoch ist auch der „Energiegehalt“ von Leistungen der Eisenbahnen und von Erzeugnissen der Papierindustrie, des Bergbaus, der Chemie, der Eisen- und Stahl- sowie der Glasindustrie (siehe Schaubild 10).

4 Nutzung der Bodenfläche

Art und Intensität der Nutzung der Bodenfläche stellen – neben den Material- und Energieströmen – den zweiten wesentlichen Bereich der Umweltnutzung durch den Menschen dar. Insbesondere die stetige Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland wird zunehmend zu einem Problem. Dahinter stehen bei regionaler Betrachtung die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale, räumliche Trennung von Wohnen, Arbeiten und Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen und die wachsende Mobilität. Boden ist ein absolut knappes, nicht vermehrbares Gut. Bei seiner Nutzung als Siedlungs- und Verkehrsfläche können sich auch negative Folgen auf den Wasserhaushalt, die Artenvielfalt, die Bodenfunktionen oder das Mikroklima ergeben.

Bisher haben die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen nur den Zusammenhang zwischen Bodennutzung und Wirtschaftsentwicklung auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene untersucht. Über die letzten 40 Jahre zeigt sich dabei für das frühere Bundesgebiet ein relativ stabiler Zusammenhang zwischen dem realen Wirtschaftswachstum und der Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Um differenziertere Anhaltspunkte zu den gesamtwirtschaftlichen Einzelursachen dieser Entwicklung zu erkennen, wurde im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ein Schätzverfahren zur

Ermittlung der Flächennutzung durch die einzelnen Produktionsbereiche und die privaten Haushalte entwickelt. Das ist eine neue, die raumplanerische Sicht ergänzende Betrachtung der Flächennutzung. Dabei orientiert sich die Definition der nutzenden Bereiche strikt an den ökonomischen Abgrenzungen in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Die Flächendaten in dem Schätzverfahren beruhen wesentlich auf den Ergebnissen der Flächenerhebung des Statistischen Bundesamtes und beziehen eine Vielzahl weiterer Quellen mit ein.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland betrug Anfang 1997 insgesamt 42 050 km² und machte damit 11,8% der Bodenfläche Deutschlands aus. Die Siedlungsfläche – hierzu zählen Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen ohne Abbau- und Erholungsflächen und Friedhöfe – hatte mit 25 270 km² einen Anteil von 60%, die Verkehrsfläche für den Straßen-, Luft-, Schienen- und den Schiffsverkehr (ohne Wasserflächen) mit 16 790 km² von 40% an der Siedlungs- und Verkehrsfläche (siehe die Tabellen 14 und 15 in der Tabellensammlung; Bezugsquellen siehe Vorbemerkung). Bei der Siedlungsfläche bildet die Gebäude- und Freifläche mit etwa 87% die flächenmäßig bedeutendste Nutzungsart. Bei der Verkehrsfläche dominiert die Straßenverkehrsfläche mit über 90%.

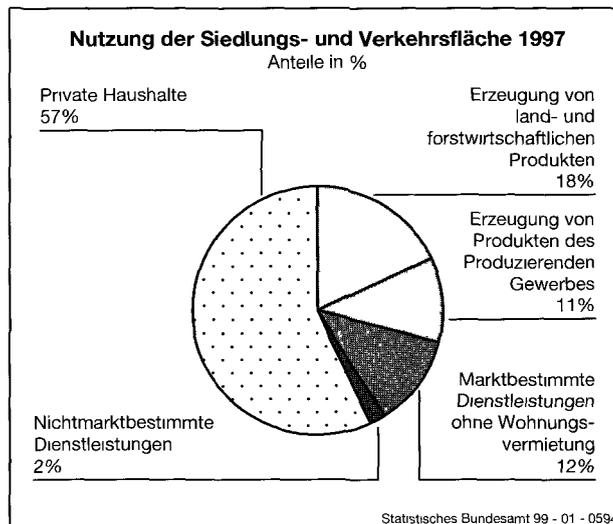
Die Zuordnung der Siedlungs- und Verkehrsfläche zu den jeweiligen direkten ökonomischen Nutzern für 1997 in Schaubild 11 zeigt, daß die privaten Haushalte mit 24 080 km² 57% dieser Fläche in Anspruch nahmen. Die Produktionsaktivitäten der Wirtschaft beanspruchten mit 17 970 km² 43% der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Der Produktionsbereich Erzeugung land- und forstwirtschaftlicher Produkte wies 1997 mit 18% einen höheren absoluten Bedarf an Siedlungs- und Verkehrsfläche auf als die Erzeugung von Waren des Produzierenden Gewerbes und die

Nutzung der Siedlungs- und Verkehrsfläche – Basisdaten zur Bodennutzung –

Als Basisdaten wurden die Ergebnisse der **Flächenerhebung** des Statistischen Bundesamtes nach Art der tatsächlichen Nutzung für die Jahre 1993 und 1997 herangezogen. Der Flächenerhebung liegt eine Auswertung des Liegenschaftskatasters zugrunde, das für jedes Flurstück die tatsächliche Nutzung mit Fläche und Bezeichnung der Nutzungsart nachweist. Der Stand der Automatisierung des Liegenschaftskatasters und damit auch die Genauigkeit der Ergebnisse und ihr Differenzierungsgrad ist in den 16 Bundesländern unterschiedlich. Zudem mindert der langfristige Prozeß der Automatisierung des Liegenschaftskatasters die zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Daher sollten beim gegenwertigen Stand der Untersuchung die Ergebnisse vorsichtig als Größenordnungen bzw. großordnungsmäßige Entwicklungen interpretiert werden.

Ausgangspunkt der Zuordnung der Siedlungs- und Verkehrsfläche zu Produktionsbereichen bilden die Ergebnisse der Flächenerhebung in der **Gliederung** nach über 30 Nutzungsarten (10er-Positionen des Nutzungsartenverzeichnisses der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder). Für Bundesländer, die über keinen so tiefen Nachweis nach Nutzungsarten verfügen, wurden entsprechende Angaben geschätzt. Da der Schatzanteil bei der Darstellung der Veränderung zwischen 1993 und 1997 höher ist als bei den ausgewiesenen Ergebnissen für 1997, muß bei den Trendangaben mit etwas höheren Fehlerspielräumen gerechnet werden.

Schaubild 11



marktbestimmten Dienstleistungen (vom Einzelhandel bis zum Rechtsanwalt) mit 11 bzw. 12%. Die Produktion nichtmarktbestimmter Dienstleistungen des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck beanspruchte nur etwa 2% der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Bei näherer Betrachtung ist die Struktur des Flächenbedarfs nach Nutzungsarten bei den privaten Haushalten und in Produktionsbereichen sehr unterschiedlich (siehe Schaubild 12). Bei den privaten Haushalten machte die Siedlungsfläche mit 12 760 km² 53% der Flächeninanspruchnahme aus, wovon 44% auf die Gebäude- und Freiflächen und 9% auf Erholungsflächen entfallen. Eine alternative Gliederung zeigt, daß dabei etwa 43% auf die für Wohnzwecke genutzte Fläche einschließlich der Ziergärten und 10% auf die Nutzung der vom Staat und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur Verfügung gestellten Flächen wie Schulen, Sportflächen u.ä. zurückzuführen sind. Zudem spielte die Nutzung der Straßenfläche mit 11 330 km² bzw. 47% eine quantitativ große Rolle.

Im Bereich der Erzeugung land- und forstwirtschaftlicher Produkte dominierte 1997 die Gebäude- und Freifläche mit 74%. Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um die betrieblich genutzten Hofflächen bzw. Gebäude (einschl. Gewächshäuser u.ä.). Flächenmäßig bedeutsam sind hier auch die Nutzgartenanteile privater Hausgärten, die nach der Abgrenzung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte und deshalb zum Pro-

duktionsbereich Landwirtschaft gehören. Ferner fiel die Nutzung der Straßenverkehrsfläche – insbesondere der land- und forstwirtschaftlich genutzten Wege – mit 21% stark ins Gewicht. Die eigentliche Landwirtschaftsfläche und die Wälder bleiben unberücksichtigt, da sie nicht Teil der Siedlungs- und Verkehrsfläche sind.

Im Rahmen der Erzeugung von Waren des Produzierenden Gewerbes steht der Bedarf für Gebäude- und Freifläche mit 76% der genutzten Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vordergrund. Dagegen haben der Flächenbedarf für die Nutzung der Straßenverkehrsfläche im Rahmen des Werkverkehrs mit 14% und die Betriebsfläche ohne Abbauand mit 10% deutlich geringere Bedeutung. Nicht berücksichtigt ist das nicht zur Siedlungsfläche zählende sogenannte Abbauand, das mit 1 890 km² im Jahr 1997 eine Größenordnung von 40% im Verhältnis zur vom Produzierenden Gewerbe genutzten Siedlungs- und Verkehrsfläche aufwies.

Bei der Erstellung marktbestimmter Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung) wird mit 3 160 km² (65%) hauptsächlich Verkehrsfläche in Anspruch genommen. Dies ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Verkehrsleistungen von Speditionen, Bahnen, Fluggesellschaften und Schiffsunternehmen Teil der Dienstleistungen sind. Die Siedlungsfläche hat – trotz der Einbeziehung von Einzel- und Großhandel in diesen Bereich – nur einen Anteil von 35%. Der relativ hohe Flächenbedarf für Verkehrsleistungen deutet darauf hin, daß das Verhältnis von Bruttowertschöpfung zum Einsatzfaktor Siedlungs- und Verkehrsfläche, also die Flächenproduktivität, für die verschiedenen Branchen der marktbestimmten Dienstleistungen sehr unterschiedlich ist.

Etwas andere Schwerpunkte als bei der differenzierten Strukturbetrachtung für 1997 zeigen sich bei der zeitlichen Entwicklung der Flächennutzungsarten. Im Zeitraum von 1993 bis 1997 hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland um 1 740 km² bzw. 4,3% zugenommen. Das entspricht einem Zuwachs von 1,2 km² bzw. 120 ha pro Tag. Die Zunahme fiel in den neuen Bundesländern mit 6,1% deutlich stärker aus als im früheren Bundesgebiet mit 3,9%. In Deutschland erhöhte sich die Siedlungsfläche zwischen 1993 und 1997 um 1 410 km² (5,9%), die Verkehrsfläche nahm um 350 km² (2,1%) zu. Von der gesamten Zunahme entfielen somit vier Fünftel auf die Siedlungs- und ein Fünftel auf die Verkehrsfläche.

Die nach Nutzern differenzierte Betrachtung ergibt ein ähnliches Bild wie die Strukturbetrachtung für 1997. Die gesamte Zunahme der Flächeninanspruchnahme zwischen 1993 und 1997 ist zu 55% auf den Konsum der privaten Haushalte zurückzuführen (siehe Schaubild 13). Davon entfielen knapp drei Viertel auf die Siedlungsfläche und gut ein Viertel auf die Verkehrsfläche. Der Produktionsbereich Land- und Forstwirtschaft verwendete 19% der neuen Siedlungs- und Verkehrsfläche, die fast ausschließlich als Siedlungsfläche genutzt wurde. 13% nahm der Bereich marktbestimmte Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung) in Anspruch, davon knapp die Hälfte als Verkehrsfläche. Auf den Bereich Produzierendes Gewerbe entfielen 12% des Zuwachses. Diese Zunahme

Schaubild 12

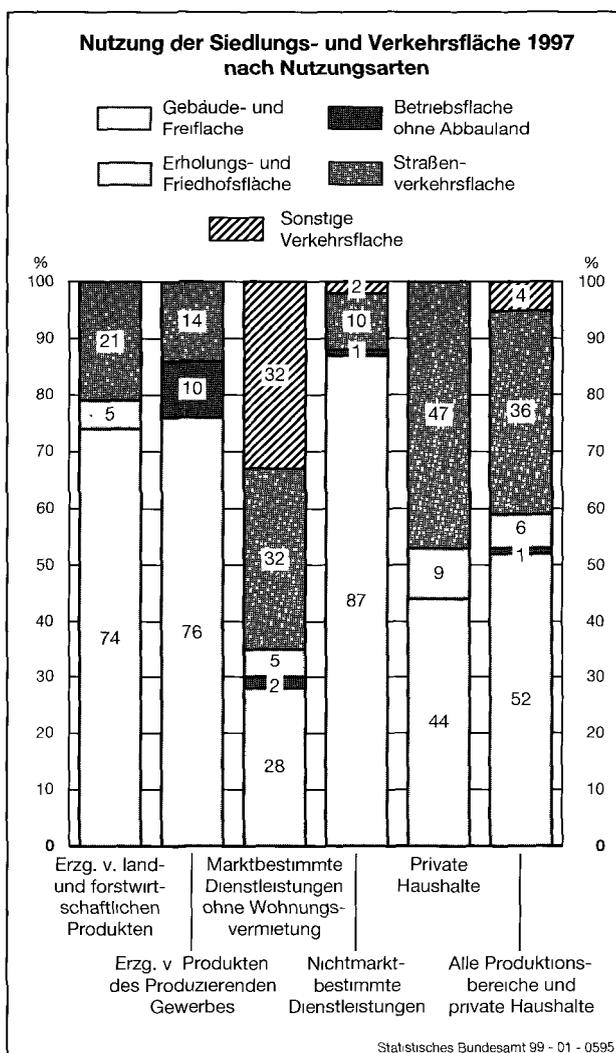
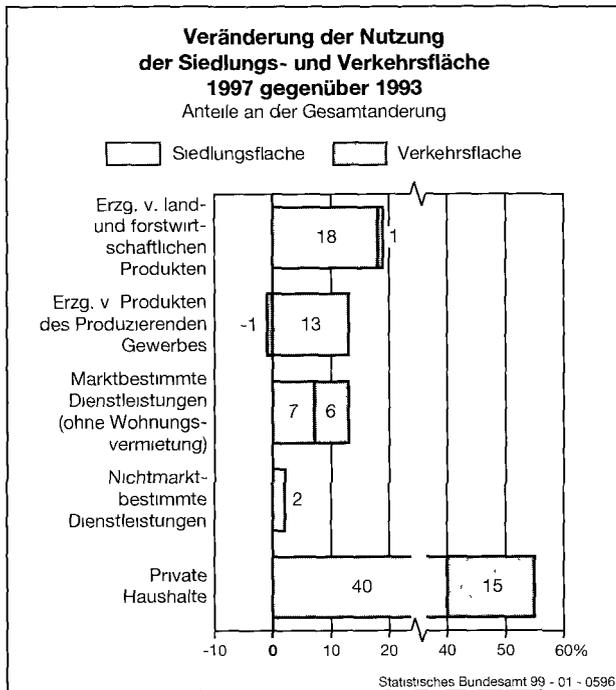


Schaubild 13



setzte sich aus einem Anstieg bei der Siedlungs- und einem leichten Rückgang bei der Inanspruchnahme der Verkehrsfläche zusammen.

Nutzung der Siedlungs- und Verkehrsfläche

– Zuordnung der Fläche zu Produktionsbereichen und privaten Haushalten –

Als **Nutzer** der Fläche werden diejenigen Produktionsbereiche betrachtet, die eine Fläche direkt im Rahmen der Produktion von Waren und Dienstleistungen nutzen. Die für **Wohnzwecke genutzte Fläche**, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zum Produktionsbereich Wohnungsvermietung zählt, wurde den privaten Haushalten direkt zugeordnet. Beim Produktionsbereich „Nichtmarktbestimmte Dienstleistungen“ (Leistungen des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) wird nur die Siedlungs- und Verkehrsfläche für die allgemeinen Verwaltungstätigkeiten bzw. für Sicherheit und Ordnung berücksichtigt. Alle übrigen **staatlichen Flächen**, die – wie die Straßen – kostenlos oder gegen ein Entgelt individuell identifizierbaren Nutzern überlassen werden, sind direkt bei diesen Nutzern gebucht. Von der Siedlungsfläche werden so beispielsweise kommunale Sportanlagen, Schulen und Krankenhäuser direkt den privaten Haushalten zugeordnet. Bei der **Straßenverkehrsfläche** erfolgt eine Aufteilung auf Nutzer (Produktionsbereiche und private Haushalte) entsprechend den Fahrleistungen. Dabei sind unterschiedliche Kraftfahrzeugarten (z. B. Pkw, Lkw, Motorräder) sowie unterschiedliche Straßenarten (z. B. Bundesautobahnen, Gemeindestraßen) berücksichtigt. Bei tieferen Aufteilungen, für die keine Fahrleistungen vorlagen, wurde hilfsweise auch der Kraftstoffverbrauch herangezogen. Nicht berücksichtigt wurden – wegen fehlender Informationen zur zeitlichen Entwicklung – die Fahrleistungen ausländischer Unternehmen und Haushalte in Deutschland. Untersuchungen für 1993 zeigen, daß ihr Anteil an der Straßenverkehrsfläche insgesamt unter 2 % lag.

Für die Zuordnung zu Nutzern wurde eine **Vielzahl unterschiedlicher Quellen** ausgewertet. Dazu zählen beispielsweise die für einzelne Bundesländer vorliegenden tieferen Gliederungen der Nutzungsarten aus dem Liegenschaftskataster (Differenzierung nach 1er-Positionen), Angaben zur Länge und Breite von Straßen, zu Fahrleistungen bzw. zum Kraftstoffverbrauch der Produktionsbereiche oder Ergebnisse der Wohnungsstichprobe zur Aufteilung der gemischt genutzten Gebäude in einen Teil für Wohnzwecke der privaten Haushalte und einen für gewerbliche Nutzung.

Die unterschiedliche Nutzung von Siedlungs- und Verkehrsfläche durch die einzelnen Produktionsbereiche macht bereits in der verhältnismäßig groben Differenzierung deutlich, daß sich gesamtwirtschaftliche Entwicklungstrends auf die Flächennutzung differenziert auswirken. Weitergehende Untersuchungen in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen würden eine tiefere Untergliederung nach Produktionsbereichen erfordern. Entsprechende Arbeiten sind geplant. Eine tiefere Differenzierung nach Produktionsbereichen wird dann – wie in den Material- und Energieflußrechnungen – die Möglichkeit eröffnen, neben dem direkten Flächenverbrauch auch den indirekten (Flächenverbrauch in den vorgelagerten Produktionsstufen) sowie den kumulierten Flächenverbrauch mit Hilfe von Input-Output-Modellen zu ermitteln und zu analysieren.

5 Umweltschutzmaßnahmen

Das Aufkommen an Rest- und Schadstoffen wird maßgeblich mit beeinflusst durch Umweltschutzmaßnahmen von Unternehmen und dem Staat, die Beeinträchtigungen der Natur vermeiden, verringern bzw. beseitigen sollen. Im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen werden dazu regelmäßig Angaben über die Umweltschutzausgaben der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Staatsbereiches sowie deren Anlagevermögen für den Umweltschutz ermittelt.

1995 wurden vom Staat und den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes insgesamt 51,3 Mrd. DM für Umweltschutzzwecke ausgegeben, das entspricht rund 1,5% des Bruttoinlandsproduktes. Davon entfielen 23,8 Mrd. DM auf das Produzierende Gewerbe und 27,4 Mrd. DM auf den Staatsbereich (siehe Tabelle 16 in der Tabellensammlung; Bezugsquellen siehe Vorbemerkung). Hinzu kommen

Erfassung von Umweltschutzmaßnahmen

Die berichteten Ergebnisse umfassen im wesentlichen die Umweltschutzaktivitäten des **Produzierenden Gewerbes** und des **Staates**. Sie basieren auf den Statistiken über die Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe, den Jahresrechnungsergebnissen der öffentlichen Haushalte sowie der Anlagevermögensrechnung für Umweltschutz. Nicht enthalten sind – wegen noch unzureichender Datenbasis – die Umweltschutzausgaben der Landwirtschaft und der privaten Haushalte. Nur teilweise erfaßt ist der Dienstleistungsbereich, in dem die **privaten Abfall- und Abwasserentsorgungsunternehmen** das größte Gewicht haben. Ihre Bedeutung hat in den neunziger Jahren stetig zugenommen, u. a. durch Verlagerung von ehemals rein staatlichen Entsorgungsbetrieben (sogenannten Regiebetrieben), deren Ausgaben für den Umweltschutz noch in den Statistiken zu den öffentlichen Haushalten enthalten waren, hin zu privatwirtschaftlichen Unternehmensformen (z. B. Eigenbetriebe). Insbesondere in den neuen Ländern dominieren solche Unternehmen bei der Entsorgung. Ab dem Berichtsjahr 1994 stehen erste statistische Eckwerte dieser privatisierten öffentlichen Unternehmen im Rahmen der „Jahresabschlußstatistik öffentlicher Unternehmen“ zur Verfügung. Weitere Arbeiten innerhalb der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen hin zur Erfassung aller privaten Entsorgungsunternehmen sind geplant.

Die hier ausgewiesenen Ausgaben für Umweltschutz setzen sich aus den Investitionen und den **laufenden Ausgaben** für Umweltschutzzwecke zusammen. Sie enthalten methodisch bedingt nicht die Gebühren und Entgelte der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die diese für Entsorgungsleistungen an Dritte gezahlt haben.

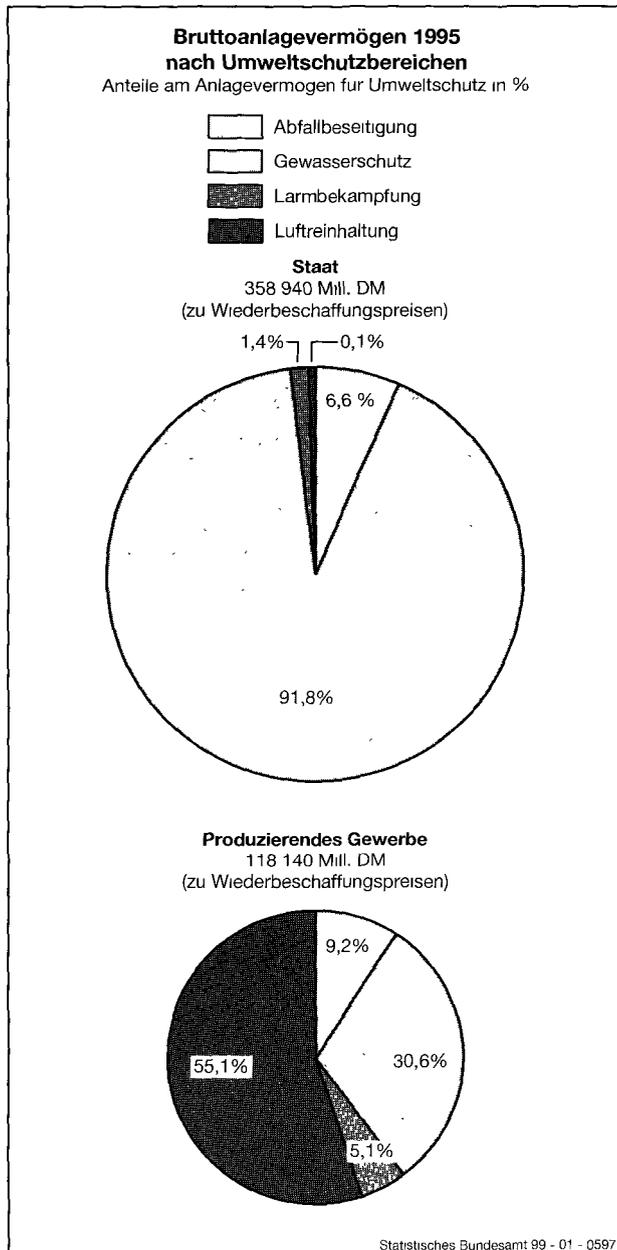
weitere 24 Mrd. DM an Umweltschutzausgaben, die von privatisierten öffentlichen Unternehmen im Abfall- und Abwasserbereich eingesetzt wurden

Eine Betrachtung der Ausgabenströme nach Umweltschutzbereichen in der Tabelle 16 (in der Tabellensammlung; Bezugsquellen siehe Vorbemerkung) macht die herausragende Bedeutung des kapitalintensiven Gewässerschutzes deutlich. Fast die Hälfte aller Ausgaben wurde hier getätigt. Mit großem Abstand folgen die Abfallbeseitigung (29%) und die Ausgaben für die Luftreinhaltung (21%). Letztere beschränkten sich fast ausschließlich auf Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. Die Lärmbekämpfung (1,5%) spielte volumenmäßig weder beim Staat noch beim Produzierenden Gewerbe eine Rolle.

Diese Ausgabenstruktur nach Umweltschutzbereichen findet sich entsprechend beim Bruttoanlagevermögen für Umweltschutz wieder. Das Anlagevermögen wurde dabei

zu Wiederbeschaffungspreisen – als Pendant zu den jeweiligen Preisen – ermittelt. Es umfaßt den Bestand an dauerhaften, reproduzierbaren Produktionsmitteln, die ganz oder überwiegend für Zwecke des Umweltschutzes eingesetzt werden. Insgesamt erreichte das Bruttoanlagevermögen des Staates für Umweltschutz 1995 mit 359 Mrd. DM rund den dreifachen Wert des entsprechenden Anlagevermögens beim Produzierenden Gewerbe (118 Mrd. DM, siehe Schaubild 14). Grund hierfür ist die dominierende Rolle des Staates beim kapitalintensiven Gewässerschutz, der allein 330 Mrd. DM des Gesamtanlagevermögens in Höhe von 477 Mrd. DM ausmachte (siehe Tabelle 16 in der Tabellensammlung; Bezugsquellen siehe Vorbemerkung). Während im Staatsbereich nur noch die Abfallbeseitigung mit 24 Mrd. DM ins Gewicht fällt, ist die Struktur des Anlagevermögens für Umweltschutz beim Produzierenden Gewerbe ganz anders. Hier dominieren die Anlagen zur Luftreinhaltung (65 Mrd. DM), gefolgt vom Gewässerschutz (36 Mrd. DM) und der Abfallbeseitigung mit rund 11 Mrd. DM.

Schaubild 14



6 Umweltbezogene Steuern

In der Diskussion über die Nutzung sogenannter wirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik ist der Einsatz von Umweltsteuern von besonderem Interesse. Die zum 1. April 1999 eingeführte „Ökosteuer“ hat sich in den hier dargestellten Ergebnissen noch nicht ausgewirkt, da bislang nur Ergebnisse bis einschließlich 1998 vorliegen. (Zur Abgrenzung umweltbezogener Steuern siehe die folgende Übersicht.)

Umweltbezogene Steuern

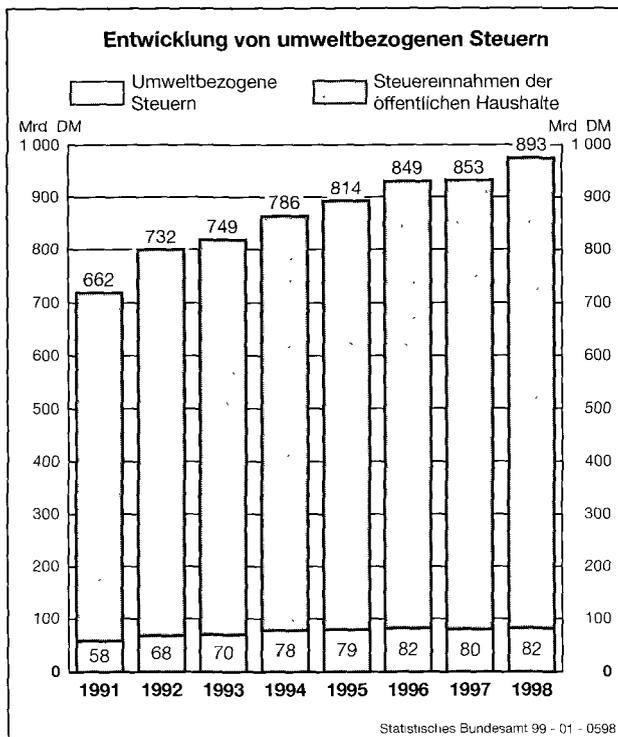
Basierend auf einem internationalen Statistikkonzept für umweltbezogene Steuern orientiert sich die Definition von Umweltsteuern an der **Besteuerungsgrundlage** – unabhängig von der Motivation zur Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Maßgeblich ist, daß die Steuer sich auf eine physische Einheit (oder einen Ersatz dafür) bezieht, die nachweislich spezifische negative Auswirkungen auf die Umwelt hat. **Konkret** sind darunter Emissionen im weitesten Sinne (Luftemissionen, Abwasser, Abfall, Lärm), Energieerzeugnisse, der Verkehr sowie Dünge- und Pflanzenschutzmittel zu verstehen. Für Deutschland sind deshalb bei den umweltbezogenen Steuern die Mineralölsteuer (Besteuerungsgrundlage Energieerzeugnis) und die Kraftfahrzeugsteuer (emissionsbezogene bzw. bis 1. Juli 1997 verkehrsbezogene Besteuerungsgrundlage) am bedeutsamsten.

Die hier berichteten Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf diese Steuern. Umweltbezogene Sonderabgaben sowie Gebühren und Beiträge sind nicht einbezogen.

Schaubild 15 zeigt die Entwicklung umweltbezogener Steuern in Deutschland für die Jahre 1991 bis 1998. In diesem Zeitraum sind die Einnahmen aus Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer um rund 40% gestiegen und lagen zuletzt bei rund 82 Mrd. DM im Jahr. Die gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte haben in diesem Zeitraum um rund 35% zugenommen. Der Anteil umweltbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen erhöhte sich in den 90er Jahren von 8,8% im Jahr 1991 auf 9,9% 1994 und ist bis 1998 wieder auf 9,2% zurückgegangen.

Mit rund vier Fünfteln entfällt der größte Teil der umweltbezogenen Steuern auf die Mineralölsteuer (1998: 67 Mrd. DM) und hier wiederum auf die Vergaser- und Diesel-

Schaubild 15



motorisierten Individualverkehr wurde im Bundesgebiet 1997 eine Fahrleistung von 755 Mrd. Personenkilometern ermittelt, eine Steigerung gegenüber 1991 von knapp 6%. Die Verkehrsleistungen im Straßengüterverkehr lagen 1997 bei 302 Mrd. Tonnenkilometern und damit um fast 25% höher als 1991. Der Mehrverbrauch von Dieselmotorkraftstoff spiegelt damit u.a. die Verkehrsleistungen im Straßengüterverkehr wider.

Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer beliefen sich 1998 auf 15 Mrd. DM gegenüber 11 Mrd. DM 1991. In diesem Zeitraum wurden die Steuersätze mehrfach geändert und zuletzt Mitte 1997 bei den Pkws von einer hubraumbezogenen auf eine mehr emissionsbezogene Besteuerung umgestellt. Die Fahrzeugbestände, die zweite Bestimmungsgröße für das Steueraufkommen, sind sowohl im Pkw- als auch im Lkw-Bereich gestiegen. 1998 waren in Deutschland 41,7 Mill. Pkw und Kombis zugelassen (bzw. nur vorübergehend abgemeldet), 4,9 Mill. (13%) mehr als 1991. Die Zahl der Lastkraftwagen und Sattelzugmaschinen stieg von 1,8 Mill. 1991 auf 2,5 Mill. 1998 und damit um 43%.

Dr. Karl Schoer und Mitarbeiter

kraftstoffe (knapp 91% des gesamten Mineralölsteueraufkommens im Jahr 1998). Bei Betrachtung der Mineralölsteuereinnahmen und deren Entwicklung ist zu berücksichtigen: Die Steuersätze für Kraftstoffe wurden Anfang der neunziger Jahre zweimal erhöht – für unverbleiten Vergaserkraftstoff von 60 Pfennig schrittweise auf 98 Pfennig je

Tabelle 1: Entwicklung der Mineralölsteuerbelastung wichtiger Kraftstoffarten

DM je Liter

Monat/Jahr	Mineralölsteuer	
	unverbleiteter Vergaserkraftstoff	Dieselmotorkraftstoff
1/1991 bis 6/1991	0,60	0,44
7/1991 bis 12/1993	0,82	0,54
1/1994 bis 3/1999	0,98	0,62
ab 4/1999	1,04	0,68

Liter 1994 und für Dieselmotorkraftstoff von 44 auf 62 Pfennig je Liter. Die versteuerten Mengen sind bei den Vergaserkraftstoffen (verbleitet und unverbleitet zusammen) nur geringfügig gestiegen, während beim Dieselmotorkraftstoff ein Plus von 25,5% (1991 bis 1998) zu verzeichnen war.

Tabelle 2: Versteuerte Mengen ausgewählter Mineralölarten

1 000 m³

Jahr	Benzin, verbleitet und unverbleitet zusammen	Darunter Benzin, unverbleitet	Dieselmotorkraftstoffe
1991	40 267	31 847	25 890
1992	41 103	34 858	27 387
1993	41 606	37 000	28 782
1994	40 094	37 060	29 324
1995	40 067	37 943	30 425
1996	40 302	39 379	30 733
1997	40 616	40 602	31 423
1998	40 766	40 766	32 487

In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung der Verkehrsleistungen von besonderem Interesse: Für den

Preise im September 1999

Im September 1999 sorgten weiter steigende Importpreise für Erdöl und Mineralölprodukte für Preisauftriebendenzen auf allen Wirtschaftsstufen, die allerdings im Bereich des privaten Verbrauchs durch Verbilligungen bei anderen Gütern mehr als kompensiert wurden. Auf der Erzeuger- und Großhandelsstufe setzte sich der Preisanstieg der letzten Monate fort. Die Einzelhandelspreise zogen ebenfalls etwas an.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Großhandelspreise (+1,2%) am stärksten verteuert. Die Jahresteuerrate beim Preisindex für die Lebenshaltung verharrte mit +0,7% auf dem Niveau des Vormonats. Die Einzelhandelspreise lagen im September 1999 – wie bereits im August 1999 – um 0,2% über dem Vorjahresstand. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte wiesen mit –0,5% auch im September 1999 noch eine negative Jahresveränderungsrate auf.

Maßgeblich für den Preisauftrieb sind – wie erwähnt – die starken Preissteigerungen bei Mineralölzeugnissen, die im Vorjahresvergleich mit +27,8% im Großhandel, +23,0% auf der industriellen Erzeugerstufe und +17,9% für die privaten Verbraucher sehr stark ausfallen. Ohne die Verteuerungen bei Heizöl und Kraftstoffen wäre der Preisindex für die Lebenshaltung binnen Jahresfrist nur um 0,1% gestiegen. Der Index der Großhandelsverkaufspreise ohne Mineralölzeugnisse liegt sogar um 0,8% niedriger als vor einem Jahr und der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ohne Mineralölzeugnisse um 1,4% unter dem Vorjahresniveau.

Von Saisonwaren gingen dagegen sowohl auf der Großhandels- als auch auf der Verbraucherstufe preisdämpfende Effekte aus.

Deutschland	Veränderungen September 1999 gegenüber August 1999	
	September 1999	September 1998
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,1	- 0,5
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,1	- 1,4
Mineralölzeugnisse	+ 3,5	+ 23,0
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,4	+ 1,2
ohne Mineralölzeugnisse	-	- 0,8
Mineralölzeugnisse	+ 4,4	+ 27,8
ohne Saisonwaren	+ 0,5	+ 1,5
Saisonwaren	- 2,9	- 6,6
Index der Einzelhandelspreise	+ 0,1	+ 0,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	- 0,2	+ 0,7
ohne Heizöl und Kraftstoffe	- 0,3	+ 0,1
Heizöl und Kraftstoffe	+ 2,4	+ 17,9
ohne Saisonwaren	- 0,2	+ 0,8
Saisonwaren	- 1,9	- 2,2

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Deutschland stieg im September 1999 gegenüber dem Vormonat wiederum geringfügig an (+0,1%). Im Vergleich zum September 1998 lag er um 0,5% niedriger, nach –0,7% im August 1999 und

Ausgewählte Preisindizes 1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- ver- kaufs- preise ²⁾	Einzel- handels- preise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland		Früheres Bundes- gebiet
1994 D	98,3	101,6	99,3	98,3	98,4	98,1
1995 D	100	103,7	100	100	100	100
1996 D	98,8	103,1	100,8	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	105,6	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	103,4	101,7	104,3	104,1	105,3
1998 Juli	99,7	103,5	101,9	104,8	104,6	105,7
Aug	99,5	102,6	101,6	104,6	104,5	105,6
Sept	99,4	101,9	101,7	104,4	104,2	105,4
Okt	98,9	100,9	101,6	104,2	104,0	105,2
Nov	98,5	100,5	101,7	104,2	104,1	105,3
Dez	98,3	100,9	101,6	104,3	104,1	105,3
1999 Jan	97,8	101,2	101,7	104,1	103,9	105,0
Febr	97,7	100,7	101,6	104,3	104,1	105,3
Marz	97,7	101,4	101,8	104,4	104,3	105,3
April	98,3	101,9	102,1	104,8	104,6	105,6
Mar	98,3	102,2	102,0	104,8	104,7	105,7
Juni	98,4	102,4	101,9	104,9	104,8	105,7
Juli	98,7	102,4	101,9	105,4	105,3	106,1
Aug	98,8	102,7	101,8	105,3	105,3	105,9
Sept	98,9	103,1	101,9	105,1	105,0	105,8
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
1998 Juli	- 0,2	- 0,9	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Aug	- 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Sept	- 0,1	- 0,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Okt	- 0,5	- 1,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1
Dez	- 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	-	-
1999 Jan	- 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Febr	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Marz	-	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	-
April	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Mar	-	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1
Juni	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-
Juli	+ 0,3	-	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Aug	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	-	- 0,2
Sept	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1994 D	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6
1995 D	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9
1996 D	- 1,2	- 0,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1998 Juli	- 0,4	- 2,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Aug	- 0,8	- 3,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
Sept	- 1,0	- 4,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Okt	- 1,4	- 4,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Nov	- 1,8	- 4,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Dez	- 1,9	- 4,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
1999 Jan	- 2,3	- 4,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Febr	- 2,4	- 4,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Marz	- 2,3	- 3,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4
April	- 1,7	- 3,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
Mar	- 1,7	- 2,5	-	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Juni	- 1,5	- 1,9	- 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2
Juli	- 1,0	- 1,1	-	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
Aug	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3
Sept	- 0,5	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,4

1) Ohne Umsatzsteuer – 2) Originalbasis 1991 = 100 – 3) Einsch. Umsatzsteuer

–1,0% im Juli 1999. Die negative Jahresveränderungsrate bildete sich damit weiter zurück.

Preistreibende Effekte gingen am aktuellen Rand außer von Mineralölzeugnissen (+3,5% gegenüber dem Vormonat) auch von NE-Metallen und -Halbzeug (+2,7%), Roheisen und Stahl (+1,3%) sowie Papier (+1,1%) aus, während sich insbesondere elektrischer Strom (-2,2%) binnen Monatsfrist deutlich verbilligte.

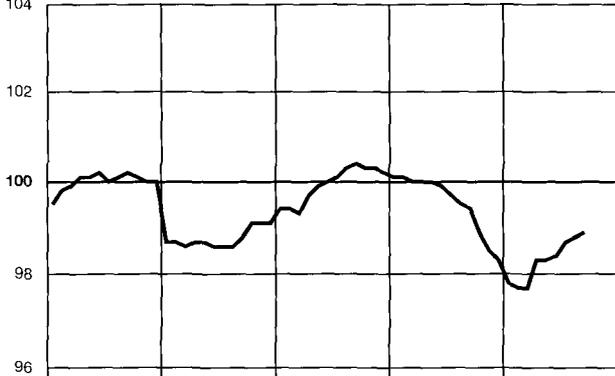
Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich von August 1999 auf September 1999 um 0,4%

Schaubild 1

Ausgewählte Preisindizes
Deutschland

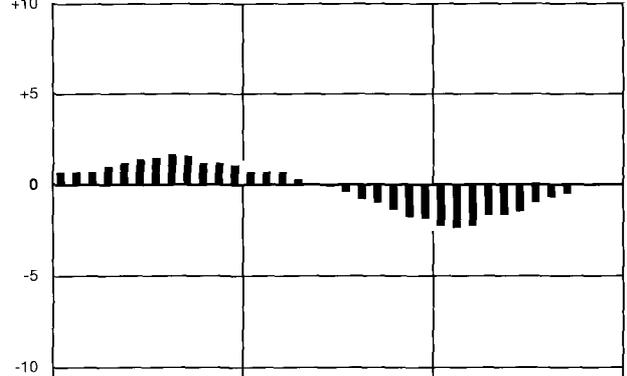
1995 = 100
Log Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



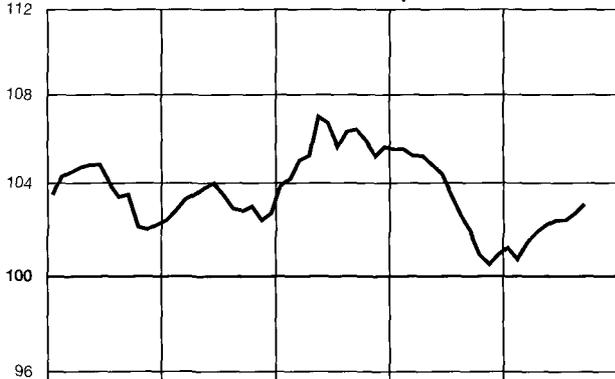
Veränderung gegenüber
dem Vorjahr in %
Arithm Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

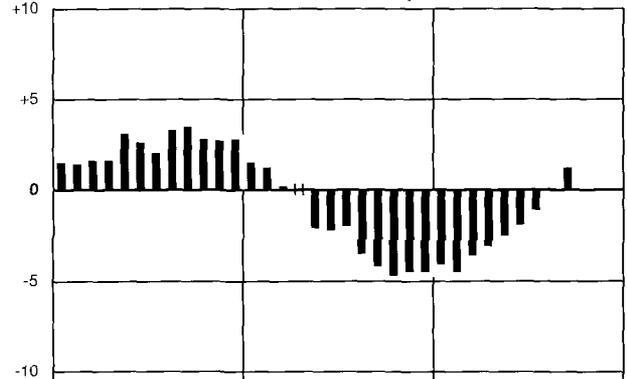


1991 = 100

Großhandelsverkaufspreise



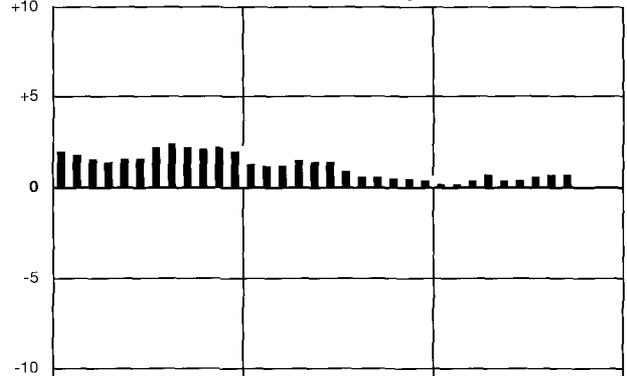
Großhandelsverkaufspreise



1995 = 100 **Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte**

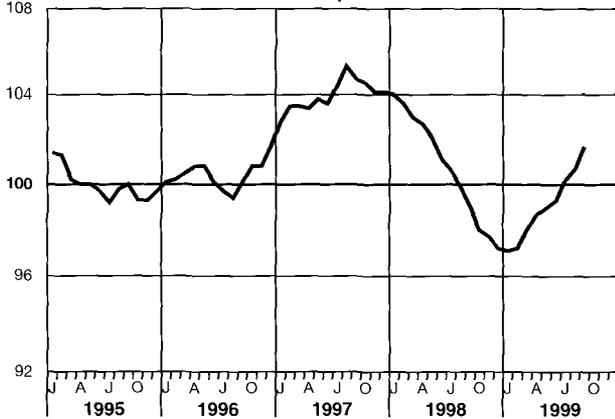


Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

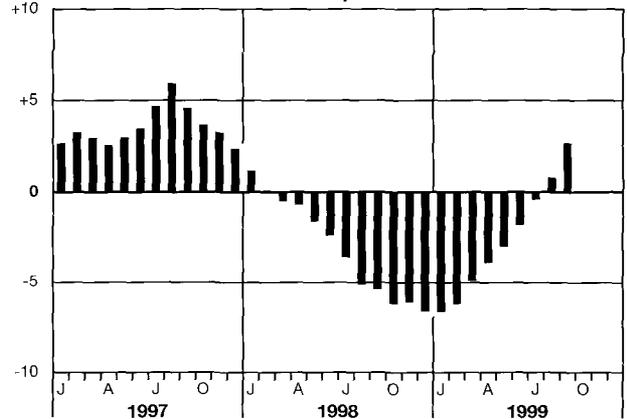


1995 = 100

Einfuhrpreise



Einfuhrpreise



Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres lag er im September 1999 um 1,2% höher. Im August und Juli 1999 hatte die Jahresveränderungsrate mit +0,1% und -1,1% noch deutlich niedriger gelegen.

Im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren stiegen die Preise von August 1999 auf September 1999 um 1,5%, was im wesentlichen auf Preisanhebungen im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen zurückzuführen ist. Im Großhandel mit Fertigwaren gingen die Preise dagegen binnen Monatsfrist um 0,2% zurück. Hierzu trugen vor allem Preisrückgänge im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren bei.

Im einzelnen wiesen die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

Deutschland	Veränderungen September 1999 gegenüber	
	August 1999	September 1998
	%	
Großhandel mit		
Rohstoffen und Halbwaren	+ 1,5	+ 5,5
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	+ 0,4	+ 2,7
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	- 0,8	- 13,6
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 1,0	- 0,3
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	+ 3,9	+ 23,5
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	+ 1,3	- 2,6
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 0,1	- 0,7
Allmaterial, Reststoffen	+ 1,6	+ 7,3
Fertigwaren	- 0,2	- 0,8
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 0,7	- 2,0
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	- 0,1	+ 0,3
Metalwaren, Einrichtungsgegenständen	+ 0,1	- 0,5
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	-	- 0,7
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 0,1	- 0,2
pharmazeutischen, kosmetischen u. a. Erzeugnissen	+ 0,1	+ 1,8
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art (o. a. S.)	+ 0,1	- 0,2

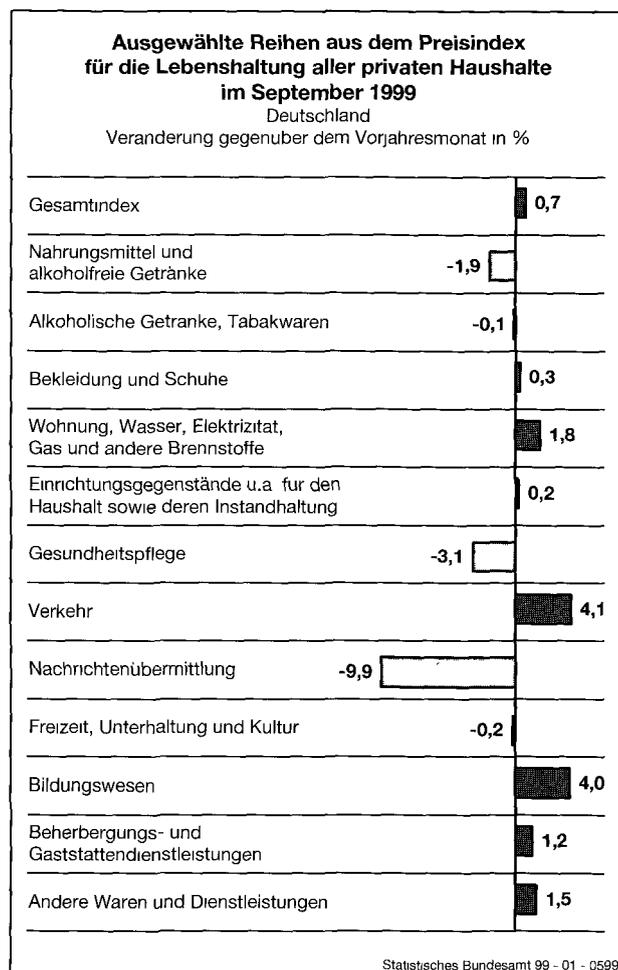
Der Index der Einzelhandelspreise ist im September 1999 gegenüber dem Vormonat mit +0,1% leicht gestiegen. Im Vergleich zum September 1998 lag der Index um 0,2% höher.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland lag im September 1999 um 0,7% höher als im September 1998. Im Vergleich zum August 1999 sank der Index hingegen um 0,2%.

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
auf Basis 1995 = 100**

Deutschland	Veränderungen September 1999 gegenüber	
	August 1999	September 1998
	%	
Gesamtindex	- 0,2	+ 0,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	- 0,5	- 1,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	- 0,1
Bekleidung und Schuhe	+ 0,4	+ 0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,1	+ 1,8
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausstattungen für den Haushalt u. a.	-	+ 0,2
Gesundheitspflege	-	- 3,1
Verkehr	+ 0,1	+ 4,1
Nachrichtenübermittlung	-	- 9,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	- 1,2	- 0,2
Bildungswesen	+ 0,4	+ 4,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	- 2,3	+ 1,2
Andere Waren und Dienstleistungen	-	+ 1,5

Schaubild 2



Statistisches Bundesamt 99 - 01 - 0599

Die Jahresteuersatzrate blieb damit trotz der weiteren Preissteigerungen bei Heizöl und Kraftstoffen (+2,4% von August auf September 1999) gleich. Preisdämpfende Effekte gingen zuletzt insbesondere von rückläufigen Preisen für Pauschalreisen (-7,3%), für Beherbergungsdienstleistungen (-12,7%), für Nahrungsmittel (-0,5%) sowie für Strom (-1,8%) aus.

Die nebenstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar.

Der für das frühere Bundesgebiet berechnete Verbraucherpreisindex ging im September 1999 gegenüber dem Vormonat um 0,3% zurück, erhöhte sich jedoch im Vorjahresvergleich um 0,8%.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost gingen die Verbraucherpreise im September 1999 im Vergleich zum Vormonat um 0,1% zurück und lagen gegenüber September 1998 um 0,4% höher. Die niedrigere Teuerungsrate für die neuen Länder ist zu einem großen Teil auf das geringere Gewicht des Heizöls im ostdeutschen Verbraucherpreisindex zurückzuführen.

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland fiel im September 1999 gegenüber dem Vormonat um 0,3%, gegenüber September 1998 ist er um 0,8% gestiegen.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im einzelnen folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. zum entsprechenden Vorjahresmonat:

Deutschland	Veränderungen September 1999 gegenüber	
	August 1999	September 1998
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Flussgas	+ 8,8	+ 68,4
Schweres Heizöl	+ 8,3	+ 60,8
Leichtes Heizöl	+ 9,6	+ 54,6
Bitumen	+ 8,1	+ 48,5
Betonstahl	+ 2,9	+ 23,9
Kupfer	+ 13,4	+ 23,9
Dieselmotoren	+ 2,9	+ 19,2
Motorenbenzin	+ 1,2	+ 13,7
Elektrischer Strom	- 2,2	- 5,8
Chemiefasern	+ 1,0	- 7,3
Erdgas	+ 0,1	- 7,9
Walzstahl	+ 1,3	- 9,2
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 0,4	- 9,3
Spanplatten	- 0,6	- 11,8
Rostkaffee	- 2,0	- 13,9
Butter	+ 0,7	- 14,0
Großhandelsverkaufspreise		
Heizöl	+ 8,9	+ 50,2
Dieselmotoren	+ 2,8	+ 22,6
Schweinefleisch	+ 0,4	+ 19,6
Lebende Schlachtschweine	- 4,2	+ 15,7
Olkkuchen und -schrote	+ 6,9	+ 7,6
Rostkaffee und bearbeiteter Tee	- 0,1	- 6,9
Tiefgefrorene Hähnchen und Hühner	+ 0,5	- 7,7
Stahlbleche	+ 1,6	- 10,1
Rohkaffee	- 4,5	- 17,1
Stahlschrott	- 1,6	- 19,2

Dipl.-Volkswirtin Irmtraud Beuerlein

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik – Bericht des Statistischen Beirats an die Bundesregierung	9	683
Marketingkonzept der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	7	531
Wirtschaft und Statistik im Urteil seiner Leserinnen und Leser	10	767
Statistikkooperation mit Transformationsstaaten als Aufgabe der amtlichen Statistik	7	539
Unterschiedliche Verfahrensweisen der Statistischen Ämter in der Europäischen Union bei der Saisonbereinigung	1	23
Durchführbarkeit der Intrahandelsstatistik auf Stichprobenbasis	8	609
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998	2	111
Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet	4	253
Armutsmäße für die Bundesrepublik Deutschland	6	479
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999	3	179
Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999	4	293
Ziele für die deutsche Außenhandelsstatistik und ihre Umsetzung	8	624
Möglichkeiten und Grenzen hinsichtlich der Aktualität von ersten Intrahandelsresultaten	9	706
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik	2	85
Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer	4	306
Zur Messung der Rückfälligkeit von Straftätern	6	498
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland	3	197
Methodik zur Berechnung der Bildungsausgaben Deutschlands im Rahmen der internationalen Bildungsberichterstattung	5	406
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995	2	129
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung	3	171
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995	4	325
Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1995	10	812
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995	4	329
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe	4	257
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998	6	449
Bevölkerung		
Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet	4	253
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Ehescheidungen 1997	1	39
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998	3	163
Wahlen		
Europawahl 1999	4	282
Fünfte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999	7	546
Erwerbstätigkeit		
Armutsmäße für die Bundesrepublik Deutschland	6	479
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Betriebs- und Berufswechsel abhängig Erwerbstätiger	8	614
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998	3	163
Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 1998	10	805
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Gewerbeanzeigen 1998	5	359
Insolvenzen 1998	4	299
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999	3	179
Landwirtschaftszählung 1999	8	620
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1998	10	773

	Heft	Seite
Produzierendes Gewerbe		
Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999	4	293
Bautätigkeit und Wohnungen		
Bestand und Struktur der Wohneinheiten	9	702
Wohnsituation der Haushalte 1998	10	780
Wohngeld in Deutschland 1997	10	793
Binnenhandel, Gastgewerbe und Tourismus		
Handel, Gastgewerbe und Tourismus im Gesamtsystem der Wirtschaftsstatistik	5	365
Entwicklung im Binnenhandel im Jahr 1998	5	367
Branchenentwicklung im Gastgewerbe 1998	5	379
Außenhandel		
Ziele für die deutsche Außenhandelsstatistik und ihre Umsetzung	8	624
Durchführbarkeit der Intrahandelsstatistik auf Stichprobenbasis	8	609
Möglichkeiten und Grenzen hinsichtlich der Aktualität von ersten Intrahandelsresultaten	9	706
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 1998	2	77
Die Behandlung von Ausfuhren vollständiger Fabrikationsanlagen in der Außenhandelsstatistik	7	552
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik	2	85
Analyse der Abweichungen beim deutsch-niederländischen Warenverkehr	7	555
Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer	4	306
Außenhandel 1998 nach Ländern	4	312
Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1999	10	787
Verkehr		
Schätzung des Transports gefährlicher Güter im Eisenbahnverkehr, in der Binnenschifffahrt und im Seeverkehr 1997	5	384
Verkehrsunfallrisiko von Omnibusfahrern	8	629
Alkoholunfälle im Straßenverkehr 1998	8	631
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 1998	8	639
Seeschifffahrt 1998	7	561
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1998	5	392
Binnenschifffahrt 1998	9	713
Gewerblicher Luftverkehr 1998	5	399
Rechtspflege		
Zur Messung der Rückfälligkeit von Straftätern	6	498
Strafverfolgungsstatistik 1997	3	189
Bildung und Kultur		
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland	3	197
Methodik zur Berechnung der Bildungsausgaben Deutschlands im Rahmen der internationalen Bildungsberichterstattung	5	406
Studierende im Wintersemester 1998/99	6	505
Gesundheitswesen		
Verständlich, anschaulich, umfassend: Der erste Gesundheitsbericht für Deutschland	2	92
Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1997	2	96
Wohngeld in Deutschland 1997	10	793
Finanzen und Steuern		
Umsätze und ihre Besteuerung 1997	7	570
Kommunal финанzen 1999	5	415
Öffentliche Finanzen 1998	4	318
im ersten Halbjahr 1999	10	800
Entwicklung der öffentlichen Schulden seit 1991	5	417
Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 1998	10	805
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998	2	111
Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern	1	46
Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland	3	210
Letztmals Ergebnisse der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen nach bisherigem Konzept	9	723
Armutsmaße für die Bundesrepublik Deutschland	6	479

Löhne und Gehälter

	Heft	Seite
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 1996	2	116
Bruttojahresverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 1998	8	648
Ergebnisse der Lohnstatistik für 1998	5	422

Preise

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1998	10	773
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995	2	129
Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 1995	7	574
Die Berechnung der Wagungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung	3	171
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995	4	325
Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1995	10	812
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995	4	329
Preisentwicklung im Jahr 1998	1	55
Preise im Januar 1999	2	138
Februar 1999	3	221
März 1999	4	337
April 1999	5	433
Mai 1999	6	511
Juni 1999	7	580
Juli 1999	8	656
August 1999	9	738
September 1999	10	832

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe	4	257
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998	6	449
Bruttoinlandsprodukt 1998	1	13
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 1999	9	688

Umwelt

Erlöse und Konzessionsabgaben in der Energie- und Wasserwirtschaft	2	134
Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 1999	10	820

Gastbeiträge

Verbrauch der privaten Haushalte in der Europäischen Union: – Wichtigste Trends und Struktur der Ausgaben –	2	142
Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes	3	225
Kosten nach Krankheitsarten	7	584
Versichertenstichprobe aus der gesetzlichen Krankenversicherung	9	742
Privatisierung der amtlichen Statistik – weitere Diskussionsbeiträge	8	660

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	552*	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	576*	
Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts	579*	
 Ausgewählte Tabellen		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Durchschnittliche Kaufwerte für veräußerte Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung	580*	einmalig
Produzierendes Gewerbe		
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	582*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen	588*	“
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe	589*	“
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	593*	“
Preisindex für die Lebenshaltung	596*	“
Preisindizes für Bauwerke	597*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	36 156 p	35 868 p	35 996 p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	1 000	36 096 p	35 805 p	35 932 p
Arbeitsmarkt⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 279	4 145	3 998	3 938	4 027	4 024	3 943 p
dar.: Männer	1 000	2 112	2 342	2 273	2 206	2 104	2 050	2 073	2 057	2 013 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	107	114	108	84	76	82	120	131	121 p
Ausländer/-innen	1 000	496	548	535	526	506	493	486	483	482 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	11,5	12,7	12,3	11,9	11,4	11,2	11,5	11,4	11,2 p
Offene Stellen	1 000	327	337	422	508	502	491	482	479	458 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	277	183	115	136	137	131	107	88	86 p
Früheres Bundesgebiet⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	2 796	3 021	2 904	2 799	2 695	2 653	2 692	2 678	2 622 p
dar.: Männer	1 000	1 617	1 741	1 641	1 569	1 499	1 465	1 472	1 456	1 425 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	83	82	75	63	57	62	75	80	75 p
Ausländer/-innen	1 000	482	522	505	493	474	462	455	451	450 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	10,1	11,0	10,5	10,1	9,6	9,5	9,6	9,5	9,4 p
Offene Stellen	1 000	270	282	342	422	423	418	413	409	391 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	206	133	81	103	107	102	83	69	66 p
Neue Länder und Berlin-Ost⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	1 169	1 364	1 375	1 346	1 303	1 285	1 335	1 346	1 321 p
dar.: Männer	1 000	495	602	632	637	605	585	601	601	588 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	25	32	33	21	19	20	45	51	46 p
Ausländer/-innen	1 000	14	26	30	33	32	32	32	32	32 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	16,7	19,5	19,5	19,1	18,3	18,1	18,8	18,9	18,6 p
Offene Stellen	1 000	57	56	79	86	78	73	69	70	67 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	71	49	34	33	30	29	24	20	21 p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	Anzahl	31 471	33 398	33 977
Unternehmen	Anzahl	25 530	27 474	27 828
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	3 643	3 598	3 287
Baugewerbe	Anzahl	7 041	7 788	8 112
Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Anzahl	5 967	6 111	6 144
Gastgewerbe	Anzahl	1 476	1 679	1 819
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	7 403	8 298	8 466
Übrige Gemeinschaftsdner ⁸⁾	Anzahl	5 941	5 924	6 149
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	Anzahl	23 078	24 212	24 432
dar.: Unternehmen	Anzahl	18 111	19 348	19 213
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	Anzahl	8 393	9 186	9 545
dar.: Unternehmen	Anzahl	7 419	8 126	8 615
		1996	1997	1998	1998	1999				
					Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	780 013	802 935	811 377	65 872	72 715	62 939	72 573	70 374	60 477
dar.: echte Neuerichtungen ⁹⁾	Anzahl	217 210	210 091	215 207	16 828	18 528	17 671	20 114	18 913	16 678
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	647 889	681 864	696 214	77 190	74 341	57 788	64 523	62 615	53 250
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	Anzahl	104 689	111 331	119 475	13 085	13 041	11 060	11 311	10 464	9 112
Gewerbeummeldungen	Anzahl	170 004	178 395	184 818	14 817	16 189	15 104	17 435	17 054	14 321

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 576* ff dargestellt. - 2) Revidierte Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen. Methodische Erläuterungen hierzu im Sonderband Reihe S 20 der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ und in WiSta 6/1999. - 3) Revidierte Ergebnisse Mit Arbeitsort in Deutschland, (Inlandskonzept) - 4) Revidierte Ergebnisse. Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose) - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar. - 8) Natürliche Personen, Nachlasskonkurse. - 9) Gründung bzw vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkseigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 0,8p	+ 0,4p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	- 0,8p	+ 0,4p
Arbeitsmarkt⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	+ 10,6	- 2,4	- 3,4	- 2,6	- 1,8	- 0,6p	- 1,5	+ 2,3	- 0,1	- 2,0p
dar.: Männer	+ 10,9	- 3,0	- 4,4	- 3,7	- 2,7	- 1,7p	- 2,6	+ 1,1	- 0,8	- 2,1p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 5,8	- 4,5	- 9,0	- 4,4	- 4,4	- 4,2p	+ 7,8	+ 46,3	+ 9,1	- 7,4p
Ausländer/-innen	+ 10,5	- 2,4	- 3,9	- 3,8	- 3,8	- 4,2p	- 2,6	- 1,4	- 0,8	- 0,1p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 3,0	+ 25,1	+ 1,5	+ 3,4	+ 2,8	+ 6,2p	- 2,2	- 1,7	- 0,8	- 4,2p
Kurzarbeiter/-innen	- 34,1	- 37,0	+ 27,8	+ 28,3	+ 36,1	+ 11,9p	- 4,3	- 18,3	- 17,5	- 2,3p
Früheres Bundesgebiet⁷⁾										
Arbeitslose	+ 8,0	- 3,9	- 4,3	- 4,5	- 4,4	- 4,1p	- 1,5	+ 1,5	- 0,5	- 2,1p
dar.: Männer	+ 7,7	- 5,7	- 5,6	- 5,6	- 5,3	- 4,9p	- 2,3	+ 0,5	- 1,1	- 2,1p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 1,2	- 7,6	- 6,1	- 5,7	- 6,6	- 7,1p	+ 7,5	+ 22,2	+ 6,4	- 6,7p
Ausländer/-innen	+ 8,3	- 3,2	- 4,8	- 4,7	- 4,6	- 5,0p	- 2,6	- 1,5	- 0,9	- 0,2p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 4,1	+ 21,5	+ 8,7	+ 9,2	+ 8,8	+ 11,6p	- 1,3	- 1,0	- 1,0	- 4,4p
Kurzarbeiter/-innen	- 35,4	- 39,1	+ 48,0	+ 49,7	+ 63,5	+ 23,0p	- 4,4	- 18,6	- 17,7	- 4,3p
Neue Länder und Berlin-Ost⁷⁾										
Arbeitslose	+ 16,7	+ 0,8	- 1,3	+ 1,4	+ 4,1	+ 7,2p	- 1,4	+ 3,9	+ 0,8	- 1,9p
dar.: Männer	+ 21,5	+ 5,0	- 1,3	+ 1,2	+ 4,0	+ 7,3p	- 3,3	+ 2,7	+ 0,0	- 2,2p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 29,3	+ 3,3	- 17,0	- 2,2	- 0,7	+ 0,9p	+ 8,8	+ 118,8	+ 13,7	- 8,6p
Ausländer/-innen	+ 84,1	+ 12,7	+ 11,2	+ 10,5	+ 9,1	+ 8,4p	- 1,5	- 0,2	+ 0,6	+ 0,1p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	- 2,2	+ 42,9	- 26,5	- 21,7	- 22,4	- 17,1p	- 7,0	- 5,1	+ 0,5	- 3,2p
Kurzarbeiter/-innen	- 30,2	- 31,4	- 14,1	- 14,6	- 14,0	- 12,9p	- 4,0	- 16,9	- 16,8	+ 4,9p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	+ 6,1	+ 1,7
Unternehmen	+ 7,6	+ 1,3
Verarbeitendes Gewerbe	- 1,2	- 8,6
Baugewerbe	+ 10,6	+ 4,2
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	+ 2,4	+ 0,5
Gastgewerbe	+ 13,8	+ 8,3
Sonstige Wirtschaftszweige	+ 12,1	+ 2,0
Ubrige Gemeinschaftsdar ⁸⁾	- 0,3	+ 3,8
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	+ 4,9	+ 0,9
dar.: Unternehmen	+ 6,8	- 0,7
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	+ 9,4	+ 3,9
dar.: Unternehmen	+ 9,5	+ 6,0
	1997	1998	Febr. 99	März 99	April 99	Mai 99	Febr. 99	März 99	April 99	Mai 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbeanmeldungen	+ 2,9	+ 1,1	- 10,2	- 9,9	+ 1,0	- 1,2	- 13,4	+ 15,3	- 3,0	- 14,1
dar.: echte Neuerrichtungen ⁹⁾	- 3,3	+ 2,4	- 2,9	- 7,2	+ 2,1	+ 1,5	- 4,6	+ 13,8	- 6,0	- 11,8
Gewerbeabmeldungen	+ 5,2	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,7	+ 16,5	+ 9,6	- 22,3	+ 11,7	- 3,0	- 15,0
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	+ 6,3	+ 7,3	+ 11,5	+ 3,4	+ 16,3	+ 9,7	- 15,2	+ 2,3	- 7,5	- 12,9
Gewerbeummeldungen	+ 4,9	+ 3,6	- 3,9	- 3,6	+ 8,5	+ 3,1	- 6,7	+ 15,4	- 2,2	- 16,0

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S 576* ff dargestellt - 2) Revidierte Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen. Methodische Erläuterungen hierzu im Sonderband Reihe S 20 der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ und in WiSta 6/1999. - 3) Revidierte Ergebnisse. Mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) - 4) Revidierte Ergebnisse. Mit Wohnort in Deutschland (Inlandskonzept) - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose) - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar. - 8) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse - 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkseigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 760	15 227	14 942
Schweine	1 000	24 283	24 795	26 294
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	4 283	4 274	3 984 p	323	288	384	320
Kälber	1 000	494	479	464 p	31	29	46	33
Schweine	1 000	38 650	37 724	40 514 p	3 644	3 359	3 874	3 565
Schlachtmenge	1 000 t	4 992	4 893	5 093 p	449	407	489	437
dar.: Rinder	1 000 t	1 363	1 336	1 266 p	104	92	124	103
Kälber	1 000 t	61	57	55 p	4	4	6	4
Schweine	1 000 t	3 547	3 481	3 751 p	341	310	357	329
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	574 128	590 675	596 719 p	49 169	46 590	53 766	52 885
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	597 487	643 360	681 381 p	56 098	54 612	63 155	56 794
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	12 879 ⁵⁾	12 437 ⁵⁾	12 229 ⁵⁾
Schweine	1 000	21 061	21 470	22 712
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	3 931	3 883	3 596 p	292	258	349	289
Kälber	1 000	485	464	449 p	30	28	44	32
Schweine	1 000	33 089	32 247	34 807 p	3 122	2 878	3 327	3 050
Schlachtmenge	1 000 t	4 388	4 284	4 461 p	393	355	430	382
dar.: Rinder	1 000 t	1 260	1 224	1 155 p	95	84	114	94
Kälber	1 000 t	61	55	54 p	4	4	5	4
Schweine	1 000 t	3 048	2 987	3 234 p	293	267	307	282
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	401 818	405 569	405 151 p	32 993	32 384	36 525	36 270
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	416 129	448 834	469 755 p	38 740	36 850	40 561	35 881
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	2 880 ⁵⁾	2 789 ⁵⁾	2 712 ⁵⁾
Schweine	1 000	3 222	3 325	3 582
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	352	390	388 p	31	29	35	32
Kälber	1 000	10	15	15 p	1	1	2	1
Schweine	1 000	5 561	5 476	5 707 p	523	481	548	515
Schlachtmenge	1 000 t	604	609	631 p	57	52	60	56
dar.: Rinder	1 000 t	103	112	111 p	9	8	10	9
Kälber	1 000 t	1	1	1 p	0	0	0	0
Schweine	1 000 t	499	494	517 p	48	43	49	47
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	172 310	185 106	191 569 p	16 176	14 207	17 240	16 615
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	181 358	194 525	211 626 p	17 358	17 761	22 595	20 914
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gewerbe ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	99,5	102,2	105,8	95,8	96,8	111,9	104,4	101,8	109,5
Energieversorgung	1995 = 100	105,9	105,2	105,4	117,6	111,0	112,7	102,3	94,5	92,8
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	549 990	549 163	550 326	50 933	47 478	49 579	44 986	42 092	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	499 798	502 489	505 770	45 858	43 633	45 567	40 737	39 473	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	371 701	373 719	376 830	35 422	32 498	35 661	32 574	28 474	28 209
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	1 037 814	979 116	976 458	128 025	126 795	87 297	87 072	63 660	56 148

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember. 1998: Viehzählung im November - 2) In Bruterien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 5) Ohne Berlin

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	März 99	April 99	Mai 99	Juni 99	März 99	April 99	Mai 99	Juni 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	Febr. 99	März 99	April 99	Mai 99
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand¹⁾										
Rinder (einschl. Kalber)	- 3,4	- 1,9
Schweine	+ 2,1	+ 6,0
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 0,2	- 6,8 p	+ 7,3	- 0,8	+ 33,6	- 16,6
Kalber	- 3,1	- 3,1 p	+ 4,7	- 21,2	+ 56,2	- 27,9
Schweine	- 2,4	+ 7,5 p	+ 15,6	+ 14,7	+ 15,3	- 8,0
Schlachtmenge	- 2,0	+ 4,1 p	+ 13,5	+ 9,6	+ 20,2	- 10,6
dar.: Rinder	- 2,0	- 5,2 p	+ 8,9	+ 0,4	+ 34,4	- 17,1
Kalber	- 7,9	- 3,1 p	+ 7,9	- 15,3	+ 55,7	- 26,2
Schweine	- 1,9	+ 7,8 p	+ 14,8	+ 13,8	+ 15,1	- 7,8
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 2,9	+ 1,0 p	+ 2,5	+ 2,5	+ 15,4	- 1,6
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 7,7	+ 5,9 p	+ 8,4	+ 0,4	+ 15,6	- 10,1
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 3,4 ⁵⁾	- 1,7 ⁵⁾
Schweine	+ 1,9	+ 5,8
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 1,2	- 7,4 p	+ 7,7	- 0,2	+ 35,0	- 17,2
Kalber	- 4,2	- 3,2 p	+ 3,6	- 20,8	+ 54,9	- 27,2
Schweine	- 2,5	+ 7,9 p	+ 15,8	+ 14,1	+ 15,6	- 8,3
Schlachtmenge	- 2,4	+ 4,1 p	+ 13,8	+ 9,1	+ 21,0	- 11,2
dar.: Rinder	- 2,9	- 5,6 p	+ 9,4	+ 0,9	+ 35,8	- 17,6
Kälber	- 8,7	- 2,7 p	+ 7,1	- 15,0	+ 54,7	- 25,8
Schweine	- 2,0	+ 8,3 p	+ 15,1	+ 13,1	+ 15,3	- 8,2
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 0,9	- 0,1 p	- 1,5	+ 1,9	+ 12,8	- 0,7
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 7,9	+ 4,7 p	+ 1,2	- 9,4	+ 10,1	- 11,5
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand¹⁾										
Rinder (einschl. Kalber)	- 3,1 ⁵⁾	- 2,8 ⁵⁾
Schweine	+ 3,2	+ 7,7
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 10,9	- 0,6 p	+ 3,2	- 5,9	+ 21,0	- 10,6
Kälber	+ 54,3	+ 1,8 p	+ 38,3	- 32,1	+ 98,8	- 44,1
Schweine	- 1,5	+ 4,2 p	+ 14,1	+ 18,4	+ 13,9	- 6,0
Schlachtmenge	+ 0,7	+ 3,7 p	+ 11,7	+ 13,5	+ 14,8	- 6,6
dar.: Rinder	+ 8,5	- 0,4 p	+ 3,9	- 4,8	+ 20,7	- 11,1
Kälber	+ 49,5	- 18,6 p	+ 55,2	- 29,8	+ 112,3	- 43,8
Schweine	- 1,0	+ 4,7 p	+ 13,3	+ 18,2	+ 13,4	- 5,5
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 7,4	+ 3,5 p	+ 12,1	+ 3,8	+ 21,4	- 3,6
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 7,3	+ 8,8 p	+ 24,4	+ 23,6	+ 27,2	- 7,4
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gew.⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,5	- 2,0	- 1,4	- 1,8	± 0,0	+ 15,6	- 6,7	- 2,5	+ 7,6
Energieversorgung	- 0,7	+ 0,2	- 1,6	- 0,9	- 0,9	+ 2,1	+ 1,5	- 9,2	- 7,6	- 1,8
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,3	...	+ 4,4	- 9,3	- 6,4	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	+ 0,8	...	+ 4,4	- 10,7	- 3,1	...
Gaserzeugung	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,7	- 0,6	+ 1,1	+ 1,7	+ 9,7	- 8,7	- 12,6	- 0,9
Inlandsversorgung mit Gas	- 5,7	- 0,3	+ 2,7	- 7,8	+ 15,8	- 5,1	- 31,2	- 0,3	- 26,9	- 11,8

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember 1998: Viehzählung im November. - 2) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 5) Ab Dezember 1996 ohne Berlin

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	6 520	6 311	6 405	6 368	6 335	6 331	6 343	6 373	6 397
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 352	2 290	2 320	2 326	2 319	2 321	2 324	2 329	2 339
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	4 168	4 021	4 085	4 042	4 016	4 010	4 020	4 044	4 058
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	167	148	138	130	129	129	129	129	129
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 353	6 163	6 267	6 238	6 206	6 202	6 214	6 245	6 269
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 970	2 874	2 867	2 831	2 818	2 817	2 821	2 836	2 847
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 165	2 102	2 147	2 163	2 150	2 148	2 152	2 160	2 168
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	327	308	305	298	296	295	295	294	295
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	1 059	1 027	1 086	1 076	1 071	1 072	1 076	1 083	1 088
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	6 483	6 283	6 440	575	534	506	539	521	491
Bruttolohnsumme	Mill. DM	215 263	210 694	217 073	17 542	17 726	18 312	18 880	17 937	17 560
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	196 067	193 952	199 255	16 228	16 343	17 042	17 854	16 322	15 860
Kohleverbrauch	1 000 t	42 781	40 780	35 959	8 344 ^{a)}	–	–	7 937 ^{b)}	–	–
Heizölverbrauch	1 000 t	10 388	10 028	10 303	2 727 ^{a)}	–	–	2 289 ^{b)}	–	–
Gasverbrauch	Mill. kWh	326 728	331 331	329 473	88 836 ^{a)}	–	–	79 252 ^{b)}	–	–
Stromverbrauch	Mill. kWh	209 236	215 128	218 763	19 014	17 910	17 883	19 501	18 440	17 900
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	5 932	5 748	5 817	5 779	5 748	5 742	5 752	5 778	5 799
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 167	2 115	2 142	2 147	2 141	2 143	2 145	2 150	2 160
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	3 765	3 633	3 675	3 631	3 607	3 599	3 607	3 628	3 639
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	138	124	117	–	–	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	5 794	5 624	5 699	–	–	–	–	–	–
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 715	2 624	2 609	2 572	2 559	2 557	2 560	2 573	2 583
Investitionsgüterproduzenten	1 000	1 977	1 929	1 966	1 981	1 970	1 967	1 971	1 978	1 985
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	302	285	281	274	272	272	271	271	271
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	938	911	960	951	947	947	950	956	960
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	5 812	5 636	5 750	512	477	451	478	463	436
Bruttolohnsumme	Mill. DM	200 129	195 726	201 137	16 205	16 413	16 987	17 474	16 591	16 207
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	185 254	183 384	188 262	15 340	15 448	16 132	16 900	15 416	14 963
Kohleverbrauch	1 000 t	32 987	32 713	30 667	7 506 ^{a)}	–	–	7 073 ^{b)}	–	–
Heizölverbrauch	1 000 t	9 391	9 087	8 740	2 330 ^{a)}	–	–	1 913 ^{b)}	–	–
Gasverbrauch	Mill. kWh	282 898	288 243	283 413	76 408 ^{a)}	–	–	67 794 ^{b)}	–	–
Stromverbrauch	Mill. kWh	187 738	192 806	195 241	16 832	15 938	15 879	17 421	16 366	16 003
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	588	563	588	589	587	589	591	595	598
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	185	175	178	178	177	178	178	179	179
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	403	388	410	411	410	411	413	416	419
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	29	24	20	–	–	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	559	539	567	–	–	–	–	–	–
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	255	251	257	259	259	260	261	263	264
Investitionsgüterproduzenten	1 000	187	173	181	182	180	180	181	182	183
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	25	24	24	24	24	23	23	23	23
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	121	115	125	125	125	125	125	127	128
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	671	648	691	63	58	55	61	59	55
Bruttolohnsumme	Mill. DM	15 134	14 969	15 936	1 337	1 313	1 325	1 406	1 346	1 352
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	10 813	10 569	10 993	888	895	910	953	906	898
Kohleverbrauch	1 000 t	9 795	8 067	5 293	838 ^{a)}	–	–	864 ^{b)}	–	–
Heizölverbrauch	1 000 t	997	941	1 563	397 ^{a)}	–	–	376 ^{b)}	–	–
Gasverbrauch	Mill. kWh	43 830	43 087	46 060	12 428 ^{a)}	–	–	11 458 ^{b)}	–	–
Stromverbrauch	Mill. kWh	21 498	22 322	23 521	2 182	1 971	2 004	2 080	2 073	1 897

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben, bis einschl. 1998 endgültige Ergebnisse. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe, sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in der übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen – 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) Verbrauch im 1. Vj. 1999 – b) Verbrauch im 2. Vj. 1999.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	May 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ^{1) 2)}										
Deutschland										
Beschäftigte	- 3,2	- 0,2	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 1,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 2,6	- 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,5	- 0,1	- 1,3	- 1,6	- 1,8	- 1,9	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 11,3	- 6,9	- 6,9	- 6,9	- 6,7	- 6,5	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 0,3
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,0	± 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,8	- 0,9	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,2	- 0,9	- 1,4	- 1,6	- 1,8	- 1,8	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten	- 2,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,6	- 1,8	- 3,3	- 3,5	- 3,6	- 3,6	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,0	+ 0,9	- 0,8	- 0,8	- 0,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,1	+ 0,6	- 2,8	± 0,0	- 5,9	+ 1,6	- 5,4	+ 6,6	- 3,3	- 5,8
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,0	+ 3,8	+ 3,9	- 6,7	- 2,5
Kohleverbrauch	- 4,7	- 11,8	-	- 13,5 ^{a)}	-	-	-	- 4,9 ^{b)}	-	-
Heizölverbrauch	- 3,5	- 0,5	-	- 1,9 ^{a)}	-	-	-	- 16,0 ^{b)}	-	-
Gasverbrauch	+ 1,4	- 0,6	-	+ 1,7 ^{a)}	-	-	-	- 10,8 ^{b)}	-	-
Stromverbrauch	+ 2,8	+ 1,5	- 1,1	+ 6,2	- 1,7	+ 1,7	- 0,1	+ 9,0	- 5,4	- 2,9
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	- 3,1	- 0,3	- 0,8	- 1,0	- 1,1	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 2,4	- 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,5	- 0,4	- 1,6	- 1,9	- 2,1	- 2,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 9,9	- 5,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	- 2,9	- 0,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,4	- 1,1	- 1,7	- 1,9	- 2,1	- 2,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten	- 2,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,7	- 2,1	- 3,3	- 3,4	- 3,7	- 3,6	- 0,2	- 0,1	- 0,2	+ 0,1
Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,9	+ 1,1	- 1,0	- 1,0	- 0,8	- 0,8	± 0,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,0	+ 0,4	- 3,2	- 0,4	+ 6,4	+ 1,3	- 5,4	+ 6,0	- 3,2	- 5,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 3,8	- 6,9	- 2,6
Kohleverbrauch	- 0,8	- 6,3	-	- 7,3 ^{a)}	-	-	-	- 5,8 ^{b)}	-	-
Heizölverbrauch	- 3,2	- 7,1	-	- 3,4 ^{a)}	-	-	-	- 17,9 ^{b)}	-	-
Gasverbrauch	+ 1,9	- 1,8	-	+ 1,5 ^{a)}	-	-	-	- 11,3 ^{b)}	-	-
Stromverbrauch	+ 2,7	+ 1,1	- 1,7	+ 6,4	- 2,4	+ 1,4	- 0,4	+ 9,7	- 6,1	- 2,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	- 4,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,6
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 5,5	- 1,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 3,7	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 17,7	- 14,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,5	+ 1,8	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten	- 7,5	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6
Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,7	+ 2,0	- 3,9	- 4,1	- 3,5	- 3,7	- 0,7	- 0,4	+ 0,2	+ 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,3	- 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,8
Geleistete Arbeiterstunden	- 3,5	+ 3,0	+ 0,3	+ 3,8	- 2,2	+ 4,1	- 5,3	+ 11,5	- 3,7	- 6,9
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 1,6	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,5	+ 0,9	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,6	- 4,5	- 0,1
Kohleverbrauch	- 17,6	- 34,4	-	- 44,4 ^{a)}	-	-	-	+ 3,0 ^{b)}	-	-
Heizölverbrauch	- 5,6	+ 64,0	-	+ 6,5 ^{a)}	-	-	-	- 5,4 ^{b)}	-	-
Gasverbrauch	- 1,7	+ 6,7	-	+ 3,4 ^{a)}	-	-	-	- 7,8 ^{b)}	-	-
Stromverbrauch	+ 3,8	+ 5,1	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,3	+ 3,8	+ 1,7	+ 3,8	- 0,3	- 8,5

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben bis einschl. 1998, endgültige Ergebnisse - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 Ab Januar 1998 sind die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtszeiträume berechnet worden - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) 2. Vj. 1999 gegenüber 2. Vj. 1998 - b) 2. Vj. 1999 gegenüber 1. Vj. 1998

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	99,7	106,7	111,2	122,9	110,0	104,3	117,4	112,1	109,6
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,0	106,8	108,8	119,9	108,1	103,7	114,4	112,2	105,8
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,3	108,4	116,3	123,8	114,4	107,9	126,9	115,5	115,6
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	103,2	106,2	113,5	133,5	115,8	110,4	120,7	112,3	106,5
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	98,2	98,3	97,8	121,9	92,2	81,9	85,5	94,5	109,8
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	99,8	102,5	106,0	112,2	104,6	102,1	110,0	105,7	97,5 p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	94,3	91,1	84,8	89,3	85,8	83,1	84,0	84,4	79,6 p
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	100,4	104,4	109,5	116,8	107,3	105,1	114,0	108,6	100,0 p
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	99,5	105,0	109,1	117,3	108,5	106,2	112,8	109,8	103,2 p
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	105,2	113,2	117,1	108,6	105,6	120,6	110,0	97,6 p
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,1	101,9	108,3	119,4	108,8	105,6	114,2	103,4	90,7 p
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,6	100,9	100,6	106,7	97,7	97,2	101,1	101,4	96,7 p
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Forderung)	1 000 t	48 194	46 792	41 500
Braunkohle, roh (Forderung)	1 000 t	187 180	178 203	165 402
Erdöl, roh	1 000 t	2 849	2 821	2 895
Zement (ohne Zementklinker)	1 000 t	35 872	35 945	36 610
Roheisen für die Stahlerzeugung	1 000 t	27 347	30 466	29 711
Stahlrohblöcke und -brammen	1 000 t
Flüssigstahl unlegiert	1 000 t	31 921	35 633	33 687
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	393	424	409
Motorenbenzin	1 000 t	24 854	24 392	25 162
Heizöl	1 000 t	38 222	35 282	36 703
Schnittholz	1 000 m³	14 267	14 730	14 972
Personenkraftwagen										
mit Fremdzündung										
von 1 500 cm³ oder weniger	1 000 St.	746	730	912
von mehr als 1 500 cm³	1 000 St.	2 915	2 977	3 226
mit Selbstzündung	1 000 St.	1 086	1 049	1 321
Fernsehempfangsgeräte 2)										
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St.	1 659	1 872	2 870
Digitale Verarbeitungseinheiten	1 000 St.	1 241	1 744	2 347
Ein- oder Ausgabeinheiten	1 000 St.	4 108	4 482	3 963
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	1 000 St.	69	65
Telle und Zubehör für Datenverarbeitungs- gerate und ihre Einheiten	1 000 DM	2 516 259	2 614 531	3 119 608
Baumwollgarn	t	126 537	135 066	129 495
Würste u.a. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	t	1 917 337	1 895 471
Zigaretten	Mill. St.	192 462	181 644
Gesamtumsatz 3) 4) 5)	Mrd. DM	2 079,3	2 186,2	2 270,8	211,3	187,3	182,0	204,4	192,0	179,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	29 335,3	25 605,7	25 285,6	1 868,8	1 889,4	1 834,5	1 966,1	1 849,6	1 825,1
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	2 050,0	2 160,6	2 247,5	209,4	185,4	180,2	202,4	190,2	178,0
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	943 476	985 536	973 783	87 607	80 008	77 115	85 774	82 474	78 522
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	649 500	705 478	780 842	76 359	66 156	63 924	75 030	66 780	58 794
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	87 933	87 158	90 027	8 556	7 246	6 867	7 667	6 790	6 399
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	398 388	408 032	426 172	38 738	33 912	34 103	35 894	36 046	36 102
dar : Auslandsumsatz 6)	Mill. DM	617 255	696 767	753 165	72 814	63 406	61 840	71 271	64 839	59 115

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 4) Ohne Umsatzsteuer - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe										
.....	+ 7,0	+ 4,2	- 2,0	+ 3,6	- 1,8	+ 12,1	- 5,2	+ 12,6	- 4,5	- 2,2
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 9,0	+ 1,9	- 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 9,8	- 4,1	+ 10,3	- 1,9	- 5,7
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 7,3	- 3,1	+ 6,2	- 4,8	+ 16,1	- 5,7	+ 17,6	- 9,0	+ 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,9	+ 6,9	+ 1,7	+ 10,1	- 1,9	+ 15,4	- 4,7	+ 9,3	- 7,0	- 5,2
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	- 0,5	+ 1,4	- 7,2	- 3,0	+ 2,4	- 11,2	+ 4,4	+ 10,5	+ 16,2
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,4	- 1,8	± 0,0	- 2,8	+ 0,7p	- 2,4	+ 7,7	- 3,9	- 7,8p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,4	- 6,9	+ 1,0	- 0,6	- 3,1	- 3,6p	- 3,1	+ 1,1	+ 0,5	- 5,7p
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,0	+ 4,9	- 1,8	+ 0,1	- 2,6	+ 1,8p	- 2,1	+ 8,5	- 4,7	- 7,9p
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,5	+ 3,9	- 2,1	- 0,5	- 2,1	+ 1,5p	- 2,1	+ 6,2	- 2,7	- 6,0p
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,2	+ 7,6	- 2,2	+ 0,5	- 5,3	- 0,2p	- 2,8	+ 14,2	- 8,8	- 11,3p
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,2	+ 3,1	- 1,3	+ 11,8p	- 2,9	+ 8,1	- 9,5	- 12,3p
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,3	- 0,3	- 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,6p	- 0,5	+ 4,0	+ 0,3	- 4,6p
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	- 2,9	- 11,3
Braunkohle, roh (Förderung)	- 4,8	- 7,2
Erdöl, roh	- 1,0	+ 2,6
Zement (ohne Zementklinker)	+ 0,2	+ 1,9
Roheisen für die Stahlerzeugung	+ 11,4
Stahlrohblöcke und -brammen
Flüssigstahl unlegiert	+ 11,6
Synthetische Filamente und Spinnfasern	+ 8,1	- 3,6
Motorenbenzin	- 1,9	+ 3,2
Heizöl	- 7,7	+ 4,0
Schnittholz	+ 3,2	+ 1,6
Personenkraftwagen mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	- 2,1
von mehr als 1 500 cm ³	+ 2,1
mit Selbstzündung	- 3,4
Fernsehempfangsgeräte ²⁾
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	+ 12,8
Digitale Verarbeitungseinheiten	+ 40,5
Ein- oder Ausgabeeinheiten	+ 9,0
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	- 5,8
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten	+ 3,9
Baumwollgarn	+ 6,7	- 4,1
Wurst u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	- 1,1
Zigaretten	- 5,6
Gesamtumsatz^{3) 4) 5)}										
.....	+ 5,1	+ 3,2	+ 0,3	+ 3,9	- 1,7	+ 6,4	- 2,8	+ 12,3	- 6,0	- 6,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 12,7	- 9,1	- 5,4	+ 0,2	- 8,9	+ 1,3	- 2,9	+ 7,2	- 5,9	- 1,3
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,4	+ 3,3	+ 0,3	+ 3,9	- 1,6	+ 6,4	- 2,8	+ 12,3	- 6,0	- 6,4
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,5	- 1,5	- 3,1	+ 2,3	- 2,2	+ 6,7	- 3,6	+ 11,2	- 3,9	- 4,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,6	+ 9,8	+ 4,7	+ 6,5	- 0,8	+ 7,1	- 3,4	+ 17,4	- 11,0	- 12,0
Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,9	+ 2,8	- 1,1	+ 4,4	- 3,4	+ 6,9	- 5,2	+ 11,7	- 11,4	- 5,8
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 3,2	+ 0,3	+ 2,2	- 1,6	+ 4,6	+ 0,6	+ 5,3	+ 0,4	+ 0,2
dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	+ 12,9	+ 8,0	+ 3,3	+ 4,7	+ 0,8	+ 8,1	- 2,5	+ 15,3	- 9,0	- 8,8

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Ab 1995 einschli. Videomonitoren und Videoprojektoren. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschli. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4 1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 4) Ohne Umsatzsteuer. - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschli. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	99,9	106,7	110,4	122,1	109,3	103,6	116,1	111,1	108,5
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	97,7	106,0	107,4	118,3	106,5	102,0	112,3	110,1	103,1
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	102,5	109,7	116,6	124,1	115,3	108,9	126,9	116,1	116,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	103,1	105,9	112,2	132,6	114,3	109,2	119,0	111,1	106,0
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	97,9	97,8	97,2	121,5	91,7	81,1	84,4	93,8	109,7
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	99,5	102,2	105,8	111,9	104,4	101,8	109,5	105,2	96,7 p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	94,9	92,3	86,6	91,3	87,8	84,8	85,6	85,9	81,0 p
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	100,0	103,8	108,5	115,3	106,3	104,0	112,7	107,4	98,7 p
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	99,3	104,5	108,2	116,0	107,4	105,1	111,2	108,3	102,0 p
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	104,9	112,9	116,1	108,2	104,9	120,2	109,8	96,0 p
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	101,3	107,2	117,9	107,7	104,6	112,9	102,1	89,9 p
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,7	99,4	99,0	104,8	96,4	95,8	99,6	100,1	96,2 p
Gesamtumsatz^{2) 3) 4)}	Mrd. DM	1 947,6	2 044,0	2 113,9	196,8	174,4	169,2	189,3	178,0	166,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	23 096	20 822	19 080	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 924,5	2 023,2	2 094,8	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	881 481	919 796	902 425	81 115	74 065	71 231	78 935	75 923	72 288
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	616 846	669 086	737 339	72 321	62 556	60 395	70 479	62 984	55 048
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	83 335	82 291	84 663	8 026	6 805	6 467	7 220	6 378	6 037
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	365 904	372 836	389 465	35 384	30 927	31 145	32 673	32 924	33 029
dar: Auslandsumsatz ⁵⁾	Mill. DM	601 197	675 746	725 025	70 040	61 004	59 596	68 542	62 301	56 802
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	95,5	106,8	124,3	135,8	120,9	116,0	139,6	127,9	127,5
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	103,1	119,5	133,1	147,1	134,4	132,8	150,4	147,0	150,9
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	84,2	91,2	112,3	120,0	102,1	94,5	126,5	106,1	104,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	105,6	113,4	145,1	156,4	153,5	142,4	165,0	141,5	118,7
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	104,5	110,4	113,7	133,2	105,2	100,4	112,4	112,3	113,4
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	102,0	105,6	109,0	115,1	107,1	105,7	115,8	112,0	106,6 p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	91,0	84,8	75,2	78,5	75,2	73,8	75,2	76,5	72,1 p
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	105,9	115,8	127,1	140,7	125,4	124,7	136,7	129,7	122,5 p
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	102,4	111,6	124,5	136,7	126,1	124,4	137,4	134,3	121,7 p
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	103,9	110,9	119,9	136,2	116,5	117,8	128,3	112,9	127,6 p
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,7	121,4	142,3	166,5	145,0	136,5	157,2	144,9	114,8 p
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	110,5	118,9	120,5	128,7	113,0	113,7	119,7	117,4	102,5 p
Gesamtumsatz^{2) 3) 4)}	Mrd. DM	131,7	142,2	156,9	14,4	13,0	12,8	15,1	14,1	13,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	6 240	4 783	4 206	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	125,5	137,4	152,7	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	61 995	65 740	71 358	6 493	5 943	5 884	6 839	6 552	6 234
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	32 654	36 392	43 503	4 038	3 600	3 529	4 551	3 996	3 746
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	4 597	4 867	5 364	531	441	400	447	413	362
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	32 483	35 195	36 707	3 354	2 985	2 958	3 220	3 122	3 073
dar: Auslandsumsatz ⁵⁾	Mill. DM	16 058	21 021	28 140	2 774	2 402	2 244	2 729	2 538	2 313

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 98
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe										
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,8	+ 3,5	- 2,1	+ 3,2	- 2,3	+ 12,4	- 5,2	+ 12,1	- 4,3	- 2,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,5	+ 1,3	- 2,7	+ 1,1	+ 0,4	+ 8,5	- 4,2	+ 10,1	- 2,0	- 6,4
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 6,3	- 2,6	+ 5,6	- 5,5	+ 18,4	- 5,6	+ 16,5	- 8,5	+ 0,3
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,7	+ 5,9	+ 1,0	+ 10,1	- 1,8	+ 17,0	- 4,5	+ 9,0	- 6,6	- 4,6
	- 0,1	- 0,6	+ 1,5	- 7,3	- 3,0	+ 2,3	- 11,6	+ 4,1	+ 11,1	+ 17,0
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,5	- 1,8	± 0,0	- 2,9	+ 0,8p	- 2,5	+ 7,6	- 3,9	- 8,1p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 2,7	- 6,2	- 1,1	- 0,1	- 3,7	- 3,9p	- 3,4	+ 0,9	+ 0,4	- 5,7p
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,8	+ 4,5	- 1,9	± 0,0	- 2,8	+ 1,9p	- 2,2	+ 8,4	- 4,7	- 8,1p
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,2	+ 3,5	- 2,2	- 0,9	- 2,4	+ 1,5p	- 2,1	+ 5,8	- 2,6	- 5,8p
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,1	+ 7,6	- 2,7	+ 0,3	- 5,3	- 1,1p	- 3,0	+ 14,6	- 8,7	- 12,6p
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	+ 5,8	0,0	+ 2,8	- 1,7	+ 12,7p	- 2,9	+ 7,9	- 9,6	- 11,9p
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,3	- 0,4	- 0,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 2,4p	- 0,6	+ 4,0	+ 0,5	- 3,9p
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 5,0	+ 2,8	+ 0,2	+ 3,5	- 1,9	+ 6,1	- 2,9	+ 11,9	- 6,0	- 6,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 9,8	- 8,4	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,1	+ 2,9	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,4	- 2,2	- 3,4	+ 1,9	- 2,6	+ 6,4	- 3,8	+ 10,8	- 3,8	- 4,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,5	+ 9,4	+ 4,5	+ 6,0	- 1,0	+ 6,7	- 3,5	+ 16,7	- 10,9	- 12,3
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,3	+ 2,4	- 1,1	+ 4,8	- 3,8	+ 7,2	- 5,0	+ 11,7	- 11,7	- 5,3
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 3,3	+ 0,7	+ 2,1	- 1,6	+ 4,4	+ 0,7	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,3
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 12,4	+ 7,2	+ 3,3	+ 4,5	+ 1,0	+ 8,1	- 2,3	+ 15,0	- 9,1	- 8,8
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe										
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 11,8	+ 16,4	- 1,1	+ 9,5	+ 4,9	+ 6,8	- 4,1	+ 20,3	- 8,4	- 0,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 15,9	+ 11,4	+ 2,7	+ 6,7	+ 6,7	+ 26,2	- 1,2	+ 13,3	- 2,3	+ 2,7
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 8,3	+ 23,1	- 9,6	+ 14,5	+ 5,6	- 11,3	- 7,4	+ 33,9	- 16,1	- 1,2
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 7,4	+ 28,0	+ 16,5	+ 13,5	- 4,6	- 11,4	- 7,2	+ 15,9	- 14,2	- 16,1
	+ 5,6	+ 3,0	- 4,2	- 5,4	- 2,2	+ 6,2	- 4,6	+ 12,0	- 0,1	+ 1,0
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 3,2	- 1,5	± 0,0	- 1,4	- 1,1p	- 1,3	+ 9,6	- 3,3	- 4,8p
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 6,8	- 11,3	+ 0,8	- 3,1	+ 0,4	- 2,4p	- 1,9	+ 1,9	+ 1,7	- 5,8p
Verarbeitendes Gewerbe	+ 9,3	+ 9,8	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,7p	- 0,6	+ 9,6	- 5,1	- 5,6p
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 9,0	+ 11,6	+ 0,6	+ 3,7	+ 2,9	+ 0,3p	- 1,3	+ 10,5	- 2,3	- 9,4p
Investitionsgüterproduzenten	+ 6,7	+ 8,1	+ 5,6	+ 2,1	- 4,9	+ 14,2p	+ 1,1	+ 8,9	- 12,0	+ 13,0p
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 11,7	+ 17,2	+ 4,1	+ 10,1	+ 8,4	- 5,3p	- 5,9	+ 15,2	- 7,8	- 20,8p
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 7,6	+ 1,3	- 6,3	- 4,8	- 1,0	- 9,5p	+ 0,6	+ 5,3	- 1,9	- 12,7p
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 7,9	+ 8,9	+ 1,6	+ 7,9	+ 1,6	+ 9,8	- 1,5	+ 17,9	- 6,5	- 4,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 23,3	- 12,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 9,5	+ 9,7	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,0	+ 8,1	+ 0,8	+ 6,7	+ 2,3	+ 10,8	- 1,0	+ 16,2	- 4,2	- 4,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 11,5	+ 17,2	+ 8,9	+ 14,9	+ 3,0	+ 12,4	- 2,0	+ 29,0	- 12,2	- 6,3
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,9	+ 9,8	- 1,7	- 2,1	+ 4,3	+ 2,0	- 9,1	+ 11,7	- 7,8	- 12,3
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 8,4	+ 1,8	- 4,0	+ 2,9	- 2,0	+ 5,8	- 0,9	+ 8,9	- 3,1	- 1,6
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 30,9	+ 33,8	+ 5,7	+ 9,5	- 2,1	+ 7,5	- 6,5	+ 21,6	- 7,0	- 8,9

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 3) Ohne Umsatzsteuer. - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Febr.	Marz	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1)										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	1 312	1 221	1 156	1 034	1 062	1 088	1 096	1 101	1 105
dar.: Angestellte	1 000	220	213	207	200	199	199	198	199	198
Arbeiter/-innen	1 000	1 038	953	890	777	805	833	840	845	850
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 562	1 480	1 395	72	114	118	114	129	124
im Hochbau	Mill. Std	1 064	1 004	947	51	76	78	75	85	82
Wohnungsbau	1 000 Std	646 458	629 648	602 582	31 146	47 958	50 239	48 873	55 584	53 182
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	317 485	283 441	260 400	15 251	21 362	20 699 r	20 046	22 222	22 126
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	99 866	90 411	84 143	4 578	6 869	6 812	6 405	7 382	7 138
im Tiefbau	1 000 Std	498 396	476 178	447 936	21 436	37 336	39 896 r	38 376	43 331	42 041
Straßenbau	1 000 Std	145 664	142 516	137 291	5 369	11 272	12 634	12 403	14 008	13 850
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	180 362	169 085	158 058	8 736	13 619	13 804	13 189	14 737	14 036
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	172 370	164 577	152 587	7 331	12 445	13 458 r	12 784	14 586	14 155
Bruttolohnsumme	Mill. DM	47 363	43 749	40 821	2 404	3 021	3 419	3 252	3 403	3 431
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	14 772	14 325	13 948	1 061	1 078	1 128	1 099	1 168	1 150
Gesamtumsatz	Mill. DM	220 743	213 517	203 954	10 395	14 065	15 778 r	16 390	18 774	19 243
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	217 305	210 354	200 894	10 248	13 837	15 520 r	16 145	18 457	18 926
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	893	834	802	729	749	766	771	773	777
dar.: Angestellte	1 000	160	155	152	148	148	147	148	148	148
Arbeiter/-innen	1 000	689	635	604	536	556	574	579	581	585
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 038	988	951	49	79	82	80	89	86
im Hochbau	Mill. Std	703	665	644	34	53	55	53	59	57
Wohnungsbau	1 000 Std	435 672	420 420	415 015	21 284	34 325	35 992	34 955	38 964	37 033
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	203 894	186 592	176 975	10 423	14 886	14 399	13 810	15 156	15 255
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	62 950	57 729	52 311	2 721	4 205	4 260	4 078	4 656	4 487
im Tiefbau	1 000 Std	335 603	323 474	306 223	15 055	25 869	27 771	26 760	29 793	28 875
Straßenbau	1 000 Std	102 467	99 437	93 957	3 745	7 790	8 870	8 716	9 584	9 495
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	111 665	107 655	102 981	6 007	9 242	9 242	8 822	9 765	9 337
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	121 471	116 382	109 285	5 303	9 055	9 659	9 222	10 444	10 043
Bruttolohnsumme	Mill. DM	34 571	31 890	30 233	1 749	2 246	2 607	2 448	2 558	2 582
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	11 197	10 858	10 689	814	829	877	848	910	895
Gesamtumsatz	Mill. DM	156 109	152 897	149 142	7 808	10 464	11 805	12 153	13 916	14 285
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	153 628	150 547	146 834	7 697	10 283	11 602	11 961	13 665	14 025
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	418	387	354	305	313	322	325	327	328
dar.: Angestellte	1 000	60	58	55	51	51	51	51	51	51
Arbeiter/-innen	1 000	349	318	286	241	249	259	262	264	265
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	524	491	445	23	34	35	34	40	39
im Hochbau	Mill. Std	361	339	303	17	23	23	22	26	26
Wohnungsbau	1 000 Std	210 786	209 228	187 567	9 862	13 633	14 247	13 918	16 620	16 149
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	113 591	96 849	83 425	4 828	6 476	6 300 r	6 236	7 066	6 871
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	36 916	32 682	31 832	1 857	2 664	2 552	2 327	2 726	2 651
im Tiefbau	1 000 Std	162 793	152 704	141 713	6 381	11 467	12 125 r	11 616	13 538	13 166
Straßenbau	1 000 Std	43 197	43 079	43 334	1 624	3 482	3 764	3 687	4 424	4 355
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	68 697	61 430	55 077	2 729	4 595	4 562	4 367	4 972	4 699
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	50 899	48 195	43 302	2 028	3 390	3 799 r	3 562	4 142	4 112
Bruttolohnsumme	Mill. DM	12 792	11 859	10 589	655	775	812	804	845	849
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	3 575	3 468	3 258	247	249	251	250	258	255
Gesamtumsatz	Mill. DM	64 634	60 621	54 811	2 588	3 602	3 973 r	4 237	4 858	4 959
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	63 677	59 807	54 061	2 551	3 554	3 917 r	4 184	4 792	4 901
Deutschland										
Index des Auftragseingangs 2)	1995 = 100	92,1	84,3	84,1	69,5	93,4	85,8	88,6	100,3	91,0
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	95,8	84,6	79,8	.	81,7	.	.	86,6	.
Produktionsindex 3)	1995 = 100	93,5	89,6	86,8	55,5	85,0	90,9	89,5	97,5	97,1
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs 2)	1995 = 100	91,0	86,0	86,7	74,5	101,6	87,8	93,6	103,7	98,0
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	95,7	86,8	81,9	.	84,9	.	.	89,4	.
Produktionsindex 3)	1995 = 100	92,5	88,9	87,4	56,3	87,2	93,2	91,7	99,0	98,5
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs 2)	1995 = 100	94,7	80,2	77,7	57,9	74,0	81,0	77,0	92,0	74,6
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	96,0	78,6	74,1	.	72,9	.	.	79,0	.
Produktionsindex 3)	1995 = 100	96,8	92,2	84,9	53,4	78,0	82,5	81,4	92,3	92,2
Deutschland										
Handwerk 4)										
Beschäftigte	30.9 1998 = 100	104,0	102,0	99,2	.	95,8	.	.	94,5 p	.
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998 = 100	100,1	100,6	100,0	.	85,0	.	.	101,2 p	.

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993). – 2) Wertindex. – 3) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Marz 99	April 99	Mai 99	Juni 99
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	- 6,9	- 5,4	- 6,8	- 6,5	- 6,5	- 6,1	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4
dar.: Angestellte	- 3,3	- 3,0	- 4,9	- 4,7	- 4,3	- 3,9	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2
Arbeiter/-innen	- 8,2	- 6,6	- 7,3	- 7,0	- 7,0	- 6,7	+ 3,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6
Geleistete Arbeitsstunden	- 5,3	- 5,7	- 4,7	- 6,1	- 2,7	- 10,1	+ 3,6	- 3,4	+ 13,0	- 3,1
im Hochbau	- 5,7	- 5,6	- 6,8	- 8,1	- 4,5	- 11,9	+ 2,0	- 3,1	+ 13,1	- 3,2
Wohnungsbau	- 2,6	- 4,3	- 6,1	- 8,0	- 4,5	- 12,3	+ 4,8	- 2,7	+ 13,7	- 4,3
Gewerblicher Hochbau	- 10,7	- 8,1	- 8,8	- 8,2	- 5,3	- 11,3	- 3,1	- 3,2	+ 10,9	- 0,4
Öffentlicher Hochbau	- 9,5	- 6,9	- 5,2	- 8,8	- 1,7	- 10,9	- 0,8	- 6,0	+ 15,3	- 3,3
im Tiefbau	- 4,5	- 5,9	- 0,4	- 2,0	+ 1,2	- 6,4	+ 6,9	- 3,8	+ 12,9	- 3,0
Straßenbau	- 2,2	- 3,7	+ 2,6	+ 1,0	+ 2,3	- 4,6	+ 12,1	- 1,8	+ 12,9	- 1,1
Gewerblicher Tiefbau	- 6,3	- 6,5	- 1,8	- 2,2	+ 1,2	- 7,1	+ 1,4	- 4,5	+ 11,7	- 4,8
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,5	- 7,3	- 1,7	- 4,6	+ 0,2	- 7,3	+ 8,1	- 5,0	+ 14,1	- 3,0
Bruttolohnsumme	- 7,6	- 6,7	- 3,5	- 3,0	- 3,4	- 6,8	+ 13,2	- 4,9	+ 4,6	+ 0,8
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 2,6	- 1,6	- 3,1	- 2,1	- 1,6	+ 4,7	- 2,6	+ 6,3	- 1,5
Gesamtumsatz	- 3,3	- 4,5	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,7	- 1,6	+ 12,2	+ 3,9	+ 14,5	+ 2,5
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 3,2	- 4,5	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,7	- 1,8	+ 12,2	+ 4,0	+ 14,3	+ 2,5
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	- 6,7	- 3,8	- 5,7	- 5,4	- 5,3	- 4,8	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5
dar.: Angestellte	- 3,2	- 2,0	- 3,6	- 3,3	- 3,0	- 2,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1
Arbeiter/-innen	- 7,9	- 4,8	- 6,2	- 6,0	- 5,8	- 5,3	+ 3,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7
Geleistete Arbeitsstunden	- 4,8	- 3,8	- 3,8	- 5,2	- 1,5	- 9,3	+ 4,0	- 3,4	+ 11,3	- 3,3
im Hochbau	- 5,4	- 3,1	- 5,5	- 7,0	- 3,1	- 10,9	+ 2,3	- 3,3	+ 11,2	- 3,4
Wohnungsbau	- 3,5	- 1,3	- 4,1	- 6,0	- 2,5	- 11,2	+ 4,9	- 2,9	+ 11,5	- 5,0
Gewerblicher Hochbau	- 8,5	- 5,2	- 7,7	- 8,5	- 5,1	- 10,6	- 3,3	- 4,1	+ 9,7	+ 0,7
Öffentlicher Hochbau	- 8,3	- 9,4	- 9,4	- 9,5	- 1,6	- 9,4	+ 1,3	- 4,3	+ 14,2	- 3,6
im Tiefbau	- 3,6	- 5,3	- 0,3	- 1,6	+ 1,9	- 6,0	+ 7,4	- 3,6	+ 11,3	- 3,1
Straßenbau	- 3,0	- 5,5	+ 3,2	+ 1,8	+ 3,0	- 4,4	+ 13,9	- 1,7	+ 10,0	- 0,9
Gewerblicher Tiefbau	- 3,6	- 4,3	± 0,0	± 0,0	+ 4,2	- 4,4	+ 2,4	- 4,5	+ 10,7	- 4,4
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,2	- 6,1	- 3,7	- 6,0	- 1,2	- 8,8	+ 6,7	- 4,5	+ 13,3	- 3,8
Bruttolohnsumme	- 7,8	- 5,2	- 2,2	- 1,4	- 1,9	- 5,1	+ 16,0	- 6,1	+ 4,5	+ 1,0
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 1,5	- 0,1	- 1,4	- 0,9	- 0,2	+ 5,7	- 3,2	+ 7,2	- 1,6
Gesamtumsatz	- 2,1	- 2,5	+ 4,4	+ 3,6	+ 4,8	+ 0,6	+ 12,8	+ 3,0	+ 14,5	+ 2,6
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 2,0	- 2,5	+ 4,2	+ 3,5	+ 4,8	+ 0,4	+ 12,8	+ 3,1	+ 14,2	+ 2,6
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	- 7,4	- 8,7	- 9,4	- 9,0	- 9,1	- 9,1	+ 3,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,1
dar.: Angestellte	- 3,8	- 5,4	- 8,3	- 8,5	- 7,8	- 7,6	± 0,0	- 0,7	+ 0,3	- 0,4
Arbeiter/-innen	- 8,7	- 10,2	- 9,7	- 9,2	- 9,5	- 9,5	+ 3,8	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,4
Geleistete Arbeitsstunden	- 6,2	- 9,5	- 6,7	- 8,2	- 5,2	- 11,9	+ 2,9	- 3,2	+ 17,2	- 2,8
im Hochbau	- 6,2	- 10,6	- 9,6	- 10,7	- 7,5	- 14,1	+ 1,4	- 2,7	+ 17,5	- 2,8
Wohnungsbau	- 0,7	- 10,4	- 10,8	- 12,5	- 9,1	- 14,7	+ 4,5	- 2,3	+ 19,4	- 2,8
Gewerblicher Hochbau	- 14,7	- 13,9	- 11,2	- 7,7	- 5,9	- 12,9	- 2,7	- 1,0	+ 13,3	- 2,8
Öffentlicher Hochbau	- 11,5	- 2,6	+ 2,9	- 7,4	- 1,9	- 13,3	- 4,2	- 8,8	+ 17,1	- 2,8
im Tiefbau	- 6,2	- 7,2	- 0,6	- 3,0	- 0,4	- 7,3	+ 5,7	- 4,2	+ 16,5	- 2,7
Straßenbau	- 0,3	+ 0,6	+ 1,3	- 0,9	+ 0,6	- 5,1	+ 8,1	- 2,0	+ 20,0	- 1,6
Gewerblicher Tiefbau	- 10,6	- 10,3	- 5,3	- 6,3	- 4,3	- 12,0	- 0,7	- 4,3	+ 13,9	- 5,5
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 5,3	- 10,2	+ 3,8	- 0,8	+ 3,7	- 3,7	+ 12,1	- 6,2	+ 16,3	- 0,7
Bruttolohnsumme	- 7,3	- 10,7	- 7,5	- 7,6	- 7,8	- 11,6	+ 4,9	- 1,1	+ 5,2	+ 0,5
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 6,0	- 6,4	- 8,3	- 6,2	- 6,1	+ 1,2	- 0,5	+ 3,3	- 1,4
Gesamtumsatz	- 6,2	- 9,6	+ 1,8	+ 2,4	+ 0,6	- 7,6	+ 10,3	+ 6,6	+ 14,7	+ 2,1
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 6,1	- 9,6	+ 2,0	+ 2,6	+ 0,7	- 7,4	+ 10,2	+ 6,8	+ 14,5	+ 2,3
Deutschland										
Index des Auftragseingangs ²⁾	- 8,5	- 0,2	+ 0,2	+ 3,5	+ 1,0	- 5,1	- 8,1	+ 3,3	+ 13,2	- 9,3
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 11,7	- 5,7	.	.	+ 3,3 ^{a)}	.	.	.	+ 6,0 ^{b)}	.
Produktionsindex ³⁾	- 4,2	- 3,1	- 0,7	- 3,3	- 1,9	- 3,6	+ 6,9	- 1,5	+ 8,9	- 0,4
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs ²⁾	- 5,5	+ 0,8	- 3,0	+ 5,4	+ 2,0	- 0,8	- 13,6	+ 6,6	+ 10,8	- 5,5
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 9,3	- 5,6	.	.	+ 3,6 ^{a)}	.	.	.	+ 5,3 ^{b)}	.
Produktionsindex ³⁾	- 3,9	- 1,7	- 0,0	- 2,7	- 1,1	- 2,9	+ 6,9	- 1,6	+ 8,0	- 0,5
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs ²⁾	- 15,3	- 3,1	+ 9,3	- 1,3	- 1,7	- 16,1	+ 9,5	- 4,9	+ 19,5	- 18,9
Index des Auftragsbestands ²⁾	- 18,1	- 5,7	.	.	+ 2,9 ^{a)}	.	.	.	+ 8,4 ^{b)}	.
Produktionsindex ³⁾	- 4,8	- 7,9	- 3,3	- 6,2	- 4,7	- 6,4	+ 5,8	- 1,3	+ 13,4	- 0,1
Deutschland										
Handwerk ⁴⁾										
Beschäftigte	- 1,9	- 2,7	.	.	- 4,3 ^{p a)}	.	.	.	- 1,3 ^{p b)}	.
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 0,5	- 0,6	.	.	+ 5,5 ^{p a)}	.	.	.	+ 19,0 ^{p b)}	.

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993). – 2) Wertindex. – 3) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

a) 2. Vj 1999 gegenüber 2. Vj 1998 – b) 2. Vj 1999 gegenüber 1. Vj 1999

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 ¹⁾	1999					
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	213 230	221 185	232 367	19 646	19 883	20 562	22 391	22 747	21 150
Rauminhalt	1 000 m ³	254 121	243 647	234 635	19 537	19 324	19 983	21 273	21 886	19 808
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	113 677	107 673	102 830	8 514	8 399	8 689	9 304	9 575	8 690
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	40 037	40 265	43 465	3 525	3 509	3 460	4 122	3 844	3 837
Rauminhalt	1 000 m ³	219 163	205 237	223 032	17 811	17 926	16 776	22 907	20 708	20 785
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	58 623	53 389	53 395	4 525	4 147	3 971	5 055	4 325	4 925
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	576 238	528 096	477 706	37 567	37 331	38 932	40 509	40 668	36 874
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	243 754	255 995	234 487	5 932	7 313	7 161	7 663	7 986	8 125
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	207 075	212 828	207 356	5 081	5 190	6 363	6 677	7 601	6 129
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	559 488	578 179	500 718	12 351	15 801	15 266	16 082	16 413	16 371
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	152 913	162 224	180 409	15 678	16 023	16 122	17 423	18 138	16 739
Rauminhalt	1 000 m ³	185 849	185 126	191 677	16 635	16 378	16 529	17 546	18 560	16 801
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	82 598	81 467	83 986	7 278	7 135	7 206	7 674	8 137	7 386
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	31 589	32 937	36 825	2 985	2 992	2 974	3 485	3 245	3 320
Rauminhalt	1 000 m ³	151 626	151 265	175 022	14 914	14 332	13 843	19 390	16 669	16 951
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	38 940	37 524	39 713	3 507	3 199	3 111	4 010	3 471	3 858
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	390 083	372 728	363 692	29 813	29 524	29 721	31 449	32 790	30 097
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	188 884	188 999	185 025	4 764	6 056	5 946	6 370	6 540	6 847
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	143 563	152 743	158 569	3 804	4 245	4 738	5 205	6 118	4 804
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	416 122	400 350	372 265	9 455	12 539	12 345	12 690	12 714	13 206
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	60 317	58 941	51 958	3 968	3 860	4 440	4 968	4 609	4 411
Rauminhalt	1 000 m ³	68 273	58 521	42 958	2 902	2 946	3 454	3 727	3 326	3 007
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	31 079	26 205	18 844	1 236	1 264	1 483	1 630	1 438	1 304
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	8 448	7 328	6 640	540	517	486	637	599	517
Rauminhalt	1 000 m ³	67 537	53 973	48 010	2 897	3 594	2 933	3 517	4 039	3 834
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	19 682	15 865	13 682	1 018	948	860	1 045	854	1 067
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	186 155	155 368	114 014	7 754	7 807	9 211	9 060	7 878	6 777
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	54 869	66 996	49 462	1 168	1 257	1 215	1 293	1 446	1 278
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	63 513	60 085	48 787	1 277	945	1 625	1 472	1 483	1 325
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	143 366	177 829	128 453	2 896	3 262	2 921	3 392	3 699	3 165
Binnenhandel ¹⁾, Gastgewerbe ¹⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	1995= 100	97,9	100,9	101,5	112,1	97,2	96,3	105,6	100,2	98,6
Einzelhandel (Umsatzwerte) ³⁾	1995 = 100	100,2	99,1	99,8	108,3	98,7	95,8	96,2	99,5	92,6
Gastgewerbe (Umsatzwerte) ³⁾	1995 = 100	97,6	97,1	95,5	90,0	92,7	105,4	99,3	101,8	103,8
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	75 734	77 305	80 289	6 178	6 583	8 164	8 002	8 011	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	13 193	13 833	14 461	1 074	1 106	1 374	1 437	1 671	..
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	254 818	241 153	245 773	17 317	19 124	24 203	24 646	27 882	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	29 345	30 400	31 654	2 391	2 337	2 972	3 006	3 721	..
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	14 546	15 319	16 141	1 145	1 409	1 902	1 906	1 888	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	1 005	1 058	1 133	80	96	124	129	152	..
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	45 174	46 017	48 771	3 188	3 998	5 399	5 633	6 463	..
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	2 906	2 987	2 814	205	232	301	298	362	..

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) In jeweiligen Preisen. - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998 1)	Mar 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Mar 98	Juni 98	Juli 98	Aug 98	April 99	Mar 99	Juni 99	Juli 99
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 3,7	+ 5,1	- 8,1	- 5,3	+ 8,4	- 0,2	+ 3,4	+ 8,9	+ 1,6	- 7,0
Rauminhalt	- 4,1	- 3,7	- 12,6	- 8,1	+ 6,8	- 2,8	+ 3,4	+ 6,5	+ 2,9	- 9,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 5,3	- 4,5	- 12,7	- 7,9	+ 7,1	- 3,1	+ 3,5	+ 7,1	+ 2,9	- 9,2
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 0,6	+ 7,9	- 19,6	- 6,1	- 8,0	- 7,5	- 1,4	+ 19,1	- 6,7	- 0,2
Rauminhalt	- 6,4	+ 8,7	- 18,9	+ 10,6	- 2,3	- 19,6	- 6,4	+ 36,5	- 9,6	+ 0,4
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 8,9	± 0,0	- 12,7	+ 1,1	- 23,3	+ 2,4	- 4,2	+ 27,3	- 14,4	+ 13,9
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 8,4	- 9,5	- 15,1	- 12,1	- 0,7	- 11,3	+ 4,3	+ 4,1	+ 0,4	- 9,3
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 5,0	- 8,4	+ 2,5	- 11,0	- 5,5	- 4,0	- 2,1	+ 7,0	+ 4,2	+ 1,7
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 2,8	- 2,6	- 11,4	- 0,8	+ 15,7	- 27,5	+ 22,6	+ 4,9	+ 13,8	- 19,4
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 3,3	- 13,4	± 0,0	- 14,5	- 8,4	- 9,6	- 3,4	+ 5,3	+ 2,1	- 0,3
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 6,1	+ 11,2	- 9,7	- 5,9	+ 11,8	+ 3,9	+ 0,6	+ 8,1	+ 4,1	- 7,7
Rauminhalt	- 0,4	+ 3,5	- 12,5	- 8,5	+ 9,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 6,2	+ 5,8	- 9,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 1,4	+ 3,1	- 11,9	- 8,1	+ 10,3	+ 1,8	+ 1,0	+ 6,5	+ 6,0	- 9,2
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 4,3	+ 11,8	- 20,6	- 8,0	- 11,0	- 5,7	- 0,6	+ 17,2	- 6,9	+ 2,3
Rauminhalt	- 0,2	+ 15,7	- 18,0	+ 16,4	- 0,5	- 1,9	- 3,4	+ 40,1	- 14,0	+ 1,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 3,6	+ 5,8	- 11,9	+ 8,1	- 5,9	+ 5,8	- 2,8	+ 28,9	- 13,4	+ 11,2
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 4,4	- 2,4	- 16,1	- 12,9	+ 3,4	- 3,6	+ 0,7	+ 5,8	+ 4,3	- 8,2
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 0,1	- 2,1	+ 7,7	- 6,8	- 0,6	- 1,2	- 1,8	+ 7,1	+ 2,7	+ 4,7
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 6,4	+ 3,8	- 11,6	+ 2,7	+ 24,9	- 35,9	+ 11,6	+ 9,9	+ 17,5	- 21,5
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 3,8	- 7,0	+ 8,9	- 11,8	- 1,8	- 8,1	- 1,5	+ 2,8	+ 0,2	+ 3,9
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	- 2,3	- 11,8	- 1,9	- 3,1	- 3,3	- 13,0	+ 15,0	+ 11,9	- 7,2	- 4,3
Rauminhalt	- 14,3	- 26,6	- 13,2	- 5,7	- 7,4	- 22,4	+ 17,2	+ 7,9	- 10,8	- 9,6
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 15,7	- 28,1	- 16,4	- 6,7	- 7,9	- 23,8	+ 17,4	+ 9,9	- 11,8	- 9,3
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 13,3	- 9,4	- 12,4	+ 5,6	+ 12,2	- 17,5	- 6,0	+ 31,1	- 6,0	- 13,7
Rauminhalt	- 20,1	- 11,0	- 22,7	- 13,0	- 9,1	- 55,4	- 18,4	+ 19,9	+ 14,8	- 5,1
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 19,4	- 13,8	- 15,6	- 19,2	- 56,2	- 8,3	- 9,3	+ 21,5	- 18,3	+ 24,9
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 16,5	- 26,6	- 11,9	- 9,2	- 14,8	- 34,4	+ 18,0	- 1,6	- 13,0	- 14,0
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 22,1	- 26,2	- 17,0	- 27,1	- 22,7	- 16,5	- 3,3	+ 6,4	+ 11,8	- 11,6
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 5,4	- 18,8	- 10,7	- 11,6	- 11,1	+ 37,9	+ 72,0	- 9,4	+ 0,7	- 10,7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 24,0	- 27,8	- 25,7	- 23,5	- 25,7	- 15,1	- 10,5	+ 16,1	+ 9,1	- 14,4
Binnenhandel 1), Gastgewerbe 1), Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) 2) 3)	+ 3,1	+ 0,7	- 3,6	+ 2,1	- 3,0	+ 3,3	- 0,9	+ 9,7	- 5,1	- 1,6
Einzelhandel (Umsatzwerte) 3)	- 1,2	+ 0,7	- 2,4	+ 4,0	- 1,0	+ 1,1	- 2,9	+ 0,4	+ 3,4	- 6,9
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 3)	- 0,5	- 1,6	- 0,4	- 0,5	+ 0,7	- 0,7	+ 13,7	- 5,8	+ 2,5	+ 1,9
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte 4)	+ 2,1	+ 3,9	+ 1,2	+ 3,5	+ 3,9	..	+ 24,0	- 2,0	+ 0,1	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,9	+ 4,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 1,2	...	+ 24,2	+ 4,6	+ 16,3	..
Übernachtungen 4)	- 5,4	+ 1,9	+ 1,6	+ 3,2	+ 2,6	...	+ 26,6	+ 1,8	+ 13,1	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,6	+ 4,1	+ 6,6	+ 5,0	+ 2,6	..	+ 27,2	+ 1,2	+ 23,8	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte 4)	+ 5,3	+ 5,4	+ 5,8	+ 9,3	+ 15,8	...	+ 35,0	+ 0,2	- 0,9	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 5,3	+ 7,1	+ 4,2	+ 5,6	+ 9,9	..	+ 29,2	+ 4,0	+ 17,8	..
Übernachtungen 4)	+ 1,9	+ 6,0	+ 6,3	+ 9,8	+ 12,7	...	+ 35,0	+ 4,3	+ 14,7	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 2,8	- 5,8	+ 4,5	+ 1,8	+ 7,6	..	+ 29,7	- 1,0	+ 21,2	.

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999																																																																																																																																																																										
					Febr	März	April	Mai	Juni	Juli																																																																																																																																																																					
Außenhandel 1) 2)																																																																																																																																																																															
Deutschland																																																																																																																																																																															
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	690 399	772 149	828 335 r	64 776 r	73 159 r	69 395 r	70 476	72 887	71 706																																																																																																																																																																					
Warengruppen																																																																																																																																																																															
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	71 405	74 872	72 756	5 017	5 670	5 684	5 814	6 292	6 024																																																																																																																																																																					
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	584 269	647 257	673 222	53 321	60 431	57 458	57 502	59 281	58 806																																																																																																																																																																					
Rohstoffe	Mill. DM	36 045	38 339	31 790	2 089	2 281	2 572	2 766	2 553	3 643																																																																																																																																																																					
Halbwaren	Mill. DM	62 845	73 293	66 504	4 449	4 701	5 013	4 725	5 118	4 883																																																																																																																																																																					
Fertigwaren	Mill. DM	485 378	535 626	574 928	46 782	53 449	49 874	50 011	51 611	50 280																																																																																																																																																																					
Ländergruppen (Ursprungslander)																																																																																																																																																																															
EU-Länder	Mill. DM	388 558	424 430	440 746	34 384	38 204	36 858	40 028	40 068	38 104																																																																																																																																																																					
EFTA-Länder	Mill. DM	41 781	46 324	46 650	3 660	4 201	3 895	3 564	3 908	3 879																																																																																																																																																																					
NAFTA-Länder	Mill. DM	55 520	65 466	74 695	6 431	7 164	7 094	6 452	6 863	6 402																																																																																																																																																																					
ASEAN-Länder ³⁾	Mill. DM	18 488	22 223	22 944	1 798	1 796	1 738	1 643	1 848	1 969																																																																																																																																																																					
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	788 937	888 616	954 433 r	75 563 r	84 545 r	80 769 r	77 140 r	86 567	86 445																																																																																																																																																																					
Warengruppen																																																																																																																																																																															
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	41 841	43 960	43 846	3 219	3 190	3 555	3 375	3 657	3 863																																																																																																																																																																					
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	720 712	821 023	869 207	69 116	77 776	74 041	70 239	79 079	78 989																																																																																																																																																																					
Rohstoffe	Mill. DM	7 018	7 200	6 682	534	568	581	545	605	579																																																																																																																																																																					
Halbwaren	Mill. DM	38 822	44 032	41 714	3 150	3 211	3 318	3 108	3 658	3 601																																																																																																																																																																					
Fertigwaren	Mill. DM	674 872	769 791	820 811	65 432	73 996	70 142	66 585	74 815	74 808																																																																																																																																																																					
Ländergruppen (Bestimmungsländer)																																																																																																																																																																															
EU-Länder	Mill. DM	453 715	493 554	535 475	44 784	46 492	46 658	45 147	49 870	46 293																																																																																																																																																																					
EFTA-Länder	Mill. DM	45 153	48 368	52 305	4 111	5 098	4 294	3 976	4 718	4 750																																																																																																																																																																					
NAFTA-Länder	Mill. DM	68 181	88 727	103 327	8 037	9 949	10 011	8 589	9 888	11 377																																																																																																																																																																					
ASEAN-Länder ³⁾	Mill. DM	22 089	23 735	17 385	1 201	1 421	1 251	1 104	1 380	1 555																																																																																																																																																																					
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+ 98 538	+ 116 467	+ 126 098 r	+ 11 087 r	+ 11 386 r	+ 11 374 r	+ 6 664	+ 13 680	+ 14 739																																																																																																																																																																					
Verkehr																																																																																																																																																																															
Deutschland																																																																																																																																																																															
Güterverkehr																																																																																																																																																																															
Beförderungsaufkommen																																																																																																																																																																															
Eisenbahnverkehr	1 000 t	319 436	321 578	308 581	22 455	26 451	24 034	22 878	25 018	23 222																																																																																																																																																																					
Binnenschifffahrt	1 000 t	227 019	233 455	236 365	16 280	21 468	19 265	17 123	20 033	...																																																																																																																																																																					
Seeverkehr	1 000 t	202 519	209 550	214 045	15 942	19 026	18 734	18 001	17 984	...																																																																																																																																																																					
Luftverkehr ⁴⁾	1 000 t	1 859	2 004	1 927	149	175	160	166	170	170																																																																																																																																																																					
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁵⁾	1 000 t	89 365	87 385	90 717	6 695	7 416	7 163	7 329	6 886	7 438																																																																																																																																																																					
Straßengüterverkehr ^{6) 7)}	1 000 t	3 014 946	2 980 980	2 968 023	163 523	262 755	271 783	281 193	322 360	308 352																																																																																																																																																																					
Beförderungsleistung im Inland																																																																																																																																																																															
Eisenbahnverkehr	Mill. tkm	69 714	73 987	74 050	5 726	6 624	5 978	5 788	6 403 r	5 898																																																																																																																																																																					
Binnenschifffahrt	Mill. tkm	61 292	62 153	64 267	4 395	5 812	5 317	4 498	5 524	...																																																																																																																																																																					
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁵⁾	Mill. tkm	14 500	13 151	14 849	1 136	1 250	1 121	1 295	1 189	1 184																																																																																																																																																																					
Straßengüterverkehr ⁶⁾	Mill. tkm	236 584	245 882	257 447	19 128	24 659	23 438	22 614	24 763	24 624																																																																																																																																																																					
Personenverkehr																																																																																																																																																																															
Beforderte Personen																																																																																																																																																																															
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 713,5	1 861,3	1 908,9 r	148,5 r	172,7 r	155,4 r	156,8 r	159,4 r	157,3 p																																																																																																																																																																					
Luftverkehr	Mill.	93,2	99,3	103,9	6,8	7,9	8,6	9,9	10,2	10,9																																																																																																																																																																					
Öffentlicher Straßenverkehr	Mill.	7 834,5	7 847,6	7 761,1 r	...	2 005,1 r	1 938,0 p)	...																																																																																																																																																																					
Kraftfahrzeuge⁸⁾																																																																																																																																																																															
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	4 045,7	4 132,8	4 350,4	305,8	524,7	446,3	397,2	430,3	399,3																																																																																																																																																																					
dar.: Personenkraftwagen	1 000	3 496,3	3 528,2	3 736,0	269,3	429,9	368,1	333,7	363,2	341,0																																																																																																																																																																					
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	8 447,1	8 342,3	8 372,3	598,5	913,0	808,2	710,2	790,4	772,0																																																																																																																																																																					
dar.: Personenkraftwagen	1 000	7 583,1	7 382,1	7 449,5	544,5	786,8	695,6	614,7	693,4	678,2																																																																																																																																																																					
Straßenverkehrsunfälle																																																																																																																																																																															
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	373 082	380 835	377 257	23 826	28 018 r	30 688 r	36 619 p	37 457 p	38 978 p																																																																																																																																																																					
getötete Personen	Anzahl	8 758	8 549	7 792	468	520 r	556 r	752 p	708 p	741 p																																																																																																																																																																					
schwerverletzte Personen	Anzahl	116 456	115 414	108 890	6 407	7 522 r	8 506 r																																																																																																																																																																					
leichtverletzte Personen	Anzahl	376 702	385 680	388 429	25 867	29 338 r	31 659 r	48 051 p	48 996 p	51 062 p																																																																																																																																																																					
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 896,5	1 851,5	1 880,4	166,8	158,2 r	155,4 p	163,8 p	162,4 p	159,1 p																																																																																																																																																																					
dar.: schwerwiegende Unfälle	1 000	152,5	140,7	136,0	12,3	10,2 r	10,1 p	10,6 p	10,3 p	10,1 p																																																																																																																																																																					
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th colspan="2"></th> <th>1996</th> <th>1997</th> <th>1998</th> <th colspan="6">1999</th> </tr> <tr> <th colspan="2"></th> <th></th> <th></th> <th></th> <th>Marz</th> <th>April</th> <th>Mai</th> <th>Juni</th> <th>Juli</th> <th>Aug.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td colspan="11">Geld und Kredit⁹⁾</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Deutschland</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Deutsche Bundesbank¹⁰⁾</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebietes¹¹⁾</td> </tr> <tr> <td>Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>94,2</td> <td>104,8</td> <td>99,0</td> <td>119,2</td> <td>121,0</td> <td>105,1</td> </tr> <tr> <td>Bargeldumlauf</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>246,8¹²⁾</td> <td>247,0¹²⁾</td> <td>242,6¹²⁾</td> <td>123,0</td> <td>123,4</td> <td>123,3</td> <td>123,4</td> <td>125,0</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Banken</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Kredite an</td> </tr> <tr> <td>inländische Nichtbanken der Banken¹³⁾</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>4 773,1¹²⁾</td> <td>5 058,4¹²⁾</td> <td>5 380,1¹²⁾</td> <td>2 798,1</td> <td>2 808,1</td> <td>2 827,5</td> <td>2 821,9</td> <td>2 826,6</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>Unternehmen und Privatpersonen</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>3 624,4¹²⁾</td> <td>3 849,2¹²⁾</td> <td>4 144,0¹²⁾</td> <td>2 165,8</td> <td>2 178,8</td> <td>2 189,4</td> <td>2 193,2</td> <td>2 197,6</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>öffentliche Haushalte</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>1 148,7¹²⁾</td> <td>1 209,2¹²⁾</td> <td>1 236,1¹²⁾</td> <td>632,3</td> <td>629,3</td> <td>638,0</td> <td>628,7</td> <td>629,0</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>3 241,5¹²⁾</td> <td>3 341,9¹²⁾</td> <td>3 520,4¹²⁾</td> <td>1 835,2</td> <td>1 835,8</td> <td>1 845,9</td> <td>1 846,8</td> <td>1 845,4</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>dar.: Spareinlagen</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>1 143,0¹²⁾</td> <td>1 182,1¹²⁾</td> <td>1 211,0¹²⁾</td> <td>619,2</td> <td>618,2</td> <td>616,9</td> <td>614,2</td> <td>611,6</td> <td>...</td> </tr> </tbody> </table>													1996	1997	1998	1999											Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Geld und Kredit⁹⁾											Deutschland											Deutsche Bundesbank¹⁰⁾											Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebietes¹¹⁾											Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	Mrd. EUR	X	X	X	94,2	104,8	99,0	119,2	121,0	105,1	Bargeldumlauf	Mrd. EUR	246,8 ¹²⁾	247,0 ¹²⁾	242,6 ¹²⁾	123,0	123,4	123,3	123,4	125,0	...	Banken											Kredite an											inländische Nichtbanken der Banken ¹³⁾	Mrd. EUR	4 773,1 ¹²⁾	5 058,4 ¹²⁾	5 380,1 ¹²⁾	2 798,1	2 808,1	2 827,5	2 821,9	2 826,6	...	Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. EUR	3 624,4 ¹²⁾	3 849,2 ¹²⁾	4 144,0 ¹²⁾	2 165,8	2 178,8	2 189,4	2 193,2	2 197,6	...	öffentliche Haushalte	Mrd. EUR	1 148,7 ¹²⁾	1 209,2 ¹²⁾	1 236,1 ¹²⁾	632,3	629,3	638,0	628,7	629,0	...	Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken	Mrd. EUR	3 241,5 ¹²⁾	3 341,9 ¹²⁾	3 520,4 ¹²⁾	1 835,2	1 835,8	1 845,9	1 846,8	1 845,4	...	dar.: Spareinlagen	Mrd. EUR	1 143,0 ¹²⁾	1 182,1 ¹²⁾	1 211,0 ¹²⁾	619,2	618,2	616,9	614,2	611,6	...
		1996	1997	1998	1999																																																																																																																																																																										
					Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug.																																																																																																																																																																					
Geld und Kredit⁹⁾																																																																																																																																																																															
Deutschland																																																																																																																																																																															
Deutsche Bundesbank¹⁰⁾																																																																																																																																																																															
Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebietes¹¹⁾																																																																																																																																																																															
Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	Mrd. EUR	X	X	X	94,2	104,8	99,0	119,2	121,0	105,1																																																																																																																																																																					
Bargeldumlauf	Mrd. EUR	246,8 ¹²⁾	247,0 ¹²⁾	242,6 ¹²⁾	123,0	123,4	123,3	123,4	125,0	...																																																																																																																																																																					
Banken																																																																																																																																																																															
Kredite an																																																																																																																																																																															
inländische Nichtbanken der Banken ¹³⁾	Mrd. EUR	4 773,1 ¹²⁾	5 058,4 ¹²⁾	5 380,1 ¹²⁾	2 798,1	2 808,1	2 827,5	2 821,9	2 826,6	...																																																																																																																																																																					
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. EUR	3 624,4 ¹²⁾	3 849,2 ¹²⁾	4 144,0 ¹²⁾	2 165,8	2 178,8	2 189,4	2 193,2	2 197,6	...																																																																																																																																																																					
öffentliche Haushalte	Mrd. EUR	1 148,7 ¹²⁾	1 209,2 ¹²⁾	1 236,1 ¹²⁾	632,3	629,3	638,0	628,7	629,0	...																																																																																																																																																																					
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken	Mrd. EUR	3 241,5 ¹²⁾	3 341,9 ¹²⁾	3 520,4 ¹²⁾	1 835,2	1 835,8	1 845,9	1 846,8	1 845,4	...																																																																																																																																																																					
dar.: Spareinlagen	Mrd. EUR	1 143,0 ¹²⁾	1 182,1 ¹²⁾	1 211,0 ¹²⁾	619,2	618,2	616,9	614,2	611,6	...																																																																																																																																																																					

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen - 2) Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandlungsergebnis, sowie ab 1995 einschl. Zuschätzung für Befreiungen - 3) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar - 4) Einschl. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung). - 5) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn. - 6) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 7) Nur inländische Lkw. (einschl. tkm im Ausland) - 8) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. - 9) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank. - 10) Ausweis der Deutschen Bundesbank als Teil des Eurosystems - 11) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. - 12) Angaben bis 1998 in Mrd. DM nach bisheriger Darstellungsweise - 13) Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen sowie einschl. Treuhandkredite

a) 1. Vj. 99. - b) 2. Vj. 99.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98	März 99	April 99	Mai 99	Juni 99
Außenhandel ¹⁾										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)										
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 4,9	- 2,8	- 13,9	+ 0,7	+ 3,1	- 9,6	+ 0,2	- 2,2	+ 8,2	- 4,3
Gewerbliche Wirtschaft	+ 10,8	+ 4,0	- 3,4	+ 10,6	+ 1,1	+ 0,7	- 4,9	- 0,1	+ 3,1	- 0,8
Rohstoffe	+ 6,4	- 17,1	- 4,3	- 3,4	+ 2,6	+ 22,1	+ 12,8	- 7,0	- 7,7	+ 42,7
Halbwaren	+ 16,6	- 9,3	- 19,8	- 9,3	- 16,0	- 12,3	+ 6,6	+ 6,1	+ 8,3	- 4,6
Fertigwaren	+ 10,4	+ 7,3	- 1,3	+ 13,8	+ 3,1	+ 0,9	- 6,7	- 0,3	+ 3,2	- 2,6
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	+ 9,2	+ 3,8	- 9,1	+ 15,7	+ 3,6	- 1,3	- 3,5	+ 8,6	+ 0,1	- 4,9
EFTA-Länder	+ 10,9	+ 0,7	+ 6,7	- 5,6	- 4,5	- 8,6	- 7,3	- 8,5	+ 9,7	- 0,7
NAFTA-Länder	+ 17,9	+ 14,1	+ 12,1	+ 9,4	+ 6,8	+ 1,8	- 1,0	- 9,0	+ 6,4	- 6,7
ASEAN-Länder ²⁾	+ 20,2	+ 3,2	- 18,5	- 0,1	+ 1,0	+ 2,7	- 3,2	- 5,5	+ 12,5	+ 6,5
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 12,6	+ 7,4	- 3,6	- 0,6	+ 4,9	+ 0,7	- 4,5	+ 4,7	+ 12,2	- 0,1
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 5,1	- 0,3	- 9,0	- 1,7	- 4,9	+ 1,1	+ 11,5	+ 5,3	+ 8,4	+ 5,6
Gewerbliche Wirtschaft	+ 13,9	+ 5,9	- 2,9	- 1,0	+ 5,4	+ 0,9	- 4,8	+ 5,4	+ 12,6	- 0,1
Rohstoffe	+ 2,6	- 7,2	+ 0,4	- 9,4	+ 3,4	- 2,5	+ 2,2	+ 6,5	+ 11,0	- 4,3
Halbwaren	+ 13,4	- 5,3	- 12,8	- 8,7	- 6,2	- 0,3	+ 3,4	+ 6,8	+ 17,7	- 1,6
Fertigwaren	+ 14,1	+ 6,6	- 2,4	- 0,5	+ 6,0	+ 1,0	- 5,2	+ 5,3	+ 12,4	- 0,0
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	+ 8,8	+ 8,5	- 4,9	+ 4,7	+ 5,5	- 1,1	+ 0,4	- 3,3	+ 10,5	- 7,2
EFTA-Länder	+ 7,1	+ 8,1	+ 0,9	- 8,3	+ 9,4	+ 2,6	- 15,8	- 7,4	+ 18,7	+ 0,7
NAFTA-Länder	+ 30,1	+ 16,5	+ 11,4	+ 3,5	+ 14,9	+ 19,2	+ 0,6	- 14,2	+ 15,1	+ 15,1
ASEAN-Länder ²⁾	+ 7,5	- 26,8	- 22,1	- 29,8	+ 11,0	+ 6,8	- 11,9	- 11,8	+ 25,0	+ 12,7
Verkehr										
Deutschland										
Güterverkehr										
Beforderungsaufkommen										
Eisenbahnverkehr	+ 0,7	- 4,0	- 7,1	- 7,3	- 8,4	- 12,5	- 9,1	- 4,8	+ 9,4	+ 7,2
Binnenschifffahrt	+ 2,8	+ 1,2	- 6,3	- 13,6	- 0,2	...	- 10,3	- 11,1	+ 17,0	...
Seeverkehr	+ 3,5	+ 2,1	+ 4,5	- 4,4	- 3,5	...	- 1,5	- 3,9	- 0,1	...
Luftverkehr ³⁾	+ 7,8	- 3,8	+ 3,9	+ 5,0	+ 6,7	+ 4,9	- 8,5	+ 3,8	+ 2,3	+ 0,3
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	- 2,2	+ 3,8	- 6,6	+ 7,6	- 5,0	- 5,9	- 3,4	+ 2,3	- 6,0	+ 8,0
Straßengüterverkehr ^{5) 6)}	- 1,1	- 0,4	+ 5,8	+ 10,1	+ 11,3	- 0,2	+ 3,4	+ 3,5	+ 14,6	- 4,3
Beförderungsleistung im Inland										
Eisenbahnverkehr	+ 6,1	+ 0,1	- 2,6	- 0,5	- 1,9	- 7,8	- 9,7	- 3,2	+ 10,6 r	- 7,9
Binnenschifffahrt	+ 1,4	+ 3,4	- 5,4	- 18,8	+ 3,3	...	- 8,5	- 15,4	+ 22,8	...
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	- 9,3	+ 12,9	- 10,5	- 4,2	- 3,8	- 15,1	- 10,3	+ 15,5	- 9,7	+ 1,3
Straßengüterverkehr ⁵⁾	+ 3,9	+ 4,7	+ 7,9	+ 8,8	+ 9,4	+ 4,8	- 5,0	- 3,5	+ 9,5	- 0,6
Personenverkehr										
Beforderte Personen										
Eisenbahnverkehr	+ 8,6	+ 2,6 r	+ 2,8 r	- 2,6 r	+ 4,8 r	- 1,1	- 10,0 r	+ 0,9 r	+ 1,7 r	- 1,3 p
Luftverkehr	+ 6,6	+ 4,6	+ 1,8	+ 5,7	+ 5,9	+ 8,1	+ 9,8	+ 14,2	+ 3,2	+ 7,0
Öffentlicher Straßenverkehr	+ 0,2 r	- 1,1 r	- 4,2 a)	- 3,3 b)	...
Kraftfahrzeuge ⁷⁾										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
dar.: Personenkraftwagen	+ 2,2	+ 5,3	+ 19,1	+ 3,1	+ 5,0	+ 3,5	- 14,9	- 11,0	+ 8,3	- 7,2
dar.: Personenkraftwagen	+ 0,9	+ 5,9	+ 23,0	+ 4,7	+ 5,7	+ 5,6	- 14,4	- 9,4	+ 8,9	- 6,1
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge										
dar.: Personenkraftwagen	- 1,2	+ 0,4	+ 2,6	+ 0,9	+ 10,1	+ 1,5	- 11,5	- 12,1	+ 11,3	- 2,3
dar.: Personenkraftwagen	- 2,6	+ 0,9	+ 3,6	+ 2,0	+ 10,4	+ 1,3	- 11,6	- 11,6	+ 12,8	- 2,2
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden										
getötete Personen	+ 2,1	- 0,9	+ 3,1 r	- 2,0 p	+ 4,6 p	- 8,6 p	+ 9,5 r	+ 19,3 p	+ 2,3 p	+ 4,1 p
schwerverletzte Personen	- 2,4	- 8,9	- 6,9 r	+ 2,0 p	+ 3,5 p	- 0,1 p	+ 6,9 r	+ 35,3 p	- 5,9 p	+ 4,7 p
leichtverletzte Personen	- 0,9	- 5,7	- 0,8 r	+ 13,1 r
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 2,4	+ 0,7	+ 2,4 r	- 0,7 p	+ 4,9 p	+ 7,7 p	+ 7,9 r	+ 19,6 p	+ 2,0 p	+ 4,2 p
dar.: schwerwiegende Unfälle	- 2,4	+ 1,6	+ 4,5 r	+ 7,8 p	+ 8,9 p	+ 4,2 p	- 1,8 r	+ 5,4 p	- 0,9 p	- 2,0 p
dar.: schwerwiegende Unfälle	- 7,7	- 3,3	- 5,4 r	- 0,7 p	- 2,3 p	- 5,9 p	- 0,7 r	+ 4,9 p	- 2,6 p	- 2,5 p
	1997	1998	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99
Geld und Kredit ⁸⁾										
Deutschland										
Deutsche Bundesbank ⁹⁾										
Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Euroährungsgebietes ¹⁰⁾										
Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	X	X	X	X	X	X	- 5,5	+ 20,4	+ 1,5	- 13,1
Bargeldumlauf	+ 0,1	- 1,8	X	X	X	X	- 0,1	+ 0,1	+ 1,3	...
Banken										
Kredite an										
inländische Nichtbanken der Banken ¹¹⁾	+ 6,0	+ 6,4	X	X	X	X	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	...
Unternehmen und Privatpersonen	+ 6,2	+ 7,7	X	X	X	X	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	...
öffentliche Haushalte	+ 5,3	+ 2,2	X	X	X	X	+ 1,4	- 1,5	+ 0,0	...
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken	+ 3,1	+ 5,3	X	X	X	X	+ 0,6	+ 0,0	- 0,1	...
dar.: Spareinlagen	+ 3,4	+ 2,4	X	X	X	X	- 0,2	- 0,4	- 0,4	...

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen. - 2) ASEAN-Länder einsch. Vietnam, Laos und Myanmar - 3) Einsch. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung) - 4) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn. - 5) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln; Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 6) Nur inländische Lkw (einschl. tikm im Ausland) - 7) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. - 8) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank. - 9) Ausweis der Deutschen Bundesbank als Teil des Eurosystems. - 10) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. - 11) Bis Dezember 1998 einsch. Kredite an inländische Bausparkassen sowie einsch. Treuhandkredite.

a) 2. Vj 1999 gegenüber 2. Vj 1998 - b) 2. Vj 1999 gegenüber 1. Vj 1999

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Geld und Kredit¹⁾										
Deutschland										
Bausparkassen²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1 000	4 349,6	3 862,1	3 877,3	394,3	343,7	310,7	315,2	309,5	291,7
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	168,1	178,2	181,8	183,2	183,0	182,9	182,9	182,5	182,5
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	Mrd. DM	168,4	175,4	180,3	178,7	178,3	177,8	178,1	178,0	178,2
Wertpapiermarkt⁴⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere										
Festverzinsliche Wertpapiere	Mrd. EUR ⁶⁾	732,0 ⁶⁾	846,6 ⁶⁾	1 030,8 ⁶⁾	48,2	51,7	45,7	36,6	47,2	36,3
Aktien ⁵⁾	Mrd. EUR ⁶⁾	8,4 ⁶⁾	4,2 ⁶⁾	6,1 ⁶⁾	0,1	0,4	0,2	1,0	0,2	0,3
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	5,6	5,1	4,5	3,8	3,6	3,7	4,1	4,4	4,7
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 989	2 155	1 987	2 056	1 967
Arbeitslosenhilfe	1 000	1 104	1 339	1 504	1 602	1 580
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	451	349
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	7 652,1	7 762,4	7 590,6	7 684,1	7 775,4	7 440,6	7 846,7
dar.: Beiträge	Mill. DM	7 089,4	7 149,4	7 180,5	7 421,5	6 825,7	7 197,1	7 329,8
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	8 799,0	8 561,0	8 237,6	9 089,3	8 932,4	8 428,4	8 502,1
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	4 637,9	4 935,8	4 402,2	4 567,6	4 613,5	4 076,6	3 997,3
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	50 829	50 847	50 680	50 744	50 685
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	29 794	29 580	29 264	29 206	29 127
Rentner/-innen	1 000	15 052	15 155	15 215	15 239	15 237
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 304	1 342	1 238	1 290	1 232
Arbeitslosenhilfe	1 000	750	895	955	1 010	999
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	241	191
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	5 613,5	5 341,7	5 015,6	5 550,2	5 490,9	5 126,6	5 168,1
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	3 262,7	3 275,3	2 887,2	3 044,8	3 044,8	2 673,1	2 618,6
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	40 687	40 752	40 697	40 780	40 757
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	23 600	23 482	23 329	23 308	23 670
Rentner/-innen	1 000	11 766	11 806	11 825	11 831	11 827
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	684	813	749	766	735
Arbeitslosenhilfe	1 000	354	459	549	592	581
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	210	158
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	3 185,5	3 218,5	3 222,0	3 539,0	3 441,4	3 301,8	3 334,1
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 375,2	1 660,5	1 515,1	1 522,8	1 568,7	1 403,5	1 378,7
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	10 142	10 096	9 983	9 964	9 928
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	6 194	6 098	5 935	5 898	5 857
Rentner/-innen	1 000	3 287	3 349	3 390	3 408	3 410
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel⁹⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	555 015	554 695	590 445	52 479	40 898	43 888	66 136	45 813	...
Lohnsteuer ¹⁰⁾	Mill. DM	251 278	248 672	258 276	18 401	19 366	20 155	21 317	23 096	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	11 616	5 763	11 116	2 740	- 1 685	- 2 366	8 633	- 2 954	...
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	13 345	14 694	22 748	971	1 311	1 371	4 774	3 358	...
Zinsabschlag	Mill. DM	12 110	11 398	11 891	886	981	690	637	692	...
Körperschaftsteuer	Mill. DM	29 458	33 267	36 200	10 748	460	509	9 809	- 726	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	200 381	199 934	203 684	14 563	16 231	19 680	16 869	17 993	...
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	36 827	40 968	46 530	4 170	4 233	3 848	4 096	4 354	...
Bundessteuern	Mill. DM	137 865	135 264	130 513	11 832	9 666	10 244	12 947	11 164	...
dar: Versicherungsteuer	Mill. DM	14 348	14 127	13 951	1 060	799	929	721	671	...
Tabaksteuer	Mill. DM	20 698	21 155	21 652	2 530	2 022	908	2 572	2 029	...
Branntweinsteuer	Mill. DM	5 085	4 662	4 426	589	310	288	338	367	...
Mineralölsteuer	Mill. DM	68 251	66 008	66 677	5 064	5 032	6 465	5 978	5 842	...
Stromsteuer	Mill. DM	-	-	-	-	-	99	325	543	...
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	26 891	25 891	20 558	2 295	1 298	1 283	2 757	1 444	...
Landessteuern	Mill. DM	38 540	34 882	37 300	3 784	3 425	3 017	3 188	3 281	...
dar: Vermögensteuer	Mill. DM	9 035	1 757	1 062	106	119	109	87	81	...
Grunderwerbsteuer ¹¹⁾	Mill. DM	6 390	9 127	10 762	1 333	1 026	873	969	1 014	...
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	13 743	14 418	15 171	1 411	1 312	1 172	1 250	1 254	...
Biersteuer	Mill. DM	1 719	1 699	1 682	109	144	136	147	165	...
Zölle	Mill. DM	6 592	6 899	6 486	550	537	489	488	564	...
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹²⁾	Mill. DM	8 945	8 732	10 284	-	1 792	652	3	1 924	...
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹³⁾	Mill. DM	- 40 887	- 39 533	- 41 836	- 3 277	- 2 770	- 2 751	5 439	4 032	...
Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	Mill. DM	-	-	- 5 304	- 389	- 425	- 488	- 435	- 464	...
Verbrauchsbesteuerter Erzeugnisse¹⁴⁾										
Zigaretten (Menge)	Mill. St	138 136	139 375	140 722	13 019	11 828	10 892	12 820	12 883	12 440
Bierabsatz	1 000 hl	112 807	112 670	109 353	9 417	9 051	10 091	10 466	10 815	10 238
Benzin bleifrei	1 000 hl	393 790	406 023	407 657	37 737	30 716	37 262	34 371
Gasole (Dieselkraftstoff)	1 000 hl	307 334	314 232	324 874	33 006	24 077	28 850	28 755
Heizöl (EL und L)	1 000 hl	437 487	417 017	393 507	59 721	12 554	12 427	16 392
Erdgas	GWh	889 383	844 540	807 326	76 442	58 227	35 059	34 606

1) Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank. - 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn. - 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung. - 4) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. - 5) Aufgrund von Baranzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen (einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn). - 6) Angaben bis 1998 in Mrd. DM. - 7) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung. Bis einschl. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte. - 8) Ohne Rentner/-innen. - 9) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel. - 10) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt. - 11) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. - 12) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. - 13) 15% an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag. - 14) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99
Geld und Kredit¹⁾										
Deutschland										
Bausparkassen²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	- 11,2	+ 0,4	+ 3,9	+ 10,7	+ 6,3	+ 9,3	- 9,6	+ 1,4	- 1,8	- 5,8
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 6,0	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,8	- 0,1	± 0,0	- 0,2	± 0,0
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	+ 4,2	+ 2,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1
Wertpapiermarkt⁴⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere										
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 15,7	+ 21,8	X	X	X	X	- 11,6	- 19,9	+ 29,0	- 23,1
Aktien ⁵⁾	- 50,0	+ 45,2	X	X	X	X	- 50,0	+ 400,0	- 80,0	+ 50,0
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 8,9	- 11,8	- 22,9	- 12,8	- 4,3	+ 9,3	+ 2,8	+ 10,8	+ 7,3	+ 6,8
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 8,4	- 7,8
Arbeitslosenhilfe	+ 21,2	+ 11,1
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 22,7
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 1,4	- 2,2	- 1,4	+ 9,3	- 4,3	+ 5,5
dar.: Beiträge	+ 0,8	+ 0,4	- 0,7	+ 8,4	+ 5,4	+ 1,8
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 2,7	- 3,8	+ 2,9	+ 0,5	- 5,6	+ 0,9
dar.: Arbeitslosengeld	+ 6,4	- 10,8	- 13,5	- 11,3	- 11,6	- 1,9
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,0	- 0,3
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 0,7	- 1,1
Rentner/-innen	+ 0,7	+ 0,4
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 2,9	- 7,6
Arbeitslosenhilfe	+ 19,3	+ 7,2
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 21,0
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 4,8	- 6,1	+ 1,5	+ 1,2	- 6,6	+ 0,8
dar.: Arbeitslosengeld	+ 0,4	- 11,8	- 11,4	- 10,1	- 12,2	- 2,0
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,2	- 0,1
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 0,5	- 0,7
Rentner/-innen	+ 0,3	+ 0,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 18,8	- 8,0
Arbeitslosenhilfe	+ 29,5	+ 18,7
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 24,7
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 1,0	+ 0,1	+ 5,2	- 0,5	- 4,1	+ 1,0
dar.: Arbeitslosengeld	+ 20,7	- 8,8	- 17,2	- 13,5	- 10,5	- 1,8
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 0,5	- 1,1
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 1,6	- 2,7
Rentner/-innen	+ 1,9	+ 1,2
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel⁸⁾										
Gemeinschaftsteuern	- 0,1	+ 6,4	+ 10,2	+ 9,0	+ 7,7	...	+ 7,3	+ 50,7	- 30,7	...
Lohnsteuer ⁹⁾	- 1,0	+ 3,9	+ 3,5	+ 1,8	- 0,6	...	+ 4,1	+ 5,8	+ 8,3	...
Veranlagte Einkommensteuer	- 50,4	+ 92,9	X	+ 22,1	X	...	X	X	X	...
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	+ 10,1	+ 54,8	+ 295,6	+ 82,6	- 50,2	...	X	X	X	...
Zinsabschlag	- 5,9	+ 4,3	+ 11,8	+ 1,4	- 20,1	...	- 29,7	- 7,7	+ 8,7	...
Körperschaftsteuer	+ 12,9	+ 8,8	X	+ 4,2	X	...	+ 10,5	+ 1827,5	X	...
Umsatzsteuer	- 0,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 5,8	+ 8,0	...	+ 21,2	- 14,3	+ 6,7	...
Einfuhrumsatzsteuer	+ 11,2	+ 13,6	+ 4,1	+ 0,9	+ 7,0	...	- 9,1	+ 6,5	+ 6,2	...
Bundessteuern	- 1,9	- 3,5	- 2,6	+ 14,3	+ 4,1	...	+ 6,0	+ 26,4	- 13,8	...
dar: Versicherungssteuer	- 1,5	- 1,2	- 6,7	+ 10,1	- 3,9	...	+ 16,3	- 22,4	- 6,9	...
Tabaksteuer	+ 2,2	+ 2,4	- 52,9	+ 24,1	- 17,7	...	- 55,1	+ 183,3	- 21,1	...
Branntweinsteuer	- 8,3	- 5,1	- 12,5	- 4,4	- 6,4	...	- 7,4	+ 17,5	+ 8,7	...
Mineralölsteuer	- 3,3	+ 1,0	+ 9,4	+ 6,4	+ 9,1	...	+ 28,5	- 7,5	- 2,3	...
Stromsteuer	X	X	X	X	X	...	X	+ 229,4	+ 66,7	...
Solitartätzuschlag	- 0,8	- 20,6	+ 22,5	+ 16,3	- 4,7	...	- 1,2	+ 114,8	- 47,6	...
Landessteuern	- 10,0	+ 7,5	+ 0,4	+ 1,7	- 0,5	...	- 11,9	+ 5,7	+ 2,9	...
dar.: Vermögensteuer	- 80,6	- 39,5	+ 54,7	+ 30,1	- 2,0	...	- 9,0	- 20,3	- 6,5	...
Grunderwerbssteuer ¹⁰⁾	+ 42,8	+ 17,9	+ 11,0	+ 16,1	+ 4,3	...	- 14,9	+ 11,0	+ 4,6	...
Kraftfahrzeugsteuer	+ 4,9	+ 5,2	- 17,8	- 11,5	- 9,6	...	- 10,7	+ 6,7	+ 0,3	...
Biersteuer	- 1,2	- 2,1	- 8,3	- 3,4	+ 3,6	...	- 5,4	+ 7,9	+ 12,0	...
Zölle	+ 4,7	- 6,0	- 7,1	- 0,9	+ 9,6	...	- 8,9	- 0,2	+ 15,5	...
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹¹⁾	- 2,4	+ 17,8	X	X	X	...	- 63,6	- 99,6	X	...
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹²⁾	- 3,3	X	+ 9,3	- 206,5	+ 4,2	...	- 0,7	+ 66,1	- 188,3	...
Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	-	X	X	X	X	...	+ 15,0	- 10,9	- 5,0	...
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse¹³⁾										
Zigaretten (Menge)	+ 0,9	+ 1,0	- 8,9	+ 17,4	+ 3,3	+ 11,9	- 7,9	+ 17,7	+ 0,5	- 3,4
Bierabsatz	- 0,2	- 2,9	- 3,7	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,8	+ 11,5	+ 3,7	+ 3,3	- 5,3
Benzin bleifrei	+ 3,1	+ 0,4	+ 8,1	+ 1,8	+ 21,3	- 7,8
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 2,2	+ 3,4	+ 8,8	+ 7,9	+ 19,8	- 0,3
Heizöl (EL und L)	- 4,7	- 5,6	- 45,4	- 51,9	- 1,0	+ 31,9
Erdgas	- 5,0	- 4,4	- 22,8	+ 10,8	- 39,8	- 1,3

1) Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank. - 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn - 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung - 4) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. - 5) Aufgrund von Bareinzahlung und Umtausch von Wandschuldverschreibungen (einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn - 6) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung - Bis einschl. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 7) Ohne Rentner/-innen - 8) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel - 9) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt. - 10) Ohne kommunale Grunderwerbssteuer - 11) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage - 12) 15% an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag - 13) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					Febr.	Marz	April	Ma	Juni	Juli
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	539 423	542 587	577 625	41 042	53 926	41 997	44 396	65 952	46 451
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	249 298	250 231	260 191	19 483	20 272	21 122	21 780	22 934	24 609
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	15 534	11 079	16 837	- 2 298	3 837	- 965	- 1 629	8 758	- 2 108
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	12 895	14 162	22 150	637	950	1 259	1 344	4 744	3 283
Zinsabschlag	Mill. DM	11 951	11 270	11 747	1 055	876	971	681	623	676
Körperschaftsteuer	Mill. DM	29 549	32 719	35 113	- 54	10 305	531	468	9 409	- 644
Umsatzsteuer	Mill. DM	184 385	183 251	186 318	19 070	13 644	14 947	17 975	15 521	16 386
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	35 810	39 875	45 270	3 149	4 044	4 131	3 777	3 963	4 251
Landessteuern	Mill. DM	34 262	29 859	32 457	2 759	3 234	2 997	2 632	2 745	2 881
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	9 031	1 760	1 062	64	106	119	109	87	81
Grundwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	4 776	7 057	8 801	770	1 065	832	705	784	844
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	11 726	12 332	13 203	887	1 202	1 137	1 009	1 068	1 085
Biersteuer	Mill. DM	1 458	1 423	1 376	89	90	121	109	123	134
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	Mill. DM	8 714	8 710	10 226	139	- 0	1 741	614	2	1 887
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	39 421	39 534	41 442	3 729	2 421	2 753	3 333	4 039	3 185
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	25 808	25 867	26 706	1 982	1 997	2 096	2 216	2 238	2 311
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	- 3 919	- 5 315	- 5 720	- 390	- 1 096	- 720	- 737	- 125	- 846
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	451	532	598	19	21	52	27	29	75
Zinsabschlag	Mill. DM	159	128	144	10	10	10	9	13	17
Körperschaftsteuer	Mill. DM	- 91	548	1 087	- 11	443	- 71	41	400	- 81
Umsatzsteuer	Mill. DM	15 996	16 683	17 366	2 054	920	1 285	1 705	1 348	1 607
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 017	1 091	1 260	63	126	102	72	136	103
Landessteuern	Mill. DM	4 278	4 823	4 843	375	550	429	384	443	400
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	4	- 4	1	0	0	0	0	0	0
Grundwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	1 614	2 070	1 961	178	268	194	168	185	169
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	2 018	2 086	2 148	147	208	175	163	183	169
Biersteuer	Mill. DM	261	276	286	18	19	24	27	24	31
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	231	22	58	1	0	50	38	1	38
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	37,7	37,7	37,8	.	.	37,6
Index	Okt. 1995 = 100	98,3	98,2	98,6	.	.	98,2
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,74	27,30	.	.	27,93
Index	Okt. 1995 = 100	101,8	103,1	104,9	.	.	107,4
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	996	1 010	1 033	.	.	1 051
Index	Okt. 1995 = 100	100,0	101,2	103,3	.	.	105,4
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	5 481	5 588	5 721	.	.	5 876
Index	Okt. 1995 = 100	101,5	103,1	105,2	.	.	107,9
Tarifentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	1991 = 100	96,8	96,8	96,7	.	.	96,7
Index der tariflichen Stundenlöhne	1991 = 100	122,6	124,3	126,5	.	.	129,8
Index der tariflichen Monatsgehälter	1991 = 100	118,0	119,5	121,6	.	.	124,6
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	39,5	39,5	39,7	.	.	39,7
Index	Okt. 1995 = 100	98,4	98,4	98,8	.	.	98,8
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	18,92	19,32	19,65	.	.	20,04
Index	Okt. 1995 = 100	101,7	104,6	106,8	.	.	109,1
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	752	767	782	.	.	795
Index	Okt. 1995 = 100	100,0	102,8	105,4	.	.	107,6
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 988	4 124	4 246	.	.	4 355
Index	Okt. 1995 = 100	103,8	107,2	110,1	.	.	113,0
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers. -Haush. von Rentempfängern mit geringerem Einkommen	DM	2 251,82	2 312,64	2 316,87	2 358,66	2 440,00	2 269,57	2 302,71	2 245,80	2 253,60
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	543,25	545,19	557,29	564,51	559,74	611,02	576,87	568,59	618,63
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	157,28	159,16	152,46	164,71	150,20	142,89	150,96	151,31	160,43
4-Pers. -Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	4 265,23	4 292,58	4 392,73	4 878,16	4 902,21	4 296,06	4 235,84	4 363,96	4 744,04
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	905,00	903,22	894,57	953,56	970,92	856,73	885,87	830,09	931,58
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	208,96	210,04	201,20	209,62	187,77	200,93	196,78	193,38	195,09
4-Pers. -Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	6 234,62	6 268,77	6 314,01	6 718,41	6 591,15	6 106,62	6 487,73	6 111,84	6 706,78
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	1 156,46	1 164,17	1 143,44	1 253,12	1 245,64	1 110,16	1 137,08	1 037,09	1 206,45
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	242,62	243,53	232,60	256,26	229,90	250,48	213,36	218,19	210,48

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 3) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98	März 99	April 99	Mai 99	Juni 99
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 0,6	+ 6,5	+ 11,8	+ 13,0	+ 10,6	+ 10,6	- 22,1	+ 5,7	+ 48,6	- 29,6
Lohnsteuer ¹⁾	+ 0,4	+ 4,0	+ 11,6	+ 9,6	+ 7,7	+ 5,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 5,3	+ 7,3
Veranlagte Einkommensteuer	- 28,7	+ 52,0	X	X	+ 20,6	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 9,8	+ 56,4	- 25,2	+ 334,6	+ 81,8	- 51,0	+ 32,6	+ 6,7	+ 253,1	- 30,8
Zinsabschlag	- 5,7	+ 4,2	+ 17,7	+ 6,4	+ 0,7	- 14,8	+ 11,0	- 29,9	- 8,4	+ 8,4
Körperschaftsteuer	+ 10,7	+ 7,3	- 54,0	X	+ 1,9	X	- 94,8	- 12,0	+ 1 911,3	X
Umsatzsteuer	+ 0,6	+ 1,7	+ 5,4	+ 2,7	+ 5,4	+ 7,0	+ 9,5	+ 20,3	- 13,7	+ 5,6
Einfuhrumsatzsteuer	+ 11,4	+ 13,5	+ 8,2	+ 3,4	+ 2,2	+ 7,9	+ 2,2	+ 8,6	+ 4,9	+ 7,3
Landesteuern	- 12,9	+ 8,7	+ 41,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,6	- 7,3	- 12,2	+ 4,3	+ 5,0
dar.: Vermögensteuer ²⁾	- 80,5	- 39,7	+ 41,6	+ 55,6	+ 30,1	- 2,0	+ 12,2	- 8,9	- 20,4	- 6,5
Grundwerbsteuer ²⁾	+ 47,8	+ 24,7	+ 11,6	+ 8,1	+ 12,3	+ 8,7	- 21,9	- 15,3	+ 11,3	+ 7,7
Kraftfahrzeugsteuer	+ 5,2	+ 5,6	- 13,6	- 17,8	- 12,0	- 9,6	- 5,4	- 11,3	+ 5,9	+ 1,6
Biersteuer	- 2,4	+ 3,3	+ 9,2	- 10,4	- 1,6	+ 0,8	+ 34,0	- 9,2	+ 12,5	+ 8,8
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	- 0,0	+ 17,4	+ 1,3	+ 7,3	+ 50,3	+ 0,4	X	- 64,7	- 99,6	X
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 0,3	+ 4,8	+ 13,6	+ 13,5	+ 17,1	+ 8,1	+ 13,7	+ 21,1	+ 21,2	- 21,1
Lohnsteuer ¹⁾	+ 0,2	+ 3,2	+ 9,8	+ 11,7	+ 9,5	- 0,1	+ 5,0	+ 5,7	+ 1,0	+ 3,3
Veranlagte Einkommensteuer	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 18,1	+ 12,5	+ 66,0	- 26,7	+ 449,6	+ 51,1	+ 148,8	- 47,3	+ 6,7	+ 154,9
Zinsabschlag	- 19,8	+ 13,0	- 70,3	X	+ 59,3	- 77,5	- 7,5	- 4,4	+ 45,0	+ 28,1
Körperschaftsteuer	X	+ 98,2	X	X	+ 126,5	X	X	X	+ 873,6	X
Umsatzsteuer	+ 4,3	+ 4,1	+ 8,5	- 3,2	+ 10,7	+ 19,7	+ 39,7	+ 32,7	- 20,9	+ 19,2
Einfuhrumsatzsteuer	+ 7,3	+ 15,5	+ 25,8	+ 55,0	+ 27,3	- 19,9	- 18,9	- 29,7	+ 89,4	+ 24,2
Landesteuern	+ 12,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 6,5	- 8,1	- 22,0	- 10,3	+ 15,3	- 9,7
dar.: Vermögensteuer ²⁾	X	X	- 72,7	X	+ 600,0	+ 136,4	X	X	X	+ 271,4
Grundwerbsteuer ²⁾	+ 28,2	- 5,3	+ 18,2	+ 25,3	+ 35,9	- 13,1	- 27,6	- 13,4	+ 9,9	- 8,4
Kraftfahrzeugsteuer	+ 3,4	+ 3,0	- 16,4	- 17,6	- 8,5	- 9,3	- 16,1	- 6,7	+ 11,9	- 7,6
Biersteuer	+ 5,6	+ 3,9	+ 5,5	+ 1,4	- 11,5	+ 18,1	+ 25,1	+ 13,5	- 11,1	+ 28,2
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	- 90,5	+ 162,1	X	+ 169,0	X	+ 856,5	X	- 25,0	- 98,5	X
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	+ 0,3	- 0,5	.	.	.	+ 0,5 ^{a)}	.	.	.
Index	- 0,1	+ 0,4	- 0,3	.	.	.	+ 0,7 ^{a)}	.	.	.
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	.	.	.	+ 1,3 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,3	.	.	.	+ 1,1 ^{a)}	.	.	.
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,8	.	.	.	+ 1,9 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,8	.	.	.	+ 1,9 ^{a)}	.	.	.
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 2,0	+ 2,4	+ 3,0	.	.	.	+ 1,7 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,7	.	.	.	+ 1,6 ^{a)}	.	.	.
Tariffentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	± 0,0	- 0,1	± 0,0	.	.	.	± 0,0 ^{a)}	.	.	.
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,4	.	.	.	+ 2,0 ^{a)}	.	.	.
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,5	.	.	.	+ 2,0 ^{a)}	.	.	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	+ 0,5	- 0,3	.	.	.	+ 2,1 ^{a)}	.	.	.
Index	± 0,0	+ 0,4	- 0,4	.	.	.	+ 2,1 ^{a)}	.	.	.
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,0	.	.	.	+ 0,0 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,2	.	.	.	+ 0,1 ^{a)}	.	.	.
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	.	.	.	+ 1,9 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,9	.	.	.	+ 2,1 ^{a)}	.	.	.
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,9	.	.	.	+ 1,3 ^{a)}	.	.	.
Index	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,7	.	.	.	+ 1,6 ^{a)}	.	.	.
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers.-Haush. von Rentempfängern mit geringerem Einkommen	+ 2,7	+ 0,2	- 1,5	+ 0,7	+ 5,2	- 11,2	- 7,0	+ 1,5	- 2,5	+ 0,3
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 0,4	+ 2,2	+ 9,1	+ 2,7	+ 7,7	+ 1,5	+ 9,2	- 5,6	- 1,4	+ 8,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 1,2	- 4,2	- 9,3	- 8,5	+ 16,8	- 3,4	- 4,9	+ 5,6	+ 0,2	+ 6,0
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 0,6	+ 2,3	+ 4,9	- 7,2	+ 10,1	+ 4,5	- 12,4	- 1,4	+ 3,0	+ 8,7
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	- 0,2	- 1,0	- 2,8	- 2,3	- 3,2	- 1,9	- 11,8	+ 3,4	- 6,3	+ 12,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,5	- 4,2	- 17,3	- 5,8	- 1,2	+ 1,7	+ 7,0	- 2,1	- 1,7	+ 0,9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 0,5	+ 0,7	+ 5,3	- 4,8	+ 1,6	- 4,5	- 7,4	+ 6,2	- 5,8	+ 9,7
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 0,7	- 1,8	- 2,9	- 5,7	- 3,1	- 2,5	- 10,9	+ 2,4	- 8,8	+ 16,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,4	- 4,5	+ 3,9	- 8,7	+ 2,3	- 12,4	+ 9,0	- 14,8	+ 2,3	- 3,5

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt - 2) Ohne kommunale Grundwerbsteuer. - 3) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage - 4) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen.

a) April 1999 gegenüber Januar 1999

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1991 = 100	105,6	107,5	103,6	102,5	102,4	102,9	103,2	103,7	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1991 = 100	103,7	105,9	100,6	99,0	98,8	99,5	99,8	100,5	...
Neubauten und neue Maschinen	1991 = 100	111,8	112,7	113,4	114,3	114,3	114,4	114,4	114,4	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1991 = 100	91,1	92,5	87,1	83,5	84,0	85,4	84,4 p	83,9 p	...
Pflanzliche Produkte	1991 = 100	86,0	84,3	82,9	87,6	88,3	86,5	82,7	80,6	...
Tierische Produkte	1991 = 100	93,8	96,7	89,2	81,5	81,9	84,9	85,2 p	85,6 p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	1995 = 100	89,2	95,1	102,0	107,6	106,4	104,0	102,8	103,3	..
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1995 = 100	98,8	99,9	99,5	98,3	98,3	98,4	98,7	98,8	98,9
ohne Mineralölzeugnisse	1995 = 100	98,5	99,6	99,5	97,9	98,0	98,0	98,1	98,1	98,0
ohne Energie und Wasser	1995 = 100	99,5	100,2	100,0	99,2	99,1	99,2	99,7	99,9	100,1
<i>darunter:</i>										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	96,6	98,1	96,6	94,5	94,6	94,7	95,2	95,4	95,6
Energieproduzenten	1995 = 100	94,2	97,8	94,4	92,1	92,3	92,7	93,5	93,9	93,9
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	1995 = 100	98,0	98,2	97,9	95,9	96,0	95,9	96,2	96,3	96,6
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,1	101,8	102,7	103,0	103,0	103,0	103,0	103,0	103,0
Konsumgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	102,0	102,4	101,5	101,4	101,6	101,6	101,6	101,6
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	101,4	101,7	102,2	102,2	102,1	102,3	102,3	102,3
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	102,1	102,5	101,3	101,3	101,5	101,5	101,5	101,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	74,4	78,3	75,8	73,8	73,6	73,7	73,9	73,8	73,9
Kohle und Torf ²⁾	1995 = 100	59,9	63,2	61,1	59,1	58,5	58,6	59,0	58,6	58,7
Erdöl und Erdgas	1995 = 100	106,1	125,6	118,5	112,7	114,0	114,4	114,3	115,9	116,9
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1995 = 100	99,9	99,4	97,7	97,4	97,3	97,4	97,2	97,2	97,1
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1995 = 100	100,1	100,8	100,6	99,9	99,8	99,9	100,4	100,6	100,9
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1995 = 100	101,0	103,0	102,6	99,9	99,7	99,9	99,9	99,8	99,8
Tabakerzeugnisse	1995 = 100	100,8	103,4	104,6	105,6	105,7	105,5	105,9	105,9	105,7
Textilien	1995 = 100	99,5	100,2	100,2	99,3	99,2	99,2	99,2	99,2	99,1
Bekleidung	1995 = 100	100,4	100,7	101,5	101,7	101,7	101,6	101,7	101,8	102,1
Leder und Lederwaren	1995 = 100	101,5	102,4	102,7	102,4	102,4	102,4	102,4	102,4	102,4
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	1995 = 100	97,0	97,8	98,8	97,6	97,7	97,5	97,3	97,2	97,3
Papier	1995 = 100	94,1	91,9	93,3	91,3	91,3	91,2	91,4	91,7	92,7
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	1995 = 100	102,4	102,0	102,0	101,6	101,7	101,9	102,0	101,9	101,7
Kokereierzeugnisse, Mineralölzeugnisse	1995 = 100	107,5	110,4	100,3	106,6	105,2	107,5	113,0	116,5	120,7
Chemische Erzeugnisse	1995 = 100	96,6	97,6	97,0	94,8	94,8	94,7	95,3	95,3	95,5
Gummi- und Kunststoffwaren	1995 = 100	99,2	98,7	98,5 r	97,6	97,6	97,5	97,7	97,9	98,1
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	1995 = 100	99,4	98,9	98,2	97,9	97,9	97,9	97,9	97,9	98,0
Eisen- und Stahlzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	1995 = 100	95,0	96,6	98,0	91,9	92,0	92,0	92,9	93,1	94,2
Metallerzeugnisse	1995 = 100	100,9	101,1	101,8	101,8	101,9	102,1	102,3	102,6	102,8
Maschinen	1995 = 100	101,6	102,6 r	103,3	104,1	104,1	104,1	104,2	104,2	104,2
Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	1995 = 100	96,5	92,5	87,8	84,1	82,5	81,8	80,5	79,8	79,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.	1995 = 100	100,5	99,7	99,7	99,4	99,8	99,2	99,6	99,6	99,4
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	1995 = 100	99,1	98,5	97,7	94,7	94,8	94,6	94,6	94,4	93,7
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	1995 = 100	101,5	103,0	103,8	104,3	104,6	104,6	104,8	104,8	104,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile	1995 = 100	100,9	101,6	102,6	103,0	103,1	103,2	103,4	103,7	103,7
Sonstige Fahrzeuge	1995 = 100	100,7	100,5	100,9	101,3	101,3	101,2	101,2	101,3	101,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	1995 = 100	101,8	102,7	104,0	105,2	105,4	105,4	105,5	105,6	105,7
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	1995 = 100	94,8	98,4	97,0	92,9	93,6	93,4	93,0	92,7	91,6
Energie ³⁾	1995 = 100	94,0	97,7	95,9	91,4	92,1	91,9	91,5	91,2	90,0
Wasser	1995 = 100	105,4	109,5	112,4	113,6	113,8	113,7	113,8	114,0	114,2

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Torf - 3) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	Sept. 98	Mai 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 1,8	- 3,6	- 1,3	- 0,1	+ 1,4	...	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	..
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 2,1	- 5,0	- 2,1	- 0,5	+ 1,5	..	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,7	..
Neubauten und neue Maschinen	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	...	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	+ 1,5	- 5,8	- 4,4	- 4,3p	- 3,2p	...	+ 1,7	- 1,2p	- 0,6p	...
Pflanzliche Produkte	- 2,0	- 1,5	- 2,6	- 5,6	- 4,7	...	- 2,0	- 4,4	- 2,5	...
Tierische Produkte	+ 3,1	- 7,8	- 5,2	- 3,7p	- 2,5p	...	+ 3,7	+ 0,4p	+ 0,5p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	+ 6,6	+ 7,3	+ 3,1	+ 4,4	+ 2,7	...	- 2,3	- 1,2	+ 0,5	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	+ 1,1	- 0,4	- 1,5	- 1,0	- 0,7	- 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
ohne Mineralerzeugnisse	+ 1,1	- 0,1	- 1,9	- 1,6	- 1,4	- 1,4	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	- 0,1
ohne Energie und Wasser	+ 0,7	- 0,2	- 1,0	- 0,4	± 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
darunter:										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,6	- 1,5	- 2,6	- 1,7	- 1,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
Energieproduzenten	+ 3,8	- 3,5	- 2,8	- 1,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,4	± 0,0
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	+ 0,2	- 0,3	- 2,3	- 1,9	- 1,5	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Konsumgüterproduzenten	+ 1,1	+ 0,4	- 0,9	- 1,0	- 0,8	- 0,8	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	± 0,0
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,2	+ 0,4	- 1,2	- 1,2	- 1,1	- 1,1	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 5,2	- 3,2	- 3,8	- 1,5	- 1,3	- 1,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1
Kohle und Torf 2)	+ 5,5	- 3,3	- 3,6	- 2,3	- 2,5	- 2,3	+ 0,2	+ 0,7	- 0,7	+ 0,2
Erdöl und Erdgas	+ 18,4	- 5,7	- 11,1	- 1,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,1	+ 1,4	+ 0,9
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	- 0,5	- 1,7	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,8	+ 0,1	- 0,2	± 0,0	- 0,1
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,7	- 0,2	- 0,9	- 0,4	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	+ 2,0	- 0,4	- 3,0	- 2,9	- 2,6	- 2,3	+ 0,2	± 0,0	- 0,1	± 0,0
Tabakerzeugnisse	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	± 0,0	- 0,2	+ 0,4	± 0,0	- 0,2
Textilien	+ 0,7	± 0,0	- 1,1	- 1,1	- 1,0	- 0,9	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Bekleidung	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Leder und Lederwaren	+ 0,9	+ 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	+ 0,8	+ 1,0	- 1,8	- 2,2	- 2,0	- 1,6	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1
Papier	- 2,3	+ 1,5	- 2,6	- 2,4	- 1,9	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,1
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	- 0,4	± 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,2
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse	+ 2,7	- 9,1	+ 7,9	+ 13,0	+ 18,6	+ 22,3	+ 2,2	+ 5,1	+ 3,1	+ 3,6
Chemische Erzeugnisse	+ 1,0	- 0,6	- 2,4	- 1,7	- 0,9	- 0,5	- 0,1	+ 0,6	± 0,0	+ 0,2
Gummi- und Kunststoffwaren	- 0,5	- 0,2	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	- 0,5	- 0,7	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse	+ 1,7	+ 1,4	- 7,2	- 6,2	- 5,4	- 3,3	± 0,0	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,2
Metallerzeugnisse	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
Maschinen	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 4,1	- 5,1	- 7,7	- 8,5	- 8,3	- 8,0	- 0,8	- 1,6	- 0,9	- 0,4
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.	- 0,8	± 0,0	- 0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,6	+ 0,4	± 0,0	- 0,2
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	- 0,6	- 0,8	- 3,2	- 3,2	- 3,4	- 4,1	- 0,2	± 0,0	- 0,2	- 0,7
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	± 0,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	± 0,0
Sonstige Fahrzeuge	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	+ 3,8	- 1,4	- 5,1	- 4,5	- 4,6	- 5,8	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 1,2
Energie ³⁾	+ 3,9	- 1,8	- 5,6	- 5,0	- 5,1	- 6,3	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 1,3
Wasser	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Torf - 3) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999					
					April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1995 = 100	99,8	99,1	98,7		98,3			98,4	
Bürogebäude ²⁾	1995 = 100	100,1	99,6	98,9		98,4			98,6	
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1995 = 100	100,3	99,8	99,3		98,5			98,8	
Straßenbau ¹⁾	1995 = 100	98,3	96,6	95,7		95,2			95,5	
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1995 = 100	99,4	98,0	97,4		96,4			96,7	
Ortskanäle ¹⁾	1995 = 100	98,4	96,6	95,6		95,0			95,2	
Kläranlagen ¹⁾	1995 = 100	100,0	99,3	99,3		99,2			99,4	
Index der Großhandelsverkaufspreise²⁾	1991 = 100	103,1	105,6	103,4	101,9	102,2	102,4	102,4	102,7	103,1
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getranken, Tabakwaren	1991 = 100	102,8	108,7	106,7	103,9	103,5	104,4	102,4	102,2	101,5
Index der Einzelhandelspreise³⁾	1995 = 100	100,7	102,1	102,7	102,7	102,0	101,9	101,9	101,8	101,9
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	1995 = 100	100,5	101,5	102,3	102,2	102,1	101,9	101,5	101,0	100,8
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getranken, Tabakwaren	1995 = 100	100,9	102,8	104,0	103,9	103,9	103,6	103,3	102,8	102,6
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁴⁾	1995 = 100	99,5	110,3	113,2	108,8	99,7	99,8	99,8	99,7	99,7
Sonstiger Facheinzelhandel	1995 = 100	100,5	100,7	101,1	101,4	101,4	101,3	101,2	101,2	101,3
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	1995 = 100	103,4	104,3	101,4	104,2	103,8	103,5	105,3	105,7	107,2
Einzelhandel mit Kraftwagen	1995 = 100	101,0	100,8	102,1	102,7	102,6	102,7	102,7	103,4	103,2
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1995 = 100	100,6	100,5	101,0	101,4	101,4	101,5	101,5	101,5	101,5
Einzelhandel mit Kraftfrädern, Teilen und Zubehör	1995 = 100	100,7	100,8	101,5	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	102,0
Tankstellen	1995 = 100	102,0	103,2	102,1	104,1	103,	104,2	105,1	106,0	106,6
Preisindex für die Lebenshaltung⁵⁾										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	101,4	103,3	104,3	104,8	104,8	104,9	105,4	105,3	105,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	100,6	102,0	103,0	103,2	103,2	102,6	101,7	100,7	100,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	100,8	102,7	104,7	105,5	105,6	105,5	105,5	105,5	105,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	100,7	101,1	101,5	101,8	101,9	101,8	101,6	101,5	101,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	102,4	105,1	106,0	107,4	107,4	107,5	107,8	107,9	108,0
Einrichtungsgegenstände u.ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	100,7	101,1	101,8	102,1	102,2	102,2	102,2	102,1	102,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	101,5	103,7	114,4	110,5	110,5	110,6	110,6	110,7	110,7
Verkehr	1995 = 100	102,4	104,3	104,7	107,0	106,4	107,4	108,2	109,2	109,3
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	100,9	97,9	97,3	88,7	88,5	87,6	87,6	87,5	87,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	100,4	102,5	103,1	101,7	102,1	102,6	105,5	104,8	103,5
Bildungswesen	1995 = 100	103,7	107,8	112,9	117,2	117,2	117,2	117,4	117,3	117,8
Beherbergungs- und Gaststattendienst- leistungen	1995 = 100	101,1	102,1	103,6	104,3	104,9	105,4	107,2	107,7	105,2
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	100,5	102,3	102,8	104,3	104,5	104,5	104,5	104,5	104,5
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte⁵⁾	1995 = 100	101,3	103,2	104,1	104,6	104,7	104,8	105,3	105,3	105,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte⁵⁾	1995 = 100	101,9	104,2	105,3	105,6	105,7	105,7	106,1	105,9	105,8
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	1995 = 100	100,4	104,0	100,7	98,7	99,0	99,3	100,2	100,7	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	1995 = 100	100,4	102,4	100,1	98,1	98,1	98,4	99,0	99,5	...
Güter aus Drittländern	1995 = 100	100,3	105,8	101,5	99,5	100,1	100,5	101,7	102,2	...
Index der Ausfuhrpreise	1995 = 100	100,0	101,5	101,4	100,4	100,5	100,7	100,9	101,0	...
dar.: Güter für EU-Länder	1995 = 100	99,8	101,3	101,3	99,9	99,9	100,1	100,4	100,5	...
Güter für Drittländer	1995 = 100	100,4	101,8	101,7	101,2	101,3	101,5	101,6	101,6	...

1) Einschl. Umsatzsteuer – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). – 4) In Verkaufsräumen – 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Juni 99	Juli 99	Aug 99	Sept. 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99	Sept 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Juni 98	Juli 98	Aug 98	Sept. 98	Mar 99	Juni 99	Juli 99	Aug. 99
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	- 0,7	- 0,4	.	.	- 0,5	.	.	.	+ 0,1 a)	.
Bürogebäude ²⁾	- 0,5	- 0,7	.	.	- 0,3	.	.	.	+ 0,2 a)	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	- 0,5	- 0,5	.	.	- 0,5	.	.	.	+ 0,3 a)	.
Straßenbau ¹⁾	- 1,7	- 0,9	.	.	- 0,3	.	.	.	+ 0,3 a)	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	- 1,4	- 0,6	.	.	- 0,9	.	.	.	+ 0,3 a)	.
Ortskanäle ¹⁾	- 1,8	- 1,0	.	.	- 0,5	.	.	.	+ 0,2 a)	.
Kläranlagen ¹⁾	- 0,7	± 0,0	.	.	- 0,1	.	.	.	+ 0,2 a)	.
Index der Großhandelsverkaufspreise²⁾	+ 2,4	- 2,1	- 1,9	- 1,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,2	± 0,0	+ 0,3	+ 0,4
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 5,7	- 1,8	- 4,1	- 4,1	- 2,8	- 2,0	+ 0,9	- 1,9	- 0,2	- 0,7
Index der Einzelhandelspreise³⁾	+ 1,4	+ 0,6	- 0,2	± 0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	± 0,0	- 0,1	+ 0,1
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	+ 1,0	+ 0,8	- 1,0	- 1,1	- 1,2	- 1,2	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,2
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 1,9	+ 1,2	- 1,2	- 1,1	- 1,2	- 1,2	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 0,2
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁴⁾	+ 10,9	+ 2,6	- 1,2	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	- 0,1	± 0,0
Sonstiger Facheinzelhandel	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	± 0,0	+ 0,1
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	+ 0,9	- 2,8	+ 2,0	+ 3,9	+ 5,2	+ 6,5	- 0,3	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,4
Einzelhandel mit Kraftwagen	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	± 0,0	+ 0,7	- 0,2
Einzelhandel mit Kraftwagenanteilen und Zubehör	- 0,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Tankstellen	+ 1,2	- 1,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,6
Preisindex für die Lebenshaltung⁵⁾										
aller privaten Haushalte	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	- 0,1	- 0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,4	+ 1,0	- 1,7	- 1,8	- 1,9	- 1,9	- 0,6	- 0,9	- 1,0	- 0,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,1	± 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Bekleidung und Schuhe	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Einnichtungsgegenstände u. a. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	- 0,1	± 0,0
Gesundheitspflege	+ 7,1	+ 5,2	- 3,5	- 3,1	- 3,1	- 3,1	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0
Verkehr	+ 1,9	+ 0,4	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,8	+ 4,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,1
Nachrichtenübermittlung	- 3,0	- 0,6	- 10,3	- 10,3	- 10,4	- 9,9	- 1,0	± 0,0	- 0,1	± 0,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 2,1	+ 0,6	- 0,1	+ 1,0	± 0,0	- 0,2	+ 0,5	+ 2,8	- 0,7	- 1,2
Bildungswesen	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,0	+ 4,0	± 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,7	+ 0,5	- 2,3
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte⁵⁾	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,5	± 0,0	- 0,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte⁵⁾	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0	+ 0,4	- 0,2	- 0,1
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	+ 3,6	- 3,2	- 1,8	- 0,4	+ 0,8	...	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	+ 2,0	- 2,2	- 1,7	- 0,8	+ 0,3	..	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	...
Güter aus Drittländern	+ 5,5	- 4,1	- 1,7	+ 0,1	+ 1,3	..	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,5	...
Index der Ausfuhrpreise	+ 1,5	- 0,1	- 1,0	- 0,7	- 0,4	...	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	...
dar.: Güter für EU-Länder	+ 1,5	± 0,0	- 1,5	- 1,1	- 0,7	...	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	...
Güter für Drittländer	+ 1,4	- 0,1	- 0,4	- 0,2	± 0,0	...	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	...

1) Einschl. Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). - 4) In Verkaufsräumen - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98
a) August 1999 gegenüber Mai 1999

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	1999 ¹⁾			
					4. Vj	1. Vj	April	Mai	Juni	Juli
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	82 012	82 057	82 037	82 037	82 014 s	82 026 s	82 043 s	82 068 s	82 084 s
dar.: Ausländer/-innen ²⁾	1 000	7 314	7 366	7 320	7 320	7 312	7 323	7 326	7 337	7 337
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	427 297	422 776	417 375	99 691	..	27 910	48 381	42 267	47 313
Ehescheidungen	Anzahl	175 550	187 802
Lebendgeborene	Anzahl	796 013	812 173	785 034	200 164	..	61 466	63 517	66 386	68 604
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	106 229	107 182	100 059	25 922
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	135 700	145 833	157 117	44 063
Gestorbene ³⁾	Anzahl	882 843	860 389	852 387	224 739	..	67 214	66 510	65 359	64 950
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	13 394	13 678	13 761	3 801
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	3 962	3 951	3 666	985
Totgeborene ⁴⁾	Anzahl	3 573	3 510	3 191	813	..	275	246	252	224
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 86 830	- 48 216	- 67 353	- 24 575	..	- 5 748	- 2 993	+ 1 027	+ 3 654
Deutsche	Anzahl	- 179 665	- 141 720	- 153 651	- 46 696
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 92 835	+ 93 504	+ 86 298	+ 22 121
Wanderungen⁵⁾										
Zuzüge	Anzahl	959 691	840 633	802 456	214 557	180 194
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	707 954	615 298	605 500	161 595	139 360
Fortzüge	Anzahl	677 494	746 969	755 358	182 913	147 208
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	559 064	637 066	638 955	150 415	121 641
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 282 197	+ 93 664	+ 47 098	+ 31 644	+ 32 986
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+ 148 890	- 21 768	- 33 455	+ 11 180	+ 17 719
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer/-innen ²⁾	% der Bevölkerung	8,9	9,0	8,9	8,9	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,2	5,2	5,1	4,17)	6,97)	6,37)	6,87)
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	21,4	22,9
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	9,7	9,9	9,6	9,17)	9,17)	9,87)	9,97)
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	14,5	14,6	..	14,0
	% aller Lebendgeb.	13,3	13,2	12,7	13,0
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁶⁾		1 316	X	..	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	17,0	18,0	20,0	22,0
Gestorbene ³⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	10,8	10,5	10,4	10,07)	9,67)	9,77)	9,37)
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	1,8	1,9	1,9	2,1
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb	0,5	0,5	0,5	0,5
Wanderungen⁵⁾										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,8	73,2	75,5	75,3	77,3
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	82,5	85,3	84,6	82,2	82,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0 s	+ 0,0 s	+ 0,0 s	+ 0,1 s	+ 0,1 s
dar.: Ausländer/-innen ²⁾	%	+ 2,0	+ 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,8	- 1,1	- 1,2	+ 3,3	..	- 7,4	+ 0,0	+ 1,7	- 5,8
Ehescheidungen	%	+ 3,6	+ 7,0
Lebendgeborene	%	+ 4,0	+ 2,0	- 3,3	- 0,8	..	- 4,7	+ 1,4	+ 1,6	- 2,2
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 6,5	+ 0,9	- 6,6	- 5,3
Gestorbene ³⁾	%	- 0,2	- 2,5	- 0,9	+ 0,2	..	- 6,8	- 0,1	- 5,8	- 4,5
Wanderungen⁵⁾										
Zuzüge	%	- 12,4	- 12,4	- 4,5	+ 11,9	+ 4,9
dar.: Ausländer/-innen	%	- 10,7	- 13,1	- 1,6	+ 13,9	+ 5,2
Fortzüge	%	- 3,0	+ 10,3	+ 1,1	- 5,5	- 16,5
dar.: Ausländer/-innen	%	- 1,5	+ 14,0	+ 0,3	- 8,7	- 19,3

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters. - 3) Ohne Totgeborene. - 4) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm) - 5) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 6) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 7) Bevölkerung geschätzt

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	1999 ¹⁾			
					4. Vj	1. Vj	April	Mai	Juni	Juli
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	66 583	66 688	66 747	66 747	
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	373 245	369 396	362 503	89 140	...	24 466	40 592	36 059	40 024
Ehescheidungen	Anzahl	152 798 ⁶⁾	161 265 ⁶⁾	163 386 ⁶⁾
Lebendgeborene	Anzahl	702 688	711 915	682 172	174 179	..	53 403	54 848	57 347	59 113
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	103 402	104 323	97 419	25 196
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	96 140	101 615	108 620	31 276
Gestorbene ²⁾	Anzahl	708 332	692 844	688 123	181 409	...	54 090	53 659	52 674	52 205
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	12 967	13 247	13 332	3 680
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	3 463	3 466	3 175	851
Totgeborene ³⁾	Anzahl	3 100	3 047	2 690	688	...	239	215	207	195
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 644	+ 19 071	5 951	- 7 230	...	- 687	+ 1 189	+ 4 673	+ 6 908
Deutsche	Anzahl	- 96 079	- 72 005	90 038	- 28 746
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 90 435	+ 91 076	+ 84 087	+ 21 516
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	Anzahl	828 326	737 404	715 654	190 755	160 853
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	611 205	537 218	538 008	142 939	124 047
Fortzüge	Anzahl	595 247	662 009	681 180	158 977	133 961
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	491 165	564 214	578 525	133 142	109 972
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+233 079	+ 75 395	+ 34 474	+ 31 778	+ 26 892
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+120 040	- 26 996	- 40 517	+ 9 797	+ 14 075
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,6	5,5	5,4	4,5 ⁷⁾	7,2 ⁷⁾	6,6 ⁷⁾	7,1 ⁷⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	22,5 ⁶⁾	23,7 ⁶⁾	24,0 ⁶⁾
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	10,5	10,7	10,2	9,7 ⁷⁾	9,7 ⁷⁾	10,5 ⁷⁾	10,4 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	% aller Lebendgeb	14,7	14,7	14,3	14,5
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾		1 396	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	13,7	14,3	15,9	18,0
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	10,6	10,4	10,3	9,9 ⁷⁾	9,5 ⁷⁾	9,6 ⁷⁾	9,2 ⁷⁾
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb	0,5	0,5	0,5	0,5
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,8	72,9	75,2	74,9	77,1
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	82,5	85,2	84,9	83,7	82,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,8	- 1,0	- 1,8	+ 2,7	...	- 7,8	- 0,5	+ 1,0	- 7,4
Ehescheidungen	%	+ 4,7 ⁶⁾	+ 5,5 ⁶⁾	+ 1,3
Lebendgeborene	%	+ 3,1	+ 1,3	- 4,2	- 1,6	...	- 5,5	+ 0,2	+ 0,5	- 3,1
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 6,4	+ 0,9	- 6,6	- 5,4
Gestorbene ²⁾	%	+ 0,3	- 2,2	- 0,7	+ 0,2	...	- 6,9	+ 0,2	- 6,1	- 4,1
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	%	- 16,8	- 11,0	- 2,9	+ 12,5	+ 5,6
dar.: Ausländer/-innen	%	- 11,9	- 12,1	+ 0,1	+ 14,5	+ 5,8
Fortzüge	%	- 5,6	+ 11,2	+ 2,9	- 6,3	- 16,1
dar.: Ausländer/-innen	%	- 3,8	+ 14,9	+ 2,5	- 8,4	- 19,0

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm) - 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 6) Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost - 7) Bevölkerung geschätzt

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	1999			
					4. Vj	1. Vj	April	Mai	Juni	Juli
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	15 429	15 369	15 290	15 290
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	54 052	53 380	54 872	10 551	...	3 444	7 789	6 208	7 289
Ehescheidungen	Anzahl	22 752 ⁶⁾	26 537 ⁶⁾	29 030 ⁶⁾
Lebendgeborene	Anzahl	93 325	100 258	102 862	25 985	...	8 063	8 669	9 039	9 491
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	2 827	2 859	2 640	726
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	39 560	44 218	48 497	12 787
Gestorbene ²⁾	Anzahl	174 511	167 545	164 264	43 330	...	13 124	12 851	12 685	12 745
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	427	431	429	121
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	499	485	491	134
Totgeborene ³⁾	Anzahl	473	463	501	125	...	36	31	45	29
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 81 186	- 67 287	- 61 402	- 17 345	...	- 5 061	- 4 182	- 3 646	- 3 254
Deutsche	Anzahl	- 83 586	- 69 715	- 63 613	- 17 950
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 2 400	+ 2 428	+ 2 211	+ 605
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	Anzahl	131 365	103 229	86 802	23 802	19 341
dar.: Ausländer	Anzahl	96 749	78 080	67 492	18 656	15 313
Fortzüge	Anzahl	82 247	84 960	74 178	23 936	13 247
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	67 899	72 852	60 430	17 273	11 669
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 49 118	+ 18 269	+ 12 624	- 134	+ 6 094
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+ 28 850	+ 5 228	+ 7 062	+ 1 383	+ 3 644
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	3,5	3,5	3,6 ⁷⁾	2,7 ⁷⁾	6,0 ⁷⁾	4,9 ⁷⁾	5,6 ⁷⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	16,0 ⁶⁾	18,8 ⁶⁾	20,7 ⁶⁾
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	6,0	6,5	6,7 ⁷⁾	6,4 ⁷⁾	6,7 ⁷⁾	7,2 ⁷⁾	7,3 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	% aller Lebendgeb.	3,0	2,9	2,6	2,8
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾		948	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	42,4	44,1	47,1	49,2
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	11,3	10,9	10,7 ⁷⁾	10,4 ⁷⁾	9,9 ⁷⁾	10,1 ⁷⁾	9,8 ⁷⁾
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	0,5	0,5
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,6	75,6	77,8	78,4	79,2
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	82,6	85,7	81,5	72,2	88,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 0,2	- 1,2	+ 2,8	+ 8,3	...	- 4,7	+ 3,2	+ 6,3	+ 3,7
Ehescheidungen	%	+ 5,9 ⁶⁾	+ 16,6 ⁶⁾	+ 9,4
Lebendgeborene	%	+ 11,3	+ 7,4	+ 2,6	+ 4,7	..	+ 0,7	+ 9,9	+ 8,7	+ 3,9
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 12,7	+ 1,1	- 7,7	- 1,5
Gestorbene ²⁾	%	- 2,0	- 4,0	- 2,0	+ 0,3	..	- 6,6	- 1,2	- 4,5	- 5,7
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	%	+ 0,5	- 21,4	- 15,9	+ 7,6	- 1,0
dar.: Ausländer/-innen	%	- 2,3	- 19,3	- 13,6	+ 9,5	+ 0,9
Fortzüge	%	+ 22,0	+ 3,3	- 12,7	+ 0,4	- 20,3
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 18,9	+ 7,3	- 17,1	- 10,8	- 21,9

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 g). - 4) Emschl. Herkunfts- /Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Neue Länder ohne Berlin-Ost. - 7) Bevölkerung geschätzt

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts¹⁾

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1995	1996	1997	1998	1998		1999	
					3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
in jeweiligen Preisen								
Mrd. DM								
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung insgesamt	3 313,7	3 374,2	3 449,9	3 553,7	904,0	926,9	858,7	891,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,2	44,1	44,3	43,9	11,1	10,5	10,3	11,0
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	837,8	842,3	861,6	903,4	225,9	237,7	213,5	221,9
Baugewerbe	223,0	213,0	204,8	193,4	52,7	47,0	41,9	49,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	585,8	584,8	602,9	622,2	159,6	160,8	148,3	155,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	911,4	958,6	994,8	1 035,0	265,2	265,9	261,8	266,6
Öffentliche und private Dienstleister	713,6	731,4	741,5	755,9	189,5	205,1	183,0	187,9
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts								
Konsum	2 699,4	2 772,9	2 821,0	2 894,1	720,8	771,9	707,7	729,0
Konsumausgaben der privaten Haushalte	1 945,6	1 994,7	2 043,8	2 109,1	528,3	554,1	516,7	535,0
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	56,0	60,8	63,0	65,6	16,3	17,6	16,5	16,9
Konsumausgaben des Staates	697,8	717,5	714,2	719,4	176,2	200,3	174,5	177,2
Bruttoanlageinvestitionen	790,6	779,4	785,0	797,2	208,6	209,0	177,0	211,2
Ausrüstungen	253,9	258,5	270,0	297,0	72,7	86,3	70,1	80,2
Bauten	506,0	488,0	479,8	460,7	125,7	112,1	96,7	120,3
Sonstige Anlagen	30,6	32,9	35,2	39,5	10,2	10,6	10,2	10,8
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	8,1	- 5,6	7,1	29,6	21,4	- 17,6	25,4	1,2
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	25,0	39,3	53,6	63,3	11,4	20,2	11,3	12,5
Exporte	862,3	908,8	1 020,9	1 092,1	270,9	278,6	259,5	279,1
Importe	837,4	869,5	967,3	1 028,9	259,5	258,4	248,2	266,5
Bruttoinlandsprodukt	3 523,0	3 586,0	3 666,6	3 784,2	962,2	983,5	921,4	954,0
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 3,9	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,7	+ 4,3	+ 0,6	- 1,0	- 1,6	- 4,6	- 4,4	- 4,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 1,9	+ 0,5	+ 2,3	+ 4,8	+ 4,7	+ 3,2	- 1,6	- 0,4
Baugewerbe	+ 0,3	- 4,5	- 3,9	- 5,6	- 6,1	- 5,5	- 5,8	- 0,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 4,6	- 0,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 5,7	+ 5,2	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,2	+ 4,5	+ 5,5	+ 4,3
Öffentliche und private Dienstleister	+ 4,8	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 3,0
Konsum	+ 4,1	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,4
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	+ 9,0	+ 8,6	+ 3,6	+ 4,2	+ 4,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 5,5
Konsumausgaben des Staates	+ 4,3	+ 2,8	- 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,5	+ 2,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,7	- 1,4	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,6	+ 3,7
Exporte	+ 7,8	+ 5,4	+ 12,3	+ 7,0	+ 4,6	+ 1,1	- 2,2	+ 0,6
Importe	+ 6,4	+ 3,8	+ 11,2	+ 6,4	+ 4,6	+ 1,7	- 1,4	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,0
in Preisen von 1995								
Mrd. DM								
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung insgesamt	3 313,7	3 351,1	3 416,8	3 506,3	892,8	899,9	850,7	884,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,2	45,2	45,0	46,5	11,9	11,4	11,3	12,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	837,8	828,5	848,7	883,1	220,4	233,2	209,7	217,7
Baugewerbe	223,0	215,4	211,4	200,6	54,6	48,8	43,1	51,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	585,8	588,8	603,1	623,4	159,6	160,7	151,2	158,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	911,4	954,6	989,6	1 030,1	262,9	264,1	257,1	264,3
Öffentliche und private Dienstleister	713,6	718,6	719,0	722,8	183,4	181,8	178,5	180,8
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts								
Konsum	2 699,4	2 730,1	2 736,9	2 786,7	694,6	727,9	683,9	700,0
Konsumausgaben der privaten Haushalte	1 945,6	1 958,4	1 972,1	2 017,2	503,6	530,4	493,3	508,0
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	56,0	58,9	60,2	61,6	15,3	16,4	15,0	15,4
Konsumausgaben des Staates	697,8	712,8	704,7	708,0	175,7	181,1	175,6	176,7
Bruttoanlageinvestitionen	790,6	782,0	785,7	796,7	208,7	209,1	178,0	212,5
Ausrüstungen	253,9	257,1	265,9	290,3	71,2	84,5	68,7	78,4
Bauten	506,0	491,5	484,4	465,7	127,0	113,5	98,3	122,4
Sonstige Anlagen	30,6	33,4	35,3	40,7	10,5	11,1	11,0	11,7
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	8,1	- 5,1	8,7	34,7	22,1	- 13,1	25,3	2,1
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	25,0	42,6	69,8	60,5	10,2	15,1	6,6	9,7
Exporte	862,3	906,4	1 005,3	1 075,6	266,6	275,5	258,9	275,4
Importe	837,4	863,8	935,6	1 015,0	256,4	260,5	252,2	265,6
Bruttoinlandsprodukt	3 523,0	3 549,6	3 601,1	3 678,6	935,6	939,0	893,8	924,4
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,1	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,6
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 4,8	+ 7,1	- 0,4	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,4	+ 1,9	+ 1,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 0,5	- 1,1	+ 2,4	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,5	- 1,1	+ 0,1
Baugewerbe	- 2,4	- 3,4	- 1,9	- 5,1	- 5,8	- 6,2	- 5,9	- 0,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 1,5	+ 2,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 5,1	+ 4,7	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,5
Öffentliche und private Dienstleister	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5
Konsum	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,8
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	+ 5,3	+ 5,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,3	+ 2,2
Konsumausgaben des Staates	+ 1,5	+ 2,1	- 1,1	+ 0,5	+ 0,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,4
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 1,1	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,1	+ 4,7
Exporte	+ 5,7	+ 5,1	+ 10,9	+ 7,0	+ 5,0	+ 2,3	- 0,7	+ 1,0
Importe	+ 5,6	+ 3,2	+ 8,3	+ 8,5	+ 7,5	+ 6,8	+ 3,3	+ 4,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,0

1) Ab 1996 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand September 1999).

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Zum Aufsatz: „Kaufwerte für landwirt Durchschnittliche Kaufwerte für veräußerte Verkäufe zum Verkehrswert

Veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... Hektar	Jahr	Insgesamt			Davon Veräußerungsfälle der landwirtschaftlichen von ... bis unter ... je ha veräußerte					
		Veräußerungsfälle	veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landw. Nutzung	unter 30			30 - 40		
					Veräußerungsfälle	veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Veräußerungsfälle	veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landw. Nutzung
Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM		
Deutschland										
Insgesamt	1991	31 598	57 218	26 289	4 357	9 613	20 211	8 148	15 590	20 143
	1997	33 428	84 514	19 379	4 363	10 951	17 206	9 262	26 314	14 181
	1998	37 847	100 878	16 581	4 941	14 534	15 081	10 548	33 013	13 435
0,1 - 0,25	1991	6 529	1 109	48 010	705	121	29 795	1 347	227	29 923
	1997	5 356	899	43 563	617	104	28 238	1 250	215	29 880
	1998	5 899	1 000	40 073	606	104	25 675	1 346	232	29 719
0,25 - 1	1991	12 621	6 746	35 194	1 565	862	24 107	3 290	1 799	25 665
	1997	12 331	6 716	31 163	1 529	831	21 133	3 350	1 865	23 874
	1998	13 676	7 508	30 189	1 678	958	21 901	3 605	2 000	22 867
1 - 2	1991	5 440	7 649	34 168	871	1 243	24 403	1 508	2 114	25 847
	1997	5 669	8 037	29 105	816	1 156	20 408	1 625	2 305	22 654
	1998	6 546	9 306	28 973	951	1 362	21 668	1 914	2 737	22 465
2 - 5	1991	4 307	13 235	31 363	808	2 523	23 769	1 228	3 821	25 088
	1997	5 338	16 714	26 422	836	2 643	21 986	1 568	4 957	21 563
	1998	6 107	19 129	26 429	986	3 094	20 529	1 820	5 744	20 288
5 und mehr	1991	2 701	28 480	18 861	408	4 863	16 364	775	7 629	14 492
	1997	4 734	52 149	13 689	565	6 217	13 868	1 469	16 971	9 610
	1998	5 619	63 935	13 021	720	9 016	12 529	1 863	22 301	9 547
Früheres Bundesgebiet										
Zusammen	1980	25 997	25 151	36 036	3 006	3 909	27 613	6 577	7 257	28 417
	1991	28 511	42 855	32 652	3 915	7 149	24 358	7 370	11 994	24 201
	1997	26 511	42 636	32 189	3 545	6 905	24 601	7 209	11 982	25 054
	1998	28 734	45 198	33 629	3 748	7 499	26 508	7 737	12 804	26 421
0,1 - 0,25	1980	7 965	1 327	38 601	701	116	25 935	1 611	273	24 952
	1991	6 137	1 042	48 859	629	109	25 524	1 254	210	29 803
	1997	5 011	839	45 828	537	92	30 595	1 150	198	31 461
	1998	5 477	924	42 352	526	90	28 075	1 257	216	30 963
0,25 - 1	1980	11 277	5 832	33 833	1 177	632	23 001	2 948	1 552	23 388
	1991	11 801	6 310	36 172	1 453	801	23 592	3 087	1 690	25 927
	1997	10 974	5 929	34 098	1 330	723	23 141	2 992	1 651	25 985
	1998	11 806	6 438	33 746	1 406	798	24 877	3 122	1 717	25 424
1 - 2	1980	3 801	5 288	34 533	600	844	26 735	1 109	1 545	27 181
	1991	5 050	7 101	35 455	801	1 140	25 126	1 416	1 988	26 237
	1997	4 740	6 711	33 273	679	961	23 226	1 375	1 951	25 620
	1998	5 340	7 586	33 841	773	1 106	25 265	1 548	2 212	26 348
2 - 5	1980	2 322	6 926	36 417	401	1 207	28 853	716	2 120	30 399
	1991	3 894	11 891	33 551	732	2 283	24 683	1 115	3 445	26 596
	1997	4 115	12 641	32 529	686	2 152	25 867	1 244	3 863	25 999
	1998	4 414	13 586	34 299	723	2 252	26 393	1 320	4 102	26 158
5 und mehr	1980	632	5 777	38 588	127	1 111	29 731	193	1 767	32 070
	1991	1 629	16 512	28 432	300	2 817	23 957	498	4 660	20 682
	1997	1 671	16 516	30 109	313	2 977	24 301	448	4 320	23 304
	1998	1 697	16 664	32 459	320	3 252	27 368	490	4 556	26 853
Neue Länder										
Zusammen	1991	3 087	14 363	7 304	442	2 464	8 177	778	3 596	6 607
	1997	6 917	41 878	6 338	818	4 046	4 585	2 053	14 332	5 091
	1998	9 113	55 680	6 365	1 193	7 036	4 389	2 811	20 210	5 209
0,1 - 0,25	1991	392	67	34 750	76	12	67 913	93	16	31 476
	1997	345	60	11 712	80	13	11 043	100	18	12 397
	1998	422	76	12 278	80	14	10 400	89	16	12 661
0,25 - 1	1991	820	436	21 038	112	61	30 829	203	109	21 598
	1997	1 357	786	9 026	199	108	7 691	358	215	7 634
	1998	1 870	1 070	8 786	272	160	7 049	483	283	7 358
1 - 2	1991	390	548	17 492	70	103	16 379	92	126	19 696
	1997	929	1 326	8 009	137	195	6 506	250	354	6 322
	1998	1 206	1 720	7 507	178	256	6 121	366	524	6 076
2 - 5	1991	413	1 344	12 006	76	240	15 100	113	376	11 274
	1997	1 223	4 073	7 468	150	491	4 994	324	1 094	5 894
	1998	1 693	5 543	7 139	263	842	4 848	500	1 642	5 622
5 und mehr	1991	1 072	11 968	5 655	108	2 047	5 916	277	2 969	4 776
	1997	3 063	35 633	6 078	252	3 239	4 279	1 021	12 651	4 934
	1998	3 922	47 271	6 168	400	5 764	4 157	1 373	17 745	5 104

1) Ohne Stadtstaaten

**schaftlich genutzte Grundstücke“
Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾**

ohne Gebäude und ohne Inventar

Grundstücke mit Ertragsmeßzahlen in Hundert Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung									Jahr	Veräußerte Fläche der landwirt- schaftlichen Nutzung von ... bis unter ... Hektar
40 – 50			50 – 60			60 und mehr				
Ver- äußerungs- fälle	veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	veräußerte Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha veräußerte Fläche der landw. Nutzung		
Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM		
Deutschland										
7 420	13 241	23 448	4 729	8 074	31 049	6 944	10 700	40 629	1991	Insgesamt
8 115	24 128	15 911	4 956	9 708	28 982	6 732	13 413	30 640	1997	
9 082	26 835	15 369	5 554	11 406	28 015	7 722	15 090	31 096	1998	
1 556	268	37 112	1 125	191	49 421	1 796	302	77 670	1991	0,1 – 0,25
1 225	203	37 273	947	159	49 253	1 317	218	66 187	1997	
1 339	227	33 192	1 077	181	46 367	1 531	255	56 994	1998	
3 028	1 614	32 669	1 916	1 019	41 990	2 822	1 453	51 604	1991	0,25 – 1
2 861	1 550	30 009	1 897	1 017	37 241	2 694	1 452	43 240	1997	
3 156	1 735	28 325	2 103	1 143	36 931	3 134	1 672	41 023	1998	
1 252	1 747	32 235	734	1 036	45 287	1 075	1 508	48 481	1991	1 – 2
1 318	1 867	29 268	869	1 237	37 394	1 041	1 472	38 871	1997	
1 513	2 161	28 166	970	1 378	37 677	1 198	1 667	39 473	1998	
950	2 876	30 026	570	1 715	40 611	751	2 299	44 896	1991	2 – 5
1 180	3 678	25 583	766	2 362	35 730	988	3 075	31 924	1997	
1 346	4 217	25 024	818	2 493	36 776	1 137	3 582	35 824	1998	
634	6 737	15 610	384	4 113	19 915	500	5 137	31 131	1991	5 und mehr
1 531	16 831	10 759	477	4 934	21 289	692	7 197	24 792	1997	
1 728	18 495	10 238	586	6 210	20 178	722	7 914	24 257	1998	
Früheres Bundesgebiet										
6 431	5 981	33 825	4 327	3 666	43 125	5 656	4 337	53 432	1980	Zusammen
6 732	9 293	31 187	4 394	6 270	37 953	6 100	8 149	49 960	1991	
6 160	9 230	31 872	4 318	6 646	38 480	5 279	7 872	44 764	1997	
6 598	9 396	32 176	4 706	6 957	40 576	5 945	8 543	46 626	1998	
1 910	320	32 268	1 609	267	44 119	2 134	352	54 936	1980	0,1 – 0,25
1 491	257	37 111	1 085	184	50 412	1 678	281	81 857	1991	
1 186	196	38 167	910	152	50 900	1 228	201	70 501	1997	
1 267	214	34 491	1 021	171	48 424	1 406	233	61 192	1998	
2 898	1 496	29 991	1 823	922	38 992	2 431	1 229	53 392	1980	0,25 – 1
2 880	1 535	33 346	1 849	983	42 710	2 532	1 301	55 613	1991	
2 618	1 408	32 194	1 755	933	39 732	2 279	1 214	49 535	1997	
2 796	1 525	31 103	1 915	1 033	39 839	2 567	1 365	47 738	1998	
945	1 326	32 911	522	724	40 933	625	850	52 720	1980	1 – 2
1 178	1 648	33 578	702	992	45 889	953	1 331	52 619	1991	
1 117	1 579	33 222	775	1 097	40 973	794	1 123	47 723	1997	
1 266	1 802	32 473	840	1 192	42 209	913	1 274	48 415	1998	
543	1 618	34 826	290	874	43 968	372	1 107	52 561	1980	2 – 5
860	2 586	32 293	539	1 616	42 284	648	1 960	50 557	1991	
896	2 708	32 417	628	1 907	42 180	661	2 011	43 198	1997	
951	2 905	33 328	666	1 995	43 864	754	2 332	49 279	1998	
135	1 221	38 599	83	878	48 130	94	800	54 791	1980	5 und mehr
323	3 266	27 623	219	2 494	29 195	289	3 275	43 534	1991	
343	3 338	30 285	250	2 558	33 457	317	3 322	41 409	1997	
318	2 951	31 249	264	2 567	37 036	305	3 339	42 617	1998	
Neue Länder										
688	3 948	5 235	335	1 804	7 054	844	2 551	10 819	1991	Zusammen
1 955	14 898	6 021	638	3 061	8 361	1 453	5 541	10 574	1997	
2 484	17 439	6 313	848	4 448	8 371	1 777	6 547	10 833	1998	
65	11	37 148	40	7	22 637	118	21	20 362	1991	0,1 – 0,25
39	7	10 844	37	6	9 984	89	16	12 514	1997	
72	13	11 778	56	11	13 385	124	22	12 965	1998	
148	78	19 413	67	36	22 214	290	152	17 241	1991	0,25 – 1
243	142	8 263	142	85	9 784	415	238	11 072	1997	
360	210	8 165	188	111	9 776	567	306	11 081	1998	
74	99	9 793	32	43	31 538	122	177	17 413	1991	1 – 2
201	288	7 556	94	140	9 345	247	349	10 399	1997	
247	359	6 562	130	187	8 754	285	394	10 581	1998	
90	290	9 806	31	99	13 207	103	339	12 154	1991	2 – 5
284	970	6 497	138	455	8 665	327	1 063	10 604	1997	
395	1 313	6 646	152	497	8 338	383	1 250	10 717	1998	
311	3 471	4 304	165	1 619	5 622	211	1 862	9 319	1991	5 und mehr
1 188	13 492	5 929	227	2 376	8 190	375	3 874	10 543	1997	
1 410	15 544	6 250	322	3 643	8 299	417	4 575	10 859	1998	

Produzierendes Gewerbe

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs - gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1996	99,7	98,0	101,3	103,2	98,2	97,1	97,4	101,6	95,3
1997	106,7	106,8	108,4	106,2	98,3	97,0	97,3	107,4	97,3
1998	111,2	108,8	116,3	113,5	97,8	97,4	99,2	104,3	98,7
1998 März	126,2	121,7	131,4	129,7	124,4	117,1	159,8	149,4	113,7
April	112,7	112,2	116,0	118,2	91,5	100,2	72,8	116,3	101,3
Mai	106,4	106,1	111,3	108,6	80,8	93,0	50,0	86,5	97,0
Juni	113,3	112,7	119,5	109,6	92,1	92,9	58,8	73,8	101,4
Juli	114,2	111,3	121,3	114,5	97,4	93,6	99,9	94,0	101,6
August	97,8	96,4	99,6	92,3	107,2	80,0	164,4	126,4	89,8
September	118,7	112,6	127,3	119,8	115,0	106,8	144,1	140,4	107,0
Oktober	112,4	109,6	116,6	122,3	94,8	103,6	74,0	112,0	107,0
November	109,0	107,1	112,7	121,6	84,7	99,2	58,3	79,1	101,0
Dezember	103,2	97,4	114,9	105,8	80,3	79,5	50,3	70,4	82,9
1999 Januar	100,8	100,2	101,6	108,9	88,3	85,3	77,3	83,0	88,1
Februar	105,8	100,8	109,5	113,7	109,0	93,9	164,3	106,5	87,6
März	122,9	119,9	123,8	133,5	121,9	109,0	152,3	164,5	106,0
April	110,0	108,1	114,4	115,8	92,2	92,8	70,0	100,8	100,1
Mai	104,3	103,7	107,9	110,4	81,9	83,5	48,9	73,9	99,3
Juni	117,4	114,4	126,9	120,7	85,5	89,1	52,4	73,1	107,0
Juli	112,1	112,2	115,5	112,3	94,5	82,6	91,1	86,6	100,9
August	109,6	105,8	115,6	106,5	109,8	79,0	158,2	115,3	99,5

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Trägern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	97,0	100,1	97,5	95,2	97,7	97,1	94,4	95,2	93,9
1997	100,9	97,7	105,6	106,9	102,7	101,5	95,0	110,1	104,5
1998	99,1	101,8	103,0	101,3	106,2	105,6	94,9	105,2	100,3
1998 März	107,6	106,0	118,1	117,8	115,5	114,3	101,7	122,9	122,7
April	102,3	98,0	106,5	107,2	108,2	107,7	100,5	111,6	110,2
Mai	96,0	95,6	101,6	101,6	105,3	105,6	96,0	104,4	100,1
Juni	101,4	99,2	109,5	105,8	110,4	110,1	102,4	116,5	101,8
Juli	102,9	99,3	105,3	102,1	114,2	114,5	103,8	104,8	99,5
August	91,7	93,6	92,0	89,5	96,6	96,8	87,5	88,3	83,9
September	97,0	107,2	102,2	95,8	112,1	111,2	102,6	99,0	89,5
Oktober	98,1	109,8	100,5	95,4	112,2	111,8	104,6	98,7	92,1
November	97,9	113,7	93,4	88,0	106,9	106,1	94,3	98,9	93,5
Dezember	90,9	109,9	91,6	90,0	89,3	88,4	73,8	82,7	80,9
1999 Januar	93,8	95,3	96,6	93,0	96,4	95,8	83,7	93,6	79,6
Februar	96,3	96,8	97,0	94,0	97,2	95,2	77,8	91,8	84,7
März	111,2	112,5	111,2	105,4	114,0	112,7	101,9	108,9	104,4
April	99,2	102,5	103,4	98,8	107,2	106,8	96,4	95,9	85,6
Mai	95,4	100,9	99,2	96,0	102,1	102,8	93,9	92,4	83,3
Juni	104,0	106,8	106,7	107,6	113,0	113,1	105,8	103,9	96,6
Juli	103,4	103,2	104,4	102,9	111,3	111,6	103,4	102,0	93,6
August	102,9	103,0	97,2	94,9	105,4	105,8	97,3	95,4	90,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	96,9	94,7	97,8	94,7	100,4	92,3	103,6	109,4
1997	99,9	92,1	106,5	105,3	105,5	101,4	118,7	113,7
1998	106,3	96,0	109,9	108,2	115,1	115,3	125,5	113,2
1998 März	114,1	99,4	125,4	120,6	129,2	121,9	138,7	134,6
April	106,4	97,5	112,5	102,5	121,7	113,8	125,7	111,0
Mai	102,3	98,1	104,4	102,4	111,7	118,0	114,1	119,8
Juni	113,6	107,0	121,0	130,4	108,4	125,9	125,9	104,0
Juli	110,5	104,7	111,7	107,1	111,9	120,9	142,5	116,9
August	106,0	98,0	94,9	103,0	96,0	105,8	107,3	102,3
September	110,4	98,2	110,3	107,8	122,9	115,4	119,7	153,7
Oktober	110,9	98,5	103,1	94,0	109,5	113,2	122,2	102,1
November	108,8	99,4	105,3	108,6	105,6	115,4	120,7	100,8
Dezember	91,9	84,3	112,6	103,0	138,0	115,4	146,0	96,2
1999 Januar	97,8	83,1	97,4	97,3	96,2	106,7	114,5	92,7
Februar	96,9	86,9	97,7	107,5	95,6	89,3	113,4	107,1
März	112,6	106,4	113,8	112,0	118,9	117,7	136,3	113,5
April	103,7	101,8	103,0	104,2	102,8	117,3	122,2	87,9
Mai	102,5	99,8	98,1	95,7	105,2	98,3	119,3	95,5
Juni	112,2	110,0	112,2	109,5	127,1	117,5	129,4	91,4
Juli	108,6	109,8	104,1	98,8	106,5	102,0	131,9	94,9
August	102,0	102,3	96,9	98,7	98,5	94,0	119,3	89,2

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,7	99,2	100,7	106,8	137,0	107,2	109,1	111,3	81,8	100,2
1997	105,1	107,3	104,9	109,2	123,4	109,6	120,5	122,3	98,2	97,9
1998	107,3	111,9	103,7	116,8	130,9	111,8	135,3	136,2	127,8	101,3
1998 März	119,6	124,3	117,0	117,4	121,7	128,1	151,5	154,6	167,1	116,0
April	107,8	113,9	96,6	105,1	113,9	107,5	141,7	147,0	118,1	102,2
Mai	100,4	107,3	92,6	108,8	113,2	103,8	129,0	128,4	131,1	94,1
Juni	105,8	111,9	100,6	117,5	139,3	118,1	131,4	129,1	102,9	98,8
Juli	110,2	116,4	103,1	111,0	125,5	124,6	141,1	143,3	135,2	96,4
August	92,9	95,5	89,6	106,6	123,9	94,4	111,4	109,9	74,8	87,6
September	119,5	125,3	124,5	134,3	148,9	115,2	141,5	140,8	215,3	107,3
Oktober	105,4	107,2	99,2	113,8	129,9	111,5	146,0	147,4	144,9	111,9
November	109,1	110,9	106,7	132,9	140,4	111,2	142,5	146,6	79,5	110,1
Dezember	103,5	105,9	109,9	133,1	170,8	112,8	133,0	130,9	107,3	86,3
1999 Januar	98,4	101,6	101,4	113,5	120,8	106,8	130,7	131,9	58,4	98,2
Februar	103,8	101,2	112,8	120,8	162,3	105,6	138,2	140,7	104,2	100,5
März	125,8	137,7	121,6	142,7	179,1	125,9	163,2	165,4	94,3	114,2
April	103,0	104,1	99,2	129,7	158,0	107,3	147,7	148,5	114,2	99,8
Mai	107,2	106,4	100,3	129,1	179,2	107,5	139,0	140,6	57,5	92,4
Juni	114,2	121,1	103,9	164,5	229,3	128,8	149,8	152,3	135,0	102,2
Juli	114,6	115,9	110,5	156,4	208,3	121,4	145,6	145,1	65,9	91,1
August	115,1	106,5	123,5	158,4	220,9	107,9	136,0	137,3	129,3	93,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾

Früheres Bundesgebiet

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
		guterproduzenten							
1996	99,9	97,7	102,5	103,1	97,9	96,6	97,5	102,1	93,6
1997	106,7	106,0	109,7	105,9	97,8	95,9	97,4	107,9	94,6
1998	110,4	107,4	116,6	112,2	97,2	95,5	99,6	104,2	94,2
1998 März	125,3	120,3	131,1	128,8	124,3	115,1	161,5	149,8	109,0
April	112,4	110,9	117,4	117,8	90,7	98,7	72,7	116,7	98,2
Mai	105,8	104,8	111,8	108,1	79,9	91,3	49,7	85,9	93,1
Juni	112,5	111,1	120,2	108,1	91,0	90,9	58,9	72,6	96,5
Juli	113,7	109,7	122,8	113,1	96,7	92,1	100,6	93,5	96,2
August	96,5	95,0	98,3	90,6	107,2	78,8	165,9	126,9	84,6
September	118,1	110,5	129,1	118,0	114,8	104,0	145,2	141,0	101,2
Oktober	110,6	108,0	114,6	120,2	94,0	101,3	73,7	112,8	101,9
November	108,0	105,6	112,8	119,7	83,5	96,2	57,4	78,8	95,7
Dezember	102,0	96,2	113,9	104,2	79,2	77,3	49,9	69,1	78,9
1999 Januar	99,7	98,7	101,3	107,2	87,9	82,9	77,7	83,1	82,4
Februar	105,3	99,3	110,6	112,6	108,7	91,5	166,3	107,4	82,3
März	122,1	118,3	124,1	132,6	121,5	105,9	153,4	166,7	100,5
April	109,3	106,5	115,3	114,3	91,7	90,3	70,1	101,5	94,8
Mai	103,6	102,0	108,9	109,2	81,1	80,8	48,6	73,5	93,8
Juni	116,1	112,3	126,9	119,0	84,4	86,5	52,3	71,9	100,6
Juli	111,1	110,1	116,1	111,1	93,8	80,2	91,4	86,7	94,5
August	108,5	103,1	116,4	106,0	109,7	77,3	159,7	116,7	93,0

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	96,5	100,1	97,4	95,6	97,2	96,4	93,0	94,7	93,6
1997	100,2	96,9	105,2	107,0	101,7	100,3	91,8	109,7	104,2
1998	97,5	100,6	102,5	101,1	104,8	104,3	90,6	104,1	100,0
1998 März	105,6	104,7	117,4	117,1	114,4	113,2	97,2	122,1	122,8
April	100,3	96,8	105,7	106,1	107,0	106,4	96,5	110,1	108,9
Mai	94,8	94,7	101,2	101,8	104,0	104,0	91,8	103,2	100,0
Juni	99,5	98,0	109,1	105,7	108,7	108,3	96,8	115,8	101,8
Juli	100,9	98,0	104,9	102,2	112,4	112,6	97,7	103,3	99,0
August	90,3	92,0	91,9	90,2	95,0	95,3	82,0	87,3	84,5
September	95,6	105,6	101,9	95,8	109,6	108,7	97,0	97,2	88,8
Oktober	96,5	108,4	100,2	95,7	110,3	109,8	99,4	97,0	90,9
November	96,5	112,2	92,8	87,8	105,7	104,8	89,9	97,6	92,7
Dezember	88,7	109,1	90,5	88,8	88,6	87,8	70,7	81,5	80,8
1999 Januar	92,0	94,2	95,8	91,6	95,6	95,4	80,1	91,9	79,4
Februar	95,4	95,5	95,9	92,5	96,1	94,2	74,6	90,7	84,9
März	109,6	110,6	110,3	103,7	112,6	111,3	97,2	107,4	104,7
April	97,6	100,8	103,0	98,7	105,4	104,9	91,1	94,4	85,2
Mai	93,8	99,2	98,4	94,8	100,3	100,9	88,9	90,7	82,9
Juni	101,7	105,3	105,7	106,7	110,5	110,5	99,6	101,5	95,1
Juli	101,6	100,9	103,6	102,2	108,8	109,0	97,4	100,2	93,6
August	100,9	101,2	96,8	95,5	102,9	103,2	91,0	93,7	90,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr - 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) - 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾
Früheres Bundesgebiet
1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	96,5	93,1	98,2	94,6	100,5	93,1	103,6	107,8
1997	99,1	90,3	106,8	105,4	105,2	101,3	118,6	109,2
1998	104,9	92,1	110,2	108,2	114,4	115,8	124,5	104,7
1998 März	112,7	96,1	125,9	121,2	126,3	122,6	138,3	126,4
April	105,1	94,4	113,0	102,2	120,8	114,2	124,6	107,1
Mai	100,8	94,9	104,6	102,1	110,8	118,7	113,1	108,6
Juni	110,5	99,4	121,7	130,5	109,0	123,7	126,1	98,0
Juli	109,0	101,2	111,8	106,9	111,2	122,0	140,8	112,8
August	104,4	92,1	94,3	103,2	95,2	107,2	102,5	98,3
September	109,3	94,5	110,5	107,6	123,5	116,5	118,8	143,8
Oktober	110,0	96,2	103,1	93,6	107,6	115,0	121,3	85,4
November	107,7	95,2	105,4	107,9	104,2	116,2	121,2	85,4
Dezember	90,5	80,1	113,1	103,3	138,0	115,0	147,0	85,9
1999 Januar	96,1	79,5	97,3	96,6	93,7	108,0	114,1	80,9
Februar	95,6	84,3	97,8	107,6	95,5	88,4	112,5	96,5
März	110,6	100,7	113,7	112,0	119,1	117,6	134,3	99,1
April	102,2	98,1	103,1	104,0	101,2	118,1	121,7	82,4
Mai	100,7	95,5	98,1	95,2	103,4	98,5	119,1	86,0
Juni	110,0	104,9	112,6	109,7	126,6	118,2	127,3	85,1
Juli	106,9	107,4	103,7	98,1	104,9	102,0	127,0	88,2
August	99,8	98,8	96,3	98,7	96,6	92,9	117,1	80,3

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,9	99,6	100,7	106,4	136,4	106,5	109,4	111,7	91,9	99,7
1997	105,5	109,7	103,7	107,1	122,4	108,5	120,7	122,5	112,0	97,3
1998	106,7	113,9	100,8	113,8	128,8	109,9	133,7	134,5	143,0	100,3
1998 März	119,1	124,9	116,9	114,8	120,3	126,5	150,8	153,8	171,4	115,3
April	107,9	116,3	96,4	101,8	111,1	105,7	140,9	146,5	142,4	102,0
Mai	100,2	109,3	89,4	106,1	111,4	101,5	128,1	127,9	149,6	93,6
Juni	104,4	114,2	93,8	114,5	137,3	116,2	129,3	127,0	121,3	97,9
Juli	110,8	119,3	101,4	107,9	123,5	123,1	139,0	140,7	166,4	95,7
August	93,0	97,1	88,5	103,3	121,1	92,2	109,3	107,8	64,6	86,6
September	117,0	128,0	109,8	132,7	148,2	113,9	139,0	138,1	267,7	106,0
Oktober	105,5	109,0	97,8	110,4	128,9	108,8	143,8	145,2	135,6	109,9
November	107,0	113,2	104,2	130,3	138,5	108,9	140,0	144,2	94,8	108,1
Dezember	102,6	107,1	109,1	129,5	165,5	109,8	130,7	128,5	107,9	84,7
1999 Januar	98,5	103,4	101,9	110,6	118,9	103,7	128,5	129,9	60,2	96,5
Februar	103,7	101,9	112,8	117,6	160,0	103,1	136,8	139,7	127,8	98,8
März	126,4	140,8	121,9	139,6	177,6	123,6	162,0	164,6	104,4	112,6
April	102,7	106,5	98,8	126,0	155,3	103,6	145,8	146,7	138,1	98,2
Mai	108,3	108,6	100,2	126,4	178,0	104,2	137,7	139,4	68,2	90,8
Juni	114,8	123,2	103,4	161,2	227,1	125,7	147,6	149,9	145,1	100,5
Juli	115,7	118,2	111,0	154,1	208,9	118,7	143,3	143,4	74,8	89,5
August	109,8	108,2	100,2	156,8	221,7	106,0	135,3	137,0	152,1	92,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1996	95,5	103,1	84,2	105,6	104,5	105,3	92,3	89,7	119,3
1997	106,8	119,5	91,2	113,4	110,4	114,0	90,7	95,0	133,8
1998	124,3	133,1	112,3	145,1	113,7	128,3	81,8	106,6	159,8
1998 März	141,3	145,9	136,1	151,7	127,0	148,1	87,1	137,3	177,7
April	117,1	134,8	96,3	127,8	112,0	123,7	76,6	105,3	143,3
Mai	117,3	129,3	104,5	122,2	104,8	121,0	64,4	103,9	148,6
Juni	127,5	141,0	110,5	145,4	118,8	125,9	58,1	106,4	169,0
Juli	121,9	137,8	100,5	148,4	114,8	116,9	70,7	108,4	174,8
August	119,4	119,6	118,2	134,0	106,8	98,1	97,1	110,0	161,2
September	129,1	148,7	102,0	165,2	123,1	151,0	102,3	121,7	185,8
Oktober	142,2	137,9	144,7	174,7	112,7	139,8	86,2	88,4	175,6
November	126,0	134,1	111,1	167,8	114,1	146,7	97,1	86,4	171,8
Dezember	124,0	118,3	128,2	146,3	108,4	114,2	66,3	104,9	136,4
1999 Januar	118,9	126,5	107,0	152,8	98,6	125,1	62,6	81,6	165,2
Februar	113,3	126,8	93,2	141,3	116,6	132,6	82,0	80,3	160,3
März	135,8	147,1	120,0	156,4	133,2	157,2	105,0	104,9	179,9
April	120,9	134,4	102,1	153,5	105,2	133,4	62,2	81,4	171,7
Mai	116,0	132,8	94,5	142,4	100,4	125,5	62,7	83,2	171,9
Juni	139,6	150,4	126,5	165,0	112,4	129,5	58,4	106,8	192,9
Juli	127,9	147,0	106,1	141,5	112,3	121,6	78,1	84,3	187,9
August	127,5	150,9	104,8	118,7	113,4	106,0	96,5	74,2	186,4

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1996	105,7	100,2	99,3	88,4	106,9	108,2	105,9	101,5	98,4
1997	113,5	117,3	113,9	105,8	119,6	120,5	121,0	116,7	108,9
1998	127,2	131,7	113,3	104,8	128,1	126,8	131,0	121,5	103,8
1998 März	141,5	137,8	132,7	129,3	133,5	130,7	138,7	134,1	120,9
April	134,8	127,1	123,4	123,5	128,5	127,1	134,0	133,3	124,9
Mai	116,3	118,8	110,5	98,6	128,2	130,4	130,6	120,8	100,9
Juni	132,0	126,5	118,0	106,3	138,4	139,0	147,8	125,3	101,4
Juli	138,4	129,9	112,8	100,1	144,4	144,7	154,3	126,6	105,0
August	113,5	133,0	92,1	79,2	121,7	121,5	132,6	102,5	76,0
September	121,6	145,3	109,4	96,6	152,8	150,0	148,1	124,3	98,1
Oktober	125,2	143,6	106,5	90,2	143,9	143,2	147,0	122,2	106,4
November	123,1	149,8	106,1	92,0	126,6	126,0	130,9	118,2	103,3
Dezember	127,6	129,2	113,1	108,8	100,2	96,3	98,9	100,0	82,4
1999 Januar	122,6	121,5	113,1	113,9	109,2	101,9	113,1	117,0	81,9
Februar	112,7	125,7	121,2	117,0	114,6	110,4	103,5	108,0	82,9
März	139,9	155,2	131,9	131,5	136,6	134,0	140,0	131,0	101,3
April	125,3	143,0	110,4	99,0	137,1	135,5	139,8	116,3	90,1
Mai	123,7	140,9	115,2	113,6	133,1	132,4	135,3	116,4	88,3
Juni	142,3	143,4	126,4	122,3	156,1	154,6	156,3	138,4	114,7
Juli	133,5	154,8	121,5	114,7	152,0	151,6	152,8	127,6	93,8
August	135,5	144,1	105,3	84,8	147,1	145,9	148,7	119,5	92,0

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. - 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). - 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

**Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾
Neue Länder und Berlin-Ost
1995 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Verwendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	101,9	106,0	91,3	98,1	97,9	80,3	104,8	156,6
1997	109,3	104,5	101,1	103,3	113,0	103,3	119,5	245,9
1998	124,0	122,2	105,0	108,7	138,5	107,7	142,3	364,6
1998 März	131,5	121,9	116,1	108,7	220,5	112,4	146,8	373,5
April	123,1	118,9	104,2	109,7	151,7	108,0	145,9	225,2
Mai	120,8	120,0	100,5	108,5	138,9	108,4	131,0	451,3
Juni	152,5	159,5	109,3	127,7	90,8	160,2	122,2	279,3
Juli	129,3	128,5	107,7	112,0	133,6	103,5	170,7	236,1
August	125,9	137,8	105,0	100,2	122,6	84,8	191,0	223,4
September	124,8	123,3	106,1	112,4	101,6	98,5	135,2	447,9
Oktober	121,8	114,5	102,9	101,9	171,2	85,7	137,0	593,0
November	122,0	127,6	102,9	124,5	147,8	102,9	113,4	555,8
Dezember	109,8	112,8	103,7	94,3	137,4	122,4	128,2	396,2
1999 Januar	118,4	107,7	99,2	113,0	175,6	86,5	120,6	438,8
Februar	112,9	104,0	95,9	105,6	99,0	102,4	126,7	417,7
März	137,9	145,6	114,9	112,6	113,8	119,0	170,0	537,2
April	122,0	127,1	100,5	110,7	152,0	104,0	130,1	251,4
Mai	124,2	128,9	96,8	107,9	163,4	95,4	121,5	376,9
Juni	140,7	145,4	104,3	104,4	142,7	105,9	166,6	276,8
Juli	129,0	125,8	112,3	115,7	156,8	101,9	216,4	289,0
August	129,8	126,8	107,9	97,3	160,6	109,3	156,1	351,7

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	94,7	93,7	101,6	121,4	157,6	124,8	101,0	99,5	45,2	107,6
1997	98,6	70,7	124,9	173,1	157,6	135,7	115,9	117,1	48,2	105,8
1998	114,3	82,1	150,6	209,2	203,3	159,5	183,6	188,3	71,8	116,0
1998 März	126,0	116,7	117,1	197,1	168,4	167,9	176,4	181,5	151,3	124,9
April	105,3	79,5	100,3	207,0	208,2	151,6	166,0	162,6	29,5	105,4
Mai	103,6	78,8	143,7	191,9	174,8	157,9	154,2	142,7	63,7	100,5
Juni	126,8	77,4	212,2	209,1	204,9	164,8	196,5	197,4	35,4	111,8
Juli	101,6	74,4	129,1	202,1	189,8	161,9	207,3	229,4	21,4	105,2
August	92,5	71,9	108,5	207,7	216,9	146,6	173,2	177,9	111,7	101,6
September	157,5	86,3	363,0	184,4	173,2	147,5	216,1	227,2	24,2	124,7
Oktober	103,5	80,7	122,4	219,3	165,2	175,0	211,3	217,8	178,9	141,6
November	140,9	78,0	148,7	213,9	205,9	165,2	217,0	223,6	23,3	139,5
Dezember	117,2	88,5	123,4	245,0	349,9	186,3	200,9	207,8	104,5	110,3
1999 Januar	96,8	74,8	93,8	204,6	186,1	181,0	195,1	197,1	52,2	123,6
Februar	106,5	90,7	112,2	218,9	241,0	165,0	180,0	173,8	18,2	125,2
März	116,8	92,0	116,1	239,7	228,6	181,2	195,7	188,8	57,4	138,2
April	106,8	68,5	105,4	243,3	248,4	195,2	202,7	205,2	27,1	123,3
Mai	90,3	74,4	101,5	210,1	219,9	187,7	179,8	179,3	18,8	114,0
Juni	105,6	90,8	111,7	267,0	305,6	204,5	217,5	229,9	98,5	126,6
Juli	97,2	82,7	104,1	226,7	187,8	185,0	214,6	202,8	33,6	113,4
August	194,7	81,6	500,3	208,1	195,2	154,0	157,5	146,6	46,1	109,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen¹⁾

Deutschland

Jahr Monat	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Abteilungen										
		Darunter Verarbeitendes Gewerbe	Ernährungsgewerbe	Textilgewerbe	Bekleidungs-gewerbe	Chemische Industrie	Metallerzeugung und -bearbeitung	Maschinenbau	H.v. Buromaschinen, DV -Geräten und -einrichtungen	H.v. Geräten der Elektrizitäts-erzeugung und -verteilung	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten-technik	H.v. Kraftwagen und Kraftwagen-teilen
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1996	6 519,8	6 353,1	518,2	139,1	93,6	517,5	279,2	1 020,6	45,0	470,0	152,1	682,0
1997 ⁴⁾	6 310,9	6 163,0	502,1	131,6	84,3	500,4	271,0	981,5	45,5	446,0	145,8	695,8
1998 ⁴⁾	6 404,6	6 266,8	544,1	129,0	79,0	484,6	270,7	986,9	42,2	452,9	148,9	739,4
1998 ⁴⁾ Juni	6 397,8	6 295,3	543,2	129,0	78,7	483,7	270,4	983,8	43,1	453,5	147,9	738,8
Juli	6 435,4	6 297,7	547,5	129,0	78,8	484,9	271,4	988,0	43,2	456,7	148,6	749,6
August	6 464,1	6 326,4	552,6	129,0	78,6	486,3	271,9	992,8	43,7	459,6	151,5	751,8
September	6 474,4	6 337,0	552,9	129,0	78,6	487,2	273,1	997,3	44,2	458,4	151,7	751,3
Oktober	6 446,8	6 310,6	550,1	128,8	78,1	484,7	272,2	995,6	39,0	453,2	151,2	750,5
November	6 434,8	6 299,3	546,8	128,5	77,8	484,8	271,7	993,1	39,1	452,5	151,0	751,9
Dezember	6 399,9	6 265,5	541,7	127,5	77,7	483,3	270,6	988,4	38,9	449,9	149,4	750,8
1999 ⁵⁾ Januar	6 375,6	6 245,0	547,4	126,2	76,7	477,0	269,7	988,5	38,2	432,4	162,3	748,5
Februar	6 365,3	6 235,4	545,6	126,1	76,1	477,7	269,3	986,8	37,5	432,1	163,3	750,1
März	6 367,9	6 237,7	545,1	126,0	75,4	476,7	268,7	984,0	37,6	432,5	163,7	752,3
April	6 335,2	6 205,9	542,2	124,9	74,5	475,7	265,9	977,7	37,4	429,4	162,7	750,6
Mai	6 331,3	6 201,9	543,4	124,4	74,0	475,9	265,2	976,0	37,5	429,0	163,4	749,8
Juni	6 343,2	6 214,3	546,7	124,0	73,6	476,5	265,1	975,7	38,0	428,6	165,0	752,3
Juli	6 373,0	6 244,5	552,6	123,8	73,6	477,8	265,2	977,7	38,1	431,6	166,1	761,2
August	6 397,3	6 268,5	558,3	123,5	73,0	480,2	265,5	980,2	38,5	433,9	167,0	763,1
Umsatz insgesamt ²⁾												
Mill. DM												
1996	2 079 295,4	2 049 960,2	222 520,6	31 511,8	22 448,6	215 655,2	92 385,5	258 174,0	26 425,7	126 517,9	39 221,3	283 175,1
1997 ⁴⁾	2 186 204,3	2 160 598,5	225 981,1	31 658,7	22 528,6	231 093,3	99 860,2	268 326,0	27 388,1	118 035,0	57 772,8	315 484,8
1998 ⁴⁾	2 270 823,6	2 247 538,0	228 559,3	32 054,9	22 608,3	228 454,7	102 783,7	285 250,2	27 489,4	127 182,3	60 937,4	371 592,0
1998 ⁴⁾ Juni	196 786,6	194 823,9	19 130,6	2 690,2	1 329,5	19 870,4	9 106,7	27 444,1	2 264,3	10 988,1	4 893,9	32 124,6
Juli	195 309,5	193 279,9	19 451,8	2 691,6	1 379,1	19 654,2	8 850,5	24 118,1	2 376,2	10 740,8	4 978,1	32 606,5
August	169 023,7	167 221,7	18 316,6	2 140,0	1 082,3	17 087,3	7 767,5	21 452,9	2 058,0	9 420,5	4 646,9	23 841,7
September	203 695,5	201 651,0	19 194,4	2 907,9	1 549,7	19 062,3	8 773,7	25 992,0	2 697,0	12 960,5	6 194,5	32 770,2
Oktober	200 075,1	198 018,2	19 367,1	2 948,2	1 621,9	19 153,1	8 773,8	23 676,3	2 035,0	10 716,0	5 430,0	36 257,7
November	196 972,6	195 022,9	19 131,1	2 802,6	1 393,6	18 202,9	8 356,7	24 863,2	2 096,9	10 668,1	5 596,6	35 526,3
Dezember	192 667,2	190 873,1	19 692,5	2 182,1	1 364,5	16 850,9	6 251,0	29 538,2	2 298,4	10 692,3	5 963,8	32 042,8
1999 ⁵⁾ Januar	163 033,5	161 273,0	16 846,0	2 428,4	2 270,9	17 403,1	7 352,7	18 302,2	1 849,1	8 544,7	5 125,1	26 782,3
Februar	172 410,2	170 817,3	16 905,1	2 458,7	2 341,4	17 876,1	7 380,0	20 505,5	2 037,0	9 156,0	5 258,3	31 317,2
März	211 260,1	209 391,3	20 027,3	2 856,4	2 236,1	21 044,0	8 728,3	27 063,0	2 323,9	11 324,9	6 743,6	37 227,1
April	187 322,1	185 432,7	18 173,5	2 527,2	1 200,6	19 379,1	7 976,4	22 345,3	1 754,3	9 503,7	6 137,0	34 029,5
Mai	182 009,2	180 174,7	18 539,4	2 369,9	943,9	18 574,7	7 712,4	21 484,4	1 743,1	9 133,5	5 761,1	32 845,8
Juni	204 364,7	202 398,6	19 350,5	2 522,2	1 276,3	20 466,7	8 312,3	26 672,1	1 951,2	10 964,1	7 399,7	35 285,4
Juli	192 091,0	190 241,4	18 863,8	2 407,7	2 176,0	19 790,7	9 904,7	23 018,5	1 978,4	10 020,0	7 247,0	31 971,5
August	179 817,1	177 992,0	18 808,4	2 088,5	2 583,2	18 673,9	7 650,8	20 876,9	1 883,9	9 644,5	7 011,8	24 776,9
darunter Auslandsumsatz ³⁾												
Mill. DM												
1996	617 254,7	615 060,1	23 165,5	8 872,8	5 242,9	93 562,9	32 338,8	114 485,5	9 545,4	43 111,5	15 098,9	141 336,8
1997 ⁴⁾	696 767,2	695 746,7	25 130,9	9 627,8	5 794,3	105 890,1	35 548,5	125 539,1	10 567,0	40 505,9	28 235,7	164 384,8
1998 ⁴⁾	753 165,0	752 160,2	26 129,3	10 009,2	6 010,7	105 529,5	35 966,0	134 154,3	11 681,3	44 383,4	30 418,2	195 025,6
1998 ⁴⁾ Juni	68 068,1	67 983,5	2 257,8	872,4	332,6	9 275,2	3 260,7	14 398,7	892,8	4 084,4	2 465,3	16 719,6
Juli	64 297,0	64 214,1	2 265,4	817,1	726,0	9 040,8	2 952,9	11 188,9	1 052,3	3 590,4	2 373,2	17 081,8
August	54 679,4	54 609,2	2 089,0	636,3	827,2	7 741,2	2 638,3	10 485,0	871,2	3 273,7	2 376,3	12 451,7
September	67 796,7	67 654,8	2 100,9	892,1	714,9	8 604,6	3 017,1	12 379,9	1 079,0	4 662,0	3 301,9	16 982,6
Oktober	65 587,4	65 505,8	2 230,9	884,5	362,6	8 631,6	2 952,8	10 412,8	931,9	3 547,5	2 639,0	19 018,2
November	65 234,5	65 160,0	2 177,9	837,8	287,0	8 137,5	2 815,7	11 439,0	917,2	3 383,6	2 895,8	19 025,8
Dezember	64 050,6	63 980,5	2 026,4	663,8	310,7	7 730,8	2 175,2	14 097,8	955,6	3 691,0	3 032,3	16 872,4
1999 ⁵⁾ Januar	53 930,9	53 861,7	1 875,5	747,7	679,3	8 157,1	2 466,1	7 981,8	798,1	2 791,2	2 556,1	14 718,0
Februar	59 236,0	59 159,7	1 851,0	773,7	696,9	8 378,2	2 454,1	9 556,4	907,2	3 016,9	2 679,8	17 091,1
März	72 813,9	72 722,7	2 205,0	899,8	612,7	10 048,0	2 982,3	13 271,5	973,3	3 748,1	3 654,3	19 723,1
April	63 405,9	63 313,5	2 052,1	804,0	252,0	9 252,6	2 684,1	10 277,2	857,5	3 061,4	3 127,4	18 268,5
Mai	61 840,0	61 755,0	2 098,9	762,8	184,4	8 836,6	2 695,2	10 077,2	819,7	3 036,4	2 825,3	17 969,1
Juni	71 271,2	71 177,6	2 291,7	823,2	303,6	9 720,5	2 895,3	12 907,5	898,2	3 888,3	3 753,1	19 076,9
Juli	64 839,2	64 759,4	2 153,1	766,1	688,1	9 418,1	2 661,6	10 707,7	900,5	3 366,5	3 490,2	17 489,1
August	59 115,3	59 045,0	2 127,2	641,6	818,7	8 568,8	2 576,7	9 556,5	817,5	3 112,0	3 689,2	13 642,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1

1) Darstellung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk. - Kombinierte Betriebe werden mit ihrem gesamten Betrieb derjenigen Wirtschaftszweiggruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes liegt. Ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Baugewerbe. Ab Januar 1998 wurde der Berichts-kreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Direktumsätze mit Abnehmern im Ausland, und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren - 4) Endgültige Ergebnisse. - 5) Vorläufige Ergebnisse

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energieversorgung	Hauptgruppen				Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			
	(einschl. Bauleistungen)	(ohne Bauleistungen)	zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe		Vorleistungs-	Investitions-	Gebrauchs-	Verbrauchs-	zusammen	Hochbau-	Tiefbau-	
														güterproduzenten
Originalwert														
1996	99,8	100,6	100,3	94,3	100,4	105,6	99,5	101,0	101,1	100,6	93,4	94,0	92,2	
1997	102,4	104,1	104,1	91,1	104,4	104,6	104,9	105,2	101,7	100,8	89,7	89,9	89,2	
1998	106,4	109,0	109,3	85,2	110,0	104,8	109,5	113,9	108,9	101,0	87,3	87,6	86,6	
1998	April	106,7	108,6	109,0	81,4	109,8	102,9	110,8	110,9	109,6	100,5	92,6	92,4	92,7
	Mai	103,0	104,6	105,4	81,6	106,0	95,0	107,6	106,9	103,8	96,9	91,1	91,1	90,9
	Juni	109,6	110,9	112,6	84,3	113,4	90,7	113,0	119,5	110,1	100,4	98,9	98,7	99,1
	Juli	110,9	111,8	113,1	88,8	113,7	95,7	114,1	118,8	107,6	103,3	104,1	104,0	104,2
	August	95,1	96,0	96,1	81,6	96,5	94,7	100,3	95,9	78,8	93,7	87,7	87,1	88,5
	September	114,2	115,6	116,9	91,2	117,6	98,3	116,3	123,2	122,4	105,5	104,7	103,5	107,0
	Oktober	115,4	117,1	118,0	96,5	118,5	107,4	117,9	120,7	127,1	108,7	102,5	101,6	104,3
	November	113,3	115,9	116,0	92,7	116,7	115,3	113,8	122,5	123,0	107,9	92,3	91,5	93,7
	Dezember	101,9	106,9	106,0	78,2	106,8	117,8	96,5	129,0	97,3	97,8	64,3	65,4	62,2
1999	Januar	92,9	97,3	95,6	79,2	96,2	116,9	99,9	90,5	95,9	94,2	61,0	63,4	56,5
	Februar	96,1	101,6	100,9	75,0	101,7	109,7	101,9	100,5	109,7	95,1	55,4	57,5	51,3
	März	115,2	118,8	119,3	92,4	120,2	111,8	120,2	121,0	124,0	109,7	87,7	87,0	89,2
	April	104,9	106,8	107,1	86,1	107,7	102,0	108,8	109,0	109,3	98,0	91,3	89,3	94,9
	Mai	101,0	102,7	103,4	82,0	104,0	94,1	105,3	104,2	104,0	96,2	88,3	86,3	92,0
	Juni	111,9	113,5	115,2	85,4	116,1	92,6	114,4	123,0	117,0	102,9	99,4	97,3	103,6
	Juli	105,0	106,2	107,2	83,8	107,8	93,4	109,1	109,1	102,5	100,7	96,5	94,1	100,7
	August 1)	98,0	99,1	100,1	80,1	100,6	88,3	103,7	98,2	91,3	97,3	89,1	86,6	93,9
arbeitstäglich bereinigter Wert														
1996	99,8	100,6	100,2	94,3	100,4	105,5	99,5	101,0	101,1	100,6	93,5	94,0	92,3	
1997	102,5	104,1	104,1	91,1	104,4	104,7	105,0	105,2	101,9	100,9	89,6	89,9	89,1	
1998	106,0	108,5	108,9	84,8	109,5	104,9	109,1	113,2	108,3	100,6	86,8	87,2	86,2	
1998	April	106,0	107,9	108,4	81,0	109,1	102,8	110,2	110,1	108,7	100,0	91,5	91,4	91,6
	Mai	104,0	105,5	106,4	82,3	107,0	95,3	108,5	108,0	105,4	97,9	92,6	92,6	92,4
	Juni	110,0	111,4	113,1	84,5	113,9	90,7	113,4	120,0	110,8	100,9	99,4	99,3	99,6
	Juli	108,7	109,7	110,9	87,1	111,5	95,5	112,1	116,1	104,8	101,2	100,7	100,7	100,9
	August	96,8	97,6	97,8	82,6	98,2	95,0	101,7	97,8	81,1	95,2	90,8	90,3	91,8
	September	113,3	114,6	115,8	90,4	116,6	98,1	115,3	121,9	121,1	104,3	103,3	102,1	105,6
	Oktober	113,5	115,2	115,9	94,7	116,4	107,6	116,1	118,1	124,1	106,8	100,1	99,2	101,8
	November	112,1	114,7	114,7	91,3	115,4	115,7	112,8	120,7	121,1	106,6	91,5	90,8	92,9
	Dezember	100,3	105,2	104,3	76,9	105,0	117,7	95,2	126,5	95,0	96,2	63,0	64,1	61,0
1999	Januar	96,0	100,3	99,0	81,5	99,5	116,9	102,6	94,3	100,5	97,5	63,4	65,9	58,8
	Februar	96,5	102,0	101,3	74,8	102,1	110,3	102,3	100,9	110,3	95,4	55,5	57,7	51,6
	März	112,2	115,6	116,0	89,3	116,8	112,3	117,3	117,1	119,4	106,7	85,0	84,3	86,5
	April	104,6	106,4	106,8	85,8	107,3	102,0	108,5	108,6	108,8	97,7	90,9	89,0	94,5
	Mai	102,1	103,8	104,5	83,1	105,1	94,2	106,2	105,6	105,6	97,2	89,5	87,4	93,2
	Juni	110,0	111,7	113,3	84,0	114,0	92,6	112,8	120,6	114,2	101,1	97,5	95,4	101,6
	Juli	105,7	106,8	108,0	84,4	108,6	93,4	109,8	110,0	103,4	101,4	97,1	94,8	101,5
	August 1)	97,5	98,6	99,5	79,6	100,0	88,3	103,2	97,6	90,7	96,7	88,5	86,0	93,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 i
1) Vorläufige Ergebnisse.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)			Erz- bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungsindustrie			Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne H.v. Möbeln)	
	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewin- nung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- ver- ar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe			
Originalwert													
1996	93,8	93,2	101,0	95,9	101,4	101,6	96,9	93,4	94,3	92,0	91,1	96,6	
1997	90,0	89,6	94,7	94,4	102,4	102,8	94,5	90,6	93,7	85,6	89,3	98,7	
1998	82,4	81,3	96,2	93,3	102,2	102,3	99,7	89,7	94,6	81,8	87,9	101,6	
1998	April	76,3	74,8	95,0	96,0	101,8	101,8	101,4	85,2	98,4	64,2	87,5	99,0
	Mai	74,8	74,4	79,2	101,2	100,6	100,8	96,4	81,2	91,6	64,7	81,3	96,7
	Juni	76,4	76,1	80,0	106,9	101,5	102,0	92,8	90,8	98,1	79,1	85,6	102,4
	Juli	80,6	80,2	85,2	113,0	103,2	103,0	106,2	95,1	94,9	95,5	90,1	104,4
	August	76,6	76,5	78,7	95,7	97,3	97,1	100,0	76,5	70,9	85,1	71,4	87,7
	September	83,4	84,0	76,5	114,2	102,8	102,5	108,3	99,6	104,2	92,6	98,7	114,2
	Oktober	89,9	89,4	98,1	115,3	112,4	112,6	107,9	93,7	105,2	75,5	91,0	114,0
	November	90,3	88,8	109,3	99,0	111,2	111,2	109,8	91,3	100,3	77,1	94,1	112,5
	Dezember	81,4	77,5	127,0	69,2	103,7	104,3	89,7	74,5	77,7	69,5	77,1	94,9
1999	Januar	84,3	80,5	131,5	63,9	94,5	94,7	90,1	85,0	85,2	84,2	84,6	84,4
	Februar	79,6	76,9	112,0	62,1	92,8	92,4	100,3	88,6	88,4	88,9	86,6	86,4
	März	90,7	89,4	105,4	97,2	108,8	108,4	116,3	96,8	104,7	84,0	103,7	108,7
	April	82,1	80,2	105,6	97,7	101,0	99,8	125,9	78,6	93,0	55,4	85,8	102,4
	Mai	76,6	74,5	102,3	97,8	100,9	99,9	120,2	76,6	88,6	57,7	82,6	98,1
	Juni	74,7	75,2	68,8	116,4	107,7	105,8	147,3	89,1	96,3	77,7	89,2	107,2
	Juli	74,9	72,6	102,7	109,6	105,1	103,4	141,1	85,4	85,4	85,4	87,8	99,3
	August ¹⁾	72,7	72,8	72,3	101,7	103,8	102,3	136,4	75,7	75,2	76,4	73,0	95,0
arbeitstäglich bereinigter Wert													
1996	93,7	93,1	100,9	95,9	101,4	101,5	96,9	93,3	94,2	91,8	90,9	96,6	
1997	90,1	89,7	94,8	94,3	102,5	102,8	94,6	90,7	93,8	85,8	89,5	98,8	
1998	82,0	80,9	96,0	92,8	101,8	102,0	99,3	89,2	94,1	81,4	87,3	101,1	
1998	April	76,0	74,5	95,0	95,4	101,2	101,2	100,9	84,4	97,7	63,8	86,6	98,3
	Mai	75,3	75,1	79,4	102,5	101,5	101,7	97,4	82,3	92,7	65,5	82,6	97,9
	Juni	76,6	76,4	80,2	107,5	101,9	102,3	93,3	91,2	98,6	79,6	86,1	102,9
	Juli	79,2	78,7	84,7	110,3	101,3	101,1	104,1	93,0	92,6	93,4	87,4	101,9
	August	77,6	77,4	79,1	97,8	98,9	98,8	101,5	78,3	72,6	86,8	73,6	89,8
	September	82,6	83,1	76,2	112,9	101,9	101,7	107,2	98,6	103,2	91,6	97,3	112,9
	Oktober	88,4	87,9	97,6	112,7	110,6	110,8	105,9	91,6	102,8	73,8	88,5	111,4
	November	89,2	87,5	108,9	97,7	110,1	110,2	108,4	90,0	98,9	75,9	92,3	111,1
	Dezember	80,0	76,1	126,3	67,8	102,1	102,8	88,2	73,1	76,0	68,0	75,0	93,1
1999	Januar	86,5	82,9	132,8	66,9	97,4	97,5	93,4	88,3	89,0	87,3	89,0	87,8
	Februar	78,9	76,2	112,1	62,5	93,0	92,6	100,7	88,7	88,7	89,0	86,9	86,8
	März	87,8	86,4	104,2	94,1	106,0	105,6	112,9	93,1	101,0	81,0	99,1	105,2
	April	81,8	79,9	105,4	97,3	100,7	99,6	125,4	78,2	92,7	55,1	85,4	101,9
	Mai	77,5	75,4	102,7	99,2	101,8	100,9	121,7	77,7	89,9	58,4	83,9	99,4
	Juni	73,7	74,1	68,5	113,9	106,0	104,2	144,5	87,2	94,1	76,1	86,9	105,0
	Juli	75,5	73,2	102,8	110,6	105,7	104,0	142,1	86,1	86,2	86,2	88,7	100,2
	August ¹⁾	72,2	72,2	72,2	100,9	103,3	101,8	135,5	75,1	74,7	75,8	72,3	94,3

1) Vorläufige Ergebnisse.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe					Kokerei, Mineral- ölarbei- tung, H. u. V. von Spalt- und Brut- stoffen	Chemische Industrie			Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung, H.v. Metallerzeugnissen		
	zu- sammen	Papier- gewerbe	Verlags- gewerbe, Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Daten- trägern	darunter			zu- sammen	H.v. Chemischen Grund- stoffen	H.v. Chemie- fasern	zu- sammen	H.v. Gummi- waren	H.v. Kunst- stoff- waren		zu- sammen	Metall- erzeugung und - bear- beitung	H.v. Metall- erzeug- nissen
				Verlags- gewerbe	Druck- gewerbe											
Originalwert																
1996	101,3	99,5	102,1	106,0	99,1	102,2	105,1	110,4	99,6	99,3	102,1	98,3	95,5	96,8	94,8	97,8
1997	103,4	101,7	104,2	111,7	98,2	99,4	110,9	119,0	111,8	104,5	109,8	102,7	95,0	102,5	103,8	101,8
1998	107,4	102,7	109,4	117,7	103,3	102,6	111,6	120,1	108,4	109,7	114,7	107,9	96,2	107,0	104,7	108,2
1998 April	106,8	102,5	108,7	120,7	99,8	103,2	117,1	127,9	116,7	107,2	114,3	104,5	101,1	107,1	108,6	106,3
Mai	103,6	101,5	104,6	116,7	95,5	103,3	110,5	122,8	112,5	109,9	110,3	109,8	101,3	104,2	107,6	102,5
Juni	104,7	103,1	105,4	113,0	100,4	101,0	115,8	125,5	116,7	114,8	117,1	114,0	107,1	109,5	109,4	109,6
Juli	105,6	105,7	105,7	112,9	101,0	108,5	114,6	118,6	105,7	114,8	115,9	114,5	111,9	110,5	105,6	113,2
August	100,9	97,9	101,9	109,9	96,6	105,9	103,2	113,4	92,7	99,4	97,8	99,9	94,2	99,2	97,9	99,9
September	114,2	105,8	117,9	126,4	111,6	104,9	111,6	115,5	108,7	116,7	125,1	113,8	111,0	114,9	107,7	118,7
Oktober	114,7	105,9	118,6	127,1	111,2	108,0	113,1	119,0	110,0	118,2	124,9	115,9	108,9	113,5	108,8	116,1
November	114,0	102,9	118,9	125,0	113,7	97,6	108,5	112,8	102,2	114,2	125,1	110,4	97,5	109,9	102,7	113,7
Dezember	107,7	88,6	115,9	116,1	116,7	99,8	98,3	109,3	87,8	92,5	95,5	91,5	72,5	97,0	79,2	106,3
1999 Januar	99,9	98,9	100,4	110,9	92,9	91,5	111,8	125,4	98,8	101,3	113,7	96,9	69,8	93,4	92,0	94,1
Februar	101,4	97,5	103,0	112,1	96,4	84,3	108,4	117,6	93,3	103,7	117,6	98,8	73,1	97,9	98,3	97,6
März	116,9	113,0	118,7	127,5	112,7	95,8	126,0	134,7	113,0	119,7	133,8	114,7	98,9	115,8	111,8	117,9
April	104,2	97,9	107,0	112,0	103,8	94,1	112,8	121,4	96,0	107,4	118,5	103,5	96,8	104,8	100,5	107,0
Mai	102,6	98,4	104,5	110,1	101,3	100,3	110,8	121,4	99,5	104,3	113,8	101,0	95,8	99,0	96,7	100,2
Juni	107,4	108,6	106,8	109,7	105,6	95,7	114,8	122,2	100,0	115,3	127,0	111,2	105,3	109,8	103,8	113,0
Juli	103,1	103,4	102,9	106,0	101,3	99,9	113,2	122,4	89,9	109,1	116,3	106,6	102,9	102,4	95,1	106,1
August 1)	101,1	99,4	101,7	102,8	101,3	100,2	108,5	118,7	84,1	103,3	110,5	100,6	95,1	100,1	95,7	102,4
arbeitstäglich bereinigter Wert																
1996	101,2	99,4	102,0	106,0	99,0	101,7	104,9	110,1	99,6	99,2	102,1	98,3	95,5	96,7	94,7	97,8
1997	103,5	101,8	104,2	111,8	98,3	99,4	110,9	119,0	111,9	104,6	109,9	102,8	95,0	102,5	103,8	101,8
1998	107,0	102,3	109,0	117,3	102,9	102,6	111,4	120,1	108,1	109,2	114,1	107,4	96,0	106,6	104,7	107,7
1998 April	106,4	102,1	108,3	120,4	99,5	103,1	116,6	127,8	115,8	106,4	113,5	103,9	100,5	106,7	108,5	105,7
Mai	104,2	102,3	105,2	117,4	96,0	103,2	110,9	122,7	113,8	111,0	111,6	110,8	102,5	104,8	107,5	103,6
Juni	105,0	103,5	105,7	113,3	100,7	100,9	116,0	125,4	117,4	115,2	117,7	114,5	107,6	109,8	109,3	110,1
Juli	104,3	104,0	104,2	111,6	99,5	108,3	113,4	118,6	103,2	112,4	113,6	112,0	109,6	109,0	105,6	110,9
August	101,8	99,1	102,9	110,8	97,4	105,7	104,1	113,4	94,9	101,2	99,6	101,8	96,2	100,3	97,9	101,7
September	113,5	105,0	117,1	125,5	110,8	104,7	111,1	115,5	107,6	115,5	123,7	112,5	110,1	114,1	107,7	117,5
Oktober	113,2	104,4	117,1	125,5	109,8	107,9	112,1	118,9	108,1	115,8	122,5	113,7	107,2	112,1	108,7	114,0
November	112,9	101,8	117,6	123,6	112,6	97,5	107,7	112,8	101,1	112,7	123,3	109,0	96,9	108,9	102,6	112,2
Dezember	106,3	87,4	114,5	114,7	115,3	99,7	97,4	109,2	86,3	90,8	93,7	89,8	71,6	95,8	79,1	104,3
1999 Januar	102,6	101,5	102,9	113,4	95,1	91,3	113,7	125,4	102,2	105,2	118,1	100,7	71,6	95,8	92,0	97,6
Februar	101,7	97,6	103,3	112,3	96,7	85,4	109,1	118,6	93,5	103,9	118,0	99,0	73,3	98,3	98,7	98,0
März	114,5	110,1	116,3	124,7	110,3	95,7	124,1	134,7	109,7	115,8	129,4	111,0	96,9	113,5	111,8	114,4
April	104,0	97,7	106,7	111,7	103,6	94,1	112,6	121,4	95,7	107,0	118,0	103,2	96,5	104,6	100,5	106,6
Mai	103,6	99,3	105,4	111,0	102,1	100,3	111,4	121,4	100,6	105,6	115,2	102,3	96,7	99,8	96,7	101,4
Juni	106,0	107,1	105,5	108,3	104,3	95,7	113,8	122,2	98,3	113,1	124,5	109,1	103,9	108,4	103,8	111,0
Juli	103,7	104,0	103,4	106,5	101,8	99,9	113,6	122,4	90,5	109,9	117,2	107,4	103,5	102,9	95,1	106,9
August 1)	100,6	98,9	101,3	102,4	100,9	100,2	108,2	118,7	83,6	102,6	109,9	100,0	94,7	99,7	95,7	101,8

1) Vorläufige Ergebnisse.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Ma- schinen- bau	H. v. Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau					H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeugnissen, Recycling				
		zu- sammen	H. v. Büroma- schinen, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und -einrich- tungen	H. v. Geräten der Elektrn- zitäts- erzeu- gung, -verlei- gung u. ä.	Rund- funk-, Fern- seh- und Nach- richten- technik	Medizin-, Mess-, Steuer- und Rege- lungs- technik, Optik	zu- sammen	H. v. Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			zu- sammen	Recycling			
									zu- sammen	darunter						
													Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau		
Originalwert																
1996	100,6	102,2	111,9	100,4	103,1	102,6	102,0	103,2	92,8	90,8	94,2	97,4	104,1		
1997	104,7	108,1	130,4	106,0	107,6	105,5	108,2	110,9	88,3	80,1	93,8	96,2	140,5		
1998	110,0	117,1	164,0	112,8	113,6	113,2	123,8	128,3	91,1	85,6	98,9	99,4	147,2		
1998	April	106,3	114,8	150,8	113,1	109,2	110,2	125,1	129,8	91,9	83,0	99,9	100,8	149,3		
	Mai	102,4	109,0	149,9	105,5	104,8	106,0	119,7	124,2	86,9	78,7	94,1	92,3	138,8		
	Juni	120,9	117,7	148,6	114,0	114,9	117,4	126,9	131,9	90,8	84,9	96,9	97,9	148,5		
	Juli	115,5	122,7	164,4	120,0	115,4	119,3	127,6	132,8	90,1	80,4	101,9	91,1	156,7		
	August	91,2	102,5	139,5	100,7	97,6	97,4	95,5	97,5	80,3	66,3	89,1	78,6	144,1		
	September	117,7	130,0	185,7	123,8	130,2	125,1	131,5	137,0	92,1	88,5	101,7	114,3	152,0		
	Oktober	111,1	126,9	192,0	120,9	124,9	119,7	143,6	149,8	99,4	107,5	106,7	113,1	153,0		
	November	116,8	125,1	191,3	119,2	125,8	115,9	140,4	145,7	101,3	106,8	106,7	114,3	142,4		
	Dezember	132,5	118,2	203,7	105,1	118,3	119,4	114,5	118,1	88,3	81,0	97,3	93,2	129,1		
1999	Januar	83,7	102,4	144,8	100,3	98,5	95,2	107,1	110,0	86,4	76,9	94,7	83,2	113,1		
	Februar	94,7	106,5	108,7	107,2	108,0	103,7	125,3	130,6	87,7	78,4	96,4	91,2	120,0		
	März	117,7	126,1	131,8	125,2	126,3	126,4	142,5	148,2	101,5	90,8	112,1	109,4	134,0		
	April	101,1	110,5	110,1	109,7	116,3	108,7	131,6	136,5	95,8	81,5	107,2	93,5	126,3		
	Mai	98,6	106,4	112,3	104,6	112,0	104,8	123,1	127,8	88,3	76,1	99,6	85,8	130,9		
	Juni	122,0	122,0	132,6	118,2	130,2	121,9	136,6	142,1	96,8	87,1	106,4	96,6	157,0		
	Juli	103,6	117,8	142,4	113,1	126,4	114,9	120,7	124,4	93,5	80,0	107,3	84,2	145,5		
	August ¹⁾	92,4	108,1	126,5	104,2	121,3	102,3	105,5	108,5	83,2	69,3	95,0	80,7	143,9		
arbeitstäglich bereinigter Wert																
1996	100,6	102,2	111,8	100,4	103,0	102,5	101,9	103,1	92,8	90,7	94,2	97,3	104,2		
1997	104,7	108,2	130,5	106,2	107,7	105,6	108,3	111,0	88,4	80,3	93,8	96,3	140,6		
1998	109,5	116,5	162,9	112,2	113,0	112,7	123,1	127,4	90,7	85,1	98,5	98,8	146,6		
1998	April	105,6	114,1	150,3	112,4	108,4	109,5	123,9	128,3	91,5	82,6	99,5	100,2	148,7		
	Mai	103,4	110,2	151,5	106,6	106,1	107,0	121,6	126,1	87,8	79,7	95,0	93,5	140,0		
	Juni	121,5	118,3	149,4	114,5	115,6	117,9	127,8	132,8	91,2	85,2	97,4	98,4	149,0		
	Juli	113,1	120,0	161,2	117,5	112,4	116,9	123,6	128,5	88,4	78,8	100,0	89,1	153,8		
	August	92,8	104,5	141,2	102,6	100,1	99,4	98,6	100,8	81,7	67,4	90,5	80,3	146,1		
	September	116,7	128,7	184,0	122,6	128,7	124,1	129,9	135,1	91,3	87,7	100,8	113,0	150,7		
	Oktober	109,1	124,4	187,5	118,8	122,1	117,6	140,1	145,9	97,4	105,2	104,9	110,4	150,2		
	November	115,3	123,3	187,5	117,7	124,1	114,6	138,0	143,1	100,1	105,3	105,3	112,5	141,1		
	Dezember	130,2	115,9	198,7	103,0	115,9	117,4	111,8	115,0	86,8	79,4	95,6	91,2	127,2		
1999	Januar	86,9	106,3	151,6	104,0	102,8	98,4	112,7	115,8	89,6	79,7	98,2	87,1	116,7		
	Februar	95,2	106,9	108,6	107,7	108,5	104,1	126,1	131,3	88,0	78,7	96,8	91,7	120,3		
	März	114,4	122,0	125,7	121,3	121,8	122,9	136,7	142,0	98,5	88,2	108,7	105,2	130,5		
	April	100,7	110,1	109,6	109,4	115,8	108,4	131,0	135,9	95,5	81,2	106,8	93,1	125,9		
	Mai	99,7	107,7	114,2	105,8	113,6	105,9	125,1	130,0	89,4	77,0	100,8	87,1	132,3		
	Juni	119,9	119,5	129,2	115,9	127,3	119,9	133,2	138,4	95,0	85,6	104,4	94,4	154,5		
	Juli	104,3	118,7	143,9	114,0	127,5	115,6	121,9	125,7	94,3	80,6	108,1	85,0	146,4		
	August ¹⁾	91,8	107,4	125,3	103,5	120,5	101,8	104,6	107,6	82,6	68,8	94,4	80,0	143,2		

1) Vorläufige Ergebnisse.

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse				Erzeugnisse der Vorleistungsgüter- produzenten			Erzeugnisse der	
	insgesamt	ohne Mineralöl- erzeugnisse	ohne Energie und Wasser	ohne Energie	zusammen	Energie- produzenten	ohne Energie	Investitions- güterproduzenten	Konsum-
1996	98,8	98,5	99,5	99,5	96,6	94,2	98,0	101,1	100,9
1997	99,9	99,6	100,2	100,3	98,1	97,8	98,2	101,8	102,0
1998	99,5	99,5	100,0	100,1	96,6	94,4	97,9	102,7	102,4
1998 Mai	100,0	100,0	100,3	100,4	97,4	95,8	98,3	102,8	102,6
Juni	99,9	99,9	100,2	100,3	97,2	95,4	98,2	102,8	102,5
Juli	99,7	99,7	100,1	100,2	96,8	94,5	98,1	102,8	102,6
August	99,5	99,5	99,9	100,0	96,4	94,0	97,8	102,9	102,4
September	99,4	99,4	99,8	99,9	96,2	94,1	97,5	103,0	102,4
Oktober	98,9	98,9	99,5	99,6	95,3	92,4	97,1	103,0	102,2
November	98,5	98,5	99,3	99,4	94,8	91,1	96,9	103,0	101,9
Dezember	98,3	98,3	99,0	99,2	94,3	90,7	96,4	102,9	101,9
1999 Januar	97,8	97,9	98,8	99,0	93,5	89,1	96,1	102,9	101,8
Februar	97,7	97,8	98,7	98,8	93,3	88,9	95,9	102,9	101,6
März	97,7	97,7	98,7	98,9	93,4	89,5	95,8	102,9	101,5
April	98,3	97,9	99,2	99,4	94,5	92,1	95,9	103,0	101,5
Mai	98,3	98,0	99,1	99,3	94,6	92,3	96,0	103,0	101,4
Juni	98,4	98,0	99,2	99,4	94,7	92,7	95,9	103,0	101,6
Juli	98,7	98,1	99,7	99,8	95,2	93,5	96,2	103,0	101,6
August	98,8	98,1	99,9	100,0	95,4	93,9	96,3	103,0	101,6
September	98,9	98,0	100,1	100,3	95,6	93,9	96,6	103,0	101,6

Jahr Monat	noch: Erzeugnisse der Konsumgüter- produzenten		Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes		Erzeugnisse des Ernährungs- gewerbes
	Gebrauchs- güterproduzenten	Verbrauchs- güterproduzenten	zusammen	Kohle und Torf ²⁾	Erdöl und Erdgas ³⁾	Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	zusammen	ohne Mineralöl- erzeugnisse	
1997	101,4	102,1	78,3	63,2	125,6	99,4	100,8	100,4	103,0
1998	101,7	102,5	75,8	61,1	118,5	97,7	100,6	100,6	102,6
1998 Mai	101,8	102,7	78,0	62,9	128,6	97,9	100,9	100,9	103,1
Juni	101,9	102,7	76,6	60,8	128,7	97,9	100,8	100,9	103,0
Juli	101,7	102,7	75,0	60,4	115,6	97,3	100,8	100,8	102,9
August	101,7	102,6	74,8	60,1	115,7	97,6	100,5	100,6	102,5
September	101,7	102,5	74,9	60,1	115,7	97,9	100,4	100,5	102,2
Oktober	101,8	102,2	73,3	58,8	109,0	97,3	100,2	100,3	101,5
November	101,9	101,9	72,4	57,5	108,2	97,5	100,0	100,1	100,9
Dezember	101,8	101,9	72,5	57,8	107,8	97,4	99,7	99,9	100,9
1999 Januar	102,0	101,7	71,8	57,8	101,5	96,9	99,5	99,7	100,5
Februar	102,0	101,6	71,9	57,8	101,6	97,2	99,4	99,6	100,2
Marz	102,0	101,4	72,4	58,5	102,2	97,0	99,5	99,5	100,0
April	102,2	101,3	73,8	59,1	112,7	97,4	99,9	99,6	99,9
Mai	102,2	101,3	73,6	58,5	114,0	97,3	99,8	99,6	99,7
Juni	102,1	101,5	73,7	58,6	114,4	97,4	99,9	99,6	99,9
Juli	102,3	101,5	73,9	59,0	114,3	97,2	100,4	99,7	99,9
August	102,3	101,5	73,8	58,6	115,9	97,2	100,6	99,8	99,8
September	102,3	101,4	73,9	58,7	116,9	97,1	100,9	99,9	99,8

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepresentanten für Torf. - 3) Ohne Erdgasversorgung.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Tabak- erzeug- nisse	Textilien	Bekleidung	Leder- und Lederwaren	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korb- macher- waren (ohne Möbel) ²⁾	Papier			Verlags- und Druck- erzeug- nisse, bespielte Ton-, Bild- und Daten- träger	Kokerei- erzeug- nisse, Mineralöl- erzeug- nisse, Spalt- und Brutstoffe ³⁾
						zu- sammen	Papier, Karton und Pappe	Papier-, Karton- und Pappe- waren		
1996	100,8	99,5	100,4	101,5	97,0	94,1	90,8	96,5	102,4	107,5
1997	103,0	100,2	100,7	102,4	97,8	91,9	87,0	95,1	102,0	110,4
1998	104,6	100,2	101,5	102,7	98,8	93,3	89,3	96,0	102,0	100,3
1998 Mai	105,1	100,4	101,5	102,6	99,3	93,7	89,9	96,2	101,9	100,9
Juni	105,2	100,3	101,3	102,7	99,3	93,6	89,5	96,3	101,8	99,6
Juli	105,1	100,3	101,3	102,7	99,5	93,6	89,5	96,4	102,2	100,0
August	105,4	100,2	101,6	102,7	99,2	93,5	89,4	96,3	102,1	98,2
September	105,7	100,0	101,8	102,8	98,9	93,3	88,9	96,3	102,0	98,7
Oktober	105,8	99,8	101,8	102,9	98,8	93,0	88,7	96,0	102,2	98,3
November	105,7	99,7	101,7	102,6	98,7	92,7	88,4	95,7	102,0	97,9
Dezember	105,7	99,7	101,7	102,6	98,6	92,3	88,0	95,4	102,0	95,9
1999 Januar	105,8	99,4	101,6	102,7	98,4	91,9	87,3	95,1	102,1	95,2
Februar	105,8	99,3	101,7	102,7	98,2	91,8	87,0	95,1	101,9	94,2
März	105,8	99,2	101,8	102,8	97,9	91,5	86,0	95,2	101,5	98,1
April	105,6	99,3	101,7	102,4	97,6	91,3	85,7	95,0	101,6	106,6
Mai	105,7	99,2	101,7	102,4	97,7	91,3	85,6	94,9	101,7	105,2
Juni	105,5	99,2	101,6	102,4	97,5	91,2	85,6	94,7	101,9	107,5
Juli	105,9	99,2	101,7	102,4	97,3	91,4	85,6	95,0	102,0	113,0
August	105,9	99,2	101,8	102,4	97,2	91,7	85,9	95,4	101,9	116,5
September	105,7	99,1	102,1	102,4	97,3	92,7	87,5	96,0	101,7	120,7

Jahr Monat	noch: Kokerei- erzeugnisse usw.	Chemische Erzeugnisse	Gummi- und Kunststoffwaren			Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden			Eisen- und Stahl- erzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse
	Mineralöl- erzeugnisse		zusammen	Gummi- waren	Kunststoff- waren	zusammen	Glas und Glaswaren	Keramik (ohne Ziegel und Baukeramik)	
1996	107,6	96,6	99,2	99,7	99,1	99,4	97,5	101,5	95,0
1997	110,5	97,6	98,7	99,1	98,6	98,9	94,8	102,2	96,6
1998	100,3	97,0	98,5	99,4	98,2	98,2	94,1	102,6	98,0
1998 Mai	100,9	97,1	98,5	99,5	98,3	98,4	94,0	102,8	99,4
Juni	99,6	97,0	98,7	99,6	98,5	98,2	93,8	102,7	99,1
Juli	100,1	96,9	98,7	99,7	98,4	98,3	94,3	102,8	99,0
August	98,3	96,2	98,5	99,7	98,2	98,1	94,2	102,7	98,4
September	98,7	96,0	98,5	99,7	98,3	98,1	94,1	102,8	97,4
Oktober	98,4	95,8	98,3	99,6	98,0	98,0	94,6	102,7	96,0
November	97,9	95,6	98,3	99,5	98,0	98,2	95,1	102,7	95,0
Dezember	95,8	95,5	98,0	99,2	97,7	98,2	95,0	102,6	93,1
1999 Januar	95,4	95,1	97,8	98,9	97,6	98,1	95,0	102,7	92,0
Februar	94,1	94,7	97,5	98,9	97,2	97,9	94,2	102,6	91,7
März	98,1	94,5	97,7	99,4	97,3	97,7	93,3	102,6	91,6
April	106,8	94,8	97,6	99,4	97,2	97,9	93,4	103,5	91,9
Mai	105,5	94,8	97,6	99,0	97,3	97,9	93,7	103,8	92,0
Juni	107,9	94,7	97,5	99,0	97,1	97,9	93,1	103,9	92,0
Juli	113,6	95,3	97,7	99,3	97,3	97,9	93,0	103,7	92,9
August	117,3	95,3	97,9	99,3	97,6	97,9	93,0	103,4	93,1
September	121,4	95,5	98,1	99,1	97,9	98,0	92,8	104,3	94,2

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren. - 3) Ohne Preisrepräsentanten für Spalt- und Brutstoffe.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	noch: Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse			Metall- erzeugnisse	Maschinen	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen	Geräte der Elektrizitäts- erzeugung und -verteilung u. ä.	Nachrichten- technik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bau- elemente	Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren
	Roheisen und Stahl	NE-Metalle und Halbzeug daraus	Erzeugnisse der Gießereien						
1996	91,1	93,6	100,5	100,9	101,6	96,5	100,5	99,1	101,5
1997	91,3	100,5	102,3	101,1	102,6	92,5	99,7	98,5	103,0
1998	95,1	97,6	103,4	101,8	103,3	87,8	99,7	97,7	103,8
1998 Mai	97,5	99,1	103,4	101,9	103,3	88,6	100,0	97,9	103,8
Juni	97,2	98,7	103,2	101,9	103,4	88,6	100,1	97,7	103,8
Juli	96,8	98,7	103,2	101,7	103,4	88,0	99,8	97,7	103,7
August	95,9	97,6	103,1	101,8	103,4	87,0	99,8	97,7	103,6
September	94,9	95,5	103,3	101,9	103,5	86,4	99,7	97,7	103,9
Oktober	92,7	93,6	103,6	101,8	103,5	86,6	99,4	97,3	104,1
November	90,2	93,6	103,2	101,9	103,5	85,5	99,4	97,2	104,1
Dezember	87,5	90,3	103,3	101,8	103,5	85,0	99,1	96,4	104,1
1999 Januar	85,4	89,7	102,9	101,8	103,7	84,2	98,9	96,0	104,2
Februar	84,3	90,7	102,4	101,9	103,8	83,8	99,5	95,5	104,3
März	84,5	90,4	102,5	101,8	103,9	83,7	99,3	95,3	104,4
April	84,1	92,2	102,2	101,8	104,1	84,1	99,4	94,7	104,3
Mai	83,9	93,0	102,5	101,9	104,1	82,5	99,8	94,8	104,6
Juni	84,3	93,0	102,4	102,1	104,1	81,8	99,2	94,6	104,6
Juli	84,8	95,7	102,3	102,3	104,2	80,5	99,6	94,6	104,8
August	85,3	95,9	102,1	102,6	104,2	79,8	99,6	94,4	104,8
September	86,4	98,5	101,7	102,8	104,2	79,5	99,4	93,7	104,8

Jahr Monat	Kraftwagen und Kraftwagen- teile	Sonstige Fahrzeuge	Möbel, Schmuck, Musik- instrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser					
				zusammen	Energie			Wasser	
					zusammen	Elektrischer Strom	Erdgas ²⁾		Fernwärme mit Dampf und Warmwasser
1996	100,9	100,7	101,8	94,8	94,0	90,7	101,3	98,2	105,4
1997	101,6	100,5	102,7	98,4	97,7	90,4	114,4	100,0	109,5
1998	102,6	100,9	104,0	97,0	95,9	89,9	109,4	100,6	112,4
1998 Mai	102,7	101,1	104,2	98,4	97,4	90,1	113,9	101,0	112,1
Juni	102,8	100,9	104,2	98,4	97,4	90,1	113,9	101,0	112,2
Juli	102,8	100,9	104,2	97,4	96,3	90,1	110,1	101,0	112,4
August	102,9	101,0	104,2	97,2	96,1	90,1	109,5	100,7	112,8
September	102,9	101,0	104,2	97,2	96,1	90,1	109,6	100,8	112,8
Oktober	103,0	101,2	104,4	95,3	94,1	89,9	102,9	99,9	112,5
November	103,0	101,2	104,6	94,0	92,6	88,7	100,5	99,8	112,7
Dezember	103,0	101,2	104,6	93,9	92,5	88,7	100,4	99,8	112,7
1999 Januar	102,9	101,3	104,9	92,1	90,5	86,8	97,8	99,2	113,6
Februar	103,0	101,1	105,0	92,1	90,5	87,1	97,1	98,7	113,7
März	103,0	101,2	105,0	91,8	90,2	86,9	96,8	98,3	113,7
April	103,0	101,3	105,2	92,9	91,4	87,3	100,0	97,7	113,6
Mai	103,1	101,3	105,4	93,6	92,1	88,1	100,6	97,7	113,8
Juni	103,2	101,2	105,4	93,4	91,9	87,7	100,7	97,6	113,7
Juli	103,4	101,2	105,5	93,0	91,5	87,3	100,6	97,5	113,8
August	103,7	101,3	105,6	92,7	91,2	86,8	100,8	97,5	114,0
September	103,7	101,4	105,7	91,6	90,0	84,9	100,9	97,5	114,2

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Erdgasförderung.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte ¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr/Monat ²⁾	Gesamtindex	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Einrichtungsgegenstände u.ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	Bildungswesen	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen
1996 D	101,4	100,6	100,8	100,7	102,4	100,7	101,5	102,4	100,9	100,4	103,7	101,1	100,5
1997 D	103,3	102,0	102,7	101,1	105,1	101,1	108,7	104,3	97,9	102,5	107,8	102,1	102,3
1998 D	104,3	103,0	104,7	101,5	106,0	101,8	114,4	104,7	97,3	103,1	112,9	103,6	102,8
1995 April	99,8	100,8	99,8	99,8	99,5	99,9	100,0	100,0	100,4	99,2	99,3	100,0	99,6
Mai	99,9	101,3	100,0	100,0	99,6	100,0	100,0	100,1	99,8	98,3	99,3	99,9	99,7
Juni	100,1	101,2	100,1	99,9	99,8	100,1	100,1	100,6	99,8	99,5	99,3	100,6	99,9
Juli	100,3	100,5	100,2	99,9	99,8	100,1	100,1	100,1	100,2	101,9	99,7	102,2	100,0
August	100,3	99,3	100,2	99,9	100,6	100,1	99,8	100,0	99,9	101,0	100,2	102,1	100,1
September	100,3	99,0	100,2	100,2	100,8	100,1	100,0	100,4	99,9	100,5	101,1	100,5	100,3
Oktober	100,1	98,7	100,2	100,3	100,9	100,2	100,1	100,2	99,9	99,3	101,3	100,4	100,7
November	100,1	98,7	100,2	100,4	101,0	100,4	100,1	100,2	99,4	99,2	101,4	99,0	100,8
Dezember	100,4	98,9	100,2	100,4	101,2	100,4	100,1	100,7	99,4	100,7	101,4	99,1	100,8
1996 Januar	100,6	100,1	100,3	100,4	101,2	100,5	101,5	101,3	103,6	98,9	101,6	99,8	100,1
Februar	101,1	100,9	100,3	100,5	101,6	100,6	101,6	101,6	103,6	100,8	102,1	100,4	100,3
März	101,2	101,5	100,4	100,5	101,8	100,6	101,6	101,8	102,9	100,5	102,8	99,9	100,4
April	101,2	101,8	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,4	102,7	98,4	102,9	100,1	100,5
Mai	101,4	101,6	100,4	100,6	101,9	100,7	101,6	102,6	102,7	99,5	103,1	100,8	100,5
Juni	101,5	101,5	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,3	102,7	100,2	103,1	101,5	100,5
Juli	101,7	101,5	100,5	100,5	102,3	100,7	101,5	102,3	99,5	101,8	103,2	103,5	100,5
August	101,6	100,4	100,5	100,6	102,4	100,8	101,5	102,5	99,5	102,0	104,5	103,4	100,5
September	101,6	99,6	100,6	100,8	102,9	100,8	101,5	102,8	99,5	101,3	105,0	101,6	100,6
Oktober	101,6	99,3	100,6	101,0	103,4	100,8	101,5	102,9	98,6	100,0	105,0	101,7	100,7
November	101,5	99,2	102,5	101,1	103,4	100,9	101,5	102,9	97,8	99,7	105,1	100,3	100,7
Dezember	101,9	99,5	102,5	101,1	103,6	100,9	101,5	103,0	97,8	101,4	105,5	100,7	100,8
1997 Januar	102,6	101,4	102,5	101,0	104,6	101,0	103,5	103,2	97,8	101,6	106,1	100,8	102,0
Februar	102,9	101,6	102,5	101,0	104,7	101,0	103,4	103,3	97,8	103,6	106,4	101,6	102,1
März	102,8	101,1	102,6	101,0	104,6	101,0	103,4	103,6	97,7	103,4	106,5	101,2	102,1
April	102,6	101,8	102,6	101,1	104,7	101,1	103,5	103,5	97,7	100,3	106,8	101,1	102,2
Mai	103,0	102,7	102,6	101,1	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	101,7	107,1	101,9	102,3
Juni	103,1	103,1	102,8	101,0	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	102,1	107,1	102,4	102,3
Juli	103,9	102,7	102,8	100,8	105,1	101,1	114,0	104,7	97,5	103,7	107,4	104,5	102,3
August	104,0	101,9	102,8	100,9	105,4	101,1	114,0	105,8	97,4	104,1	107,9	104,2	102,4
September	103,8	101,7	102,9	101,2	105,3	101,1	114,0	105,5	98,4	103,0	109,4	102,4	102,5
Oktober	103,7	101,6	102,9	101,4	105,5	101,1	114,1	105,3	98,4	101,4	109,5	102,2	102,6
November	103,7	101,9	102,8	101,5	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	102,0	109,5	101,5	102,6
Dezember	103,9	102,4	102,9	101,4	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	103,2	109,7	101,9	102,6
1998 Januar	103,9	103,5	102,9	101,2	105,7	101,3	114,0	104,3	98,3	102,1	110,7	102,0	102,3
Februar	104,1	103,4	102,8	101,2	105,8	101,3	114,1	104,1	98,3	104,1	111,9	102,5	102,3
März	104,0	103,1	102,9	101,3	105,7	101,4	114,1	104,0	97,1	103,7	112,0	102,1	102,4
April	104,1	103,6	103,0	101,5	106,0	101,7	114,6	104,7	97,5	101,1	111,9	103,2	102,6
Mai	104,4	104,2	105,4	101,5	106,1	101,8	114,6	104,7	97,5	102,2	112,1	103,5	102,7
Juni	104,5	104,4	105,4	101,5	106,1	101,9	114,6	104,9	97,7	102,7	112,1	104,0	102,7
Juli	104,8	103,6	105,5	101,4	106,1	101,9	114,1	105,3	97,7	104,5	112,2	105,9	102,8
August	104,6	102,6	105,6	101,3	106,0	101,9	114,2	105,2	97,7	104,8	112,8	106,1	102,9
September	104,4	102,1	105,6	101,6	106,1	101,9	114,3	105,0	97,1	103,7	113,3	104,0	103,0
Oktober	104,2	101,6	105,6	101,7	106,0	101,9	114,4	104,9	96,4	102,6	113,5	103,9	103,2
November	104,2	101,9	105,7	102,0	106,0	102,0	114,6	104,8	96,4	102,8	116,1	103,0	103,2
Dezember	104,3	102,1	105,6	102,0	105,9	102,0	114,6	104,6	96,2	103,2	116,1	103,3	103,2
1999 Januar	104,1	103,0	105,5	101,7	106,1	102,0	110,6	104,4	89,5	102,8	116,4	103,2	103,6
Februar	104,3	103,0	105,5	101,6	106,1	102,0	110,4	104,6	89,0	104,4	117,2	103,9	104,0
März	104,4	102,9	105,5	101,8	106,4	102,0	110,4	104,9	90,0	104,1	117,3	103,7	104,0
April	104,8	103,2	105,5	101,8	107,4	102,1	110,5	107,0	88,7	101,7	117,2	104,3	104,3
Mai	104,8	103,2	105,6	101,9	107,4	102,2	110,5	106,4	88,5	102,1	117,2	104,9	104,5
Juni	104,9	102,6	105,5	101,8	107,5	102,2	110,6	107,4	87,6	102,6	117,2	105,4	104,5
Juli	105,4	101,7	105,5	101,6	107,8	102,2	110,6	108,2	87,6	105,5	117,4	107,2	104,5
August	105,3	100,7	105,5	101,5	107,9	102,1	110,7	109,2	87,5	104,8	117,3	107,7	104,5
September	105,1	100,2	105,5	101,9	108,0	102,1	110,7	109,3	87,5	103,5	117,8	105,2	104,5

¹⁾ Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98 - 2) Die Monatsergebnisse beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes.

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)
Deutschland
1995 = 100

Jahr Monat	Neubau							
	Wohngebäude					Büro- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude	
	insgesamt	Ein- familien- Gebäude	Mehr- familien- Gebäude	Gemischt- genutzte	vorgefertigte Bauart ²⁾			
					mit Unterkellerung	ohne		
1995 D	100	100	100	100	100	100	100	100
1996 D	99,8	99,9	99,7	99,9	100,7	101,2	100,1	100,3
1997 D	99,1	99,1	99,0	99,1	101,2	101,3	99,6	99,8
1998 D	98,7	98,8	98,6	98,8	102,0	103,1	99,6	99,9
1996 August	99,8	99,8	99,7	99,8	-	-	100,0	100,3
November	99,5	99,6	99,4	99,6	100,7	101,4	99,8	100,1
1997 Februar	99,3	99,4	99,2	99,4	-	-	99,7	100,0
Mai	99,1	99,2	99,1	99,2	101,0	100,9	99,6	99,8
August	99,1	99,1	99,0	99,1	-	-	99,6	99,8
November	98,7	98,8	98,6	98,8	101,3	101,6	99,3	99,7
1998 Februar	98,3	98,4	98,2	98,4	-	-	99,1	99,4
Mai	99,0	99,1	98,9	99,1	102,0	103,0	99,8	100,2
August	98,9	98,9	98,8	99,0	-	-	99,8	100,2
November	98,6	98,7	98,5	98,7	101,9	103,2	99,6	99,9
1999 Februar	98,3	98,4	98,2	98,5	-	-	99,3	99,5
Mai	98,3	98,3	98,2	98,4	102,2	103,1	99,3	99,4
August	98,4	98,4	98,3	98,5	-	-	99,4	99,6

Jahr Monat	Neubau				Instandhaltung von Wohngebäuden		
	Straßenbau	Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Klaranlagen	Mehrfamiliengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
					mit	ohne	
	Schönheitsreparaturen						
1995 D	100	100	100	100	100	100	100
1996 D	98,3	99,4	98,4	100,0	101,2	101,2	101,3
1997 D	96,6	98,0	96,6	99,3	101,7	101,7	101,8
1998 D	95,7	97,4	95,6	99,3	102,6	102,6	102,5
1996 August	98,1	99,5	98,2	100,0	101,4	101,3	101,6
November	97,7	98,9	97,7	99,8	101,4	101,4	101,5
1997 Februar	97,2	98,5	97,2	99,5	101,5	101,5	101,3
Mai	96,7	98,1	96,7	99,3	101,7	101,6	101,8
August	96,4	98,0	96,3	99,3	101,8	101,8	101,9
November	96,1	97,5	96,1	99,1	101,9	101,8	102,1
1998 Februar	95,6	97,2	95,4	98,9	101,9	101,9	102,0
Mai	96,0	97,7	95,8	99,5	102,8	102,8	102,7
August	95,8	97,6	95,7	99,5	102,8	102,8	102,8
November	95,4	97,2	95,3	99,3	102,7	102,7	102,5
1999 Februar	95,3	96,5	95,2	99,1	102,5	102,6	102,2
Mai	95,2	96,4	95,0	99,2	102,5	102,6	102,3
August	95,5	96,7	95,2	99,4	102,7	102,8	102,6

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4
1) Einschli Umsatzsteuer - 2) Einfamiliengebäude (Halbjahresergebnisse)

Veröffentlichungen¹⁾ vom 25. September 1999 bis 22. Oktober 1999

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch 1999 – Schubert	158,-
Statistisches Jahrbuch 1999 für die Bundesrepublik Deutschland	128,-
Statistisches Jahrbuch 1999 für das Ausland	57,-
Statistisches Jahrbuch 1999 auf CD-ROM	98,-
Zahlenkompaß 1999	9,80
Wirtschaft und Statistik September 1999	20,30
Statistischer Wochenbericht, Heft 38/1999 bis Heft 41/1999	3,20
Konjunktur aktuell, September 1999	19,-
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, April 1999	12,60

Fachserien

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 3	Haushalte und Familien 1998	33,90
---------	-----------------------------	-------

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 3 2 1	Wachstum und Ernte – Gemüse, Trauben –, Heft 7/1999	5,-
-------------	-----------------------------------------------------	-----

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2 1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe August 1999	19,60
" 4 1 1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Juli 1999	29,40
" 8 1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), August 1999	8,20
" 8 1	September 1999 (Vorbericht)	3,10
" 8 1	2. Vierteljahr 1999	22,70

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 1 1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Meßzahlen), Juli 1999	10,30
" 3 1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Meßzahlen), Juni 1999	8,20
" 3 1	Juli 1999	8,20
" 7 1	Berbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, Juli 1999	12,60

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Juni 1999	46,90
" 3	Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel), 1. Halbjahr 1999	37,80

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 2	Eisenbahnverkehr, Juli 1999	8,20
" 5	Seeschifffahrt, Juni 1999	10,30
" 7	Verkehrsunfälle, April 1999	10,30

Fachserie 11: Bildung und Kultur

Reihe 3	Berufliche Bildung 1998	29,40
" 4 1	Studierende an Hochschulen, Wintersemester 1998/99	33,30
" 8	Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 1998	12,60

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 4	Steuerhaushalt, 4. Vierteljahr und Jahr 1998	10,30
" 4	1. Vierteljahr 1999	10,30
" 5	Schulden der öffentlichen Haushalte 1998	22,70
" 8	Umsatzsteuer 1997	29,40
" 9 2 1	Absatz von Bier, August 1999	3,20

Fachserie 16 Löhne und Gehälter

Reihe 2 1	Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe, April 1999	29,40
" 2 2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe April 1999	29,40
" 2 3	Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, April 1999	12,60

Fachserie 17 Preise

Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), August 1999	10,30
" 4	Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, August 1999 (Eilbericht)	5,-
" 5	Kaufwerte für Bauiland 1998	19,60
" 5	1. Vierteljahr 1999	10,30
" 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, September 1999 (Eilbericht)	4,-
" 7	September 1999	19,60
" 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, Juli 1999	17,-
" 8	August 1999	17,-
" 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, August 1999	8,20
" 11	Preise und Preisindizes im Ausland August 1999	8,20

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

¹⁾ Angegebene Preise in DM – Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.

Soeben erschienen



Statistisches Bundesamt

Informationen aus 1. Hand: **Statistisches Jahrbuch 1999**

Das umfassendste statistische Nachschlagewerk Deutschlands.

○ **Statistisches Jahrbuch 1999
für die Bundesrepublik Deutschland**

763 Seiten mit 37 vierfarbigen Schaubildern.
Format 21,5 x 25,5 cm. DM 128,- / EUR 65,45
ISBN 3-8246-0600-3

○ **Statistisches Jahrbuch 1999
für das Ausland**

396 Seiten mit 21 vierfarbigen Schaubildern.
Format 21,5 x 25,5 cm. DM 57,- / EUR 29,14
ISBN 3-8246-0601-1

Beide Bände zusammen in einem Schuber
zum Vorzugspreis von DM 158,- / EUR 80,78
1159 Seiten mit 58 vierfarbigen Schaubildern.
Format 21,5 x 25,5 cm.
ISBN 3-8246-0602-X

Beide Bände komplett auf

○ **CD-ROM**

DM 98,- / EUR 50,11
ISBN 3-8246-0603-8

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag Metzler-Poeschel,
Auslieferung SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43,
72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 93 53 35,
Internet: <http://www.s-f-g.com>, E-Mail: staba@s-f-g.com

— METZLER —
POESCHEL